

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

DEZEMBER 1950

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets um die Jahreswende 1950/51	1
Allgemeiner Überblick	1
Geld und Kredit	6
Öffentliche Finanzen	14
Produktion, Absatz und Beschäftigung	21
Preise und Löhne	30
Außenwirtschaft	34
Statistischer Teil	45

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets um die Jahreswende 1950/51 ¹⁾

Allgemeiner Überblick

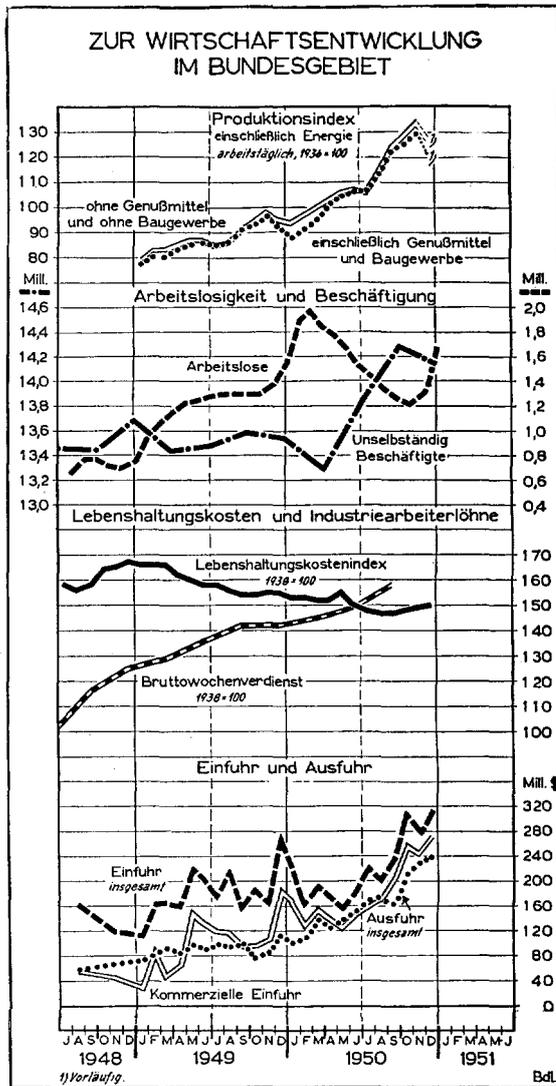
Nach einem ungewöhnlich starken, bis etwa Ende November vorigen Jahres währenden Anstieg standen Produktion und Beschäftigung in den letzten Wochen im Zeichen eines ziemlich scharfen Rückschlags. Der industrielle Produktionsindex ist von 130 im November auf 122 im Dezember gesunken (1936 = 100), und für den Januar dürfte er wiederum niedriger sein. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit sprunghaft zugenommen. Ende Oktober, am Höhepunkt der vorjährigen Saisonentlastung, waren 1,23 Millionen Arbeitslose gezählt worden. Ende November waren es erst 1,32 Millionen. Bis etwa zum 27. Dezember, dem Stichtag der letzten Monatsendzählung, schnellte die Ziffer jedoch auf 1,69 Millionen hinauf, und bis Mitte Januar waren 1,91 Millionen erreicht. Binnen anderthalb Monaten ist die Zahl der Arbeitslosen also um nahezu 600 000 gewachsen; gegenüber dem vorjährigen Tiefpunkt von Ende Oktober sind es über 680 000. Diese Zahl bleibt hinter der von Mitte Februar bis Ende Oktober vorigen Jahres eingetretenen

Abnahme der Arbeitslosigkeit um 788 000 nur noch um gut 100 000 zurück, und im Vergleich zu Mitte Januar 1950 waren Mitte Januar d. J. nahezu 130 000 Arbeitslose mehr registriert.

Geht man den Ursachen dieses Rückschlags nach, so ergibt sich freilich, daß er überwiegend saisonbedingt ist. Das Winterwetter setzte dieses Mal relativ früh und mit ungewohnter Heftigkeit ein. Mitte Dezember waren infolgedessen praktisch nahezu alle Außenarbeiten lahmgelegt. Auf den Arbeitsmarkt mußte sich das um so stärker auswirken, als im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der in den Außenberufen Beschäftigten wesentlich höher war. Allein die Bauwirtschaft wies Ende September mit 1,33 Millionen ungefähr 190 000 Arbeitnehmer mehr auf als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es war mithin nur natürlich, daß sich die Arbeitslosigkeit in diesem Winter verhältnismäßig jäh und stark ausbreitete.

Neben den Saisoneinflüssen haben in letzter Zeit allerdings auch mehr und mehr die mannigfaltigen Versorgungsschwierigkeiten, auf die ein

¹⁾ Abgeschlossen am 26. Januar 1951.



großer Teil der Produktion gestoßen ist, zu einer Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit gezwungen. Besonders der Kohlenmangel und die weitgehend durch diesen bedingte unzureichende Stromversorgung, aber teilweise auch die Verknappung bestimmter Rohstoffe, wie z. B. von Eisen und Stahl, machten sich sehr verhängnisvoll bemerkbar. Es bestätigte sich damit die auch in diesen Berichten wiederholt vertretene Ansicht, daß auf die Dauer das Tempo des Produktionsanstiegs und damit auch des Abbaus der strukturellen Arbeitslosigkeit aufs engste abhängig sein würde von den Ausweitungsmöglichkeiten, die in den wichtigsten Engpaßgebieten der westdeutschen Wirtschaft jeweils vorhanden sind. Während der starken Produktionsausdehnung im Herbst hatten sich in dieser Hinsicht jedoch

wachsende Disproportionalitäten ergeben. Durch den Einsatz von Vorräten, besonders auch der relativ hohen Kohlenbestände, die sich im Frühjahr und Sommer 1950 angehäuft hatten, als die inländische Kohlennachfrage noch verhältnismäßig schwach war und auch das Ausland die ihm zustehenden Kontingente nicht immer ganz abnahm, gelang es zwar, jene Spannungen eine Weile zu überbrücken. Als jedoch die Vorräte zur Neige gingen, der inländische Kohlenbedarf schon aus Saisonsgründen wuchs und vor allem an das Ausland höhere Kohlenmengen geliefert werden mußten, zumal andere Länder ihren Kohlenexport mit Rücksicht auf den Binnenmarkt einschränkten, traten empfindliche Versorgungslücken auf, und so wie sich die Anspannung einer Kette nach der Haltbarkeit ihres schwächsten Gliedes zu richten hat, so mußte sich auch die allgemeine Produktionsentwicklung wieder an die Verfügbarkeit über die wichtigsten Grundstoffe anpassen. Für viele Betriebe bedeutete das zwangsläufig eine Einschränkung ihrer bisherigen Produktionsprogramme.

Nichts dagegen haben die Produktions- und Beschäftigungsrückgänge der letzten Wochen mit monetären Ursachen, wie etwa der restriktiveren Kreditpolitik, die das Zentralbanksystem seit dem vergangenen Herbst befolgt, zu tun. Wäre das der Fall, so hätte das Geld- und Kreditvolumen schrumpfen oder sich doch wenigstens die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes so vermindern müssen, daß trotz der Ausweitung des Kreditvolumens die volkswirtschaftlich wirksame Nachfrage im Verhältnis zum Angebot gesunken wäre. Von beidem kann indes keine Rede sein. Wie aus dem Abschnitt „Geld und Kredit“ im einzelnen zu ersehen ist, hat die bankmäßige Geldschöpfung im November und Dezember trotz der kreditrestriktiven Maßnahmen vielmehr noch immer etwa 400 Mill. DM pro Monat betragen, und selbst wenn man hiervon die mit der Finanzierung des Außenhandelsdefizits und der Bardepotstellung für Einfuhrbewilligungsanträge verbundene — zum Teil übrigens nur zeitweilige — Geldabsorption absetzt, bleibt eine Zunahme des Geldvolumens von über 300 Mill. DM für beide Monate. Die Zunahme des Bargeldumlaufs und der privaten und öffentlichen Depositen (ohne die — zunächst ja stillgelegten — Gegenwertmittel und ohne Spareinlagen) war

dabei sogar noch stärker, da sich die Gegenwertkonten im Dezember stark verminderten.

Noch weniger ist eine — die Geldschöpfung kompensierende — Abnahme der Ausgabeneigung festzustellen. Eine solche hatte z. B. für die Konjunkturabschwächung im Winter 1949/50 eine gewisse Rolle gespielt. Damals hatte, bekanntlich unter dem Einfluß eines ziemlich scharfen Konkurrenzkampfes an den Weltmärkten, dessen Wirkungen für Westdeutschland noch durch die beginnende Liberalisierung des Außenhandels und die verhältnismäßig geringe Herabsetzung des Umrechnungskurses der DM verschärft wurde, sowie auf Grund einer beachtlichen Rationalisierung der Produktion, ein **P r e i s r ü c k g a n g** eingesetzt, der die Konsumenten zu einer starken Zurückhaltung bewog und bei den Produzenten eine fühlbare Investitionsscheu hervorrief. Gleichzeitig brachte eine beträchtliche Geldkonzentration bei der öffentlichen Hand, vor allem auf Grund der anfangs ziemlich hohen Einnahmeüberschüsse bei den Soforthilfebehörden, auch eine gewisse Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit sich. Das „produzierte Einkommen“ wurde damals also nicht restlos wieder ausgegeben, so daß die Wirtschaft über Absatzschwierigkeiten klagte und von den Kreditfazilitäten, die ihr Anfang vorigen Jahres geboten wurden, bekanntlich zunächst nur zögernd Gebrauch machte.

Ganz anders liegen die Dinge heute. Statt eines Preisrückgangs wird, besonders seit der Ausweitung des Konflikts in Korea, in der Regel ein weiteres Anziehen der Preise erwartet, statt einer zunehmenden Verbesserung der Versorgung eher eine Verknappung und qualitative Verschlechterung. Während vor einem Jahr eine wachsende Zurückhaltung der Käufer für die Marktentwicklung weitgehend bestimmend war, besteht daher gegenwärtig ein allgemeiner Eindeckungsdrang. Es bleibe dahingestellt, ob die Voraussetzungen, von denen dabei ausgegangen wird, immer richtig sind. In Westdeutschland ist eigenartigerweise noch wenig Notiz genommen worden von der Skepsis, die, wie im Abschnitt über „Preise und Löhne“ ausgeführt wird, in wohlinformierten Kreisen des Auslands allmählich gegen die derzeitige Hausse an den internationalen Rohstoffmärkten Platz zu greifen beginnt, weil man sich fragt, ob die gegenwärtige Voreindeckungs-

welle noch lange in dieser Stärke anhalten kann, und weil man sieht, daß auch im Bereich der Produktion starke Ausweitungstendenzen am Werke sind. Es ist also keineswegs sicher, ob die Rechnung, die dem augenblicklichen Run auf die Ware zugrundeliegt, aufgehen wird, aber vorläufig ist er zweifellos weitgehend für die Marktgestaltung ausschlaggebend. Während jedenfalls normalerweise nach Weihnachten eine ausgesprochene Geschäftsstille einzusetzen pflegt, ist in diesem Jahr das Einzelhandelsgeschäft auch im Januar auffallend rege geblieben, was weitgehend zu Lasten der Sparkapitalbildung geht. Denn während sonst der Januar gewöhnlich der „beste Sparmonat“ des Jahres ist, wird dieses Mal aller Voraussicht nach der Spareinlagenzuwachs nur gering sein, ja die Ausbreitung der Konsumfinanzierung zeigt sogar, daß die Konsumenten zur Bestreitung ihrer Ausgaben in wachsendem Maße Kredit in Anspruch nehmen. Ebenso ist der Investitionsdrang ungebrochen. Die Auftragsbestände bei den Investitionsgüterindustrien betragen in der Regel noch immer ein Vielfaches der laufenden Monatsproduktion, so daß einige Industriezweige schon kaum mehr neue Aufträge annehmen, und die anhaltend starke, von den Banken gar nicht mehr voll befriedigte Kreditnachfrage beweist, daß hinter den Bestellungen vielfach durchaus ernsthafte Kaufabsichten bestehen. Während also die Produktion in ihrer Entfaltung sichtlich durch eine Reihe von Engpässen gehemmt ist, ja sich zum großen Teil sogar dem niedrigeren Stand der laufenden Versorgung mit wichtigen Roh- und Hilfsstoffen anpassen mußte, tendiert die Nachfrage noch immer zu einer weiteren Expansion.

Daß die Märkte — ganz im Gegensatz zu einem monetär verursachten Konjunkturrückgang — heute im Zeichen einer gewissen Übernachfrage stehen, zeigt neben dem anhaltenden, ja z. T. sogar verstärkten Preisauftrieb, vor allem auch die nach wie vor kritische Lage unserer außenwirtschaftlichen Position. Die Abrechnungsdefizite gegenüber der EZU waren in den Monaten November und Dezember und, soweit sich das bisher schon übersehen läßt, auch in den ersten Januar-Wochen geringer, als ur-

sprünglich angenommen wurde, aber, wie im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher dargelegt wird, war das zum Teil durch eine Reihe von Sonderfaktoren bedingt, die in den nächsten Monaten kaum weiter wirksam sein dürften. Außerdem war das Defizit der „kommerziellen“ Handelsbilanz, auf das es letztlich viel mehr ankommt als auf die kurzfristigen, oft durch Zufälle beeinflussten Veränderungen der Zahlungspositionen, im Dezember bereits wieder doppelt so hoch wie im November. Die Entwicklung der Lizenzerteilungen zeigt überdies, daß der Einfuhrsog weiter stark ist, während sich der Anstieg der Ausfuhr im Dezember merklich verlangsamt hat. Im Gegensatz zu einer teilweise bestehenden Ansicht gibt also die Entwicklung der Außenwirtschaft zu einer Beruhigung bisher noch wenig Anlaß, sondern es gilt auch heute noch die schon im letzten Monatsbericht getroffene Feststellung, daß wir in unseren Bemühungen um ein Gleichgewicht in unserer Zahlungsbilanz noch keineswegs über den Berg sind, sondern die entscheidende Bewährungsprobe noch vor uns haben. Mit dem erneuten starken Anstieg der Weltmarktpreise, der der Zuspitzung der Lage in Korea folgte, sind die Schwierigkeiten in mancher Hinsicht zunächst sogar größer geworden, als bei den Verhandlungen über den Sonderkredit der EZU angenommen wurde.

Vergegenwärtigt man sich all das, so ist klar, daß die adäquate Abhilfe für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, soweit monetäre Maßnahmen in Frage kommen, nicht in einer Lockerung der Kreditpolitik liegen kann, sondern daß es gilt, die Geldversorgung vorläufig weiter möglichst knapp zu halten. Würde man heute die Kreditnahme erleichtern, so würde das die Produktion, der es, wie die Umsätze und Auftragsbestände zeigen, ja gar nicht an Nachfrage, sondern an Kohle, Strom und einer Reihe von Rohstoffen gebricht, im allgemeinen kaum beeinflussen, sondern in weiten Bereichen nur die Übernachfrage intensivieren. Der Preisauftrieb würde damit noch stärker werden, das Handelsbilanzdefizit aller Wahrscheinlichkeit wachsen, und in Rückwirkung alles dessen würden sich die Aussichten für eine Wiederbelebung der Spartätigkeit nur verschlechtern. Der Zunahme des Sparens kommt aber heute eine besondere Bedeutung zu, weil damit nicht nur der Nachfrage-

überdruck, und zwar vermutlich gerade an den neuralgischen Punkten gemildert, sondern auch die Voraussetzung dafür geschaffen würde, daß verschiedene Engpässe erweitert werden können, ohne daß die hierzu erforderlichen Investitionen die inflatorischen Tendenzen noch verstärken.

So wie die Dinge liegen, müssen die Kreditrestriktionen in mancher Hinsicht vielleicht sogar noch wirksamer gestaltet werden, um den immer noch erheblichen Tendenzen zur Kreditexpansion zu begegnen. Die globalen Mittel der Kreditpolitik, wie eine weitere Erhöhung der Mindestreserven und der Diskont- und Lombardsätze, erscheinen hierfür im Augenblick allerdings wenig geeignet, da sie unter den gegenwärtigen Umständen aller Voraussicht nach gerade an den kritischen Stellen nicht die gewünschte Wirkung haben würden. Wohl aber wird sich manches allein schon durch eine verstärkte Selektion im Refinanzierungsgeschäft des Zentralbanksystems erreichen lassen, wobei insbesondere daran gedacht ist, die Refinanzierung von der Innehaltung oder dem Wiederanstreben eines zu den Gesamtverhältnissen der einzelnen Geschäftsbanken in vernünftigen Proportionen stehenden Kreditvolumens abhängig zu machen, ohne dabei schematisch zu verfahren. Auch in anderen Ländern hat sich die Kreditrestriktion in letzter Zeit in wachsendem Maße solcher selektiver Kontrollen bedient.

Allerdings muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Eindämmung der Übernachfrage in einer Wirtschaft, in der die Einkommensströme in so hohem Maße von der Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Steuerpolitik, der Preispolitik, von Einfuhrsubventionen und ähnlichen, der Kreditpolitik oft weder direkt noch indirekt unterworfenen Einflüssen abhängen wie in der westdeutschen, nicht allein Aufgabe der Kreditpolitik sein kann. Die Bundesregierung hat daher in dem „Memorandum über Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz“, das sie im November der Europäischen Zahlungsunion unterbreitete, neben den kreditpolitischen Maßnahmen noch eine Reihe anderer Maßnahmen mit ähnlichen Zielsetzungen in Aussicht gestellt, wengleich von vornherein erklärt wurde, daß ein Teil von ihnen nicht kurzfristig durchzuführen sein würde. Über die ersten fiskalischen Schritte wird im Abschnitt „Öffentliche Finan-

zen“ berichtet. Angesichts der besonderen Bedeutung, die die Steuerpolitik bei der Beschränkung gewisser Verbraucherausgaben haben kann, und der großen Rolle, die die Vermeidung neuer öffentlicher Defizite für die Aufrechterhaltung einer Politik des knappen Geldes spielt, kommt ihnen naturgemäß besonderes Interesse zu. Sehr wesentlich wäre es auch, wenn die Maßnahmen zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes rascher vorangetrieben werden könnten, während zur Zeit der Kapitalmarkt einer völligen Stagnation zu verfallen droht. Zur Wiederbelebung des Sparens, auf dessen vitale Bedeutung bereits oben hingewiesen wurde, würde nämlich, wenn erst einmal die akutesten Befürchtungen über die zukünftige Versorgungslage behoben sind, ein attraktiver Kapitalmarkt wesentlich beitragen.

Wie weit neben den monetären — und damit mehr die allgemeine Kaufkraftentwicklung betreffenden — Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Lenkung der Nachfrage in bestimmten Bereichen noch direkte Kontrollen eingeführt werden müssen, ist eine Frage, zu der sich die Notenbank selbstverständlich nicht kompetent äußern kann. Wohl aber sollte betont werden, daß, solange die Gesamtverfügbarkeit an Roh- und Hilfsstoffen nicht größer wird, derartige Maßnahmen kaum eine wesentlich andere Geldpolitik gestatten würden, wenn sich hinter dem Schirm jener Maßnahmen nicht ein neuer Geldüberhang entwickeln soll, der nicht nur ihre Anwendung erschweren, sondern auch die Wirtschaftstätigkeit lähmen und stets die Gefahr neuer Verzerrungen heraufbeschwören würde.

Aus ähnlichen Gründen ist aber auch die teilweise vertretene Ansicht irrig, daß eine *Aufhebung* oder sogar schon eine *Einschränkung* der Liberalisierung gestattet würde, den von der Bundesregierung in ihrem Memorandum über die Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz statuierten binnenwirtschaftlichen Kurs zu ändern und vor allem die Zügel der Kreditpolitik wieder zu lockern. Das Defizit unserer Zahlungsbilanz ist bis zu einem gewissen Grade nur Reflex eines binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zwischen dem volkswirtschaftlichen Angebot und der volkswirtschaftlichen Nachfrage. Die Auf-

hebung oder Einschränkung der Liberalisierung würde hieran nichts ändern. Sie würde im Gegenteil verhindern, daß die Übernachfrage zumindest teilweise durch Mehreinfuhren gedeckt wird. Das würde zwar vorübergehend die Devisenbilanz entlasten, aber, wenn die mit der Kreditexpansion verbundene Nachfrageerweiterung nicht abgebremst wird, nur das innere Ungleichgewicht verstärken. Ein entsprechender Preisauftrieb mit sicher sehr abträglichen Wirkungen auf die Ausfuhr wäre die Folge. Würde dann noch als Antwort auf die Beschränkung der Liberalisierung das Ausland ebenfalls wieder höhere Dämme gegen die deutsche Ausfuhr errichten, so könnte also in der Zahlungsbilanz auf niedrigerem Niveau alsbald ein neues Defizit entstehen, das mit den administrativen Methoden wiederum nur um den Preis einer Einfuhrdrosselung und der Heraufbeschwörung einer ständigen spiralenartigen Fortsetzung dieses verhängnisvollen Prozesses für kurze Zeit ausgeschaltet werden könnte. Eine Rücknahme der Liberalisierung bei gleichzeitiger Lockerung der Kreditpolitik wäre also nur scheinbar ein Mittel „expansiver Konjunkturpolitik“. In Wirklichkeit würde eine solche Politik wegen ihrer Rückwirkungen auf Einfuhr und Ausfuhr in Kürze nur zu einer Senkung des Produktions- und Beschäftigungsniveaus oder zumindest doch des Lebensstandards führen.

Das ist auch der Grund, weshalb sich die Bundesregierung im vergangenen Herbst entschloß, nicht von der Liberalisierung abzugehen, sondern statt dessen zu versuchen, das drohende Defizit der Devisenbilanz mit Hilfe des Sonderkredits der EZU, d. h. ohne eine wesentliche Einschränkung der Einfuhr zu überbrücken, aber gleichzeitig durch eine zunächst zwar restriktive, aber auf längere Sicht nur die *expansive* Linie sichernde Binnenmarktpolitik einen Ausgleich der Zahlungsbilanz auf einem möglichst hohem Niveau des Außenhandels zu erstreben. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht, aber es wird um so eher erreicht werden, je mehr man sich die zu der Eindämmung der Übernachfrage erforderlichen Selbstbeschränkungen auferlegt, zu denen überdies die binnenwirtschaftliche Lage in gleichem Maße zwingt wie die Rücksicht auf die Zahlungsbilanz.

Geld und Kredit

Im Dezember 1950 hat sich die Kreditexpansion im Vergleich zu November wieder etwas verstärkt. Gesamtzahlen für Dezember liegen zwar noch nicht vor, aber bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, auf die etwa zwei Drittel des gesamten kurzfristigen Kreditvolumens entfallen, überstiegen die Neueinträgen von kurzfristigen Krediten an Wirtschaftsunternehmen und Private die Rückzahlungen um 322 Mill. DM gegenüber 282 Mill. DM im Vormonat. Im Oktober und September, den beiden Monaten der stärksten Kreditexpansion, war das Kreditvolumen bei den wöchentlich berichtenden Banken um 540 bzw. 504 Mill. DM gewachsen. Für die Gesamtheit der Geschäftsbanken dürfte die Steigerung der kurzfristigen Wirtschaftskredite im Dezember, gemäß den in den Vormonaten beobachteten Proportionen, die eine gewisse Massierung des Kreditbedarfs bei den an größeren

Plätzen befindlichen wöchentlich berichtenden Instituten erkennen ließen, auf etwa 400 bis 450 Mill. DM gegen 315 Mill. DM im November und 696 bzw. 675 Mill. DM im Oktober und September zu veranschlagen sein. Eine Verlangsamung der Kreditexpansion, großenteils wohl in Auswirkung der restriktiven Maßnahmen der Bank deutscher Länder, ist also deutlich. Indessen ist die Ausdehnungsrate der Bankkredite auch im Dezember mit 3,3 vH oder, aufs Jahr gerechnet, 40 vH noch immer recht beträchtlich geblieben. Im Januar hat sich die Kreditausweitung zunächst weiter fortgesetzt. In der ersten Januar-Woche verzeichneten die 480 wöchentlich berichtenden Banken eine weitere Zunahme ihrer kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft um 70 Mill. DM. In der zweiten Januar-Woche dagegen belief sich die Steigerung nur auf 15 Mill. DM.

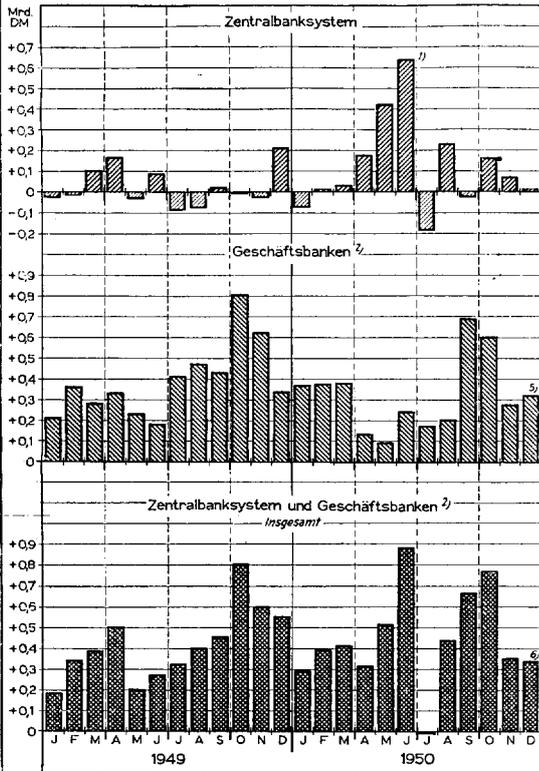
*Die kurzfristigen Kredite an Nichtbanken bei 480 wöchentlich berichtenden Banken
in Mill. DM*

Stand	Insgesamt	davon an		Wechselkredite ¹⁾	Akzeptkredite	Andere Kredite
		Wirtschaft und Private	Öffentliche Hand			
1950						
Ende Juli	7 942	7 414	528	2 879	1 527	3 536
„ August	8 100	7 601	499	2 880	1 551	3 669
„ September	8 576	8 105	471	2 950	1 745	3 881
„ Oktober	9 029	8 646	383	3 019	1 949	4 061
„ November	9 301	8 928	373	3 143	1 959	4 199
„ Dezember	9 546	9 274	272	3 595	1 910	4 041
Zunahme (+) oder Abnahme (—)						
„ Juli	+ 105	+ 136	— 31	+ 61	— 12	+ 56
„ August	+ 158	+ 187	— 29	+ 1	+ 24	+ 133
September						
1. Hälfte	+ 199	+ 241	— 42	— 36	+ 47	+ 188
2. Hälfte	+ 277	+ 263	+ 14	+ 106	+ 147	+ 24
Oktober						
1. Hälfte	+ 169	+ 281	— 112	— 5	+ 129	+ 45
2. Hälfte	+ 284	+ 260	+ 24	+ 74	+ 75	+ 135
November						
1. Hälfte	+ 112	+ 105	+ 7	+ 18	+ 21	+ 73
2. Hälfte	+ 160	+ 177	— 17	+ 106	— 11	+ 65
Dezember						
1. Woche	— 17	+ 11	— 28	+ 26	— 13	— 30
2. Woche	+ 188	+ 201	— 13	+ 15	— 28	+ 201
3. Woche	— 19	+ 21	— 40	+ 85	— 4	— 100
4. Woche	+ 68 ²⁾	+ 88 ²⁾	— 20	+ 301 ²⁾	— 4	— 229
1951						
Januar						
1. Woche	+ 76	+ 70	+ 6	— 77	— 40	+ 193
2. Woche	— 3	+ 15	+ 18	— 72	— 21	+ 90

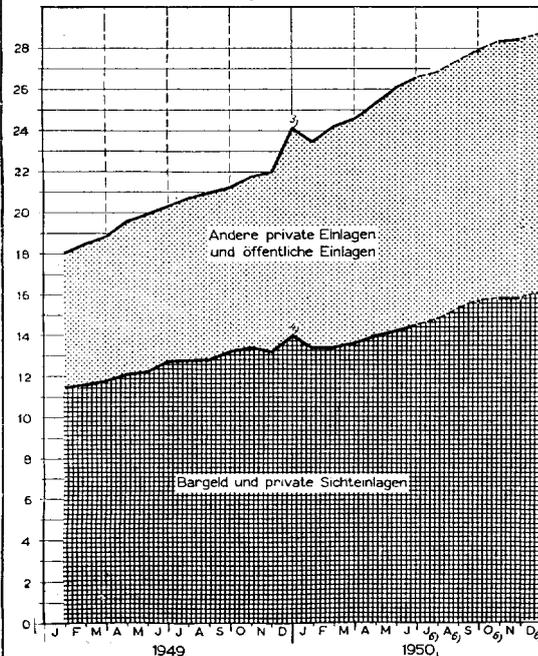
¹⁾ Wechseldiskontkredite einschließlich Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ²⁾ Die Ziffer ist von einer statistisch bedingten Veränderung in Höhe von 25 Mill. DM bereinigt (Umbuchung von Bank-an-Bank-Krediten auf Wirtschaftskredite).

KURZFRISTIGE KREDITE UND GELDVOLUMEN IM BUNDESGBEIT

Kurzfristige Kredite Monatliche Veränderungen



Geldvolumen



1) Die Zunahme der Kredite in Höhe von 400 Mill. DM ist durch die Übertragung des suspense-accounts auf offenes Kreditkonto bedingt - 2) Ohne Bank- an Bankkredite - 3) Von der Zunahme sind 1713 Mill. DM darauf zurückzuführen, daß die Sonderkonten des Bundes und Teilen anderer Dienststellen, die ebenfalls im Bdl.-Ausweis von 76.50 unter „Einlagen“ ausgewiesen wurden, rückwirkend bis Dezember 1949 entsprechend dem neuen Ausweisschema errechnet und einbezogen sind - 4) Zunahme in Höhe von 425 Mill. DM bedingt durch Einbeziehung der Währungspulver bei den Geschäftsbanken für durch die Bdl. gestellte Akkreditire - 5) Geschäft - 6) Zum Teil gesch. Bdl.

Neben den kurzfristigen Krediten an die Wirtschaft haben auch die mittel- und langfristigen Kredite in letzter Zeit weiter stark zugenommen. Im November betrug die Zunahme rd. 398 Mill. DM, und im Dezember ist sie auf etwa 450 Mill. DM zu schätzen (die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG in Speyer sowie die bei den Banken lediglich durchlaufenden Kredite sind dabei mitgezählt). Die mittel- und langfristigen Kredite haben damit in beiden Monaten wieder — wie schon in allen Vormonaten seit Juli — erheblich mehr zugenommen als das Aufkommen der für längerfristige Ausleihungen in Betracht kommenden Mittel.

Enttäuschend war hierbei besonders die Entwicklung der Spareinlagen. Seit Ende November scheint ein Entsparungsprozeß in Gang gekommen zu sein, der nur zum Jahresschluß vorübergehend unterbrochen wurde. Gesamtzahlen für die Entwicklung der Spareinlagen liegen zwar noch nicht vor, aber die Ergebnisse bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, auf die etwa die Hälfte des gesamten Spareinlagenbestandes entfällt, zeigen die Richtung der Entwicklung deutlich. Hier nach haben die Spareinlagen in den drei ersten Dezember-Wochen um insgesamt 18 Mill. DM abgenommen, während in der vierten Dezember-Woche eine Zunahme von 53 Mill. DM und in der ersten Januar-Woche 1951 eine solche von 12 Mill. DM zu verzeichnen war. In der zweiten Januar-Woche nahmen die Spareinlagen aber bereits wieder um 3 Mill. DM ab. Die vorübergehende Zunahme der Spareinlagen in der letzten Dezember- und der ersten Januar-Woche dürfte größtenteils mit den Zinsgutschriften in Zusammenhang stehen, die im allgemeinen am Jahresende für das gesamte Jahr vorgenommen werden und bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken mit einem Spareinlagenbestand von rd. 2 Mrd. DM schätzungsweise 50 Mill. DM ausmachen dürften. Daneben sind zum Jahreschluß vermutlich aus Steuerersparnisgründen gewisse Beträge auf steuerbegünstigten Sparkonten eingezahlt worden. Für die Gesamtheit der Banken einschließlich Postsparkasse wird auf Grund der Ergebnisse bei den 480 wöchentlich berichtenden Instituten der Spareinlagenzuwachs im Dezember — allerdings eben nur infolge der geschilderten Sonderumstände — auf etwa 60 Mill.

DM gegen 41 Mill. DM im November zu veranschlagen sein.

Der Absatz von Schuldverschreibungen der Banken — in der Hauptsache Pfandbriefe und Kommunalobligationen — hat im Dezember im Vergleich zu November ebenfalls einen etwas höheren Betrag erbracht. Im November waren rd. 25 Mill. DM Bankschuldverschreibungen abgesetzt worden, denen andererseits eine Zunahme der Bestände an eigenen Schuldverschreibungen bei den Emissionshäusern um 5 Mill.

DM gegenüberstand. Im Dezember dagegen sind nach vorläufigen Feststellungen rd. 41 Mill. DM Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Bankschuldverschreibungen abgesetzt worden. Die Besserung des Absatzes dürfte indessen wohl zum größten Teil nur daraus zu erklären sein, daß im Hinblick auf die jährlichen Steuererklärungen vor Schluß des Jahres noch in stärkerem Umfang von den Möglichkeiten der mit dem Wertpapiererwerb verbundenen Steuerersparnis Gebrauch gemacht wurde. Statistische

Die Bildung der Gegenwertfonds und ihre Verwendung

Beträge in Mill. DM

Posten	1950			
	3. Vierteljahr	Oktober	November	Dezember
A. Geldeingänge auf den Gegenwertkonten				
1. GARIOA-Konten	539,5	51,9	119,4	74,3
2. ERP-Konten	208,5	89,2	119,2	118,1
3. STEG-Konten	3,5	—	—	—
A. insgesamt (1 + 2 + 3)	751,5	141,1	238,6	192,4
B. Geldausgänge auf den Gegenwertkonten¹⁾				
1. GARIOA-Konten				
für Berlin-Hilfe und sonstige Zahlungen nach Berlin	75,0	38,0	20,0	83,0
Restausfuhrzahlungen	54,5	—	—	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	60,0	—	—	—
zusammen	189,5	38,0	20,0	83,0
2. ERP-Konten				
Investitionskredite	720,0 ²⁾	—	—	340,5
Kreditanstalt für Wiederaufbau	(630,0)	—	—	(265,2)
Industriebank AG Berlin	(70,0)	—	—	(21,7)
Bundeshauptkasse weg. Zuschüsse f. Landwirtschaft u. Forschung	—	—	—	(53,6)
Care, Cralog	4,2	—	0,4	0,7
Bundesregierung	53,0	—	—	—
Ziehungsrechte ³⁾	60,0	—	—	—
zusammen	837,2	—	0,4	341,2
3. STEG-Konten				
für Besatzungswohnungsbau	—	—	—	—
B. insgesamt (1 + 2 + 3)	1 026,7	38,0	20,4	424,2
B 1 Modifizierte Geldausgänge auf den Gegenwertkonten				
Tatsächlicher Abfluß der in B enthaltenen Investitionskredite aus dem Zentralbanksystem:				
Freigabe von Gegenwertmitteln für Investitionszwecke	720,0	—	—	340,5
Tatsächlicher Abruf dieser Mittel aus der Bank deutscher Länder	469,4	123,6	152,1	256,2
Überschuß der Freigaben (—)	— 250,6	—	—	— 84,3
Überschuß der Abrufe (+)	—	+ 123,6	+ 152,1	—
Geldausgänge auf den Gegenwertkonten (B) zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die laufenden Freigaben bzw. abzüglich des Überschusses der laufenden Freigaben über die Abrufe	776,1	161,6	172,5	339,9
C. Saldo aus A und B 1				
Überschuß der Einzahlungen ins Zentralbanksystem	—	—	66,1	—
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	24,6	20,5	—	147,5

¹⁾ Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. — ²⁾ Darin enthalten: 20 Mill. DM verlenerer Zuschuß für die Landwirtschaft (s. ERP-Programm), der wegen besonderer Bedingungen, die damit verknüpft sind, über die Bundeshauptkasse Bonn geleitet worden ist. — ³⁾ (—) bedeutet Gutschriften für einen Überschuß der empfangenen Ziehungsrechte über gegebene Ziehungsrechte.

Unterlagen über den Anteil des steuerbegünstigten Wertpapiererwerbs am Gesamtabsatz liegen allerdings nicht vor.

An Gegenwertmitteln, die den Hauptteil der von den Banken zu langfristiger Ausleihung aufgenommenen sonstigen Mittel ausmachen¹⁾, wurden im Dezember erheblich größere Beträge als im November weitergeleitet. Insgesamt sind aus Gegenwertmitteln im Bundesgebiet im November 140 Mill. DM, im Dezember 247 Mill. DM für Investitionskredite zur Verfügung gestellt worden. Die Steigerung geht darauf zurück, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau noch kurz vor Weihnachten 265 Mill. DM aus einer Freigabe von insgesamt 341 Mill. DM im Rahmen der II. ERP-Tranche erhielt, von der sie noch im Dezember wesentliche Beträge an die Geschäftsbanken zur Gutschrift auf die Konten der endgültigen Kreditnehmer überwiesen hat. Von der genannten Summe erhielt außerdem die Bundeshauptkasse für Zuschüsse an die Landwirtschaft 54 Mill. DM und die Industriebank Berlin für Investitionskredite an die Berliner Industrie 22 Mill. DM. Infolge der relativ hohen Auszahlungen, besonders über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, übertrafen die Ausgänge auf den Gegenwertkonten im Dezember, wie aus der vorstehenden Tabelle entnommen werden kann, die Eingänge um ungefähr 148 Mill. DM. Für das gesamte 4. Vierteljahr belief sich der Auszahlungsüberschuß allerdings nur auf 102 Mill. DM und für das gesamte zweite Halbjahr 1950 nur auf 127 Mill. DM, während im ersten Halbjahr die Einzahlungen die tatsächlichen Abrufe von Gegenwertmitteln aus dem Zentralbanksystem um etwa 400 Mill. DM übertroffen hatten. Am 31. Dezember 1950 waren auf den ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Industriebank noch 174 Mill. DM Gegenwertmittel verfügbar. Nach Verbrauch dieser Summe dürfte der weitere Abfluß von Gegenwertmitteln durch die am 9. Januar 1951 erfolgte grundsätzliche Freigabe von 1,35 Mrd. DM aus der sogenannten III. ERP-Tranche gesichert sein, wobei freilich die Aufteilung der Gesamtsumme und die seitens der ECA-Sondermission für Westdeutschland in Reserve zu haltende Summe noch nicht festgelegt ist.

¹⁾ In der monatlichen Bankenstatistik in der Position „Aufgenommene langfristige Darlehen“ enthalten.

Faßt man alle Beträge an endgültigen, für langfristige Ausleihungen geeigneten Finanzierungsmitteln zusammen — die wichtigsten sind vorstehend analysiert worden —, so ergeben sich für den November etwa 285 Mill. DM und für den Dezember schätzungsweise 400 Mill. DM. Das Aufkommen an endgültigen — d. h. aus dem Sparprozeß oder den Gegenwertmitteln stammenden — Finanzierungsmitteln blieb mithin, wie die nachstehende Übersicht zeigt, im November um etwa 112 Mill. DM und im Dezember um schätzungsweise 50 Mill. DM hinter der Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite zurück. In dieser Höhe hat daher die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite expansiv auf die Geldversorgung gewirkt. Liquiditätsmäßig gedeckt wurde dieser Teil der Kreditgewährung durch die den Banken im kurzfristigen Geschäft zufließenden Mittel und daneben durch die weitere Inanspruchnahme der Vorfinanzierungszusagen, die das Zentralbanksystem im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms der Bundesregierung Anfang 1950 gegeben hatte. Die an der Finanzierung des Wohnungsbauprogramms beteiligten Geldinstitute, insbesondere Sparkassen und Realkreditinstitute, haben im November 21 Mill. DM und im Dezember 39 Mill. DM Ausgleichsforderungen auf Grund jener vereinbarten Finanzierungshilfe an das Zentralbanksystem abgegeben. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die im Rahmen der Vorfinanzierungsaktion hauptsächlich in die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und in die Exportfinanzierung eingeschaltet ist und hierfür bestimmte Kassenkreditlinien bei der Bank deutscher Länder verfügbar hat, entnahm hierauf im November 101 Mill. DM, während sie im Dezember 6 Mill. DM zurückzahlte.

Die Kredite der Banken an öffentliche Stellen, die schon seit Monaten in stetigem Rückgang begriffen sind, haben auch im Dezember weiter abgenommen. Die Abnahme betrug schätzungsweise 100 Mill. DM. Sie entfällt ganz auf Kredite der Geschäftsbanken, während das Zentralbanksystem eine leichte Erhöhung seiner Kredite an öffentliche Stellen zu verzeichnen hatte (1 468 Mill. DM Ende Dezember gegenüber 1 458 Mill. DM Ende November). Das Zentralbanksystem hat außer-

Bankmäßige Geldschöpfung und Geldvolumen im 2. Halbjahr 1950

Zunahme (+) Abnahme (-)
in Mill. DM

Posten	3. Vj.	Oktober	November	Dezember ²⁾	2. Halbjahr ²⁾
A. Bankmäßige Geldschöpfung¹⁾					
1. Kreditgewährung					
kurzfristig	+ 1 002	+ 739	+ 274	+ 325	+ 2 340
mittel- und langfristige	+ 1 235	+ 491	+ 397	+ 450	+ 2 573
abzüglich					
Geldkapitalbildung	+ 772	+ 318	+ 285	+ 400	+ 1 775
davon:					
Spareinlagen	(+ 68)	(+ 74)	(+ 41)	(+ 60)	(+ 243)
Schuldverschreibungen ³⁾	(+ 114)	(+ 29)	(+ 20)	(+ 40)	(+ 203)
Aufgenommene Darlehen, längerfristig aufgenommene Gelder, durchlaufende Kredite	(+ 590)	(+ 215)	(+ 224)	(+ 300)	(+ 1 329)
Nettowirkung der mittel- und langfristigen Kredite	+ 463	+ 173	+ 112	+ 50	+ 798
2. Münzgewinnumschriften	+ 142	+ 12	+ 18	+ 41	+ 213
Bankmäßige Geldschöpfung insgesamt	+ 1 607	+ 924	+ 404	+ 416	+ 3 351
B. Geldabsorption durch Außenhandels- finanzierung (einschl. der Bardepotgestellung)	+ 218	+ 386	+ 390	+ 217	+ 1 211
C. Veränderungen des Geldvolumens und seiner Zusammensetzung (ohne Spareinlagen)					
1. Bargeldumlauf außerhalb der Banken (mit „B“-Noten)	+ 187	- 119	- 26	+ 208	+ 250
2. Sichtdepositen der Wirtschaft	+ 964	+ 353 ⁴⁾	- 76 ⁴⁾	+ 76	+ 1 317
3. Termindespositen der Wirtschaft	+ 345	+ 167 ⁴⁾	+ 20 ⁴⁾	+ 75	+ 607
4. Depositen öffentlicher Körperschaften	- 7	- 122	+ 163	+ 143	+ 177
5. Depositen alliierter Dienststellen	- 158	+ 4	- 99	- 36	- 289
6. Gegenwertmittel	- 87	+ 72	+ 72	- 218 ⁵⁾	- 161
Veränderungen des Geldvolumens	+ 1 244	+ 355	+ 54	+ 248	+ 1 901
D. Differenz zwischen A und (B + C)⁶⁾	+ 145	+ 183	- 40	- 49	+ 239
Summe B + C + D	+ 1 607	+ 924	+ 404	+ 416	+ 3 351

¹⁾ Zentralbankssystem, monatlich berichtende Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ²⁾ Die Zahlen für Dezember wurden teilweise geschätzt. — ³⁾ Saldiert mit eigenen Schuldverschreibungen im Bestand der Banken. — ⁴⁾ Die Aufteilung nach Sicht- und Termindespositen wurde geschätzt. — ⁵⁾ Die Unterschiede zu den in der Übersicht „Die Bildung von Gegenwertfonds und ihre Verwendung“ auf S. 8 verzeichneten Einzahlungs- bzw. Auszahlungsüberschüssen auf den Gegenwertkonten erklären sich im wesentlichen daraus, daß bis Ende Dezember 1950 nicht sämtliche Eingänge an Gegenwertmitteln sogleich auf das Sonderkonto der Bundesregierung gebucht wurden, sondern zunächst auf gewissen, unter den Verbindlichkeiten der BdL aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts enthaltenen Vorkonten Aufnahme fanden. Die Übersicht über die Bildung und Verwendung von Gegenwertmitteln erfaßt alle tatsächlichen Eingänge an Gegenwertmitteln, die obige Tabelle dagegen nur die als solche ausgewiesenen Gegenwertkonten. — ⁶⁾ Enthält die Veränderungen folgender Bilanzpositionen: Ausgleichsforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva. Ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung.

dem im Dezember dem Bund an Münzgewinnen 41 Mill. DM gutgeschrieben, wobei sich der Eigenbestand der Bank deutscher Länder an Scheidemünzen von 56 auf 62 Mill. DM erhöhte. Der Rückgang der öffentlichen Kredite bei der Gesamtheit der Geschäftsbanken, der in den fünf Monaten Juli bis November 229 Mill. DM, d. h. etwa ein Viertel des Bestandes, betrug, entfiel fast ausschließlich auf die allmähliche Verminderung des Schatzwechselfortefeuilles der Geschäftsbanken. Der Bestand an Schatzwechseln in den Händen der Geschäftsbanken ging in dem angegebenen Zeitraum von 399 auf 181 Mill. DM zurück. Zeitweise hatten die Schatz-

wechselabgaben der Geschäftsbanken eine Verlagerung der Kreditgewährung auf das Zentralbankssystem bedeutet. Besonders im Oktober, als die Geschäftsbanken für die Erfüllung des erhöhten Reserve-Solls Zentralbankgeld beschaffen mußten, hatte das Zentralbankssystem seine Bestände erheblich vergrößern müssen. Im Dezember dagegen führte die flüssigere Kassenlage der Gebietskörperschaften, insbesondere des Bundes, in stärkerem Maße zur Einlösung von Schatzwechseln. So verminderte sich der Gesamtumlauf von Bundesschatzwechseln im Dezember um 97 Mill. DM (auf 498 Mill. DM), wovon 36 Mill. DM auf im Markte befindliche

Schatzwechsel und 61 Mill. DM auf solche im Besitze des Zentralbanksystems entfallen. Auch der Umlauf an Schatzwechseln der Länder ging zurück. Andererseits nahm der Schatzwechselumlauf der Bundesbahn im Dezember um 66 Mill. DM (auf 528 Mill. DM) zu, wobei der Bestand des Zentralbanksystems an diesen Titeln um 46 Mill. DM (auf 172 Mill. DM) stieg, während der Rest vom Geldmarkt aufgenommen wurde. Der gesetzliche Kreditplafond des Bundes bei der Bank deutscher Länder, in den bekanntlich die Rediskontzusagen der Bank deutscher Länder für umlaufende Schatzwechsel mit eingerechnet werden, war Ende Dezember 1950 nur mit 1 063 Mill. DM gegen 1 146 Mill. DM Ende November in Anspruch genommen. In den ersten drei Wochen des Januar 1951 ist seine Ausnutzung infolge der verhältnismäßig günstigen Kassenlage des Bundes weiter erheblich zurückgegangen.

Als Resultat der vorstehend analysierten Vorgänge (Zunahme der kurzfristigen Bankkredite an die Wirtschaft, Abnahme der öffentlichen Kredite, Überschuß der langfristigen Bankkredite über die Geldkapitalbildung und Münzgewinnungsschriften) ergibt sich für den Dezember ein Gesamtbetrag der bankmäßigen Geldschöpfung von etwas über 400 Mill. DM. Untersucht man nun die Veränderungen, die das Geldvolumen und seine Zusammensetzung demgegenüber erfahren haben, so ergibt sich zunächst, daß ein Betrag von rd. 217 Mill. DM gleich 52 vH der bankmäßigen Geldschöpfung im Dezember durch die Finanzierung des Außenhandels absorbiert wurde. Im einzelnen fanden dabei 122 Mill. DM für Devisenkäufe bei der Bank deutscher Länder und den Außenhandelsbanken Verwendung, und weitere 95 Mill. DM wurden auf den für Einfuhrbewilligungsanträge bei den Landeszentralbanken zu hinterlegenden Bardepots gebunden. Im Januar ist die Entwicklung bisher erwartungsgemäß in der gleichen Richtung weitergegangen, indem der Passivsaldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder bis 15. Januar 1951 um 57 Mill. DM und die Bardepots um 148 Mill. DM zunahmen. Neben der Geldabsorption durch die Finanzierung des Außenhandels erforderte im Dezember der Steuertermin für die Veranlagte

Einkommen- und Körperschaftsteuer bedeutende Beträge, die zunächst nur zum Teil aus den öffentlichen Kassen wieder in den Kreislauf zurückflossen. Die Bankeinlagen öffentlicher Körperschaften im ganzen sind daher im Dezember gestiegen. Bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken betrug die Steigerung 171 Mill. DM, während beim Zentralbanksystem ein Rückgang um 84 Mill. DM eintrat. In der ersten Januar-Hälfte haben die öffentlichen Konten weiter zugenommen, und zwar sowohl bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken (+ 41 Mill. DM) als auch im Zentralbanksystem (+ 10 Mill. DM). Vor allem aber haben die Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen in der ersten Januar-Hälfte stark abgenommen (— 158 Mill. DM), wobei — wie erwähnt — insbesondere der Bund seinen Kassenvorschuß bei der Bank deutscher Länder erheblich zu reduzieren in der Lage war. Die Kassenmittel der Wirtschaft wurden durch alle diese Anforderungen naturgemäß stark beansprucht. Der Bestand an Bargeld und Depositen der Wirtschaft ist aber gleichwohl im Dezember fast ebenso stark gewachsen wie die bankmäßige Geldschöpfung. Die Zunahme der Depositen der Wirtschaft¹⁾ betrug nämlich bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken im Dezember 106 Mill. DM, im ganzen Bankensystem also schätzungsweise 150 Mill. DM. Außerdem stieg von Ende November bis Ende Dezember der Bargeldumlauf (einschließlich Scheidemünzen des Bundes) saisonbedingt um 168 Mill. DM, wobei die Kassenbestände der Banken, die statistisch noch nicht bekannt sind, entsprechend der Entwicklung im Dezember 1949 um schätzungsweise 40 Mill. DM zurückgegangen sein dürften. Die gesamten Kassenmittel der Wirtschaft sind danach im Dezember vermutlich in der Größenordnung von ungefähr 350 Mill. DM gewachsen. Daß diese starke Zunahme trotz der erwähnten hohen Beanspruchung für Importfinanzierung und Steuerzahlungen möglich war, geht hauptsächlich auf den Auszahlungsüberschuß auf den Gegenwertkonten und daneben auf eine gewisse Verminderung auch der Guthaben alliierter Dienststellen im Zentralbanksystem zurück. Von Ende Dezember bis Mitte Januar haben sich dagegen trotz hoher

¹⁾ Sicht- und Termineinlagen werden in der wöchentlichen Bankenstatistik nicht getrennt erfaßt.

Bargeldrückflüsse (rd. 675 Mill. DM in den ersten beiden Januar-Wochen) und trotz der anhaltenden — wenn auch verringerten — Kreditexpansion die Bankeinlagen nicht erhöht. Die 480 wöchentlich berichtenden Banken verzeichneten im Gegenteil einen Rückgang der Einlagen um 68 Mill. DM. Dem bereits erwähnten weiteren Anstieg der Guthaben öffentlicher Stellen steht dabei eine stärkere Abnahme der Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten gegenüber.

Überblickt man zusammenfassend den ganzen Zeitraum von der Jahresmitte 1950 bis zum Jahresende, so ergibt sich, daß die bankmäßige Geldschöpfung nach Abzug der Geldkapitalbildung bei den Banken rd. 3,3 Mrd. DM betragen hat. Von dieser Geldschöpfung entfallen 1,6 Mrd. DM auf das dritte und 1,7 Mrd. DM auf das vierte Vierteljahr. Die Geldschöpfung des dritten Vierteljahres hat dabei überwiegend, nämlich mit etwa 0,9 Mrd. DM, erst im September stattgefunden, dem Monat, in dem — wie erinnerlich — die scharfe Steigerung der kurzfristigen Kredite begann, die schließlich den Anlaß für die restriktiven Maßnahmen des Zentralbanksystems bildete. Im Oktober hat die bankmäßige Geldschöpfung ebenfalls 0,9 Mrd. DM erreicht, aber im November und Dezember sank die Zuwachsrate in Auswirkung der restriktiven Maßnahmen des Zentralbanksystems auf je 0,4 Mrd. DM. Wie sich diese Expansion im Zusammenhang mit den anderen, die Geldversorgung beeinflussenden Faktoren auf das Geldvolumen ausgewirkt hat, ist aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen. Der bankmäßigen Geldschöpfung im zweiten Halbjahr 1950 stand eine Geldabsorption durch die Finanzierung des Außenhandels (einschließlich der Bardepotstellung für Einfuhrbewilligungsanträge) in Höhe von 36 vH der geschöpften Beträge gegenüber, während 57 vH dem Geldvolumen im weitesten Sinne des Wortes (jedoch ohne Spareinlagen) zuwuchsen. Dem eigentlichen aktiven Geldvolumen allein, d. h. dem Bargeldumlauf und den Sichtdepositen der Wirtschaft, sind dabei 47 vH der bankmäßigen Geldschöpfung oder 1,6 Mrd. DM zugeflossen.

Die Liquidität der Geschäftsbanken hat sich im Durchschnitt des Dezember wenig verändert. Liquiditätsvermindernd

*Anderungen in der Geldversorgung
im Vergleich zur Geldschöpfung*

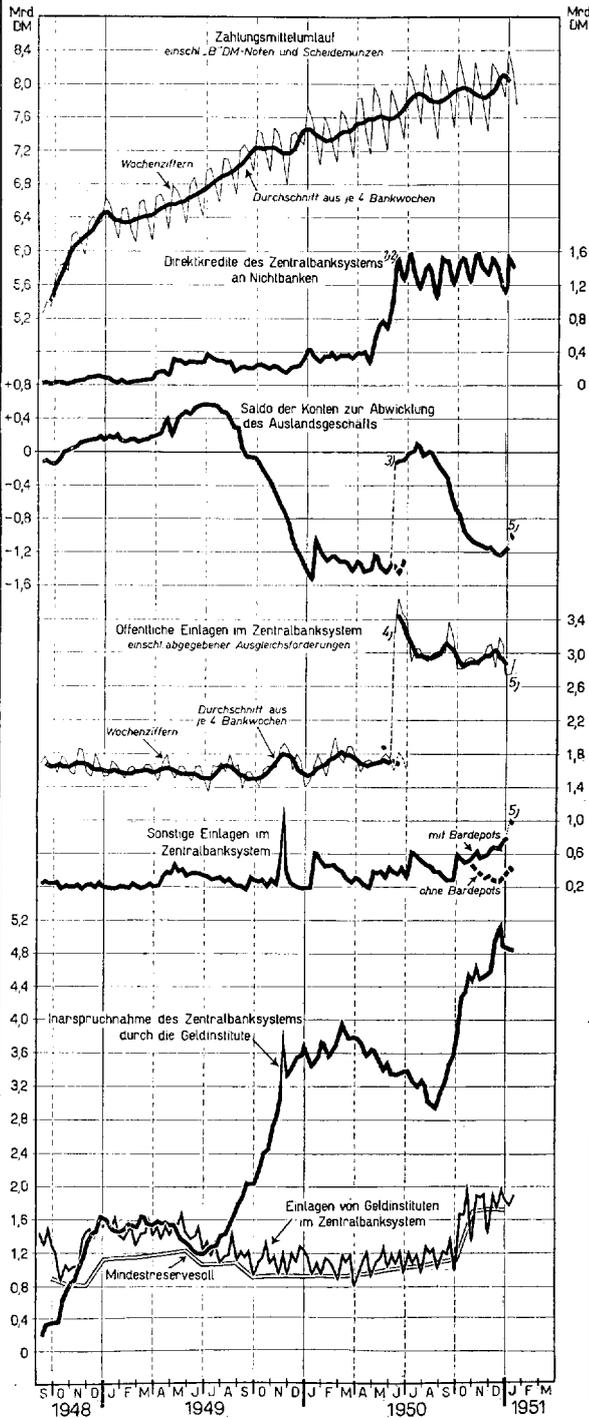
	1950				
	3. Vj.	Okt.	Nov.	Dez. ²⁾	2. Halbjahr
Bankmäßige Geldschöpfung (in Mrd. DM)	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,3
Demgegenüber (in vH. der bankmäßigen Geldschöpfung):					
I. Geldabsorption durch die Finanzierung des Außenhandels einschl. der Bardepotstellung	+ 14	+ 42	+ 97	+ 52	+ 36
II. Veränderungen des Geldvolumens und seiner Zusammensetzung (ohne Spareinlagen)					
1. Bargeldumlauf	+ 12	- 13	- 6	+ 50	+ 8
2. Sichtdepositen der Wirtschaft	+ 60	+ 38 ¹⁾	- 19 ¹⁾	+ 18	+ 30
3. Terminepositen der Wirtschaft	+ 21	+ 18 ¹⁾	+ 5 ¹⁾	+ 18	+ 18
4. Depositen öffentlich-rechtl. Körperschaften	- 1	- 13	+ 40	+ 34	+ 5
5. Depositen alliierter Dienststellen	- 10	+ 0	- 25	- 9	- 8
6. Gegenwertmittel	- 5	+ 8	+ 18	- 52	- 5
Veränderungen des Geldvolumens	+ 77	+ 38	+ 13	+ 59	+ 57
III. Veränderung der restlichen Bilanzpositionen der Banken (vgl. Anm. 6 zur Übersicht auf S. 10)	+ 9	+ 20	- 10	- 11	+ 7
Summe I bis III	+ 100	+ 100	+ 100	+ 100	+ 100

¹⁾ Aufteilung nach Sicht- und Terminepositen wurde geschätzt. . . .
²⁾ Teilweise geschätzt.

wirkte im Dezember im wesentlichen nur die Zunahme des Noten- und Münzumlaufs um 168 Mill. DM und die Zunahme einiger in Position 7 der nachfolgenden Übersicht zusammengefaßter Faktoren, unter denen die unterwegs befindlichen Überweisungen besonders ins Gewicht fallen. Der Bedarf an Zentralbankgeld, den die Banken hierdurch hatten, wurde jedoch insgesamt voll gedeckt durch die Verflüssigungsfaktoren, unter denen vor allem der Abfluß von Gegenwertmitteln aus dem Zentralbanksystem, daneben aber auch die Verminderung deutscher öffentlicher und alliierter Guthaben, die leichte Erhöhung der Zentralbankkredite und die Münzgewinnumschrift zugunsten des Bundes von Bedeutung sind. Die Giro Guthaben der Geldinstitute beim Zentralbanksystem, die bereits im Durchschnitt der drei ersten Wochenschlußtage des Dezember über dem Reserve-Soll gelegen hatten, sanken auch zum Monatschluß entgegen der sonst üblichen Gepflogenheit nicht unter das Soll herab. Im Monatsdurchschnitt Dezember ergab sich daher eine gegenüber den Vor-

ZUR LIQUIDITÄTSENTWICKLUNG DER BANKEN IM BUNDESGBEIT

Nach den betreffenden Ausweispositionen des Zentralbanksystems



1) Ohne Kassenkredite an KiW. - 2) Von der Zunahme in der ersten Juni Woche 1950 sind 400,1 Mill. DM darauf zurückzuführen, daß der „suspence account“-Kredit, der bis dahin in den „Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ enthalten war, nunmehr auf offenem Kreditkonto ausgewiesen wurde. - 3) Die Veränderung vom 31.5. zum 7.6. 1950 ist in der Hauptsache durch eine Änderung des Ausweisschemas der BzL bedingt. - 4) Ab 7.6.50 einschl. Sonderkonten des Bundes und Guthaben sonstiger alliierter Dienststellen. - 5) Auf Grund einer Neugliederung des BzL-Ausweises wurden ab 7.1.51 Beträge, die bisher im Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts erfaßt waren, als öffentliche bzw. sonstige Einlagen ausgewiesen.

BdL

monaten verdoppelte Überschußreserve von 88 Mill. DM = 5 vH des Reserve-Solls. Zweifellos dürfte für diese Verstärkung der Reserveguthaben eine Rolle gespielt haben, daß die Banken bestrebt waren, in den Jahresschlußbilanzen keine Unterschreitungen des nach der Vorschrift des Zentralbanksystems an sich nur monatsdurchschnittlich zu erfüllenden gesetzlichen Mindestreserve-Solls auszuweisen. Der große

Die wesentlichsten Bestimmungsfaktoren der Primärliquidität der Geschäftsbanken nach dem Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken in Mill. DM

	1950		
	Okt.	Nov.	Dez.
Die liquiditätsbestimmenden Faktoren (ohne Änderungen des Reserve-Solls)			
Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an.			
1. Noten- und Münzumlauf	+ 88	+ 22	- 168
2. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken			
a) deutsche öffentliche Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Sonderkonten des Bundes)	+ 84	- 55	+ 84
b) Sonderkonten des Bundes	- 196	- 224	+ 249
c) Hohe Kommissare und alliierter Dienststellen	- 4	+ 99	+ 36
d) Sonstige Einlagen (darunter: ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank, Asservaten-Konto Einfuhrbewilligungen)	+ 24	- 56	- 145
3. Zentralbankkredite an Nichtbanken	(+ 131)	(+ 152)	(- 31)
4. Kredite wegen Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm über die Kreditanstalt für Wiederaufbau	(- 131)	(- 191)	(- 96)
5. Münzgewinnungszugunsten des Bundes	+ 100	- 25	+ 22
6. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts ¹⁾	+ 68	+ 101	- 6
7. Sonstige Faktoren, netto	+ 12	+ 18	+ 41
	- 380	- 62	- 9
	- 80	+ 155	- 81
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	- 284	- 27	+ 23
Kreditnahme und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem			
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)			
Reserveguthaben (Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls)	+ 379	+ 67	+ 331
Kredite ²⁾	(+ 575)	(+ 40)	(- 3)
	+ 663	+ 94	+ 308
Nettoverschuldung der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	+ 284	+ 27	- 23
¹⁾ Enthält noch Vorkonten der GARIOA- und ERP-Funds, aus denen im Oktober 75 Mill. DM auf GARIOA-Sonderkonto des Bundes (obige Ziff. 2b) übertragen wurden. - ²⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten.			

Einstrom von Zentralbankgeld in der letzten Dezember-Woche dürfte ihnen bei diesem Bestreben entgegengekommen sein. Die Entlastung der Liquidität der Banken, die nach Überwindung des Jahresresultimos einsetzte, blieb bis Mitte Januar relativ gering. Der gesamte Rückgriff der Geschäftsbanken auf das Zentralbanksystem betrug am 15. Januar 1951 4 878 Mill. DM, gegenüber 4 906 Mill. DM Ende Dezember; er war also nur um 28 Mill. DM niedriger. Die relativ geringe Liquiditätsentlastung hat ihren Grund darin, daß den hohen Bargeldrückflüssen, die bis Mitte Januar zu verzeichnen waren, nahezu gleichgroße Abflüsse an Zentralbankgeld gegenüberstanden, die sich insbesondere aus dem Rückgang der Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen, aus der Steigerung der öffentlichen Guthaben im Zentralbanksystem und aus dem Importfinanzierungsbedarf ergaben.

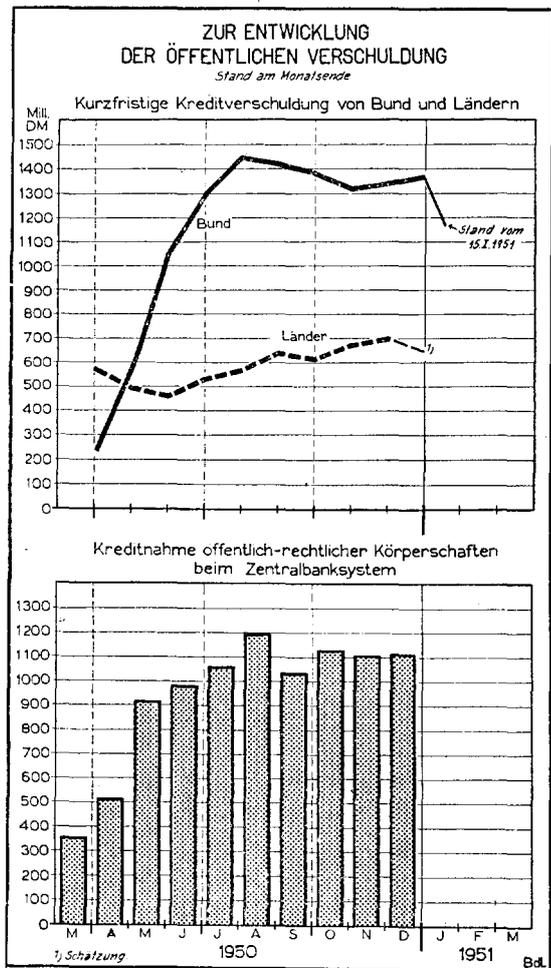
Obwohl die Banken seit August vorigen Jahres in ungewöhnlich hohem Maße auf das Zentralbanksystem zurückgreifen mußten, kann für einen großen Teil des Bankenapparates von einer Erschöpfung des „zentralbankfähigen“ Materials bisher keine Rede sein. Das liegt vor allem daran, daß der Prozeß der Kreditgewährung selber bei vielen Banken immer neues rediskontfähiges Material schafft, sofern sie in der Lage sind, von ihrer kreditsuchenden Kundschaft Handelswechsel zu erhalten. Tatsächlich haben, wie die Übersicht auf Seite 6 zeigt, die Wechseldiskontkredite bei den 480 wöchentlich berichtenden Ban-

ken, die im Oktober nur um 69 Mill. DM und im November um 124 Mill. DM gestiegen waren, im Dezember um nicht weniger als 426 Mill. DM zugenommen. Die Kontokorrentkredite zeigen demgegenüber eine sinkende Zuwachsrate und im Dezember sogar eine beträchtliche Abnahme. Wenn dabei auch, wie die Entwicklung in der ersten Januar-Hälfte 1951 erweist, das Bestreben der Banken, zum Jahresschluß einen besonders flüssigen Status auszuweisen, vorübergehend eine gewisse Rolle gespielt haben mag, so bleibt dennoch eine beträchtliche Zunahme der echten Wechseldiskontkredite zu verzeichnen. Das Wechselportefeuille der Geschäftsbanken, das sich Ende November auf insgesamt 2,3 Mrd. DM (gegen 2,2 Mrd. DM Ende Oktober 1950 und 1,7 Mrd. DM Ende Dezember 1949) belaufen hatte, dürfte danach im Dezember nicht unbedeutend angestiegen sein und auch im Januar kaum eine Verminderung erfahren haben. Ein liquiditätsmäßiger Zwang zur Bremsung der Kreditausweitung ist unter diesen Umständen bei den meisten Kreditbanken einstweilen nicht gegeben. Dagegen erscheint es bedenklich, daß sich vielfach zwischen den haftenden Mitteln der Institute und dem stark angewachsenen Kreditvolumen ein immer stärkeres Mißverhältnis herausgebildet hat. Es sollte angestrebt werden, hier wieder zu betrieblich und allgemeinwirtschaftlich gesunden Relationen zu kommen. Einer weiteren Ausdehnung der Kreditgewährung dürften dann von dieser Seite her zunächst Grenzen gesetzt sein.

Öffentliche Finanzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte war im Dezember 1950 in allen Bereichen kassenmäßig recht günstig. Nicht nur in den Länderhaushalten ergaben sich auf Grund der vierteljährlichen Eingänge aus der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer trotz relativ hoher Ausgaben Überschüsse, sondern auch beim Bund waren die kassenmäßigen Einnahmen wieder etwas höher als die kassenmäßigen Ausgaben. Ebenso dürften die Sozialversicherungen und die Arbeitslosenversicherung noch gewisse, wenn auch gegenüber den Vormonaten verringerte, Überschüsse erzielt haben. Wenngleich die im ganzen gesehen günstige Kassenlage der Haushalte im Dezember auch durch zahlungstech-

nische Momente (großer Steuertermin) mit bedingt war, so war sie doch auch durch die schon seit dem August auf eine Entlastung der Haushaltslage hinwirkenden Faktoren, nämlich vor allem durch die konjunkturell gebesserten Steuer- und Beitragseingänge, beeinflusst. Wie das Schaubild zeigt, ist die Verschuldung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gegenüber dem Zentralbanksystem seit dem August leicht zurückgegangen, wozu vor allem die rückläufige Bewegung der Bundesverschuldung beigetragen hat. Stärker noch war der gleichzeitige Abbau der kurzfristigen Verschuldung öffentlich-rechtlicher Körperschaften bei den Geschäftsbanken; wie aus den Ergebnissen der



Wochenstatistik geschlossen werden kann, belief er sich auf gut 200 Mill. DM.

Die kurzfristige B u n d e s s c h u l d stieg zwar von 1 349 Mill. DM Ende November auf rd. 1 377 Mill. DM Ende Dezember, also um rd. 28 Mill. DM, an. Da aber gleichzeitig die bei der Bank deutscher Länder zweckgebundenen Guthaben um 54 Mill. DM zunahmen, ist anzunehmen, daß sich ein kassenmäßiger Einnahmeüberschuß von rd. 26 Mill. DM ergab. Die Überschufbildung scheint sich im Januar in verstärktem Umfang fortzusetzen. Jedenfalls war die Bundesschuld am 15. Januar 1951 mit rd. 1 150 Mill. DM um rd. 145 Mill. DM niedriger als am gleichen Stichtag des Vormonats.

Angaben über die absolute Höhe der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben liegen allerdings auch für den Dezember noch nicht vor. Sowohl die Einnahmen als vor allem auch die Ausgaben dürften jedoch etwas höher gewesen sein als im vorangegangenen Monat. Das Steuer-

aufkommen hat sich zwar vermutlich nur etwa auf dem im November erreichten Stand — 846 Mill. DM — gehalten, aber die sonstigen Haushaltseinnahmen des Bundes waren höher als in den Vormonaten. So beliefen sich die Guthabenschriften aus der Übernahme von Münzen durch die Bank deutscher Länder im Dezember auf rd. 41 Mill. DM, verglichen mit nur rd. 18 bzw. 12 Mill. DM im November bzw. Oktober. Darüber hinaus erhielt der Bund 63 Mill. DM aus GARIOA-Mitteln zur Finanzierung der Hilfeleistung an Berlin. Bekanntlich hatte die amerikanische Hohe Kommission anlässlich der für die Zeit vom 1. Oktober 1950 bis 31. März 1951 beschlossenen Erhöhung der Berlin-Hilfe um 200 Mill. DM einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 125 Mill. DM aus GARIOA-Mitteln in Aussicht gestellt. Die Ende Dezember überwiesenen 63 Mill. DM beziehen sich auf die Monate Oktober bis Dezember, in denen der Bund mit Überweisungen an Berlin in Höhe von 145 Mill. DM die GARIOA-Mittel zum Teil vorfinanziert hatte. Die gesamten kassenmäßigen Einnahmen des Bundes dürften im Dezember mithin um schätzungsweise 75 bis 100 Mill. DM höher gewesen sein als im November. Da der kassenmäßige Überschuf mit 26 Mill. DM um gut 20 Mill. DM niedriger war als im Vormonat, müssen die Ausgabeverpflichtungen im Dezember relativ stark angewachsen sein. Die am 31. Dezember 1950 fällig gewesenen Zinsen auf die Ausgleichsforderungen (rd. 60 Mill. DM) wurden zwar erst am 2. Januar 1951 eingezahlt, aber sicherlich waren die Sozialausgaben auf Grund der im Dezember gewährten Weihnachtsszuwendungen höher als gewöhnlich, und auch die Berlin-Hilfe erforderte mit insgesamt 65 Mill. DM (davon 10 Mill. DM für Rechnung Januar 1951 und 15 Mill. DM zur Abdeckung eines im Juli aus GARIOA-Mitteln gewährten Kredits) einen besonders hohen Betrag.

Im Verlauf der letzten fünf Monate konnte der Bund kassenmäßige Überschüsse in Höhe von gut 200 Mill. DM erzielen, die den Gesamtbetrag der Ende Juli mit rd. 1 070 Mill. DM aufgelaufenen kassenmäßigen Fehlbeträge auf rd. 860 Mill. DM Ende Dezember herabdrückten. In den unlängst vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Übersichten über die Entwicklung des Bundeshaushalts für die Zeit vom

Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes
vom 1. April bis 31. Oktober 1950

Einnahmeart bzw. Ausgabeart	April bis Oktober 1950		Haus- halts- ansatz im Monats- durch- schnitt	Monatsdurch- schnittliche Über- schreitung (+) bzw. Unterschrei- tung (-) des Haus- haltsansatzes	
	ins- gesamt	im Monats- durch- schnitt		Mill. DM	vH. des Haus- haltsan- satzes
I. Einnahmen insgesamt	6 158,0	879,7	992,0 ¹⁾	- 112,3	- 11,3
darunter:					
1. Steuern	5 276,6	753,8	792,8	- 39,0	- 4,9
2. Ablieferungen d. Dt. Bundespost	77,0	11,0	11,0	-	-
3. Ablieferungen d. Dt. Bundesbahn	—	—	14,6	- 14,6	- 100
4. Nettoüberschuß aus der Münz- prägung	145,0	20,7	33,3	- 12,6	- 37,8
5. Interessenquo- ten der Länder	400,8	57,3	94,3	- 37,0	- 39,2
6. Zuschuß aus dem ERP-Son- dervermögen	85,8	12,3	7,2	+ 5,1	+ 70,8
II. Ausgaben insgesamt	6 706,2	958,0	1 051,0	- 93,0	- 8,8
darunter:					
1. Besatzungs- und Besatzungs- folgelasten	2 412,7	344,7	383,2	- 38,5	- 10,0
2. Soziale Kriegs- folgelasten ins- gesamt	1 825,0	260,7	311,1	- 50,4	- 16,2
darunter:					
a) Kriegsfolgen- hilfe	286,7	41,0	49,4	- 8,4	- 17,0
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinter- bliebenen	1 52,1	21,8	25,0	- 3,2	- 12,8
c) Kriegsopfer- versorgung	1 308,9	187,0	221,8	- 34,8	- 15,7
3. Sonstige Sozial- lasten insgesamt	1 065,7	152,2	124,3	+ 27,9	+ 22,4
davon:					
a) Arbeitslosen- hilfe	562,3	80,3	63,4	+ 16,9	+ 26,7
b) Zuschüsse zur Sozialversi- cherung	503,4	71,9	60,8	+ 11,1	+ 18,3
4. Berlin-Hilfe	299,0	42,7	27,3 ²⁾	+ 15,4	+ 56,4
5. Preisausgleich f. eingeführte Le- bensmittel und Düngemittel	179,8	25,7	43,8	- 18,1	- 47,3
6. Wohnungsbau	252,1	36,0	33,3	+ 2,7	+ 8,7
7. Schuldendienst	66,2	9,5	10,8	- 1,3	- 12,0
III. Mehreinnah- men (+) bzw. Mehrausga- ben (-)	- 548,2	- 78,3	- 59,0	+ 19,3	+ 32,7

¹⁾ Ordentliche Haushaltseinnahmen zuzüglich der im außerordentlichen Haushalt verbuchten Einnahmen aus dem ERP-Sondervermögen. — ²⁾ Nach dem ursprünglichen Ansatz in Höhe von 327 Mill. DM, der inzwischen um 200 Mill. DM erhöht wurde.

1. April bis zum 31. Oktober 1950 wird der Überschuß der haushaltsmäßig verbuchten Ausgaben über die haushaltsmäßig verbuchten Einnahmen — bei einem kassenmäßigen Defizit von rd. 935 Mill. DM — allerdings mit nur rd. 550 Mill. DM ausgewiesen. Dieser starke Unterschied zwischen haushaltsmäßiger und kassenmäßiger Entwicklung ist vor allem auf den großen Betrag der über Vorschußkonto geleisteten, haushaltsmäßig aber noch nicht verbuchten Ausgaben zurückzuführen.

Bei den Einnahmen, die insgesamt um rd. 11 vH hinter ihren auf Monatsdurchschnitt umgerechneten Voranschlägen zurückblieben, fielen die veranschlagten Ablieferungen aus der Bundesbahn in voller Höhe aus. Sehr stark war auch der Mindereingang gegenüber den Voranschlägen bei den von den Ländern zu leistenden Interessenquoten an bestimmten Bundesausgaben und den Einnahmen aus der Münzprägung. Selbst die Steuereinnahmen blieben im Durchschnitt der ersten sieben Monate des laufenden Rechnungsjahres um fast 5 vH hinter dem Ansatz zurück, doch wird hier seit September der monatsdurchschnittliche Voranschlag ständig überschritten. Auch für die nächsten Monate dürfte die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen anhalten. Das Steueraufkommen, das im Januar normalerweise seinen Jahreshöchststand erreicht, wird, auch wenn es im Februar und März unter seinen im Durchschnitt der Monate Oktober und November erzielten Stand sinkt, womit allein schon aus saisonalen Gründen zu rechnen ist, im gesamten laufenden Finanzjahr den Voranschlag von ursprünglich rd. 9,5 Mrd. DM (einschließlich Notopfer Berlin) aller Voraussicht nach um 100 bis 200 Mill. DM überschreiten. Dieser Betrag dürfte allerdings kaum ausreichen, um den Minderertrag bei den anderen Einnahmeposten (Bahnablieferungen, Einnahmen aus der Münzprägung und Interessenquoten) voll auszugleichen, so daß es fraglich ist, ob der im Haushalt etatisierte Gesamtbetrag der ordentlichen Haushaltseinnahmen (rd. 11,9 Mrd. DM) erzielt werden kann.

Die Ausgaben sind in den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Ausgabegruppen im ganzen hinter dem monatsdurchschnittlichen Ansatz um rd. 9 vH und unter Hinzu-

rechnung der haushaltsmäßig noch nicht verbuchten Ausgaben um rd. 5 vH zurückgeblieben. Relativ groß waren die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag bei den Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten (38,5 Mill. DM im Monatsdurchschnitt) und bei der Kriegsopferversorgung (35 Mill. DM im Monatsdurchschnitt), jedenfalls soweit es sich um die verbuchten Ausgaben handelt. Da aber die Ausgaben gegen Ende des Rechnungsjahres meist anwachsen und auf Grund der neuen Anforderungen der alliierten Hohen Kommissare¹⁾ die Besatzungskosten vermutlich über den bisher etatisierten Betrag von rd. 4,6 Mrd. DM steigen werden, ist zu erwarten, daß die gesamten Ausgaben den Etatansatz (12,6 Mrd. DM) überschreiten werden. Bleiben, wie oben ausgeführt, die gesamten ordentlichen Haushaltseinnahmen hinter dem Voranschlag zurück, so wird sich der mit 709 Mill. DM etatisierte Fehlbetrag wahrscheinlich erhöhen.

Erst recht schwierig dürfte die Lage im kommenden, am 1. April 1951 beginnenden Finanzjahr werden. Die für dieses Jahr zu erwartenden Mehrausgaben werden vom Bundesfinanzministerium mit reichlich 4 Mrd. DM angegeben. Darunter entfallen 1,7 Mrd. DM auf die Mehrkosten für die äußere Sicherheit und weitere 1,7 Mrd. DM auf erhöhte Sozialausgaben, die u. a. aus der verbesserten Kriegsopferversorgung, den Rückwirkungen des Lastenausgleichs, den höheren Zuschüssen an die Sozialversicherungen entstehen werden. Ein so hoher Betrag kann nicht entfernt aus den derzeitigen Einnahmequellen gedeckt werden, obwohl das Steueraufkommen schon aus konjunkturellen Gründen im kommenden Finanzjahr erheblich höher sein wird als das diesjährige. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß das laufende Rechnungsjahr trotz der in letzter Zeit erzielten Überschüsse im ganzen mit einem Defizit von mindestens 700 Mill. DM abschließen wird, so daß Mehreinnahmen in dieser Höhe zum Haushaltsausgleich benötigt werden. Die Bundesregierung hat daher beschlossen, beträchtliche neue Einnahmequellen zu erschließen. Die im Zusammenhang mit der Verbesserung der Kriegsopferversorgung eingebrachte Mineralölsteuer mit einem Jahresertrag von schätzungsweise 450 Mill. DM wurde am 17. Januar 1951 vom Bun-

destag beschlossen. Darüber hinaus hat das Kabinett einen umfassenden Plan zur Erhöhung der wichtigsten Steuern von Bund und Ländern (Umsatzsteuer einschließlich Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) verabschiedet, der zur Zeit dem Bundesrat vorliegt. Im Falle der Umsatzsteuer soll der allgemeine Satz, der in Zukunft auch für Einzelhandelsunternehmen mit Jahresumsätzen über 1 Mill. DM gelten soll, von 3 auf 4 vH und der für den Großhandel in Kraft befindliche Satz von 0,75 auf 1 vH erhöht werden. Um eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach Möglichkeit zu vermeiden, soll der für die Umsätze an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen geltende Sondersatz von 1,5 vH unverändert bleiben. Bei der Umsatzausgleichsteuer ist eine Verdoppelung des Satzes — von 3 auf 6 vH — vorgesehen. Die gleichzeitig vorgeschlagene Änderung der Einkommensteuer hat im wesentlichen die Beseitigung der wichtigsten im Einkommensteuergesetz enthaltenen Vergünstigungen für die Selbstfinanzierung der Betriebe, z. B. die erleichterte Abschreibung der Ersatzbeschaffung beweglicher Anlagegüter und neu gebauter Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftlicher Gebäude (§§ 7a und 7e ESTG), die bevorzugte Behandlung des nicht entnommenen Gewinns (§ 10a), die Besteuerung der Einzelunternehmungen nach dem Satz der Körperschaftsteuer (§ 32a) sowie die Einschränkung der bisherigen steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus (§ 7c), zum Inhalt. Bei der Körperschaftsteuer ist eine Erhöhung um 20 vH des derzeitigen Satzes (von 50 auf 60 vH) vorgesehen.

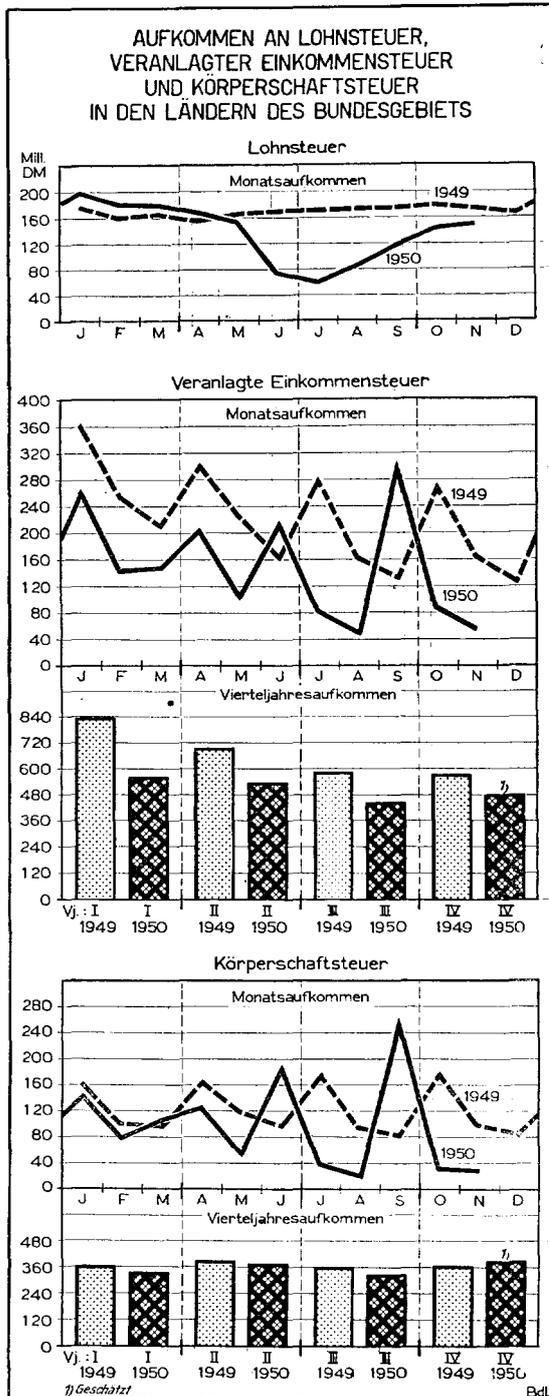
Der Mehrertrag aus dem gesamten Programm ist auf nahezu 2,3 Mrd. DM zu beziffern, wovon rd. 1,3 Mrd. DM dem Bund und nahezu 1 Mrd. DM den Ländern zugute kommen würden. Einschließlich der Einnahmen aus der Mineralölsteuer (rd. 450 Mill. DM) würde der Bund somit mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rd. 1,75 Mrd. DM rechnen können, mit einem Betrag also, der zur Finanzierung der voraussichtlichen Mehrausgaben auch bei einer möglichen Einschränkung gewisser, jetzt ziemlich zu Buchschlagender Ausgaben (wie z. B. der Subventionierung der Lebensmitteleinfuhren) und bei einem relativ starken konjunkturellen Anstieg des Steueraufkommens nicht ausreichen würde.

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, November 1950, S. 11.

Es wird deshalb darauf ankommen, durch entsprechende Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (Beteiligung der Länder an der Finanzierung der Bundesausgaben oder Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern) einen Teil der bei den Ländern zu erwartenden Mehreingänge auf den Bund zu übertragen. Da der genaue Umfang der Mehrausgaben des Bundes jedoch noch

nicht bekannt ist und aller Voraussicht nach auch bei den Ländern im kommenden Finanzjahr zusätzliche Ausgabeverpflichtungen auftreten werden, kann die Frage, ob die vorgeschlagene Steuererhöhung überhaupt ausreichend sein wird und in welchem Umfang der Mehrertrag zweckmäßigerweise zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden sollte, zur Zeit noch nicht beurteilt werden. Allerdings werden die Ländereinnahmen im kommenden Finanzjahr auch ohne die beabsichtigte Steuererhöhung den unbefriedigenden Ertrag des laufenden Jahres übertreffen, weil einmal die der Besteuerung zugrunde liegenden Einkünfte und Gewinne im Jahre 1951 vermutlich höher sein werden als im vergangenen Jahr und zum anderen der einmalige, in diesem Finanzjahr auf Grund der Rückerstattungen für die in den Monaten Januar bis März 1950 überzahlten Steuern eingetretene Ausfall sich nicht wiederholen wird.

In der Berichtsperiode war die kassenmäßige Entwicklung der Länderhaushalte im ganzen recht günstig, da die Steuereinnahmen auf Grund des Hauptzahlungstermins wieder beträchtlich waren. Angaben über die im Dezember erzielten Steuereinnahmen der Länder liegen zwar noch nicht vor. Vermutlich haben sie jedoch den im letzten Monat mit einem vergleichbaren Zahlungstermin (September) erreichten Stand (rd. 730 Mill. DM) allein schon deshalb überschritten, weil die Lohnsteuer nach dem Ende der Rückerstattungen nunmehr wieder höhere Erträge abwirft als noch vor drei Monaten. Möglicherweise haben sich auch die Einnahmen aus der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer auf Grund der im Oktober angeordneten Anpassung an die gestiegenen Einkünfte bereits erhöht. Die gesamten kassenmäßigen Einnahmen der Länder dürften auf Grund des großen Steuertermins ebenso wie im September höher gewesen sein als die kassenmäßigen Ausgaben. Die gesamte Verschuldung ging jedenfalls von rd. 708 Mill. DM (Ende November) auf schätzungsweise 648 Mill. DM, also um rd. 60 Mill. DM, zurück. Dabei wurden vor allem die Bankkredite abgebaut (bei den Geschäftsbanken um rd. 65 Mill. DM, bei den Landeszentralbanken um rd. 20 Mill. DM), während sich der Betrag der umlaufenden Schatzwechsel leicht erhöhte. Auch die Kassenreserven der Länder



dürften im Dezember wieder angereichert worden sein, wobei der Einlagenzuwachs offenbar vor allem den Geschäftsbanken zugute kam.

Trotz der im Dezember eingetretenen Verbesserung der Länderfinanzen dürften die in der Zeit vom Beginn des Finanzjahres bis Ende Dezember aufgelaufenen Defizite der Länderhaushalte schätzungsweise rd. 250 bis 300 Mill. DM betragen. Dieses Ergebnis kommt wegen der über Vorschußkonto geleisteten Zahlungen (vgl. Ausführungen zu den Bundesfinanzen) und der nach dem 1. April 1950 noch für Rechnung des vorangegangenen Finanzjahres getätigten Ausgaben in der Nachweisung der haushaltsmäßig verbuchten Einnahmen und Ausgaben bisher noch gar nicht zum Ausdruck. Bis Ende September — spätere Angaben liegen noch nicht vor — weist die Finanzstatistik für die Länder nämlich Überschüsse in Höhe von rd. 50 Mill. DM aus, während der bis dahin aufgelaufene kassenmäßige Fehlbetrag des laufenden Haushaltsjahres schätzungsweise bereits 150 bis 200 Mill. DM erreicht hatte.

Die in der nachstehenden Tabelle zusammengefaßten Ergebnisse der oben erwähnten Länderfinanzstatistik in der ersten Hälfte des Finanzjahres vermittelt jedoch einen umfassenden Einblick in die ab 1. April 1950 durch die Neuverteilung von Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund und Ländern veränderte Struktur der Länderhaushalte.

Wie nach der im Grundgesetz vorgesehenen Verteilung der Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund und Ländern zu erwarten stand, hat sich der Umfang der Länderhaushalte beträchtlich — um 42 vH — verkürzt. Der Rückgang war am stärksten bei den Kriegsfolge- und Soziallasten und bei den Steuereinnahmen, wobei jedoch auch der große, durch die Einkommensteuersenkung und die Rückerstattung der in den letzten Monaten des vorangegangenen Finanzjahres überzahlten Steuern verursachte Ausfall zu berücksichtigen ist. Würde man die in den Zahlen für 1950 enthaltenen durchlaufenden Posten (Zuschüsse und Darlehen des Bundes und des Soforthilfefonds und Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden für Zwecke der Investitionsfinanzierung), die im vergangenen Finanzjahr nicht erfragt wurden bzw. nicht existierten, sowohl auf der Einnahmeseite (Ziff. I, 3 und 4) als auch auf der Ausgabeseite (Ziff. II, 5 und 6) aus-

*Haushaltseinnahmen und -ausgaben der Länder
des Bundesgebiets
in den Monaten April bis September 1949 und 1950*

Einnahme- / Ausgabeart	1. April bis 30. Sept. 1949	1. April bis 30. Sept. 1950	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) ge- genüber dem Vorjahr	
	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	vH
I. Haushalts- einnahmen				
1. Steuereinnahmen ¹⁾	7 012	3 000	- 4 012	- 57
2. Umlagen und Beiträge d. Gemeinden	80	101	+ 21	+ 26
3. Zuschüsse und Darlehen des Bundes und des Soforthilfefonds für Investitionszwecke ²⁾	.	266	+ 266	-
4. Nettoeinnahmen aus den Umstellungsgrundschulden ³⁾	.	165	+ 165	-
5. Sonstige Einnahmen	1 050	1 174	+ 124	+ 12
Summe der Einnahmen ⁴⁾	8 143 ⁵⁾	4 706	- 3 437 ⁵⁾	- 42
II. Haushalts- ausgaben				
1. Finanzausgleichszahlungen und Zuschüsse und Zuweisungen an Gemeinden	769	753	- 16	- 2
2. Kriegsfolge- und Soziallasten ¹⁾	3 726	401	- 3 325	- 89
3. Persönliche Ausgaben und Versorgungsbezüge	1 558	1 564	+ 6	0
4. Verzinsung und Tilgung der Landeschulden	155	192	+ 37	+ 24
5. Einmalige u. außergewöhnliche Beschaffungs- und Bauausgaben	333	251	- 82	- 25
6. Gewährung von Darlehen und verlorene Zuschüsse für Investitionszwecke	368	524	+ 156	+ 42
7. Sonstige Ausgaben	1 083	971	- 112	- 10
Summe der Ausgaben ⁵⁾	7 992	4 656	- 3 336	- 42
III. Mehreinnahmen (+)	+ 151	+ 50	- 101	- 67

¹⁾ Einschließlich der Gemeindesteuern in Hamburg und Bremen. —
²⁾ Für 1949 nicht gesondert erfragt. Die wahrscheinlich nur niedrigen Beträge sind unter I, 5 erfaßt. — ³⁾ Für 1949 nicht erfragt. Kleinere Beträge möglicherweise unter I, 5 enthalten. Die aus diesen Einnahmen geleisteten Investitionsausgaben sind unter II, 5 und 6 enthalten. — ⁴⁾ Enthalten für 1950 auch die an den Bund abgeführten Interessenquoten. — ⁵⁾ Differenz durch Abrunden.

schalten, so würde die Schrumpfung des Umfangs der Länderhaushalte (um weitere rd. 430 Mill. DM) noch deutlicher in Erscheinung treten. Gleichzeitig würde dies den Rückgang der Investitionskraft der Länder besser veranschaulichen. Daß die gesamten Investitionsausgaben der Länder (Ziff. II, 5 und 6) mit 775 Mill. DM noch um

rd. 75 Mill. DM über denjenigen des vergangenen Jahres lagen, hängt ausschließlich mit der umfangreichen „Fremdfinanzierung“ (aus Bundeshaushalts- und Soforthilfemitteln einschließlich der Eingänge aus den Umstellungsgrundschulden) zusammen. Nach Abzug dieser Posten verringern sie sich auf nur 345 Mill. DM, was einem Rückgang der hauptsächlich aus eigenen Mitteln der Länder geleisteten Investitionsausgaben um mehr als der Hälfte entspricht.

Das Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben war im Dezember mit rd. 105 Mill. DM (rd. 91 Mill. DM im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet) sehr hoch, wenn man bedenkt, daß es nur aus Nachzahlungen auf die an früheren Terminen fällig gewesenen Leistungen bestand. Die Ausgaben erreichten im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet — für die Länder der französischen Zone sind überhaupt noch keine Ausgabebeträge bekannt gegeben worden — mit rd. 159 Mill. DM einen besonders hohen Stand. Das hängt, ebenso wie die großen Schwankungen in den monatlichen Ausgabebeträgen, hauptsächlich mit nachträglichen Verrechnungen bereits früher verausgabter Beträge zusammen (vgl. nachstehende Tabelle). Die kassenmäßigen Ausgaben dürften daher im Dezember unter dem angegebenen Ausgabebetrag von rd. 159 Mill. DM gelegen haben, und der kassenmäßige Fehlbetrag dürfte, nach der Entwicklung der liquiden Mittel des Soforthilfehauptamts zu schließen, nur gering gewesen sein. Im Verlauf des letzten halben Jahres war der Einnahmeüberschuß der So-

forthilfeaktion, der im vergangenen Rechnungsjahr rd. 450 Mill. DM betragen hatte und fast ganz in der Zeit von November 1949 bis Februar 1950 aufgelaufen war, mit rd. 32 Mill. DM nur noch unbedeutend. Einnahmen und Ausgaben hielten sich also seit dem Sommer des vergangenen Jahres ungefähr die Waage. Dementsprechend war die anfänglich starke Zunahme der liquiden Mittel des Hauptamts für Soforthilfe seit Ende Juni nicht mehr groß. Diese Entwicklung auf ein besseres Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß die produktiven Vorhaben im Rahmen der Soforthilfeaktion, die eine relativ lange Vorbereitungszeit beanspruchen, nun stärker in Gang gekommen sind. Obwohl Ende Dezember 1950 immer noch rd. 360 Mill. DM für produktive Vorhaben bewilligt, aber noch nicht abgerufen waren, stiegen die für produktive Zwecke verausgabten Mittel (vornehmlich Wohnungsbau, Gemeinschaftshilfe, Flüchtlingssiedlung) in den ersten neun Monaten des laufenden Finanzjahres auf rd. 302 Mill. DM (= fast 30 vH der gesamten Ausgaben), während sie im vergangenen Rechnungsjahr nur 133 Mill. DM (= 16 vH) betragen hatten.

Angaben über die neuere finanzielle Entwicklung der Sozialversicherungen (Renten- und Krankenversicherungen), die nur vierteljährlich berichten, liegen noch nicht vor. Die nunmehr für das 3. Kalendervierteljahr 1950 veröffentlichten Teilergebnisse zeigen, wie stark das Beitragsaufkommen dieser Versicherungen durch den seit dem Sommer des vergangenen Jahres eingetretenen Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme angewachsen ist. Die Zunahme vom 2. zum 3. Kalendervierteljahr belief sich mit rd. 207 Mill. DM auf gut 15 vH. Dagegen blieb in der gleichen Zeit der Anstieg der Ausgaben, vor allem der Rentenleistungen bei den Rentenversicherungen, zunächst noch weit hinter der Steigerung des Beitragsaufkommens zurück.

Bei der Arbeitslosenversicherung dürften im Dezember die Auswirkungen des relativ starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit erstmalig in niedrigeren Beiträgen und vor allem in höheren Unterstützungszahlungen in Erscheinung getreten sein. Im November, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben vorliegen, machte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit

*Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben und
Auszahlungen der Soforthilfebehörden
in Mill. DM*

Zeit	Aufkommen		Auszahlungen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet		
	Bundesgebiet	Ver. Wirtschaftsgebiet	insgesamt	für konsumtive Zwecke ¹⁾	für produktive Zwecke ²⁾
Sept. 1949 bis März 1950	1 298,9 ³⁾	1 146,6	695,5	562,5	133,0
1950 April bis Juni	391,9	347,3	329,8	.	.
1950 Juli	72,6	61,3	93,4	.	.
August	211,9	188,8	85,1	.	.
September	78,9	69,4	130,2	.	.
Oktober	69,0	61,3	126,0	.	.
November	291,2	258,3	103,5 ³⁾	.	.
Dezember	104,6	90,8	159,2	.	.
1950 April bis Dez. insgesamt	1 220,1	1 077,2	1 027,2	725,4	301,8

¹⁾ Unterhaltshilfe, Hausrathilfe. — ²⁾ Alle übrigen Hilfen, vor allem Wohnungsbau, Flüchtlingssiedlung, Gemeinschaftshilfe, Mieterzuschüsse, Ausbildungshilfe. — ³⁾ Berichtigt.

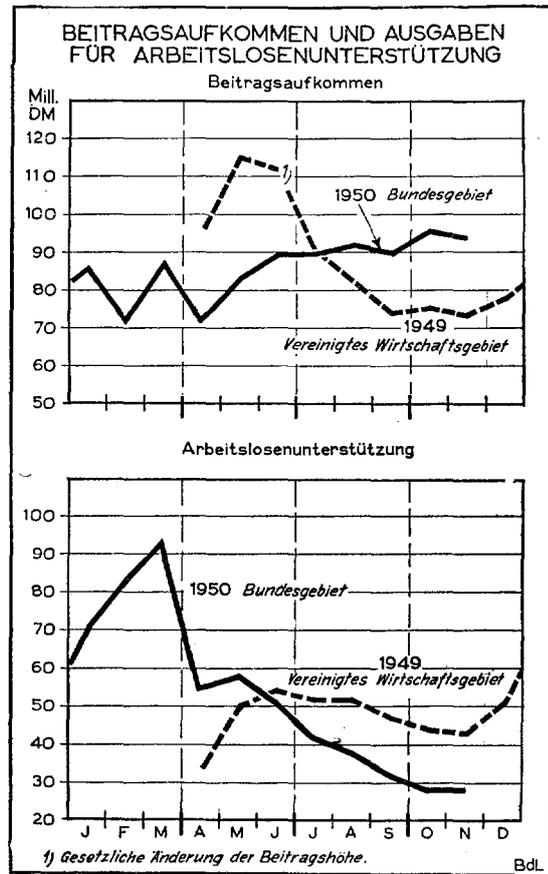
Beitragsaufkommen und Rentenzahlungen der Sozialversicherungen im Bundesgebiet vom 1. Januar bis 30. September 1950

Versicherungsbranche	1. Kalendervierteljahr	2. Kalendervierteljahr	3. Kalendervierteljahr	Steigerung im 3. Kalendervierteljahr gegenüber dem 2. Kalendervierteljahr	
	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	vH
1. Beitragsaufkommen					
a) Rentenversicherungen	823,6	827,1	1 000,9	+ 173,8	+ 21,0
b) Krankenversicherungen	482,0	515,2	548,2	+ 33,0	+ 6,4
Sozialversicherungen insgesamt	1 305,6	1 342,3	1 549,1	+ 206,8	+ 15,4
2. Rentenleistungen					
a) Rentenversicherungen ¹⁾	789,6	808,9	839,9	+ 31,0	+ 3,8
b) Krankenversicherungen ²⁾	398,2	490,1	522,1	+ 32,0	+ 6,5

¹⁾ Einschließlich der aus Bundesmitteln gezahlten Grundbeträge.
²⁾ Ausgaben für Krankenbehandlung und Krankenunterstützung.

jedoch noch kaum bemerkbar. Das Beitragsaufkommen fiel nur um 1,6 Mill. DM, also nicht einmal um 2 vH, gegenüber dem Vormonat ab, und die Auszahlungen für die Arbeitslosenversicherung blieben mit rd. 29 Mill. DM nahezu unverändert. Da die sonstigen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung etwas rückläufig waren und die sonstigen Einnahmen leicht anstiegen, erhöhte sich der Überschuß, der im Oktober 44,3 Mill. DM betragen hatte, sogar noch leicht auf 45,6 Mill. DM.

Wie das Schaubild zeigt, verliefen die wichtigsten, den Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung beeinflussenden Faktoren, nämlich das Beitragsaufkommen und die Zahlungen für Arbeitslosenunterstützung (ausschließlich Arbeitslosenfürsorge), zumindest seit dem Sommer 1950 sehr viel günstiger als im Vorjahr. Der Rückgang der

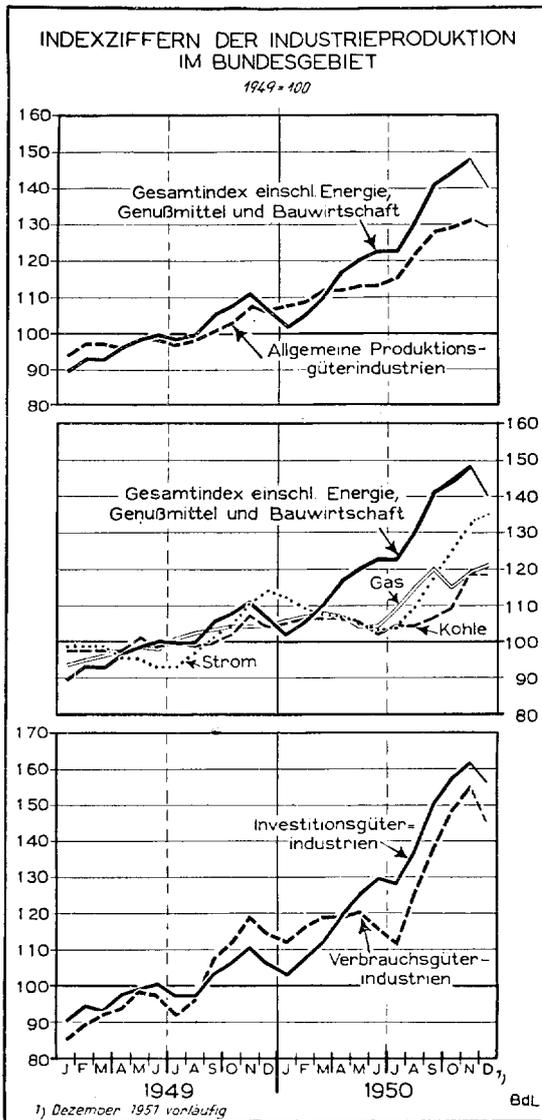


Unterstützungszahlungen war von Juni bis Oktober 1950 weit stärker als in den gleichen Monaten von 1949; das Beitragsaufkommen, das wegen der im Sommer 1949 erfolgten Beitragssenkung erst ab August mit dem des Jahres 1950 vergleichbar ist, stieg im Jahre 1950 noch bis zum Oktober an, während es im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres bereits seit August rückläufig war. Der vergleichsweise viel stärkere Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang Dezember dürfte inzwischen die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung allerdings wieder stark verschlechtert haben.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

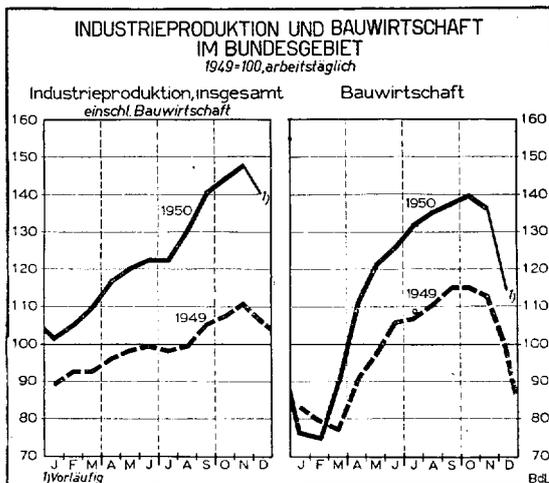
Die Industrieproduktion (einschließlich der Bauwirtschaft) war in den letzten Wochen im ganzen genommen rückläufig. Das hängt hauptsächlich damit zusammen, daß in diesem Winter die Witterung einer Fortführung der Außenarbeiten besonders ungünstig war, erklärt sich zum Teil aber auch daraus, daß der Kohlenmangel und in manchen Zweigen auch

Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung die Aufrechterhaltung des bisherigen Produktionsniveaus unmöglich machten. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der Industrieproduktion (1936 = 100) ist infolgedessen insgesamt (d. h. unter Einschluß der Bauwirtschaft und der Genußmittelindustrien sowie der Energieerzeugung) von seinem bisherigen Höchst-



mit einem weiteren Rückgang als einer erneuten Steigerung zu rechnen. Der Bauindex allein, der bereits im November auf 116 gegenüber 119 im Oktober gesunken war, ist dabei um weitere 19 Punkte zurückgegangen. Im vorigen Winter, in dem die Wetterlage die Fortsetzung von Außenarbeiten zunächst ausgesprochen begünstigt hatte, war demgegenüber der Index der Bautätigkeit von November bis Dezember nur um 12,5 vH und der Gesamtindex der Industrieproduktion nur um rund 4 vH gesunken. Immerhin lag im Dezember 1950 das gesamte Produktionsvolumen der Industrie noch um 31 vH über dem Stand von Dezember 1949 und um 14 vH über dem bei Ausbruch des Korea-Konflikts erreichten Niveau.

Unter den Versorgungsengpässen, die in den vergangenen Wochen neben den Witterungseinflüssen in wachsendem Maße zu den Betriebseinschränkungen oder gar -stilllegungen beigetragen haben, spielt der **Kohlenmangel** die bei weitem bedeutendste Rolle. Seine Ursachen liegen einmal in der unzureichenden Kohlenförderung, sodann aber auch in den relativ hohen Exportverpflichtungen. Was die Kohlenförderung anbelangt, so hatte diese mit dem steigenden Anstieg der übrigen Industrieproduktion in der zweiten Jahreshälfte von 1950 bei weitem nicht Schritt halten können. Von Juni/Juli bis zu ihrem konjunkturellen Höhepunkt im November ist jedenfalls die Industrieproduktion um über 21 vH gestiegen, die Förderung von Steinkohle einschließlich der Sonderschichten dagegen nur um 15 vH. Auch im Dezember blieb die Entwicklung im Grunde genommen unbefriedigend. Zwar ist es gelungen, nicht nur die Zahl der im Steinkohlenbergbau Beschäftigten weiter leicht zu erhöhen, sondern auch die Schichtleistung etwas zu steigern (nämlich auf 1,42 t gegen 1,41 t im November), obwohl diese Zunahme erheblich hinter den Erwartungen zurückbleibt, die an die Anfang November erfolgte Erhöhung der Bergarbeiterlöhne und andere leistungsfördernde Maßnahmen geknüpft wurden. Aber diese beiden Momente reichten nicht aus, um auch nur den höheren Prozentsatz an Fehlschichten zu kompensieren. Schon die arbeitstäglige Förderung ist daher im Vergleich zum Vormonat geringfügig — nämlich von 400 900 auf 399 000 t — gesunken, und da überdies die Zahl der Arbeits-



stand von 130 im November auf 122 im Dezember gesunken, und für den Januar ist eher

Indexziffern der Industrieproduktion im Bundesgebiet

arbeitstäglich; 1936 = 100

(Fettgedruckte Ziffern bisheriger Höchststand; Kursivziffern [unterstrichen] Höchststand im Vorjahr)

Zeit	Gesamt	ohne Baugewerbe und Genußmittel- industrien	Investitionsgüter			Allgemeine Produktions- güter	Verbrauchs- güter	Bauwirtschaft
			Gesamt	Rohstoffe	Fertigwaren			
1949 Januar	78	80	74	63	81	101	68	71
Februar	81	84	78	67	86	104	72	68
März	81	84	78	67	84	104	74	66
April	84	86	80	71	85	103	75	77
Mai	86	88	81	75	85	105	80	83
Juni	87	88	83	76	87	105	79	90
Juli	86	86	81	76	83	104	74	91
August	87	87	81	<u>78</u>	83	106	78	94
September	92	92	86	77	91	108	87	<u>98</u>
Oktober	94	95	87	75	95	111	90	<u>98</u>
November	<u>97</u>	<u>99</u>	<u>92</u>	77	<u>101</u>	<u>115</u>	<u>96</u>	96
Dezember	93	96	88	73	97	113	92	84
1950 Januar	89	95	85	73	93	115	90	65
Februar	92	98	90	74	99	117	94	64
März	96	101	93	79	101	120	96	77
April	102	104	99	83	109	120	96	94
Mai	105	107	104	89	113	121	97	103
Juni	107	108	107	93	117	121	94	107
Juli	107	107	106	93	114	123	91	112
August	114	115	113	98	123	131	101	115
September	123	125	124	103	138	137	112	117
Oktober ¹⁾	126	130	130	105	145	138	120	119
November	130	135	136	106	155	142	125	116
Dezember ²⁾	122	128	128	95	149	139	116	97

¹⁾ Teilweise berichtet. — ²⁾ Vorläuf.

tage im Dezember relativ niedrig war, betrug die Monatsforderung (einschließlich der in den Sonderschichten geförderten Menge) nur 9,6 Mill. t gegen 10,0 Mill. t im November. Immerhin lag sie damit noch immer höher als in den vorhergegangenen Monaten, in denen die Sonderschichten noch nicht eingeführt waren.

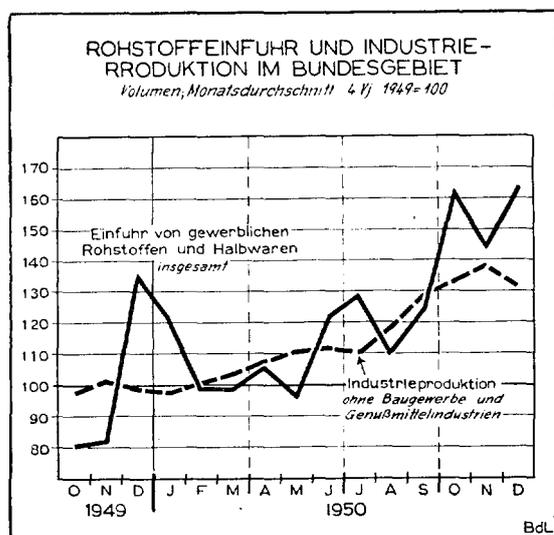
Angesichts der nach wie vor unzureichenden Förderung fielen die Exportanforderungen doppelt stark ins Gewicht. Der von deutscher Seite gestellte Antrag auf Reduzierung der für das 4. Vierteljahr 1950 geforderten Exportmenge von insgesamt 6,83 Mill. t um 500 000 t im Dezember ist von der Internationalen Ruhrbehore abgelehnt worden. Die im vierten Vierteljahr zu wenig exportierten Mengen (220 000 t) müssen im 1. Vierteljahr nachgeliefert werden. Für den Januar ist dabei zwar insofern eine gewisse Konzession gemacht worden, als von der für diesen Monat fälligen Exportziffer 350 000 t gestundet wurden; aber da auch diese Menge im Februar und März nachgeliefert werden muß, handelt es sich hierbei nur um eine äußerst kurzfristige Entlastung. Da in den letzten Wochen außerdem der Kohlenverbrauch seinen saisonalen Höhepunkt erreichte, hat sich die Kohlenversorgung West-

deutschlands weiter verschlechtert. Die Kohlenbestande der Industrie, die sich von rund 2,4 Mill. t Ende September auf 1,6 Mill. t Ende November vermindert hatten und zu diesem Zeitpunkt kaum noch für einen halben Monatsverbrauch ausreichten, dürften nach Angaben der DKBL um die Jahreswende im großen Durchschnitt nur noch einem Bedarf von 8 bis 10 Tagen entsprochen haben, wobei im einzelnen allerdings erhebliche Unterschiede zu verzeichnen sind. Während zahlreiche Betriebe noch reichlich bevorratet zu sein scheinen, waren andere bereits zur Arbeitsverkurzung, ja sogar Stilllegung gezwungen. Die Bundesbahn mußte wegen des starken Absinkens ihrer Kohlenvorräte ihr Zugprogramm im Personenverkehr einschränken, hat aber in letzter Zeit bereits wieder einige der ausgefallenen Züge eingelegt. Die Elektrizitätsversorgung, die sich schon im Dezember infolge des Kälteeinbruchs und des damit verbundenen Rückganges der Stromerzeugung in den Wasserkraftwerken vorübergehend in Süddeutschland verschlechtert hatte, mußte Mitte Januar infolge zu geringer Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohle durchgreifend eingeschränkt werden. Nach einer Anordnung des Bundeswirtschafts-

ministeriums wird vom 15. Januar 1951 an der industrielle Stromverbrauch aller Abnehmer, die vom 15. September bis 15. Dezember 1950 im Wochendurchschnitt 2 000 kWh und mehr verbraucht haben, um 25 vH gekürzt; ferner wird eine allgemeine Verminderung der Spitzenbelastung um 30 vH durchgeführt.

Eine weitere ernste Folge des Kohlen- und Koksmangels ist der Rückgang der Eisen- und Stahlerzeugung im Dezember, insbesondere gegen Monatsende. Die (arbeitstägliche) Roheisenproduktion ist von 29 200 t im November auf 25 000 t im Dezember und die Rohstahlproduktion von 43 600 t auf 39 900 t zurückgegangen. Sie konnte sich erst in der zweiten Januarwoche wieder erholen. Angesichts der knappen Vorrathaltung auf den verarbeitenden Stufen überrascht es nicht, daß die laufende Erzeugung des Maschinenbaus und anderer von Eisen- und Stahllieferungen abhängiger Industrien, die zugleich zu den wichtigsten Trägern des Fertigwarenxportes gehören, bereits durch Materialmangel behindert wird.

Dagegen hat die Versorgung mit Auslandsrohstoffen im alten Jahr im allgemeinen ausgereicht, um sowohl die hohe inländische Nachfrage als auch den Bedarf für Zwecke der Fertigwarenausfuhr zu decken. Wie das Schaubild erkennen läßt, hat die Entwicklung der Rohstoff- und Halbwareneinfuhr mit dem Anstieg der Industrieproduktion im großen ganzen Schritt gehalten. Insbesondere lagen die Einfuhrmengen



im Oktober und — trotz eines Rückganges gegenüber der Oktoberspitze — auch im November

vorigen Jahres auf beachtlicher Höhe. Zudem war die Industrie während des Nachfragebooms in der zweiten Hälfte 1950 im allgemeinen in der Lage, größere Rohstoffvorräte einzusetzen, die demzufolge, soweit die vorliegenden Angaben darüber Aufschluß geben, zum Teil nicht unerheblich zurückgegangen sind. Allerdings ist die Lage auf den einzelnen Fachgebieten keineswegs einheitlich. Eine starke Behinderung der laufenden Produktion stellen die Engpässe bei den NE-Metallen dar. Auch bei Kautschuk ist die Versorgung mit Rohstoffen angesichts des hohen Standes der industriellen Verarbeitung nicht ausreichend. Doch ist die Verminderung der Reifenproduktion seit Anfang 1951 um 15 bis 20 vH noch mehr als auf Schwierigkeiten in der Kautschukversorgung auf den Mangel an Festkunstseide zurückzuführen. Schwer ins Gewicht fällt ferner der Engpaß bei Schwefel, der die Erzeugung einer Reihe entscheidend wichtiger Grundchemikalien ernsthaft behindert. Innerhalb der stark einfuhrabhängigen Textilwirtschaft ist die Versorgungslage bei Wolle recht angespannt und bei Jute bereits sehr schwierig, während die Rohstoffversorgung der Baumwollindustrie bisher ausreichend war.

*Zur Rohstoffversorgung der Baumwollindustrie
Januar bis November 1950
Ungefähre Größenordnungen in 1000 t*

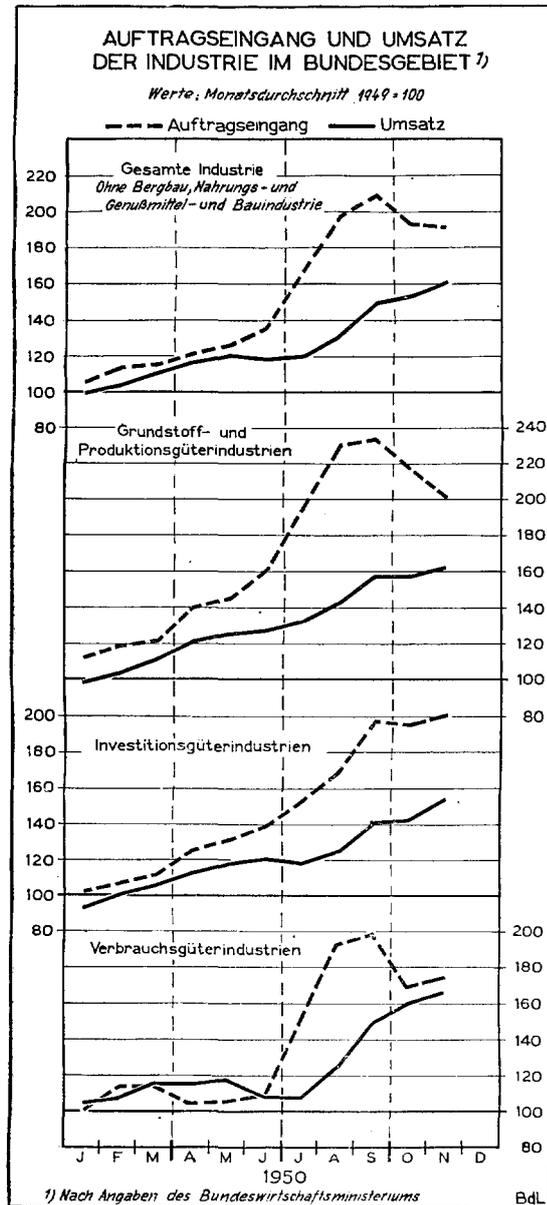
Aufkommen	Verwendung
Einfuhr von Baumwolle und Zellwolle einschl. Abfälle (netto) 210,0	Erzeugung von Baumwoll- und Zellwollgarnen 258,4
Erzeugung von Zellwolle insgesamt 105	+ 5 vH Spinnverlust 12,9
davon für Baumwollindustrie %/s 70,0	
zusammen 280,0	zusammen 271,3

Zur Milderung der Rohstofflücken auf längere Sicht richtet sich das Interesse in verstärktem Maße auf noch nicht wieder voll erschlossene Quellen inländischer Rohstoffproduktion. Die Verwendung von Zellwolle ist bereits in den letzten Monaten recht kräftig erhöht worden, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen, sondern auch aus Preisgründen. Teilweise ist die Erweiterung oder Wiederaufnahme der inländischen Rohstoffherzeugung durch be-

satzungsrechtliche Bestimmungen versperrt. Das gilt vor allem für Stahl, wo die zulässige Erzeugung noch immer nicht in der erforderlichen Weise erhöht worden ist, ferner für synthetischen Gummi und synthetischen Treibstoff. Sodann gewinnt in der gegenwärtigen Lage die Verwendung von Altmaterial und Abfällen wieder an Bedeutung, wobei ebenfalls sowohl Erwägungen der Rohstoffversorgung als auch solche der Preisgestaltung eine Rolle spielen.

Um den Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Materialversorgung begegnen und die Produktion der lebenswichtigen Erzeugnisse sicherstellen zu können, fehlte es bisher an einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage. Darum mußte sich der Bundeswirtschaftsminister darauf beschränken, Appelle (etwa an die NE-Metallwirtschaft) zu richten, die knappen Rohstoffe in verantwortungsbewußter Weise einzusetzen. Das den gesetzgebenden Körperschaften vorliegende „Gesetz über Sicherungs- und Überleitungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft“ schafft die Basis, die es der Regierung ermöglicht, in Produktion, Lagerhaltung und Absatz regelnd einzugreifen.

Die bis einschließlich November vorliegenden Angaben über die Auftragsentwicklung in der Industrie lassen erkennen, daß sich die Intensität der Nachfrage im großen ganzen kaum vermindert hat. Rückläufig war nach den Ermittlungen des Bundeswirtschaftsministeriums nur der Auftragseingang bei Grundstoffen und allgemeinen Produktionsgütern; diese Bewegung dürfte aber, sofern sie nicht aus verstärkter Zurückhaltung der Lieferanten bei der Hereinnahme neuer Aufträge zu erklären ist, zum überwiegenden Teil saisonbedingt gewesen sein (Baustoffe). Dagegen stiegen die Bestellungen im Investitionsgüterbereich, die sich im Oktober leicht vermindert hatten, im November erneut an. Leider gibt die Statistik keinen Aufschluß über den Ursprung der Aufträge, so daß die Frage offen bleiben muß, in welchem Umfange Inlandsaufträge, Auslandsaufträge und Aufträge der Besatzungsmächte an der Gesamtentwicklung beteiligt waren. Auch in den Verbrauchsgüterindustrien ist das Auftragsvolumen — nach dem zum Teil saisonbedingten Abflauen im Vormonat — im November wieder angestiegen, was vor allem mit der Entwicklung der Einzel-



handelsumsätze zusammenhängen dürfte, die nach einer kurz bemessenen Stockung im Oktober wieder kräftig angezogen hatten, eine Bewegung übrigens, die bis in die neueste Zeit angehalten hat. Nach den bisher vorliegenden Informationen lagen die Einzelhandelsumsätze im Dezember durchschnittlich um etwa 10 vH über dem bereits sehr beachtlichen Vorjahresstand, doch war die Steigerung in einzelnen Branchen noch viel stärker; im Textil- und Schuhhandel betrug sie etwa 20 bis 25 vH, im Möbelhandel 50 vH. Schon im Weihnachtsgeschäft spielten nach den Beobachtungen des Einzelhandels Voreindeckungskäufe, vor allem sei-

tens der Landbevölkerung, eine gewisse Rolle namentlich da, wo von der Kundschaft (keineswegs immer zu Recht) eine Verknappung oder eine Qualitätsverschlechterung der Waren befürchtet wird. Auch nach Weihnachten haben solche Käufe angehalten. Der übliche Rückgang der Umsätze in der letzten Dezemberwoche und im Januar hat sich diesmal jedenfalls in vielen Einzelhandelszweigen, z. B. Textilien, Bekleidung, Schuhe, kaum oder nur in verhältnismäßig geringem Umfang durchgesetzt. Doch haben die im Januar durchgeführten Verkaufsveranstaltungen der Textil- und Bekleidungsindustrie gezeigt, daß die Liefermöglichkeiten dieser in hohem Grade von Auslandsrohstoffen abhängigen Industrie den zur Zeit begreiflicherweise recht umfangreichen Eindeckungswünschen des Handels bisher noch entsprechen.

Obwohl der hohe Beschäftigungsstand und die Lohnerhöhungen zu einer nicht unbeträchtlichen Steigerung der Verbrauchereinkommen und der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten geführt haben, war — vor allem dank der günstigen Ernte — die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten weiterhin ausreichend.

Der Fleischanfall aus gewerblichen Schlachtungen dürfte im Vierteljahr September/November auf etwa 278 000 t gestiegen sein und liegt damit um rd. 20 vH höher als im ersten Vierteljahr 1950. Infolge der in den Herbstmonaten gestiegenen Einfuhren, die etwa 20 vH der für die Marktversorgung zur Verfügung stehenden Fleischmengen ausmachten, ist der Fleischverbrauch (ohne Hausschlachtungen und ohne Schlachtfette) sogar um 28 vH von 265 000 t im ersten Vierteljahr 1950 auf rd. 340 000 t im Vierteljahr September/November gestiegen. Der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung einschließlich Selbstversorger (Hausschlachtungen) hat sich — auf Jahresmenge umgerechnet — von etwa 30 kg im ersten Vierteljahr 1950 auf etwa 36 kg im Herbst erhöht und damit 75 vH des Vorkriegsstandes erreicht. Da der Aufbau der Schweinebestände eine beträchtliche Steigerung des Angebots an Schweinefleisch ab Frühjahr 1951 erwarten läßt, kann auch bei geringeren Fleisch-einfuhren und einer saisonmäßig rückläufigen Rindfleischerzeugung die Fleischversorgung als durchaus gesichert gelten.

Infolge der etwa um 10 vH über dem Vorjahrsstand liegenden Milchablieferungen und des stärkeren Rückgangs des Vollmilchabsatzes seit September 1950 ist die Buttererzeugung beträchtlich höher als 1949; sie brauchte auch bei dem lebhaften Weihnachtsgeschäft nur durch verhältnismäßig geringe Abgaben der Vorratsstelle, deren Bestand durch Einfuhren auf Grund bereits erfolgter Ausschreibungen bald wieder erhöht werden dürfte, ergänzt zu werden. Der Margarineverbrauch war bis zur Streichung des Saisonabschlages von 40 Dpf auf den Molkereiabgabepreis für Butter von 5,20 DM je kg leicht zurückgegangen. Die Rohstoffbestände der Margarinefabriken reichen für eine normale Produktion von 3 bis 6 Monaten. Die Bundesreserve an Ölen und Fetten bleibt dagegen noch hinter dem Bedarf eines Monats zurück.

Die Inlandserzeugung an Zucker scheint sich mit 900 000 t gegenüber 556 000 t im Vorjahr noch günstiger zu gestalten, als selbst vor einigen Wochen angenommen wurde; bis Ende Dezember 1950 wurden bereits 850 000 t Weißzucker erzeugt. Da mehr als die Hälfte der für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Zuckerimporte — der gesamte Einfuhrbedarf Westdeutschlands wird auf etwa 0,6 Mill. t veranschlagt — gesichert ist und über die Preise und Lieferbedingungen der noch benötigten Einfuhren bereits verhandelt wird, kann auch die Versorgungslage mit Zucker an sich als günstig betrachtet werden. Die vom Bundesernährungsministerium im letzten Vierteljahr 1950 freigegebenen Zuckermengen waren — auch unter Berücksichtigung des vorweihnachtlichen Spitzenbedarfs — reichlich bemessen und langten zur Deckung des gestiegenen Verbrauchs sowie zu einer normalen Vorratsbildung bei Handel und Industrie aus. In den letzten Wochen hat die

*Zuckerverbrauch im Bundesgebiet
einschließlich Westberlin
in 1000 t Weißzucker ¹⁾*

	Bruttoverbrauch
1949 Juli bis September	300
Oktober bis Dezember	294
1950 Januar bis März	261
April bis Juni	304
Juli bis September	338
Oktober bis Dezember ²⁾	476

¹⁾ Nach der vom BEM aufgestellten Zuckerversorgungsbilanz.

²⁾ Vorläufig.

Nachfrage nach Zucker allerdings einen Umfang angenommen, der sich nicht allein aus einer Steigerung des normalen Verbrauchs erklären, sondern auf erheblichere Voreindeckungen der Verbraucherschaft schließen läßt.

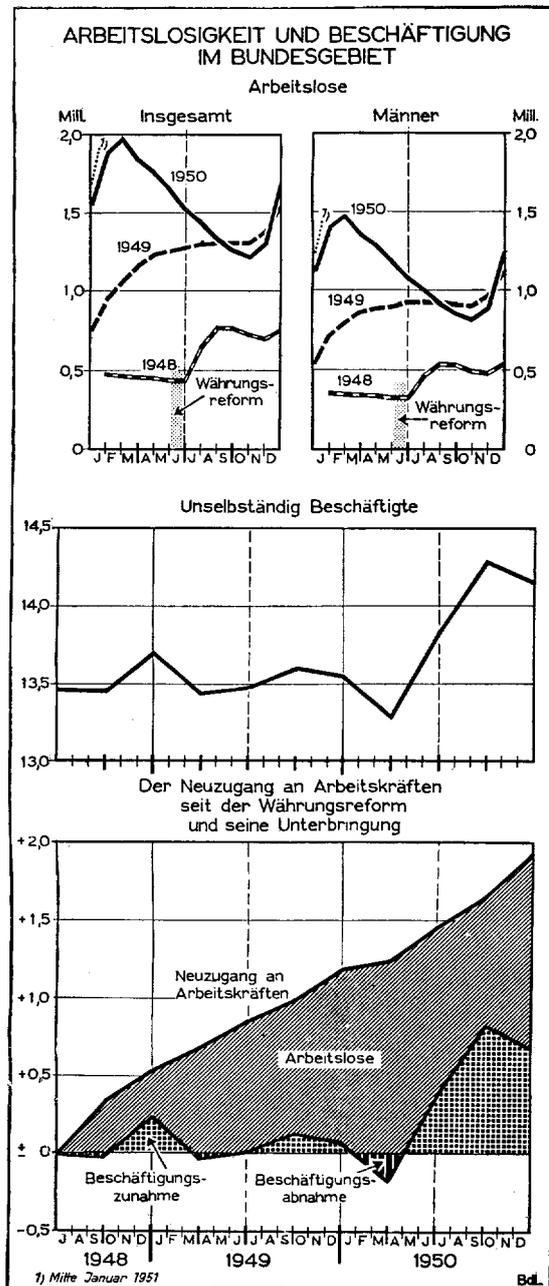
Die Versorgung der Brotgetreidemärkte war in den letzten Wochen zeitweilig angespannt, da die Vorratsstelle seit November mit den Abgaben etwas zurückhielt, die Ablieferungen aus der eigenen Ernte aber hinter den Vorjahrsmeigen auch nach dem Einsetzen der Hauptdruschzeit zurückblieben. An Roggen wurden bis Ende November 633 000 t gegenüber 1 102 000 t im Jahre 1949, d. h. nur 57 vH der Vorjahrsmenge, abgeliefert. Aber auch die Weizenablieferungen, die in den ersten Monaten nach der Ernte nicht unbeträchtlich über Vorjahreshöhe lagen, sind im November zurückgegangen und haben bis Ende November 1950 mit 667 000 t das Vorjahresergebnis (657 000 t) nur noch geringfügig übertroffen. Die Ende November bei der Landwirtschaft durchgeführten Ermittlungen über die noch vorhandenen Getreidebestände haben aber mit 3,1 Mill. t Brotgetreide — d. s. 55 vH der Ernte von 5,6 Mill. t oder 330 000 t (davon 200 000 t Weizen) mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres — ein relativ günstiges Bild ergeben, obwohl hauptsächlich infolge der Verfütterung von Roggen in den Monaten Oktober und November die Roggenbestände der Landwirtschaft jeweils um etwa 180 000 t mehr abgenommen haben als die Ablieferungen ausmachten. Dabei waren an Futtergetreide bei der Landwirtschaft Ende November noch ungefähr 3 Mill. t vorhanden, d. h. nahezu 70 vH der diesjährigen Ernte und 200 000 t mehr als im Vorjahr, während außerdem an Kartoffeln noch 17,5 bis 18 Mill. t gegenüber 10 Mill. t im November 1949 zur Verfügung standen, die allerdings zum Teil aus Süd- und Südwestdeutschland mit Hilfe einer Frachtermäßigung in die norddeutschen Schweinemastgebiete gebracht werden mußten, um die Verfütterung von Getreide wirksam einzuschränken.

Unter diesen Umständen wird bei dem noch vorhandenen Roggenbestand von annähernd 1,7 Mill. t damit gerechnet, daß es mit Hilfe der nunmehr auf das Verhältnis 1:1 umgestellten Austauschaktion von Roggen gegen verbilligtes Milocorn, wofür in den nächsten Monaten etwa

500 000 t Milocorn zur Verfügung gestellt werden sollen, gelingen wird, die Ablieferungen noch beträchtlich zu erhöhen. Während der verfütterte Roggen bei der gegenwärtigen Weltmarktlage kaum durch Mehreinfuhren zu ersetzen wäre, wird eine Entspannung der Weizenmärkte in den nächsten Monaten durch größere Einfuhren erwartet. Die Herabsetzung der Bardepotpflicht auf 5 vH des Einfuhrwertes für subventionierte Nahrungsmittel dürfte u. a. zu einer schnelleren Abwicklung der bereits geschlossenen Verträge beitragen. Sie würde eine Aufstockung der Weizenbestände der Bundesreserve, bei der am 1. Januar 1951 insgesamt 640 000 t Brotgetreide lagerten, ermöglichen. Die in zweiter Hand sich befindenden freien Bestände an Brotgetreide und Getreideerzeugnissen wurden Anfang Januar auf 660 000 t Getreidewert geschätzt, so daß außerhalb der Landwirtschaft eine Brotgetreidereserve von insgesamt 1,3 Mill. t vorhanden wäre. Nach einer halbamtlichen Verlautbarung hofft das Bundesernährungsministerium, im ersten Halbjahr 1951 insgesamt 1,6 Mill. t Brotgetreide einführen zu können. An Ablieferungen aus der heimischen Ernte wird für die ersten sechs Monate des Jahres 1951 noch mit etwa 800 000 t gerechnet. Erfüllen sich diese Erwartungen, so dürfte bei einem für die Monate Januar/Juni 1951 auf 2,6 Mill. t geschätzten Verbrauch der Gesamtbestand an Brotgetreide in zweiter Hand am 1. Juli 1951, dem Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, noch 1,1 Mill. t betragen und damit nur um 200 000 t niedriger sein als die recht beträchtliche Reserve von 1,3 Mill. t zu Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres.

Die Arbeitslosigkeit hat sich seit Anfang Dezember ungewöhnlich stark erhöht. Mit insgesamt 373 800 Personen im Dezember, wovon 165 300 auf die erste und 208 500 auf die zweite Hälfte des Monats entfielen, ging die Erhöhung der Erwerbslosenzahl erheblich über den bisher stärksten monatlichen Zuwachs — nämlich den von Januar 1950 (339 100) — hinaus. Auch die Zunahme im Dezember 1949 (174 700) wurde weit übertroffen. Da der Zählung in den meisten Bezirken der Stand vom 27. Dezember 1950 zugrunde lag, waren überdies die zum Monatsende entlassenen Personen in den obengenannten Zahlen vielfach noch nicht enthalten. In der Zeit von der Dezember-Zählung bis Mitte

Januar hat sich die Arbeitslosigkeit um weitere 221 100 Personen auf insgesamt 1 911 100 erhöht, womit allerdings der Zuwachs im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres mit 224 600 nicht ganz erreicht wurde. Gegenüber dem Jahrestiefpunkt von Ende Oktober 1950 ist damit die Zahl der Arbeitslosen bis Mitte Januar um 680 900 gestiegen; sie übertraf den Stand vom 15. Januar 1950 damit um 128 000 und blieb hinter dem Mitte Februar 1950 erreichten bisherigen Höchststand von 2 018 300 nur um 107 200 zurück.



Die Hauptursache dieser überraschend starken Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist saisonaler Natur. Das früh und unvermittelt in fast allen Gebieten einsetzende Winterwetter, das stellenweise bis nach der Jahreswende anhielt und erst dann einer milderen Witterung Platz machte, erzwang besonders seit Anfang Dezember die Einstellung nahezu aller Außenarbeiten und führte zu einer massierten Freisetzung von Arbeitskräften, die sich bei normaler Witterung über einen längeren Zeitraum verteilt haben würde. Obwohl die Aufgliederung der Gesamtzahlen nach Berufsgruppen für die Zählungen seit Ende November noch nicht vorliegt, ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß die Zunahme der Erwerbslosigkeit zum überwiegenden Teil auf Arbeitskräfte aus dem Bauwesen, aus Zulieferindustrien des Baugewerbes und aus anderen Außenberufen entfiel, wenn auch dieser Anteil im Dezember und besonders in der ersten Januar-Hälfte vermutlich geringer gewesen sein dürfte als im November, für den er mit fast 80 vH festgestellt wurde. Auch die regionale Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt, daß sie besonders im Dezember hauptsächlich durch Saisoneinflüsse bedingt war. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen sind nämlich die relativ größten Zugänge in den Ländern mit geringerer Industrialisierung, vor allem in Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zu verzeichnen, während sich die Zunahme in den Industriegebieten Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden sowie in den Hansestädten weiterhin in engeren Grenzen hielt. Allerdings waren die Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der ersten Januar-Hälfte im allgemeinen weit weniger stark ausgeprägt als im Dezember. Zweifellos deutet das darauf hin, daß in der letzten Zeit die durch den Kohlenmangel und Rohstoffschwierigkeiten bedingten Produktionseinschränkungen für die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit eine wachsende Bedeutung erlangt haben.

Sehr auffällig ist, daß trotz der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit die Beschäftigtenziffern im letzten Vierteljahr 1950 nur relativ wenig gesunken sind. Während nämlich die Arbeitslosigkeit Ende Dezember um 418 200 höher war als Ende September, weist die (nur vierteljährlich vorliegende) Beschäftigtenziffer Ende

Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Ländern des Bundesgebiets seit Ende November 1950

Land	in 1000			in vH der Beschäftigten am 31. 12. 1950		
	im Dez. 1950	1. bis 15.1.1951	1.12.1950 bis 15.1.1951	im Dez. 1950	1. bis 15. 1. 1951	1.12.1950 bis 15.1.1951
Baden	6,1	2,4	8,5	1,6	0,6	2,2
Bayern	104,1	40,9	145,0	4,2	1,6	5,8
Bremen	3,5	1,7	5,2	1,8	0,9	2,7
Hamburg	10,5	3,9	14,4	1,8	0,7	2,4
Hessen	34,9	30,4	65,3	2,8	2,4	5,2
Niedersachsen	75,2	47,8	123,0	4,2	2,7	6,9
Nordrhein-Westfalen	48,7	52,5	101,2	1,1	1,2	2,3
Rheinland-Pfalz	36,3	17,9	54,2	4,9	2,4	7,3
Schleswig-Holstein	28,8	10,2	39,0	4,7	1,7	6,4
Württemberg-Baden	20,0	10,6	30,6	1,5	0,8	2,4
Württemberg-Hohenzollern	5,7	2,8	8,5	1,5	0,8	2,3
Bundesgebiet	373,8	221,1	594,9	2,6	1,6	4,2

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Ländern des Bundesgebiets in 1000

Land	Unselbständig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte und Beamte)			Arbeitslose		
	31. 12. 49	30. 9. 50	31. 12. 50	31. 12. 49	30. 9. 50	31. 12. 50
Baden	362,8	385,8	391,8	11,2	10,1	17,6
Bayern	2 392,4	2 516,0	2 486,9	406,3	298,0	424,6
Bremen	186,9	193,3	192,0	17,5	21,7	26,6
Hamburg	574,9	593,0	591,6	71,9	82,5	96,2
Hessen	1 214,9	1 279,3	1 262,6	133,0	97,1	131,8
Niedersachsen	1 758,7	1 851,9	1 773,4	367,7	301,5	383,2
Nordrhein-Westfalen	4 193,1	4 423,0	4 453,8	196,1	173,9	212,3
Rheinland-Pfalz	710,4	761,7	741,7	53,1	51,7	98,3
Schleswig-Holstein	620,7	650,3	607,9	221,2	178,1	217,2
Württemberg-Baden	1 200,9	1 277,4	1 291,4	68,3	49,7	68,6
Württemberg-Hohenzollern	340,5	363,9	370,0	12,2	7,5	13,6
Bundesgebiet	13 556,2	14 295,6	14 163,1	1 558,5	1 271,8	1 690,0

Dezember mit 14,163 Millionen gegenüber dem Stand von Ende September eine Abnahme von nur 132 500 auf¹⁾). Diese Diskrepanz mag teilweise statistisch — d. h. durch keine ganz strenge zeitliche Koinzidenz der Zählungen — bedingt sein, aber wahrscheinlich spielt daneben auch eine Rolle, daß im letzten Vierteljahr offenbar wieder ein recht beträchtlicher Neuzugang an unselbständigen Arbeitskräften zu verzeichnen war. Zählt man nämlich die Zahl der Arbeitslosen und der unselbständig Beschäftigten nach dem Stande von Ende Dezember zusammen, so ergibt sich gegenüber Ende September eine um fast 286 000 höhere Ziffer. Es ist kaum anzunehmen, daß eine derartige Erhöhung lediglich mit statistischen Ungenauigkeiten zusammenhängen kann. Vermutlich ist also sowohl der Zustrom an Arbeitskräften aus dem Osten als auch der Neuzugang aus dem Reservoir der bisher Unbeschäftigten noch immer stark.

Im Vergleich zu Ende Dezember 1949 war die Zahl der unselbständig Beschäftigten Ende 1950 um reichlich 600 000 oder etwa 4,5 vH höher. Die Zunahme ist zweifellos bemerkenswert. Daß sie möglich war, hängt weitgehend damit zusammen, daß durch verhältnismäßig umfangreiche

Investitionen die Arbeitsplätze vermehrt und durch den Wohnungsbau die Mobilisierung der latenten Arbeitskraftreserven erleichtert wurde. Die Grenzen, die diesen Bestrebungen sowohl im Hinblick auf die binnenwirtschaftlichen Engpässe als auch vor allem auf die außenwirtschaftliche Lage gezogen sind, haben es aber auch im vergangenen Jahr notwendig gemacht, den größeren Arbeitsanfall zu einem erheblichen Teil durch eine Ausdehnung der Arbeitszeit anstatt durch die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu bewältigen. Nach den letzten Angaben (sie beziehen sich auf den Stand vom September 1950) war jedenfalls die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie mit 49,1 Stunden um fast 4 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl sie schon im Vorjahr die Norm der Vorkriegszeit nicht unerheblich überschritten haben dürfte. Wäre es möglich, die Arbeitszeit wieder stärker zu normalisieren, so könnten bei gleicher Produktion allein in der Industrie sicher einige hunderttausend Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt werden. Damit wird deutlich, in wie hohem Maße die Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit von der Vornahme gewisser Investitionen abhängt, die in einer in vieler Hinsicht so beengten Wirtschaft wie der Westdeutschlands natürlich nur in einem längeren Zeitraum durchgeführt werden können.

¹⁾ Die Zahl der beschäftigten Frauen hat dabei sogar noch um 62 000 zugenommen (was damit zusammenhängen mag, daß das Weihnachtsgeschäft die Frauenarbeit begünstigt).

Preise und Löhne

Das Preisniveau ist in den letzten Wochen weiter gestiegen. Die wichtigsten einschlägigen Indexziffern sind in der folgenden Übersicht und dem auf ihr fußenden Schaubild wiedergegeben. Man ersieht daraus, daß sich die Erhöhung im Dezember 1950 ungefähr im gleichen Rahmen hielt wie im Vormonat. Neuerdings jedoch hat es den Anschein, als nähmen teilweise die Auftriebstendenzen etwas zu. Auf die möglichen Ursachen hierfür wird in späterem Zusammenhang noch zurückzukommen sein.

Am stärksten ist die Aufwärtsbewegung weiter bei den **G r u n d s t o f f p r e i s e n**. Hier betrug die Erhöhung des Gesamtindex im Dezember wie schon im November wiederum 2 vH, wobei die Preise der industriellen Grundstoffe um 3,5 vH stiegen, während sich die Preise der landwirtschaftlichen Grundstoffe kaum veränderten. Der Preisanstieg der industriellen Grundstoffe war, wie schon in den Vormonaten, weiter zu einem erheblichen Teil durch die Entwicklung der Preise der eingeführten Rohstoffe bestimmt; insbesondere die Preise der eingeführten Textilrohstoffe haben weiter angezogen. Aber auch die Preise der inländischen Grundstoffe weisen im Dezember eine nicht unbeträchtliche Steigerung auf. Dies erklärt sich einmal aus der im letzten Monatsbericht geschilderten Heraufsetzung bestimmter, noch einer offiziellen Regelung unterliegender Preise — nämlich der Kohlen-, Stahl- und Roheisenpreise —; sie geht aber auch auf die anhaltende, ja zum Teil sogar verstärkte Erhöhung gewisser freier Preise für eine Reihe inländischer Grundstoffe zurück, die schon wegen des Preisanstiegs der mit ihnen in einem gewissen

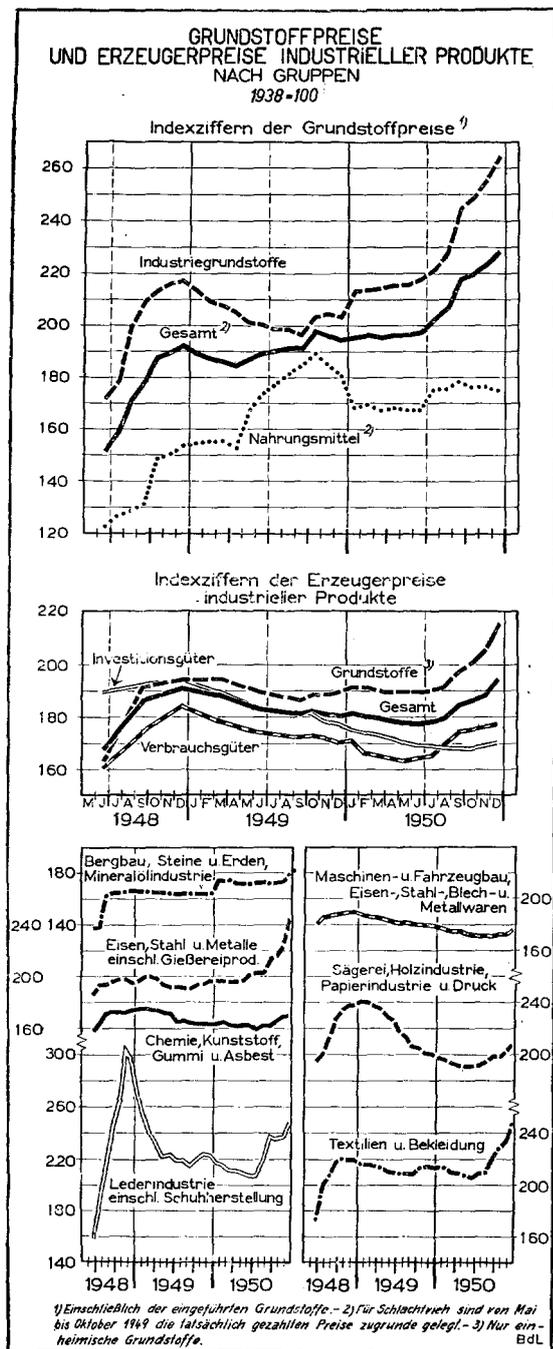
Verbund stehenden Weltmarktwaren einer zunehmenden Nachfrage begegnen. In erster Linie sind in dieser Gruppe die Preise für einheimische Häute und Felle, Wolle, Flachs und Leinengarn zu nennen.

Der leichte Rückgang der Nahrungsmittelgruppe im Index der Grundstoffpreise war hauptsächlich durch die bereits im letzten Monatsbericht erwähnte vorübergehende Senkung der Schweinepreise in der ersten Dezemberhälfte bedingt. Hierbei hat es sich jedoch nur um eine verhältnismäßig kurze Episode gehandelt, die wohl hauptsächlich dadurch verursacht war, daß viele Landwirte, um liquide Mittel für ihre Weihnachtseinkäufe und wohl auch für gewisse Vordeckungen zu erhalten, Schweine anzubieten begannen, die bei voller Ausmüstung erst später auf den Markt gekommen wären. Der daraus resultierende Preisrückgang hat die Angebotslage jedoch rasch wieder verändert, so daß die Preise schon Anfang Januar wieder ihren früheren Stand erreichten. Entwickelt sich das Angebot gemäß dem seit einiger Zeit wieder zu beobachtenden „Schweinezyklus“, so ist auch kaum vor März mit einem erneuten Druck auf die Preise zu rechnen. Auch die Preise für Schmalz, Margarine und Käse zogen in letzter Zeit wieder an, während der Butterpreis infolge des reichlichen Angebots, das die Aufhebung des saisonmäßigen Preisabschlags ab Mitte Dezember zur Folge hatte, wieder zur Schwäche neigt. Ebenso haben die Eierpreise mit dem allmählich wieder zunehmenden Angebot und höheren Einfuhren beträchtlich nachgegeben.

Entwicklung wichtiger Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100 ¹⁾

Zeit	Lebenshaltungskosten		Erzeugerpreise industrieller Produkte				Grundstoffpreise ²⁾		
	mit Obst und Gemüse	ohne Obst und Gemüse	gesamt	Grundstoffe ²⁾	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche
1948 Dezember	111,3	110,7	108	113	115	112	97	100	92
1949 Dezember	103,3	104,6	102	100	105	104	98	94	108
1950 Juni	100,0	100,0	100	100	100	100	100	100	100
Juli	98,7	100,0	100	101	100	101	103	102	105
August	98,0	100,0	101	101	99	103	105	104	105
September	98,0	100,7	104	104	99	106	111	112	107
Oktober	98,7	100,7	105	106	99	107	111	114	105
November	99,3	101,3	106	108	100	107	113	117	105
Dezember	100,0	102,0	110	114	101	108	116	122	105

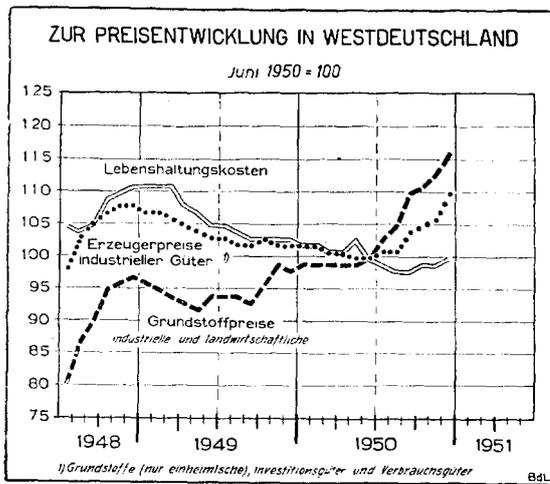
¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes (1938 = 100). — ²⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ³⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe.



Besondere Beachtung verdienen im Bereich der Agrarmärkte weiter die Getreidepreise und die Futtermittelpreise. Die Brotgetreidepreise an den freien Börsen zeigten im Berichtszeitraum wiederum eine leichte Tendenz zur Steigerung, da die Ablieferungen der Landwirtschaft nach wie vor hinter den Erwartungen zurückblieben und die Vorratsstelle weiter nur geringe Mengen abgab. Aber auch die Futtergetreidepreise zogen infolge der geringen Marktbeschickung weiter

an, so daß der Anreiz zur Verfütterung von Brotgetreide kaum vermindert wurde. Um dem entgegenzutreten, soll nun die Milocorn-Roggen-Tauschaktion wesentlich erweitert werden, indem nicht nur mehr Milocorn zur Verfügung gestellt, sondern auch das Austauschverhältnis von bisher zwei Teilen Roggen zu einem Teil Milocorn auf 1 : 1 verbessert wird. Gleichzeitig ist beabsichtigt, dafür zu sorgen, daß Milocorn zu einem Preis von 260 DM je t (d. h. etwa 20 DM unter dem derzeitigen Erzeugerpreis für Roggen) an die Landwirtschaft ausgeliefert wird, wobei der Landwirt berechtigt sein soll, das erhaltene Milocorn zu 300 DM je t weiterzuveräußern und damit für seinen Roggen einen indirekten Zusatzpreis von etwa 40 DM je t zu erzielen. Damit wird zwar Brotgetreide in stärkerem Maß vom Futtertrog abgezogen werden, aber der gesamte Bedarf an Getreide für Futterzwecke wird durch diese Zurverfügungstellung von subventioniertem, eingeführten Futtergetreide nicht vermindert werden. Die im Interesse der landwirtschaftlichen Produktionspolitik, der Devisensparnis und der Verringerung des Subventionsbedarfs dringend nötige Umstellung von der Getreideverfütterung auf die — etwas mühsamere — Kartoffelverfütterung wird mithin weiter unbegünstigt bleiben. Diese Aufgabe könnte vielmehr nur bei einer generellen Erhöhung der Getreidepreise, also bei weitergehender Anpassung an die Einfuhrpreise, gelöst werden. Auf die Problematik, die mit der gegenwärtigen Getreidepreispolitik verbunden ist, wurde übrigens bereits im letzten Monatsbericht näher eingegangen.

In den weiterverarbeitenden Stufen der Industrie war der Preisanstieg im ganzen genommen auch im Dezember noch relativ schwach. Die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indexziffern der Erzeugerpreise von Investitionsgütern und Verbrauchsgütern sind jedenfalls, ebenso wie im November, nur um je etwa 0,6 vH gestiegen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß seit zwei Monaten beide Indexziffern steigen, während bis Oktober der Index der Investitionsgüterpreise, der hauptsächlich Waren mit einem relativ niedrigen Anteil ausländischer Rohstoffe — wie Fahrzeuge, Maschinen sowie Eisen-, Stahl- und Blechwaren — umfaßt, stagniert und nur der Index der Verbrauchsgüterpreise einen merklichen Anstieg



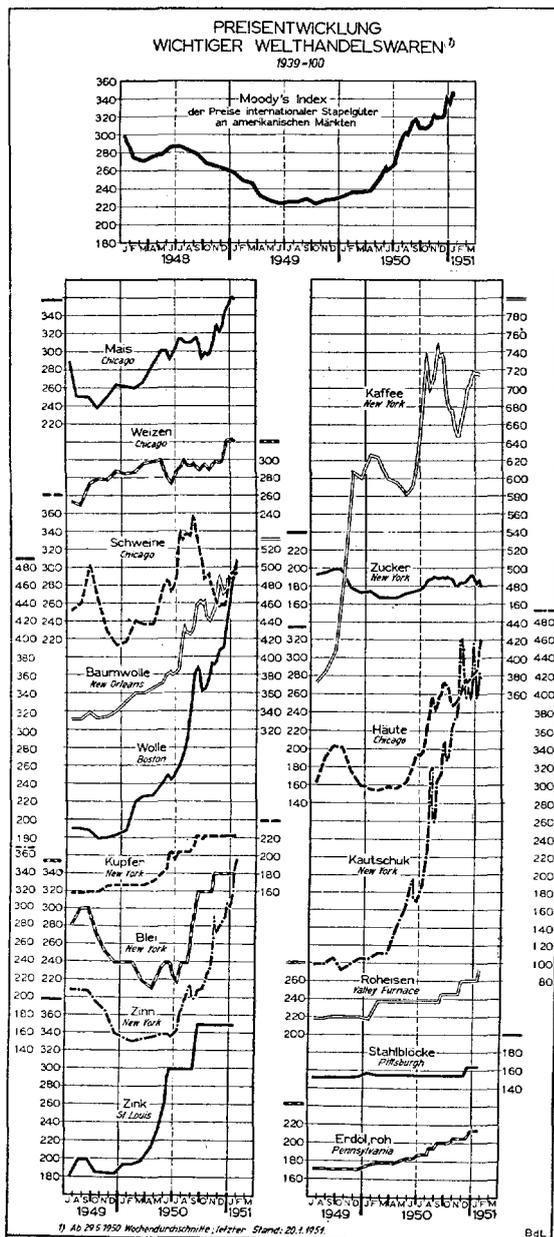
aufgewiesen hatte, weil hier der starke Anstieg gewisser ausländischer Rohstoffpreise wegen seines verhältnismäßig hohen Gewichts im Rahmen der Gesamtkosten bei dieser Gruppe doch nur zum Teil aufgefangen werden konnte. Auch im Einzelhandel setzen sich die Preissteigerungstendenzen neuerdings offenbar stärker durch. So ist z. B. die Gruppe Bekleidung des Lebenshaltungskostenindex im Dezember um 2 vH und die Gruppe Hausrat um 1 vH gestiegen, was etwa dem Anstiegstempo von September auf Oktober entspricht, in dem sich die dem Ausbruch des Korea-Konflikts folgende Kaufwelle zum ersten Mal stärker ausgewirkt hatte. Beide Gruppen lagen damit nun um 4 bis 5 vH über ihrem im August 1950 erreichten Tiefstand, aber noch immer um 3 bis 4 vH unter ihrem Stand von Dezember 1949. Der gesamte vom Statistischen Bundesamt errechnete Lebenshaltungskostenindex hatte unter Einschluß der starken Saisonschwankungen unterliegenden Obst- und Gemüsepreise im Dezember den Stand von Juni 1950 wieder erreicht und lag unter Ausschluß der Obst- und Gemüsepreise um 0,7 vH höher als im Juni; in beiden Fällen war er jedoch noch um ungefähr 3 vH niedriger als im Dezember 1949.

Das Ende des Weihnachtsgeschäfts hat dieses Mal auf die Entwicklung der Preise keinerlei depressive Wirkung ausgeübt. Eher haben sich die Preisauftriebstendenzen sogar verstärkt. Das liegt einmal daran, daß, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, die Nachfrage nach wie vor ziemlich stark ist — und zwar in nahezu allen Stufen der Produktion und des Handels —, während die Erzeugung seit einiger Zeit auch in den

nicht saisonabhängigen Zweigen durch den Kohlen- und Strommangel und die hier und da aufgetretene Rohstoffknappheit vielfach spürbar gehemmt ist. Das begünstigt natürlich Preiserhöhungen, nachdem bisher die steigende Produktion nicht nur für die Aufrechterhaltung einer ziemlich starken Konkurrenz gesorgt, sondern — wegen des relativen Sinkens der Generalunkosten — auch das Auffangen der höheren Rohstoffkosten erleichtert hatte. Tatsächlich haben einige wichtige Industriezweige, wie z. B. die stark von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe abhängige Zellstoff-, Textil- und Lederindustrie, aber auch vornehmlich Inlandsrohstoffe verarbeitende Industrien, wie die Möbel-, die Porzellan- und die keramische Industrie, kürzlich Preisherabsetzungen angekündigt und teilweise bereits vorgenommen.

Vorläufig werden die Preisauftriebstendenzen auch noch durch die Entwicklung an den Weltmärkten verstärkt. In den letzten Wochen hat sich nämlich der Preisanstieg an den internationalen Rohstoffmärkten unter dem Einfluß des militärischen Rückschlags der Vereinten Nationen in Korea im ganzen eher intensiviert als abgeschwächt. Moody's Index der Preise internationaler Stapelgüter (31. 12. 1931 = 100) lag jedenfalls am 15. Januar 1951 mit 523 um 37 Punkte höher als Anfang Dezember, während er von Anfang November bis Anfang Dezember nur um 13 Punkte gestiegen war und im Oktober sogar stagniert hatte. Wie sich die Preise im einzelnen entwickelt haben, kann ungefähr aus dem Schaubild ersehen werden. Besonders stark war in den letzten Wochen wieder der Preisanstieg bei Textilrohstoffen, vor allem bei Wolle, und bei Zinn. Aber auch Häute und Felle, Getreide, Fette und Öle wiesen im allgemeinen neue Preissteigerungen auf.

Allerdings mehren sich neuerdings die Stimmen, die das gegenwärtige Niveau der Weltmarktpreise schon auf Grund der derzeitigen statistischen Position der Märkte und erst recht im Hinblick auf die starken und zwar durchaus erfolgsversprechenden Bemühungen zur Produktionsausweitung bei den meisten Rohstoffen für überhöht halten und deshalb mit keiner langen Fortdauer der augenblicklichen Hausse, ja vielleicht sogar mit einem Rückschlag rechnen. Tatsächlich sollten nüchterne Kaufleute solche



Möglichkeiten sehr ernsthaft ins Auge fassen und sich nicht einfach stimmungsmäßig in ihren Dispositionen von der Erwartung ständig steigender Preise leiten lassen. Wenn nämlich nicht ganz andere Verhältnisse eintreten, sind dem internationalen Rohstoffverbrauch auch bei Fortdauer gewisser offizieller Vorratsbildungen Grenzen gesetzt, ebenso wie sich dann die unzweifelhaft vorhandene Elastizität der Rohstoffproduktion verhältnismäßig rasch in einer Zunahme des Angebots auswirken würde. Eine kritiklose Haussespekulation dürfte daher heute außerordentlich risikant sein und könnte nicht nur

volkswirtschaftlich, sondern auch für die Hausiers selbst schwere Verluste nach sich ziehen.

Außerdem sollte berücksichtigt werden, daß von den hauptbeteiligten Ländern energische Anstrengungen gemacht werden, um zu einer Ordnung der internationalen Rohstoffwirtschaft zu gelangen, die weitere Preissteigerungen nach Möglichkeit ausschließt, ohne dabei die Deckung des echten Bedarfs zu beeinträchtigen, wobei selbstverständlich eine Orientierung der Rohstoffverwendung an der Erfüllung gewisser Verteidigungsaufgaben in Kauf genommen werden muß. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich dem Rat der OEEC die Bildung ständiger internationaler „Rohstoffgruppen“ aus Vertretern der jeweiligen Haupterzeuger- und Verbraucherländer (dem Vernehmen nach zunächst für NE-Metalle – Zinn, Kupfer und Nickel – sowie für Baumwolle und Schwefel) vorgeschlagen, deren Aufgabe es sein soll, nach Überprüfung der jeweiligen Lage an den einzelnen Rohstoffmärkten den Regierungen die Durchführung bestimmter Maßnahmen zu empfehlen, die einer Ausdehnung der Produktion und der verfügbaren Bestände dienen und ihre wirksamste Verteilung und Verwendung sichern sollen. Eine vorläufige Zentralgruppe soll demnächst in Washington als Rückgrat dieser Organisation errichtet werden. Noch etwas weiter sind die vorbereitenden administrativen Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen in den Vereinigten Staaten selbst gediehen. Schon vor der Erklärung des Staatsnotstandes am 16. Dezember 1950 und der Errichtung des Office of Defense Mobilization war von Präsident Truman Anfang Dezember zur Stabilisierung der Preise und Löhne die Economic Stabilization Agency geschaffen worden. Um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, wird zunächst versucht, die Industrie zu einer freiwilligen Aufrechterhaltung des Preisstandes vom 1. Dezember 1950 zu veranlassen. Dabei sollen, abgesehen von einigen Grenz- und Ausnahmefällen, die Preise dann nicht erhöht werden, wenn der Gewinn der Produzenten vor Steuerabzug dem durchschnittlichen Gewinn der Jahre 1946/49 entspricht oder höher ist als dieser. Die seit dem 1. Dezember 1950 durchgeführten Preiserhöhungen, die diesen freiwillig einzuhaltenden „Preisstandards“ nicht entsprechen, sollen wieder rückgängig ge-

macht werden. (Im Falle der Automobilindustrie werden die Preise bis zum 1. März 1951 zwangsweise auf den Stand vom 1. Dezember 1950 herabgesetzt.) Die Preise gewisser Grundstoffe, die sich von Juni bis zum Dezember 1950 besonders stark erhöht haben, sollen ebenfalls gesenkt werden, wenn dies erforderlich ist, um für industrielle Erzeugnisse das Preisniveau vom 1. Dezember 1950 aufrechtzuerhalten oder zurückzugewinnen. Da eine freiwillige Mitarbeit auf dieser Grundlage nicht von allen Betrieben erwartet werden kann, plant die Economic Stabilization Agency, den Betrieben die Verpflichtung aufzuerlegen, beabsichtigte Preiserhöhungen 30 Tage vorher anzukündigen, damit in der Zwischenzeit eine Überprüfung der Kostenlage vorgenommen werden kann. Die Preisstabilisierungsmaßnahmen werden ferner durch Anordnungen der ebenfalls in den letzten Monaten geschaffenen und mit der Lenkung des Verbrauchs an knappen Rohstoffen betrauten National Production Authority ergänzt, die z. B. Ende Dezember die Hortung von 55 für Rüstung und Zivilproduktion wichtigen Roh- und Grundstoffen (darunter verschiedene Metalle, gußeiserne Rohre, Chemikalien, Zement, Weich- und Sperrholz, Papier und Pappe) verboten und gleichzeitig den Weiterverkauf der unter diese Verordnung fallenden Materialien zu höheren als den offiziellen Preisen untersagt hat.

Die westdeutsche Wirtschaft wird gut daran tun, alle diese Bestrebungen sehr sorgfältig zu beobachten, nicht nur weil sie in mancher Hinsicht unter Umständen Vorbild für ähnliche Maßnahmen in Westdeutschland werden können (obwohl hier die Entwicklung im allgemeinen noch längst nicht so weit gediehen ist und vielleicht auch nicht in dieses Stadium kommen wird), sondern auch weil sie zeigen, daß die Bäume der internationalen Rohstoffhaushausse durchaus nicht in den Himmel zu wachsen brauchen, auch wenn die Verteidigungsmaßnahmen der west-

lichen Welt mit aller Intensität weiter vorange-
trieben werden.

Die Lohnbewegung war in den letzten Wochen nicht so stark wie in den Herbstmonaten. Tatsächliche Lohnerhöhungen sind nur vereinzelt zu verzeichnen, so z. B. im bayrischen Pechkohlenbergbau und im linksrheinischen Braunkohlenbergbau, wo sie im wesentlichen ein Nachspiel zu den ab 1. November 1950 in Kraft getretenen Lohnerhöhungen im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes darstellen. Immerhin sind in manchen Gruppen zur Zeit Lohnverhandlungen im Gange bzw. von den Gewerkschaften beabsichtigt. Da das Abkommen über die Gewährung von Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst mit dem 31. Januar 1951 ablief, die Verhandlungen über eine allgemeine Erhöhung der Angestellten- und Beamtengehälter im öffentlichen Dienst jedoch noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben, wurde vereinbart, die Teuerungszulagen vorläufig weiterzuzahlen. Teilweise ist in den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern neuerdings schließlich wieder eine gewisse Unruhe durch die Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Betrieb entstanden. Jedenfalls haben die Industriegewerkschaft „Metall“ und der Industrieverband „Bergbau“ anläßlich der Neuorganisation der Eisen- und Stahlindustrie die bei ihnen organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, ihre Verträge zum 1. Februar 1951 zu kündigen und durch einen Streik ihre Forderungen auf ein betriebliches Mitbestimmungsrecht durchzusetzen. Im Hinblick auf die Bedeutung, die der Aufrechterhaltung der Produktion gerade in diesem Bereich der Industrie zukommt, hat sich die Bundesregierung in die Verhandlungen zwischen den Partnern eingeschaltet. Ihren Bemühungen ist es gelungen, eine Einigung herbeizuführen, durch die ein Streik vermieden werden soll. Die Regierung wird einen dem Übereinkommen entsprechenden Gesetzentwurf dem Parlament bis zum 30. Januar 1951 zuleiten.

Außenwirtschaft

Die A u s f u h r ist im Dezember 1950 weiter gestiegen, aber die Zunahme war erheblich geringer als in den beiden Vormonaten. Insgesamt hat sich nämlich die Ausfuhrziffer nur von 980

Mill. DM im November auf 1 009 Mill. DM im Dezember, also um rd. 3 vH erhöht, während sie im November um 8 vH und im Oktober um 29 vH zugenommen hat, wobei allerdings zu be-

rücksichtigen ist, daß sich von August bis September ein Rückgang um etwa 7 vH ergeben hatte. Die Verlangsamung des Ausfuhranstiegs ist zu einem großen Teil auf gewisse Ausfälle bei der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren wie Kohle, Schrott und Eisen- und Stahlprodukten zurückzuführen. Insgesamt lag die Rohstoff- und Halbwarenausfuhr im Dezember sogar bereits etwas unter dem Stand von November, der seinerseits den von Oktober und den des dritten Vierteljahrs nur wenig übertroffen hatte. Wesentlich erhöht hat sich dagegen nur die Ausfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen, aber auch hier war die Zunahme im allgemeinen während des Dezember nicht ganz so stark wie in den beiden vorangegangenen Monaten. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dies neben der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Dezember auch mit den mannigfaltigen Knappheitserscheinungen in Zusammenhang bringt, die seit einigen Wochen die Produktion beeinträchtigen.

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	1950				
	M.-D. 3. Vj.	M.-D. 4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
I. Ausfuhr, gesamt	725,2	963,5	901,3	979,8	1 009,4
davon:					
Ernährungswirtschaft	10,7	33,5	27,1	36,4	37,0
Gewerbliche Wirtsch.	714,5	930,0	874,2	943,4	972,4
davon:					
Rohstoffe	107,1	105,6	108,4	111,6	96,8
Halbwaren	145,5	154,3	142,3	156,5	164,2
Fertigwaren	461,9	670,1	623,5	675,3	711,4
II. Einfuhr, gesamt	939,7	1 280,6	1 312,7	1 206,2	1 323,1
davon:					
Ernährungswirtschaft	433,1	517,3	561,9	478,2	511,8
Gewerbliche Wirtsch.	506,6	763,3	750,8	728,0	811,3
davon:					
Rohstoffe	266,1	385,9	368,4	354,9	434,5
Halbwaren	126,4	202,5	202,8	202,0	202,7
Fertigwaren	114,1	174,9	179,6	171,1	174,1
III. Saldo, gesamt ²⁾	-214,5	-317,1	-411,4	-226,4	-313,7
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	167,8	179,0	204,6	158,9	173,7
V. Einfuhr gegen Devisen	771,9	1 101,6	1 108,1	1 047,3	1 149,4
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ³⁾	46,7	-138,1	-206,8	-67,5	-140,0

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschuß = —

³⁾ Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.

Die Einfuhr hat im Dezember den Rückgang des Vormonats wieder aufgeholt und mit

1 323 Mill. DM einen Stand erreicht, der um etwa 10 Mill. DM über dem bisherigen Höchststand von Oktober lag. Besonders zugenommen hat dabei die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen. Auch die Nahrungsmittelimporte sind gegenüber November wieder etwas gestiegen, doch ist die — weitgehend durch die gute Ernte von 1950 geförderte — trendmäßige Verringerung des Anteils der ernährungswirtschaftlichen Einfuhr an der Gesamteinfuhr weiter unverkennbar. Im gesamten vierten Vierteljahr 1950 stellte er sich nur noch auf 40,4 vH gegen 56,5 vH des entsprechenden Vierteljahrs von 1949, wobei sich der absolute Wert der Nahrungsmittelaufuhr nur um 5 vH gegen 46 vH bei der Gesamteinfuhr erhöht hat.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Einfuhranstiegs im Dezember war ebenso wie in den Vormonaten nur durch die Preissteigerungen am Weltmarkt bedingt. Das gilt insbesondere für die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren. Prüft man, in welchem Umfang die Erhöhung dieser Einfuhren gegenüber dem vierten Vierteljahr 1949 in den letzten Monaten lediglich auf einen Anstieg der Preise zurückging, so ergeben sich unter der Voraussetzung einer annähernd gleich gebliebenen warenmäßigen Zusammensetzung der Einfuhr folgende Werte:

Der preisbedingte Teil der Einfuhrerhöhung
gegenüber dem 4. Vierteljahr 1949
bei Rohstoffen und Halbwaren

Zeit	bei Rohstoffen		bei Halbwaren		insgesamt	
	in Mill. DM	in vH der jeweiligen absoluten Einfuhr	in Mill. DM	in vH der jeweiligen absoluten Einfuhr	in Mill. DM	in vH der jeweiligen absoluten Einfuhr
1950 Okt.	62,4	16,9	19,2	9,4	81,6	14,3
Nov.	86,8	24,5	30,4	15,0	117,2	21,0
Dez.	121,8	28,0	21,8	10,8	143,6	22,5
4. Vierteljahr	271,0	23,4	71,4	11,7	342,4	19,4

Man sieht, daß im vierten Vierteljahr 1950 nicht weniger als 342,4 Mill. DM (d. s. 19,4 vH der gesamten Rohstoff- und Halbwareneinfuhr in diesem Zeitraum) auf die seit dem vierten Vierteljahr 1949 zu verzeichnende Steigerung der Einfuhrpreise zurückzuführen waren, wobei sich Betrag und Prozentsatz von Monat zu Monat erhöht haben. Ohne jene Preissteigerung hätte die

A. Gesamtbild

Zeit	Einfuhr						Ausfuhr		Saldo	
	Gesamt		Kommerzielle Einfuhr		GARIOA und ERP-Einfuhr		in Mill. \$	1949=100	Gesamt in Mill. \$	Kommerzieller Außenhandel in Mill. \$
	in Mill. \$	1949=100	in Mill. \$	1949=100	in Mill. \$	1949=100				
1949 1. Vierteljahr	447,3	80	179,1	56	268,2	112	254,8	91	— 192,5	+ 75,7
2. "	594,9	106	361,4	113	233,5	98	283,9	101	— 311,0	— 77,5
3. "	559,1	100	342,5	107	216,6	91	300,5	107	— 258,6	— 42,0
4. "	635,4	114	397,9	124	237,5	99	283,8	101	— 351,6	— 114,1
Gesamt	2 236,7	100	1 280,9	100	955,8	100	1 123,0	100	— 1 113,7	— 157,9
1950 1. Vierteljahr	593,9	106	465,3	145	128,6	54	356,4	127	— 237,5	— 108,9
2. "	526,7	94	422,3	132	104,4	44	421,9	150	— 104,8	— 0,4
3. "	669,9	120	550,2	172	119,7	50	514,0	183	— 155,9	— 36,2
4. "	913,4	163	785,7	245	127,7	53	688,3	245	— 225,1	— 97,4
Gesamt	2 703,9	121	2 223,5	173	480,4	50	1 980,6	176	— 723,3	— 242,9

B. Warengruppen

I. Anteile an der Gesamt-Ein- bzw. -Ausfuhr (Mengen)

Warengruppen	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet				Bundesgebiet				1949 Vereinigtes Wirtschafts- gebiet	1950 Bundes- gebiet
	1949				1950					
	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.		
Einfuhr gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
A. Ernährungswirtschaft	44,8	40,9	44,9	53,0	46,6	39,0	43,7	39,8	46,6	42,1
a) Lebende Tiere	0,1	0,1	0,2	0,4	1,3	1,4	2,0	2,7	0,2	1,9
b) Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	9,8	7,2	9,0	7,9	12,9	14,1	13,9	9,7	8,4	12,4
c) Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	32,6	28,9	32,3	40,7	28,9	19,7	24,1	24,2	34,3	24,3
d) Genußmittel	2,3	4,7	3,4	4,0	3,5	3,8	3,7	3,2	3,7	3,5
B. Gewerbliche Wirtschaft	55,2	59,1	55,1	47,0	53,4	61,0	56,3	60,2	53,4	57,9
a) Rohstoffe	29,8	29,9	26,7	23,3	27,3	32,8	27,1	26,5	27,0	28,1
b) Halbwaren	14,1	12,2	14,0	11,6	12,0	11,9	12,4	14,4	12,8	12,9
c) Fertigwaren	11,3	17,0	14,4	12,1	14,1	16,3	16,8	19,3	13,6	16,9
Ausfuhr gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
A. Ernährungswirtschaft	4,1	1,8	1,7	3,5	2,8	2,4	2,1	3,6	2,7	2,8
a) Lebende Tiere	0,3	0,5	0,5	0,8	0,7	0,5	0,6	0,4	0,6	0,5
b) Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	0,0	0,1	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,7	0,1	0,4
c) Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	2,2	0,7	0,5	1,0	1,4	1,2	1,0	1,5	1,0	1,3
d) Genußmittel	1,6	0,5	0,4	1,5	0,6	0,4	0,3	1,0	1,0	0,6
B. Gewerbliche Wirtschaft	95,9	98,2	98,3	96,5	97,2	97,6	97,9	96,4	97,3	97,2
a) Rohstoffe	14,7	14,2	15,0	15,5	12,0	10,8	10,5	8,0	14,2	10,0
b) Halbwaren	32,5	28,0	25,6	24,9	22,4	20,1	19,1	14,3	27,7	18,3
c) Fertigwaren	48,7	56,0	57,7	56,1	62,8	66,7	68,3	74,1	55,4	68,9

II. Die Entwicklung des Ein- und Ausfuhrvolumens nach Warengruppen (Bundesgebiet)

1936 = 100

Warengruppen	1949	1950			
	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr
Einfuhr					
A. Ernährungswirtschaft	187	156	116	165	188
a) Lebende Tiere	25	82	78	140	234
b) Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	95	147	142	177	155
c) Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	310	209	127	197	248
d) Genußmittel	75	61	60	75	81
B. Gewerbliche Wirtschaft	87	95	96	112	150
a) Rohstoffe	72	80	85	89	109
b) Halbwaren	81	80	70	93	134
c) Fertigwaren	175	193	198	258	373
Insgesamt	122	116	103	131	164
Ausfuhr					
A. Ernährungswirtschaft	—	—	—	—	—
B. Gewerbliche Wirtschaft	52	69	82	99	126
a) Rohstoffe	78	79	85	99	98
b) Halbwaren	136	160	171	195	191
c) Fertigwaren	38	56	71	87	122
Insgesamt	52	69	82	99	129

1) Einschließlich Westberlin. 2) Der Vergleich mit dem Vorjahr kann mangels vergleichbarer DM-Zahlen für 1949 nur in Dollar durchgeführt werden.

C. Bezugs- und Absatzgebiete
I. Gesamtaußenhandel; Einfuhr nach Herstellungsländern in Mill. \$

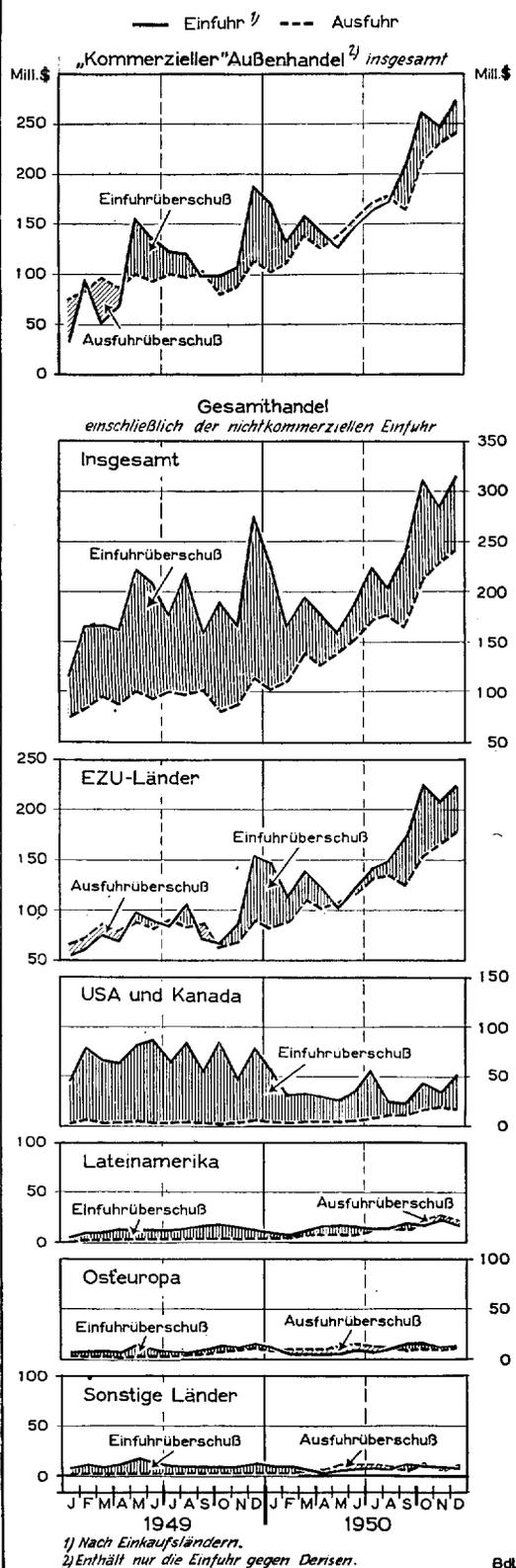
Länder bzw. Ländergruppen	Einfuhr (nach Herstellungsländern)		Ausfuhr		Saldo der Handelsbilanz		in vH der Einfuhr bzw. Ausfuhr			
							Einfuhr		Ausfuhr	
	1949	1950	1949	1950	1949	1950	1949	1950	1949	1950
1. EZU-Länder, gesamt	1 014,0	1 861,2	949,4	1 495,3	- 64,6	- 365,9	45,3	68,8	84,5	75,5
davon:										
a) „Sterling“-Teilnehmerländer	117,5	245,3	128,4	126,7	+ 10,9	- 118,6	5,3	9,1	11,4	6,4
b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder	126,1	193,5	35,9	78,4	- 90,2	- 115,1	5,6	7,2	3,2	4,0
c) Indonesien		55,5		12,2		- 43,3		2,0		0,6
d) Kontinentale ERP-Länder	770,4	1 366,9	785,1	1 278,0	+ 14,7	- 88,9	34,4	50,5	69,9	64,5
davon:										
Belgien-Luxemburg	148,6	119,6	119,3	163,1	- 29,3	+ 43,5	6,6	4,4	10,6	8,3
Dänemark	47,2	116,6	16,8	83,5	- 30,4	- 33,1	2,1	4,3	1,5	4,2
Frankreich einschl. Saargebiet	97,3	299,7	219,7	190,9	+ 122,4	- 108,8	4,3	11,1	19,6	9,6
Freistaat Triest		0,0		1,8		+ 1,8		0,0		0,1
Griechenland	9,3	13,9	13,7	32,2	+ 4,4	+ 18,3	0,4	0,5	1,2	1,6
Italien	91,2	120,5	62,0	115,7	- 29,2	- 4,8	4,1	4,5	5,5	5,9
Niederlande	141,0	298,7	111,6	277,3	- 29,4	- 21,4	6,3	11,0	9,9	14,0
Norwegen	30,5	51,6	20,1	28,0	- 10,4	- 23,6	1,4	1,9	1,8	1,4
Österreich	13,8	42,3	65,1	74,0	+ 51,3	+ 31,7	0,6	1,6	5,8	3,7
Portugal	17,3	17,7	3,5	13,4	- 13,8	- 4,3	0,8	0,6	0,3	0,7
Schweden	85,0	151,3	68,4	125,6	- 16,6	- 25,7	3,8	5,6	6,1	6,3
Schweiz	64,0	83,0	71,4	116,2	+ 7,4	+ 33,2	2,9	3,1	6,4	5,9
Türkei	25,2	52,0	13,5	56,3	- 11,7	+ 4,3	1,1	1,9	1,2	2,8
2. Übrige Länder, gesamt	1 222,7	842,7	173,6	485,3	- 1 049,1	- 357,4	54,7	31,2	15,5	24,5
davon:										
Osteuropa	107,1	114,0	60,9	128,9	- 46,2	+ 14,9	4,8	4,2	5,4	6,5
Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	122,1	102,7	28,3	90,1	- 93,8	- 12,6	5,5	3,8	2,5	4,5
Westliche Hemisphäre	993,5	626,0	84,4	266,3	- 909,1	- 359,7	44,4	23,2	7,6	13,5
davon:										
Vereinigte Staaten	822,3	430,9	46,5	103,1	- 775,8	- 327,8	36,8	15,9	4,2	5,2
Kanada	21,2	10,1	5,9	9,7	- 15,3	- 0,4	0,9	0,4	0,5	0,5
Lateinamerika	150,0	185,0	32,0	153,5	- 118,0	- 31,5	6,7	6,9	2,9	7,8
3. Alle Länder	2 236,7	2 703,9	1 123,0	1 980,6	- 1 113,7	- 723,3	100,0	100,0	100,0	100,0

II. Kommerzieller Außenhandel; Einfuhr nach Einkaufsländern
in Mill. DM

Länder	1950					in vH der Gesamt-Ein- bzw. -Ausfuhr 1950				
	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	1950 Insgesamt ³⁾	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	1950 Insgesamt
EZU										
Einfuhr	1 712,6	1 525,0	2 030,7	2 815,8	8 083,9	87,5	85,8	87,7	85,2	86,4
Ausfuhr	1 198,3	1 371,7	1 653,7	2 092,9	6 314,3	79,5	76,7	75,8	72,5	75,5
Saldo	- 514,3	- 153,3	- 377,0	- 722,9	- 1 769,6					
Andere Länder										
Einfuhr	245,1	252,6	285,0	489,0	1 272,3	12,5	14,2	12,3	14,8	13,6
Ausfuhr	308,7	417,2	528,3	794,1	2 047,8	20,5	23,3	24,2	27,5	24,5
Saldo	+ 63,6	+ 164,6	+ 243,3	+ 305,1	+ 775,5					
Gesamt										
Einfuhr	1 957,7	1 777,6	2 315,7	3 304,8	9 356,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Ausfuhr	1 507,0	1 788,9	2 182,0	2 887,0	8 362,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Saldo	- 450,7	+ 11,3	- 133,7	- 417,8	- 994,1					

³⁾ Differenzen zwischen dem Gesamtergebnis und den Vierteljahreszahlen durch nachträgliche Berichtigung des Jahresergebnisses.

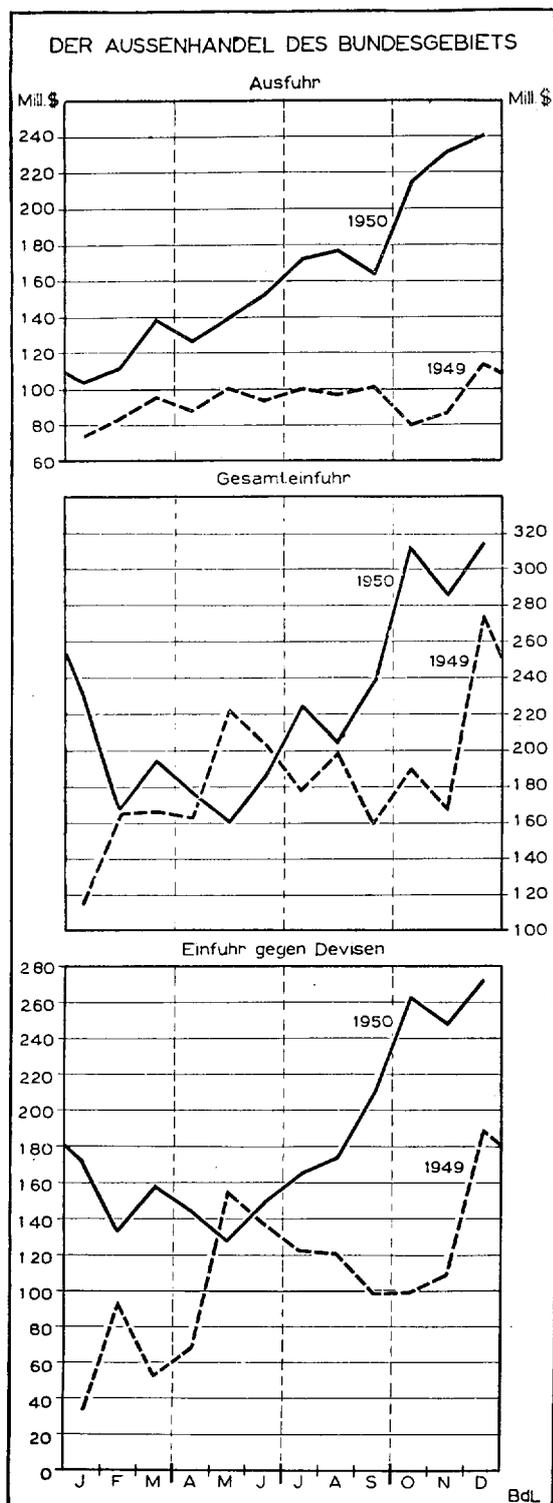
ENTWICKLUNG DER AUSSENHANDELS-
BILANZEN DES BUNDESGBIETS,
INSGESAMT UND NACH LÄNDERGRUPPEN



Bundesrepublik mithin im vierten Vierteljahr 1950 für Rohstoffe und Halbwaren gut 342 Mill. DM weniger aufwenden müssen, um die gleiche Warenmenge einzuführen. Für die ernährungswirtschaftliche Einfuhr lautet die analoge Ziffer 62,8 Mill. DM, so daß insgesamt die Einfuhr des letzten Vierteljahrs von 1950 gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres um reichlich 400 Mill. DM verteuert war. An den Ausfuhrerlösen des vierten Vierteljahrs 1950 war demgegenüber die im Vergleich zum vierten Vierteljahr 1949 zu verzeichnende Preissteigerung nur mit etwa 10 Mill. DM beteiligt. Die Verschlechterung ihrer "terms of trade" hat also die Bundesrepublik allein im vergangenen Vierteljahr rd. 390 Mill. DM gekostet.

Sehr bemerkenswert ist auch, daß die Zunahme der Einfuhr im Dezember überwiegend auf die in Devisen zu bezahlende Einfuhr entfiel. Die Einfuhr auf Grund von GARIOA- und ERP-Lieferungen ist nur von 159 Mill. DM im November auf 174 Mill. DM im Dezember gestiegen. Die „kommerzielle“ Einfuhr hat dagegen um mehr als 100 Mill. DM zugenommen und mit 1 149 Mill. DM einen Stand erreicht, der ihren bisherigen Höchststand von Oktober 1950 (1 108 Mill. DM) stärker übertrifft als dies bei der Gesamteinfuhr der Fall ist.

Infolge der eben geschilderten Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr hat sich die Handelsbilanz im Dezember wieder erheblich verschlechtert. Der Passivsaldo des Gesamtaußenhandels ist von 226 Mill. DM im Vormonat auf 314 Mill. DM gestiegen, der des „kommerziellen“ Außenhandels allein von etwa 68 auf 140 Mill. DM. Die Zunahme des Passivsaldo im „kommerziellen“ Warenverkehr erklärt sich dabei allerdings überwiegend aus einer Verminderung der Überschüsse, die die Bundesrepublik seit einiger Zeit mit einer Reihe von Ländern, besonders in der westlichen Hemisphäre, aufzuweisen hat. Allein im Verkehr mit Lateinamerika ist — bei rückläufiger Ausfuhr und steigender Einfuhr — der Aktivsaldo von 61,0 Mill. DM im November auf 26,4 Mill. DM im Dezember zurückgegangen, was angesichts der Tatsache, daß auf den Verrechnungskonten mit den meisten dieser Länder trotz statistisch ausgewiesener Ausfuhrüberschüsse erhebliche Passivsalden aufgelaufen sind, keineswegs leicht genommen werden darf. Auch



der „kommerzielle“ Ausfuhrüberschuß mit den Vereinigten Staaten und Kanada betrug nur noch 25 Mill. DM gegen 46 Mill. DM im November, da die Einfuhr aus diesen Ländern stark gestiegen ist, und die Ausfuhr nicht ganz die Höhe des Vormonats erreichte. Im eigentlichen

„Passiv-Bereich“ des westdeutschen „kommerziellen“ Außenhandels, nämlich im Handel mit den EZU-Ländern, hat sich dagegen die Lage nicht wesentlich verschlechtert. Unter Zugrundelegung der Statistik nach Einkaufsländern (bekanntlich wird in den EZU-Ländern von Westdeutschland viel eingekauft, was dort nicht hergestellt wird) ist der Passivsaldo hier im Dezember nur auf 202 Mill. DM (gegen 196 Mill. DM im November) gestiegen, womit er weiter beträchtlich hinter dem — allerdings exorbitanten — Defizit von Oktober (324 Mill. DM) zurückblieb. Alle weiteren Einzelheiten über die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr sowie der Handelsbilanzsalden nach einzelnen Ländern und Ländergruppen können aus den Außenhandelsübersichten im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts ersehen werden.

Die internationale Zahlungsposition — deren Entwicklung bekanntlich mit den Veränderungen in der Bilanz des Waren- und Dienstleistungsverkehrs kurzfristig nur in Ausnahmefällen übereinstimmt — hat sich allen Ländern gegenüber trotz der Erhöhung des Passivsaldo im kommerziellen Außenhandel im Dezember wiederum verbessert, wenngleich diese „Verbesserung“, ebenso wie im Vormonat nur in einer Verminderung des Defizits besteht. Auf den zentralen — bei der Bank deutscher Länder geführten — Devisenkonten hat sich das monatliche Zahlungsdefizit im Dezember insgesamt auf 24,9 Mill. \$ gegen 43,0 Mill. \$ im November gestellt.¹⁾ Gleichzeitig ist allerdings bei den Außenhandelsbanken eine weitere Verschlechterung der Devisenposition (und zwar um 21,2 Mill. \$) zu verzeichnen, so daß das gesamte Zahlungsdefizit im Dezember auf 46,1 Mill. \$ gegen 61,5 Mill. \$ im November und 77,0 Mill. \$ im Oktober gesunken ist. Auch das Defizit gegenüber dem EZU-Raum, das zur Zeit in erster Linie für das gesamte Zahlungsdefizit verantwortlich ist, hat sich dabei im Dezember noch etwas vermindert. Die näheren Einzelheiten der Entwicklung werden am besten an Hand der folgenden Übersicht studiert.

Man ersieht zunächst, daß sich die zentrale Rechnungsposition gegenüber der EZU, wie sie allmonatlich bei den Baseler Abrechnungsopera-

¹⁾ Die November-Ziffer ist gegenüber den Angaben im letzten Monatsbericht auf Grund vollständigerer Meldungen berichtet. Auch einige andere Angaben dieses Abschnittes weisen gegenüber den vorläufigen Ziffern des letzten Berichts geringfügige Berichtigungen auf.

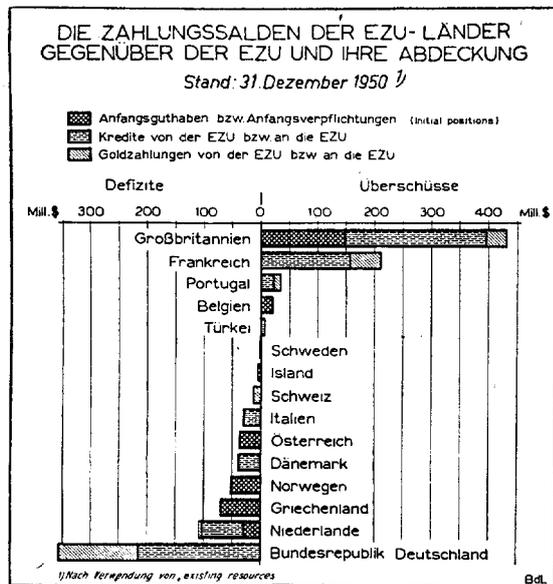
Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem EZU-Raum
im 2. Halbjahr 1950

in Mill. \$

Zahlungssalden der Deckung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Juli/Dez.
A. Die Entwicklung der Zahlungssalden							
1. Rechnungsposition gegenüber der EZU (gemäß den Baseler Abrechnungen)	- 28,6	- 53,3	- 91,5	- 116,1	- 34,7	- 32,5	- 356,7
davon:							
a) Monatliche Nettodefizite aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr ¹⁾	- 29,9	- 52,7	- 100,3	- 114,2	- 42,5	- 25,5	- 365,1
b) Ausgleich alter Forderungen und Schulden (netto)	+ 1,3 ²⁾	- 0,6	- 3,2	- 1,9	+ 9,4 ³⁾	- 8,0 ³⁾	- 3,0
c) Verwendung von existing resources	-	-	+ 12,0	-	- 1,6	+ 1,9	+ 12,3
d) Zinsen auf Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	-	-	-	-	-	- 0,9	- 0,9
2. Veränderungen der bei den Baseler Abrechnungen nicht berücksichtigten Konten bei der BdL und den Außenhandelsbanken	+ 21,5	+ 27,4	+ 18,0	+ 25,4	- 35,8	- 18,2	+ 38,3
darunter:							
Konten der Außenhandelsbanken	+ 14,5	+ 21,3	+ 14,2	+ 22,3	- 16,7	- 17,6	+ 38,0
Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1 + 2)	- 7,1	- 25,9	- 73,5	- 90,7	- 70,5	- 50,7	- 318,4
B. Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU							
1. Kumulatives Rechnungsdefizit seit Anfang Juli 1950	- 28,6	- 81,9	- 173,4	- 289,5	- 324,2	- 356,7	
2. Deckung (kumulativ)							
a) Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	.	.	142,4	185,9	192,0	192,0	
b) Kreditinanspruchnahme im Rahmen des Sonderkredits	24,5	
c) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	.	.	31,0	103,6	128,0	128,0	
d) Dollarzahlungen im Rahmen des Sonderkredits	4,2	12,2 ⁴⁾	
¹⁾ Bis Oktober ausschließlich, ab November 1950 einschließlich der Schweiz. — ²⁾ Einschließlich einer Sonderforderung gegen Norwegen, die aus dem Jahre 1949 stammt und in halbjährlichen Raten von 1,3 Mill. \$ zurückgezahlt wird. — ³⁾ Darin die Rückzahlung der am 31. 10. 50 ausstehenden Verrechnungsschuld der Schweiz in Höhe von 11,3 Mill. \$. — ⁴⁾ Davon nur 8,0 Mill. \$ für Dezember 1950, weil von der Gold-Sonderzahlung im November in Höhe von 4,2 Mill. \$ als Vorauszahlung für den Dezember 2,8 Mill. \$ angerechnet wurden.							

tionen festgestellt wird, im Dezember nur um 32,5 Mill. \$ verschlechtert hat, während sich im November ein Defizit von 34,7 Mill. \$ und im Oktober ein solches von 116,1 Mill. \$ ergeben hatte. Wie schon im Vormonat war dieser relativ niedrige Stand des Defizits allerdings wesentlich dadurch beeinflusst, daß ein Teil der laufenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem EZU-Raum durch eine Inanspruchnahme der bei den Außenhandelsbanken — also gewissermaßen in der "pipe-line" — gehaltenen Devisenbestände gedeckt wurde. Wie aus der Tabelle ersichtlich, hat sich nämlich die Devisenposition der Außenhandelsbanken gegenüber den EZU-Ländern im

Dezember wiederum um 17,6 Mill. \$ verschlechtert, während sie sich in der Zeit von Juli bis Oktober im Zuge der allmählichen Direkt-Einschaltung dieser Banken in das Devisengeschäft ständig verbessert hatte. Die zentrale Devisenposition wurde also durch die Devisenentwicklung bei den Außenhandelsbanken im November und Dezember entlastet, nachdem sie Monate hindurch auf Grund jener Entwicklung umgekehrt ziemlich stark belastet worden war. Faßt man jedenfalls die Veränderungen sämtlicher Devisenkonten zusammen, so ergibt sich, daß das gesamte Zahlungsdefizit gegenüber dem EZU-Raum im Dezember immerhin noch 50,7



Mill. \$ (gegen 70,5 Mill. \$ im November, 90,7 Mill. \$ im Oktober und nur 16,5 Mill. \$ im Durchschnitt des Juli und August) betrug.

Mit dem Dezember-Defizit hat sich der seit dem 1. Juli 1950 aufgelaufene Fehlbetrag der westdeutschen Rechnungsposition gegenüber der EZU auf 356,7 Mill. \$ erhöht. Die Bundesrepublik ist damit, wie aus dem vorstehenden Schaubild hervorgeht, nach wie vor der bei weitem stärkste Schuldner der EZU, wiewohl ihr Anteil an den monatlichen Debetsalden aller jeweiligen Schuldnerländer von 50 vH im Oktober auf 25 vH im November und 27 vH im Dezember zurückgegangen ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik im Gegensatz zu andern Schuldnerländern bei der Schaffung der EZU trotz ihrer relativ hohen alten Verrechnungsschulden gegenüber den Teilnehmerländern am intereuropäischen Zahlungsverkehr kein „Anfangsguthaben“ erhalten hatte, kraft dessen seine laufenden Debetsalden sich nicht sofort in einer entsprechenden Verschuldung ausgewirkt hätten. Bei der am 15. Januar 1951 stattgehabten Abrechnung über die im Dezember gegenüber der EZU entstandenen Zahlungssalden hat die Bundesrepublik zum ersten Mal den ihr von der EZU gewährten Sonderkredit in Anspruch genommen, und zwar in der zulässigen Höhe von zwei Dritteln des über die (bereits im November leicht überschrittene) Quote von 320 hinausgehenden kumulativen Defizits. Da dieses Ende Dezember 36,7 Mill. \$ betrug, ist der Kredit von insgesamt

120 Mill. \$ bisher also mit 24,5 Mill. \$ ausgenutzt, während sich die anteilige Dollarzahlung (in Höhe von jeweils einem Drittel des über die Quote hinausgehenden Defizits) auf 12,2 Mill. \$ stellt. Die im Dezember — unter Verzicht auf die an sich schon damals möglich gewesene geringfügige Inanspruchnahme des Sonderkredits — geleistete Dollarzahlung in Höhe von 4,2 Mill. \$ für die bereits im November stattgefundene Quotenüberschreitung ist dabei anteilig verrechnet worden (vgl. die Übersicht auf S. 40).

Daß das laufende (zentrale) Rechnungsdefizit gegenüber der EZU im Dezember nicht höher, sondern sogar etwas niedriger war als im November, obwohl bereits das Ergebnis dieses Monats als relativ günstig gelten konnte, bildet zweifellos eine gewisse Überraschung, da im Herbst wohl allgemein mit höheren Debetsalden gerechnet worden war. Das berechtigt aber, wie schon im letzten Monatsbericht dargelegt, keineswegs zu der Annahme, daß die Entwicklung auch weiterhin ähnlich verlaufen werde, sondern es muß nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge im Gegenteil nach wie vor mit der Möglichkeit einer ziemlich starken Anspannung der Devisenlage gerechnet werden.

Zunächst einmal ist es wenig wahrscheinlich, daß die Entwicklung der zentralen Verrechnungsposition gegenüber der EZU länger in ähnlichem Maße wie in den beiden letzten Monaten durch den Einsatz der Devisenbestände der Außenhandelsbanken entlastet werden wird. Viel wird hier davon abhängen, ob sich die Zahlungsbedingungen im Außenhandel wesentlich zugunsten Westdeutschlands ändern, also für die Einfuhr in geringerem Maße Akkreditive gefordert werden oder die gestellten Akkreditive nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher durch Devisenanschaffungen gedeckt werden müssen. Im übrigen aber benötigen die Außenhandelsbanken zur Abwicklung ihres Geschäfts ein — mit dem Außenhandel natürlich wachsendes — Minimum an Devisen, und es ist fraglich, ob mit der in den letzten Monaten eingetretenen Verminderung ihre Bestände nicht bereits diesem Minimum nahegekommen sind, zumal sich die Umsätze ständig ausdehnen.

Vor allem jedoch wirken einer baldigen Verminderung des Handelsbilanzdefizits mancherlei Umstände entgegen. So ist einmal für die näch-

sten Monate mit einer anhaltend hohen, wenn nicht gar steigenden Einfuhr aus dem EZU-Raum zu rechnen. Der große Block der sogenannten „alten“ Einfuhrlizenzen, von dem in den letzten Monatsberichten wiederholt die Rede war, da er seinerzeit eine besonders schwere Bedrohung der künftigen Devisenposition zu bilden schien, ist zwar inzwischen infolge der Ausnutzung oder des Verfalls wohl des größten Teils jener Lizenzen erheblich zusammengeschnitten. Am 10. Januar betrug jedenfalls der Gesamtbetrag der noch ausstehenden Lizenzen — also nicht nur der „alten“, über die „Bereinigungsaktion“ von Mitte Oktober hinweggeretteten, sondern auch der inzwischen hinzugekommenen aber noch nicht realisierten Lizenzen — für Einfuhr aus dem EZU-Raum nur noch 464 Mill. \$ gegen 606 Mill. \$ am 10. November 1950 und 1100 Mill. \$ vor der oben erwähnten Bereinigungsaktion. Dieses Volumen entspricht nach dem gegenwärtigen Stand der Einfuhr nur etwa einer Zweimonats-Einfuhr aus dem EZU-Raum, während von Januar bis Oktober 1950 der Betrag der unausgenutzten Lizenzen im Durchschnitt etwa einer Fünfmonats-Einfuhr gleichkam. Es kann also angenommen werden, daß die zu Anfang des Jahres noch offenen Einfuhrbewilligungen ihrem Betrag nach eine Art Minimum an unausgenutzten Lizenzen darstellen, innerhalb dessen zwar dauernde Zuflüsse und Abflüsse vor sich gehen, das sich seinem Umfang nach jedoch nicht weiter vermindern dürfte.

Wohl aber ist die Erteilung neuer Lizenzen seit einiger Zeit wieder sehr beträchtlich. Das liegt einmal an den hohen Ausschreibungen, zu denen die Bundesrepublik auf Grund von handelsvertraglichen Abmachungen verpflichtet ist, die für Westdeutschland nicht immer günstig waren, da sie, zum Teil unter völliger Ignorierung des früher existierenden Aktivsaldos im deutschen Europahandel, in der Regel von einer 1:1-Relation im bilateralen Warenverkehr ausgehen. Gegenwärtig belaufen sich die Ausschreibungsverpflichtungen auf über 230 Mill. \$ im Vierteljahr. In den vergangenen Herbstmonaten war es mit Rücksicht auf die bedrohliche Devisenposition gegenüber dem EZU-Raum nur in beschränktem Umfang möglich gewesen, diesen Verpflichtungen zu entsprechen. Nachdem sich jedoch hergestellt hatte, daß ein relativ großer Teil der

Anfang Oktober ausstehenden Einfuhrlizenzen bei der Bereinigungsaktion von Mitte Oktober nicht wieder beantragt worden war und der Devisenspielraum der Bundesrepublik gegenüber der EZU sich mit der Gewährung des Sonderkredits nicht unbeträchtlich erweitert hatte, sind die Ausschreibungen alsbald wieder aufgenommen worden. Bereits im Dezember wurden 115 Mill. \$ für Einfuhren aus dem EZU-Raum und 36 Mill. \$ für die Einfuhren aus andern Ländern freigegeben, und im Januar sind bisher allein für die Einfuhr aus dem EZU-Raum weitere 130 Mill. \$ zur Ausschreibung gelangt, womit es möglich sein dürfte, neben der Erfüllung laufender handelsvertraglicher Verpflichtungen auch noch einen Teil der Ende Dezember etwa 80 Mill. \$ betragenden Ausschreibungsrückstände für das vergangene Jahr aufzuholen und in gewissem Umfang auch für einige dringende Einfuhren Ausschreibungen vorzunehmen, für die an sich keine handelsvertragliche Verpflichtung besteht. In welchem Maße diese Ausschreibungen bereits zur Erteilung von Einfuhrlizenzen geführt haben, läßt sich im Augenblick nicht übersehen, aber bei der derzeitigen Stärke der Einfuhrnachfrage ist anzunehmen, daß die Quote schon in Kürze relativ hoch sein dürfte.

Gleichzeitig ist die Rate der Lizenzerteilungen im liberalisierten Verfahren neuerdings wieder im Steigen begriffen. Im November hatte sie 3,6 Mill. \$ pro Arbeitstag betragen, im Dezember 4,8 Mill. \$ und für den Januar ist nach den bisher vorliegenden Ergebnissen mit einer Durchschnittsrate von etwa 5,5 Mill. \$ zu rechnen, für den ganzen Monat also mit einer Ziffer von mindestens 125 Mill. \$. In welchem Maße es möglich sein wird, diese Lizenzen auszunutzen, ist zwar ungewiß, aber daß auf Seiten der deutschen Importeure das Bestreben zur Ausnutzung stark ist, kann als sicher angenommen werden, da heute der größte Teil der Lizenzen mit einem (zinslosen) Bardepot belegt ist, das auch nach seiner Ende Dezember erfolgten Herabsetzung von 50 auf 25 vH noch recht drückend ist, und der anhaltende Anstieg der Weltmarktpreise einen erheblichen Importanreiz darstellt.

Die Einfuhrdispositionen gegenüber dem EZU-Raum liegen damit auf einer Höhe, die den derzeitigen Umfang der Ausfuhr nach diesem Be-

reich (171 Mill. \$ im Dezember) noch erheblich übertrifft. Auf längere Frist würden sie also nur aufrechterhalten werden können, wenn die Ausfuhr stark steigt, zumal die Sonderkreditlinie der EZU, die der Überbrückung dieser Kluft dienen soll, in voller Höhe nur bis April in Anspruch genommen werden kann, sich dann aber Monat für Monat um 20 Mill. \$ vermindert. Was die Chancen einer weiteren Ausfuhrsteigerung anbetrifft, so ist nun aber ihre Verlangsamung im Dezember als ein sehr ernst zu nehmendes Zeichen zu betrachten, da sie darauf hindeuten scheint, daß auch die Ausfuhr durch die in letzter Zeit aufgetretenen Produktionshemmnisse in gewissem Umfang in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Wirkung könnte sich noch verschärfen, wenn unter dem Einfluß

der anhaltenden Nachfrageausdehnung bei gleichzeitig beeinträchtigter Produktion die Tendenz zur Entstehung von Verkäufermärkten stärker werden sollte. Die Pflege der Ausfuhr ist also unter den gegenwärtigen Umständen eher noch dringlicher als bisher. Neben direkten Maßnahmen der Ausfuhrförderung (wie z. B. bevorzugter Kohlen- und Rohstoffzuteilung an die exportierenden Betriebe) wird man dabei einer Eindämmung der vom Inland ausgehenden Nachfrage nicht entzogen können. Sie würde zugleich dem oben geschilderten Importsog entgegenwirken und damit auch von dieser Seite die unbedingt erforderliche baldige Erreichung eines Gleichgewichts in der zur Zeit noch besonders defizitären Zahlungsbilanz gegenüber dem EZU-Raum fördern.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	46
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	48
3. Zahlungsmittelumlauf	49
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	50
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	52
2. Mindestreservesätze	52
III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	53
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	54
a) Zwischenausweise, zusammengefaßt nach:	54
Bundesgebiet	54
Länder	56
Bankengruppen	64
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	68
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	70
2. Postscheckämter und Postsparkasse	71
a) Einlagen und Vermögenswerte	71
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	71
3. Bausparkassen	72
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	72
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	72
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	73
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken, zusammengefaßt nach:	74
a) Bundesgebiet	74
b) Länder	76
c) Bankengruppen	80
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	82
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.)	82
5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	83
VI. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	84
2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	85
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	86
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	90
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	90
4. Wechselproteste	91
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	92
2. Verschuldung von Bund und Ländern	92
3. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes	93
4. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	94
5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	94
6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet	95
7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet	95
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	96
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	98
X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	100
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	101
3. Eisen- und Stahlerzeugung	101
4. Arbeitsmarkt	101
5. Verkehr	102
6. Indexziffer der Grundstoffpreise	103
7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten	103
XI. Internationale Übersichten	
Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	104
a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$	104
b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder	105
c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwährungen zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	106

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva									
	Guthaben in aus- ländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postscheck- guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel	Deutsche Scheide- münzen	Lombardforderungen		
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1949										
31. Dezember	833,9	(11,7)	(755,2)	33,4	(3 225,7)	233,7	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbank- systems be- findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert.	357,6	302,3	
1950										
31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1		305,3	275,5	
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6		384,2	354,1	
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3		258,8	241,4	
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7	254,8	224,9		
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5	286,4	257,2		
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen										
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5	
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2	
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	27,2	261,2	239,0	
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	29,7	312,0	287,3	
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3	40,1	300,4	273,7	
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6	55,6	310,7	292,4	
31. Dezember	1 046,8	68,8	43,0	51,8	4 209,1	330,3	61,9	374,3	342,3	
Stand	Passiva									
	Zahlungsmittel- umlauf	Einlagen							von Spalte 22 entfallen	
		insgesamt	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postspar- kassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften					insgesamt	sonstige öffentl. Körpers- schaften
				davon						
				Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeinde- verbände				
ab 31. 7. 50 nur Bank- noten- umlauf	(Spalte 23, 24, 29 und 30)									
21	22	23	24	25	26	27	28			
1949										
31. Dezember	[7 737,5]	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)	11,4	353,9		
1950										
31. Januar	[7 609,7]	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)	12,3	373,0		
28. Februar	[7 689,8]	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)	12,0	426,6		
31. März	[7 828,3]	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4		
30. April	[7 981,1]	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)	17,9	389,9		
31. Mai	[7 936,4]	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)	12,4	491,4		
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen										
30. Juni	[8 160,0]	4 248,6	1 014,3	2 854,8	1 194,3	1 294,9	13,7	351,9		
31. Juli	8 100,8	4 076,7	1 036,4	2 502,0	964,9	1 119,7	9,9	407,5		
31. August	8 026,3	4 035,9	1 052,2	2 583,0	1 011,7	1 221,2	10,8	339,3		
30. September	8 213,1	4 072,7	1 055,4	2 380,0	1 036,0	1 000,0	14,2	329,8		
31. Oktober	8 122,8	4 613,7	1 436,1	2 563,8	1 039,9	1 152,1	10,2	361,6		
30. November	8 099,4	4 912,3	1 501,2	2 741,4	940,4	1 361,8	11,3	427,9		
31. Dezember	8 232,3	5 178,8	1 840,9	2 523,1	904,0	1 240,2	9,4	369,5		

*¹⁾ Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ³⁾ Sowohl Rücklagen als auch Rücklungen der Bank deutscher Länder in den „Sonstigen Passiven“ enthalten. — ⁴⁾ Darin ist ab 31. 10. 1950 das „Asservatenkonto“

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1)

Mill. DM

Aktiva										
insgesamt	Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere		Beteiligung an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Vermögenswerte
	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichsforforderungen		insgesamt	darunter Ausgleichsforforderungen	
	Bund und Bundesverwaltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungsmächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
983,6	515,5	144,7	323,4	—	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3
1 136,8	550,4	161,8	424,6	—	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0
1 149,1	637,5	141,9	369,7	—	866,5	516,8	100,0	8 438,5	7 799,3	391,9

Passiva							
Einlagen		Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Grundkapital der BdL und der Landeszentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen ³⁾	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	sonstige Verbindlichkeiten	Bilanzsumme
auf Einlagen der							
sonstigen inländischen Einleger ⁴⁾	ausländischen Einleger						
29	30	31	32	33	34	35	36
204,3	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4
534,8	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6
426,8	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6
334,0	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
409,9	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7
458,5	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder							
375,6	3,9	1 231,6	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
534,3	4,0	1 392,3	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
389,8	10,9	1 559,2	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
632,0	5,3	2 247,3	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
608,2 ⁴⁾	5,6	2 403,1	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
664,1	5,6	2 342,0	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5
804,7	10,1	2 287,9	385,0	393,1	110,5	544,4 ⁴⁾	17 132,0

— 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der stellungen der Bank deutscher Länder sind ab 30. 6. 1950 in diese Position einbezogen. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellersbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken enthalten.

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1)

in Mill. DM

Stand	Aktiva												
	Guthaben in ausländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Post-scheck-guthaben ³⁾	Inlandswechsel	Schatzwechsel der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ³⁾
											Ausgleichs-forderungen	unverzinsl. Schuld-verschreibungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949													
31. 12. 1950	833,9	(11,7)	755,2	31,7	(2 820,5)	—	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
31. 1.	724,6	(13,1)	913,3	30,5	(2 946,6)	3,0		1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	67,4
28. 2.	642,5	(14,4)	528,5	27,8	(2 883,0)	27,1		1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	70,9
31. 3.	657,6	(16,0)	519,5	27,0	(3 139,8)	19,4		1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 4.	803,4	(17,6)	482,9	23,4	(3 010,9)	34,0		1 152,7	228,7	0,3	5 168,9	639,2	71,8
31. 5.	892,7	(19,6)	417,6	28,9	(2 850,1)	29,8		1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet													
		einschließlich ausländische Wechsel und Schecks (bisher in Spalte 5)	siehe Anmerkung ⁴⁾		ohne Auslandswechsel und Schecks (vgl. Spalte 2)		des Zentralbank-systems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 50 aktiviert						
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9		1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
31. 7.	1 317,8	53,7	19,6	26,0	2 667,8	0,7	21,7	1 417,2	863,9	260,0	5 272,4	639,2	118,8
31. 8.	1 321,4	55,1	26,2	17,7	2 480,2	40,0	27,2	1 376,6	1 006,8	260,0	5 254,6	639,2	119,6
30. 9.	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
31. 10.	1 262,5	57,8	24,9	28,2	3 664,6	298,2	40,1	1 153,1	838,7	335,0	5 253,7	639,2	140,8
30. 11.	1 119,7	67,1	35,2	32,4	3 820,9	184,8	55,6	1 113,4	974,4	335,0	5 188,9	639,2	143,1
7. 12.	1 154,8	66,1	22,5	46,0	3 828,5	234,3	61,7	970,2	877,3	335,0	5 282,7	639,2	143,3
15. 12.	1 167,7	68,1	47,8	44,1	3 844,6	202,0	76,5	1 086,1	910,7	335,0	5 264,4	639,2	143,8
21. 12.	1 012,2	70,3	35,7	54,3	3 895,1	197,0	61,1	943,6	755,5	335,0	5 252,9	639,2	141,6
31. 12.	1 046,8	68,8	43,0	49,2	3 652,4	171,7	61,9	1 097,6	1 006,2	335,0	5 328,3	639,2	196,5
Stand	Passiva												
	Zahlungsmittel-umlauf ab 31. 7. 1950 nur Bank-notenumlauf	Einlagen							Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme
		insgesamt (Spalte 16 bis 21)	aufgegliedert in Einlagen		der Dienststellen des Bundes		der Hohen Kommissare ⁵⁾	sonstiger alliierter Dienststellen					
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
1949													
31. 12. 1950	[7 737,5]	(860,0)	426,3	—	75,3	323,3	—	35,1	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1
31. 1.	[7 609,7]	(1 151,0)	304,4	—	117,0	300,9	—	428,7	(2 861,5)	(246,8)	100,0	—	11 969,0
28. 2.	[7 689,8]	(1 123,3)	320,2	—	212,4	301,0	—	289,7	(2 476,5)	(261,0)	100,0	—	11 650,6
31. 3.	[7 828,3]	(955,9)	308,7	—	150,8	301,1	—	195,3	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5
30. 4.	[7 981,1]	(779,5)	100,8	—	120,8	301,1	—	256,8	(2 510,3)	(262,9)	100,0	—	11 633,8
31. 5.	[7 936,4]	(949,4)	193,5	—	170,9	301,3	—	283,7	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet													
			GARIOA / ERP-Gegenwert-mittel (bisher in Spalte 22)			JEIA, STEG und ERP-Verwaltung (bisher in Spalte 22)			zum Teil ab 7. 6. in den Einlagen (vergleiche Spalte 17 und 20)	ver-gleiche Spalte 25		bis zum 31. 5. 50 in den sonstigen Passiven enthalten	
30. 6.	[8 160,0]	2 791,7	342,9	1 097,8	173,6	301,8	694,8	180,8	1 231,6	287,8	100,0	70,0	12 641,1
31. 7.	8 100,8	2 674,3	355,6	951,1	196,1	251,8	566,0	353,7	1 392,3	341,4	100,0	70,0	12 678,8
31. 8.	8 026,3	2 535,0	313,1	1 002,2	178,0	250,9	588,2	202,6	1 559,2	334,1	100,0	70,0	12 624,6
30. 9.	8 213,1	2 426,0	186,4	759,3	211,6	250,9	589,8	428,0	2 247,3	335,5	100,0	70,0	13 391,9
31. 10.	8 122,8	2 691,3	328,9	955,0	262,4	250,5	595,5	299,0	2 403,1	349,6	100,0	70,0	13 736,8
30. 11.	8 099,4	2 742,2	395,9	1 179,0	262,5	250,3	509,6	144,9	2 342,0	356,1	100,0	70,0	13 709,7
7. 12.	8 024,5	2 675,8	420,7	1 196,9	198,2	250,4	500,3	109,3	2 437,6	353,7	100,0	70,0	13 661,6
15. 12.	7 905,8	2 899,2	552,9	1 284,6	223,7	250,4	494,9	92,7	2 486,4	368,6	100,0	70,0	13 830,0
21. 12.	7 704,6	2 891,5	551,2	1 318,7	191,8	250,4	498,5	80,9	2 279,8	347,6	100,0	70,0	13 393,5
31. 12.	8 232,3	2 554,2	372,2	930,3	309,9	250,4	500,1	191,3	2 287,9	452,2	100,0	70,0	13 696,6

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfasst waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 4) Ohne DM 400,1 Mill. ERP-Vorlagen, die am 7. 6. 1950 auf die Kassenvorschüsse des Bundes (Spalte 9) übertragen, dann jedoch durch eine Wertpapierübernahme abgelöst wurden. — 5) Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

I. Zentralbank-
Ausweise

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel	
1949			
15. 10.	6 794	7 198	
23. 10.	6 524	6 947	
31. 10.	7 060	7 477	
7. 11.	6 966	7 405	
15. 11.	6 731	7 159	
23. 11.	6 386	6 801	
30. 11.	6 978	7 386	
7. 12.	7 018	7 423	
15. 12.	6 943	7 363	
21. 12.	6 852	7 266	
31. 12.	7 330	7 738	
1950			
7. 1.	7 169	7 570	
15. 1.	6 972	7 365	
23. 1.	6 643	7 038	
31. 1.	7 199	7 609	
7. 2.	7 066	7 472	
15. 2.	6 860	7 260	
23. 2.	6 684	7 080	
28. 2.	7 290	7 690	
7. 3.	7 210	7 607	
15. 3.	7 012	7 405	
23. 3.	6 727	7 116	
31. 3.	7 420	7 828	
7. 4.	7 429	7 834	
15. 4.	7 043	7 445	
23. 4.	6 761	7 158	
30. 4.	7 560	7 981	
7. 5.	7 399	7 817	
15. 5.	7 141	7 544	
23. 5.	6 802	7 206	
31. 5.	7 509	7 937	
7. 6.	7 342	7 767	
15. 6.	7 168	7 575	
23. 6.	6 940	7 338	
30. 6.	7 728	8 160	
7. 7.	7 620	8 049	
15. 7.	7 418	7 844	
23. 7.	7 107	7 518	
	Banknoten und Kleingeld- zeichen	Scheide- münzen des Bundes	
31. 7.	7 681	137	8 238
7. 8.	7 433	139	7 992
15. 8.	7 174	140	7 721
23. 8.	6 797	139	7 346
31. 8.	7 603	140	8 166
7. 9.	7 465	141	8 018
15. 9.	7 279	142	7 827
23. 9.	6 938	141	7 478
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114
15. 10.	7 370	144	7 918
23. 10.	6 974	143	7 520
31. 10.	7 694	145	8 268
7. 11.	7 455	145	8 010
15. 11.	7 202	146	7 748
23. 11.	6 886	146	7 435
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173
15. 12.	7 467	150	8 056
21. 12.	7 251	170	7 875
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
7. 1.	7 538	187	8 149
15. 1.	7 127	194	7 738

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	10,1	35,3	16,4	44,8	9,9
Postscheckguthaben	0,1	2,0	0,0	0,1	0,0
Wechsel und Schecks	1,8	7,3	57,6	222,4	1,1
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	4,3	9,3	—	16,0	34,4
Wertpapiere	0,6	1,7	0,4	—	—
Ausgleichsforderungen	91,2	594,2	67,7	217,2	264,9
davon: aus der eigenen Umstellung	(76,8)	(449,5)	(59,9)	(187,6)	(228,5)
angekaufte	(14,4)	(144,7)	(7,8)	(29,6)	(36,4)
Lombardforderungen	21,0	27,8	0,4	19,6	64,8
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(13,1)	(25,5)	(0,4)	(7,3)	(61,4)
Kassenkredite	17,0	36,5	—	—	29,6
davon: an Landesregierung	(17,0)	(36,5)	(—)	(—)	(29,5)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,1)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	6,5	13,1	4,0	5,4	35,6
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	155,1	744,7	149,5	533,5	448,8
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	5,3	30,6	3,8	19,8	12,8
Einlagen	85,1	295,2	127,0	373,4	315,5
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(50,4)	(222,2)	(51,6)	(161,1)	(189,3)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,3)	(0,2)	(1,7)	(4,1)	(2,3)
öffentliche Verwaltungen	(4,1)	(15,6)	(23,8)	(27,0)	(23,8)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(16,1)	(2,5)	(4,9)	(22,0)	(45,7)
sonstige inländische Einleger	(12,3)	(46,7)	(44,7)	(155,9)	(64,7)
ausländische Einleger	(0,1)	(0,0)	(—)	(3,3)	(5,7)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(1,8)	(8,0)	(0,3)	(—)	(/. 16,0)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	50,3	335,6	—	103,4	57,4
Sonstige Verbindlichkeiten	4,4	33,3	8,7	26,9	33,1
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	155,1	744,7	149,5	533,5	448,8
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	75,7	786,9	153,4	565,4	312,0
darunter Auslandswchsel	(1,0)	(4,6)	(0,6)	(1,5)	(2,7)
*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.					

nach dem Stand vom 30. Dezember 1950 +)

I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						31. Dezember	30. November	31. Oktober
23,2	40,3	18,7	8,4	35,7	7,7	250,5	378,3	197,4
0,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	2,5	1,2	2,1
30,4	217,4	0,7	3,7	10,8	3,7	556,9	151,8	235,6
10,5	60,3	8,4	12,9	—	2,5	158,6	161,7	122,0
2,6	0,4	0,8	3,9	4,0	0,4	14,8	9,3	8,6
359,1	711,9	134,5	168,4	318,4	60,3	2 987,8	2 881,0	2 787,4
(306,0)	(631,2)	(103,8)	(125,6)	(250,1)	(51,9)	(2 470,9)	(2 405,5)	(2 341,7)
(53,1)	(80,7)	(30,7)	(42,8)	(68,3)	(8,4)	(516,9)	(475,5)	(445,7)
32,0	50,5	63,7	42,0	34,9	17,6	374,3	305,3	300,3
(31,4)	(50,4)	(59,6)	(41,0)	(34,8)	(17,6)	(342,5)	(287,0)	(273,6)
26,5	—	18,6	14,0	0,8	—	143,0	162,4	144,8
(26,5)	(—)	(18,4)	(14,0)	(—)	(—)	(141,9)	(161,8)	(144,7)
(—)	(—)	(0,2)	(—)	(0,8)	(—)	(1,1)	(0,6)	(0,1)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
17,8	74,2	3,8	13,6	16,1	5,2	195,3	204,0	194,5
—	—	—	—	—	—	—	—	0,1
513,6	1 183,2	254,8	271,4	429,7	99,4	4 783,7	4 355,0	4 092,8
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
23,4	33,4	5,6	13,7	17,0	4,0	169,4	158,3	158,4
193,4	1 014,2	156,2	70,1	296,2	59,4	2 985,7	2 573,3	2 276,6
(158,4)	(626,3)	(64,4)	(41,7)	(198,0)	(45,1)	(1 808,5)	(1 481,7)	(1 415,4)
(1,8)	(0,4)	(0,2)	(3,5)	(1,1)	(0,5)	(16,1)	(19,0)	(18,0)
(11,5)	(172,8)	(24,4)	(13,6)	(56,8)	(5,4)	(378,8)	(359,4)	(306,6)
(0,7)	(10,7)	(48,9)	(0,1)	(0,9)	(1,0)	(153,5)	(180,6)	(194,1)
(22,1)	(218,2)	(12,8)	(8,8)	(38,0)	(5,6)	(629,8)	(519,7)	(311,9)
(0,0)	(0,0)	(1,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(10,1)	(5,7)	(5,4)
(/. 1,1)	(/. 14,2)	(4,5)	(2,4)	(1,4)	(1,8)	(/. 11,1)	(7,2)	(25,2)
241,9	—	57,9	158,5	72,3	20,4	1 097,7	1 107,9	1 153,1
14,9	70,6	15,1	19,1	14,2	5,6	245,9	230,5	219,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
513,6	1 183,2	254,8	271,4	429,7	99,4	4 783,7	4 355,0	4 092,8
320,0	606,6	239,2	202,5	414,7	68,4	3 744,8	3 935,0	3 776,3
(2,7)	(12,6)	(2,6)	(0,1)	(6,7)	(1,2)	(36,3)	(31,4)	(27,4)

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950				1950				1950			
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschußreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	478,1	759,2	788,3	774,4	28,1	26,2	25,8	45,2	0,8	2,5	3,1	2,4
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(295,8)	(469,5)	(485,5)	(472,8)	(12,8)	(11,7)	(13,0)	(20,6)	(—)	0,0	(0,1)	(—)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(141,8)	(225,1)	(231,9)	(230,7)	(10,5)	(8,9)	(8,0)	(17,5)	(0,2)	(0,8)	(1,0)	(0,1)
c) Privatbanken	(40,5)	(64,6)	(70,9)	(70,9)	(4,8)	(5,6)	(4,8)	(7,1)	(0,6)	(1,7)	(2,0)	(2,3)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,1	2,0	2,3	2,1	1,2	0,9	1,4	1,4	0,0	0,0	0,0	0,1
3. Girozentralen	73,8	124,6	121,2	133,4	16,7	18,8	8,3	34,3	—	0,0	—	—
4. Sparkassen	360,9	506,0	512,4	508,5	12,2	9,3	9,2	11,1	1,8	3,2	2,9	5,7
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	73,2	97,7	102,0	99,2	2,3	1,6	1,9	1,9	0,6	2,1	3,2	6,1
6. Gewerbliche Zentralkassen	1,4	2,4	2,4	2,4	0,4	0,2	0,2	0,5	0,0	0,1	0,0	0,0
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	65,1	93,1	94,5	93,9	3,4	3,0	3,7	4,3	1,5	5,4	5,7	5,7
8. Sonstige Geldinstitute	87,1	131,0	132,9	138,6	3,3	3,2	4,2	5,7	0,4	0,4	0,3	0,3
Bankengruppen insgesamt	1 140,7	1 716,0	1 756,0	1 752,5	67,6	63,2	54,7	104,4	5,1	13,7	15,2	20,3
	Überschußreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschußreserven (netto) in v. H. der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)				in v. H. der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	27,3	23,7	22,7	42,8	5,7	3,1	2,9	5,5	43,7	47,9	57,5	50,9
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(12,8)	(11,7)	(12,9)	(20,6)	(4,3)	(2,5)	(2,7)	(4,4)	(20,5)	(23,6)	(32,7)	(24,5)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(10,3)	(8,1)	(7,0)	(17,4)	(7,3)	(3,6)	(3,0)	(7,5)	(16,5)	(16,4)	(17,7)	(20,7)
c) Privatbanken	(4,2)	(3,9)	(2,8)	(4,8)	(10,4)	(6,0)	(3,9)	(6,8)	(6,7)	(7,9)	(7,1)	(5,7)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,2	0,9	1,4	1,3	109,1	45,0	60,9	61,9	1,9	1,8	3,6	1,5
3. Girozentralen	16,7	18,8	8,3	34,3	22,6	15,1	6,8	25,7	26,7	38,0	21,0	40,8
4. Sparkassen	10,4	6,1	6,3	5,4	2,9	1,2	1,2	1,1	16,6	12,3	15,9	6,5
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	1,7	— 0,5	— 1,3	— 4,2	2,3	— 0,5	— 1,3	— 4,2	2,7	— 1,0	— 3,3	— 5,0
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,4	0,1	0,2	0,5	28,6	4,2	8,3	20,8	0,7	0,2	0,5	0,6
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	1,9	— 2,4	— 2,0	— 1,4	2,9	— 2,6	— 2,1	— 1,5	3,1	— 4,8	— 5,1	— 1,7
8. Sonstige Geldinstitute	2,9	2,8	3,9	5,4	3,3	2,1	2,9	3,9	4,6	5,6	9,9	6,4
Bankengruppen insgesamt	62,5	49,5	39,5	84,1	5,5	2,9	2,3	4,8	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Differenzen in der Komma- und Nachkommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Halbmonatliche¹⁾ Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an								
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wirtschaftsunternehmen und Private	davon			Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon		Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		insgesamt	darunter Akzeptkredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1950													
31. 7.	7 942,0	5 062,8	1 526,9	2 879,2	7 413,8	4 888,0	1 526,7	2 525,8	528,2	174,8	0,2	353,4	1 614,1
31. 8.	8 100,5	5 220,2	1 551,0	2 880,3	7 601,4	5 023,4	1 550,9	2 578,0	499,1	196,8	0,1	302,3	1 607,5
30. 9.	8 576,4	5 626,9	1 745,1	2 949,5	8 105,6	5 427,2	1 745,0	2 678,4	470,8	199,7	0,1	271,1	1 684,5
15. 10.	8 745,4	5 800,6	1 873,9	2 944,8	8 385,8	5 649,3	1 873,8	2 736,5	359,6	151,3	0,1	208,3	1 768,0
31. 10.	9 028,6	6 010,0	1 948,8	3 018,6	8 645,5	5 815,2	1 948,7	2 830,3	383,1	194,8	0,1	188,3	1 679,3
7. 11. ¹⁾	9 067,2	6 054,1	1 960,7	3 013,1	8 686,0	5 863,0	1 960,6	2 823,0	381,2	191,1	0,1	190,1	1 695,3
15. 11.	9 140,1	6 103,6	1 969,6	3 036,5	8 750,1	5 894,1	1 969,5	2 856,0	390,0	209,5	0,1	180,5	1 709,5
23. 11.	9 198,5	6 114,3	1 966,1	3 084,2	8 826,5	5 928,2	1 965,9	2 898,3	372,0	186,1	0,2	185,9	1 757,3
30. 11.	9 300,7	6 158,2	1 958,6	3 142,5	8 927,4	5 952,4	1 958,4	2 975,0	373,3	205,8	0,2	167,5	1 727,4
7. 12.	9 283,1	6 114,9	1 945,3	3 168,2	8 938,9	5 923,1	1 945,2	3 015,8	344,2	191,8	0,1	152,4	1 760,5
15. 12.	9 471,8	6 288,4	1 917,5	3 183,4	9 140,3	6 084,8	1 917,4	3 055,5	331,5	203,6	0,1	127,9	1 787,0
21. 12.	9 452,9	6 184,2	1 913,3	3 268,7	9 161,7	6 009,3	1 913,1	3 152,4	291,2	174,9	0,2	116,3	1 827,1
31. 12.	9 546,4	5 951,9	1 910,0	3 594,5	9 274,7	5 815,7	1 909,9	3 459,0	271,7	136,2	0,1	135,5	1 662,5
1951													
7. 1.	9 622,4	6 104,5	1 869,5	3 517,9	9 344,5	5 970,5	1 869,3	3 374,0	277,9	134,0	0,2	143,9	1 712,5

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termin- einlagen		Spar- einlagen	
		Wirtschafts- unternehmen und Private	Öffentl.- rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1950					
31. 7.	9 985,9	5 919,7	2 167,7	1 898,5	1 418,7
31. 8.	10 469,7	6 423,5	2 136,9	1 909,3	1 441,9
30. 9.	10 626,5	6 433,0	2 262,3	1 931,2	1 349,3
15. 10.	10 978,1	6 651,8	2 379,9	1 946,4	1 326,1
31. 10.	11 117,8	6 878,6	2 273,4	1 965,8	1 356,1
7. 11. ¹⁾	11 246,4	6 936,8	2 327,2	1 982,4	1 315,0
15. 11.	11 357,7	6 922,1	2 447,1	1 988,5	1 352,7
23. 11.	11 445,0	6 961,6	2 493,7	1 989,7	1 313,9
30. 11.	11 214,9	6 853,9	2 372,1	1 988,9	1 363,6
7. 12.	11 276,1	6 876,8	2 417,6	1 981,7	1 249,7
15. 12.	11 127,4	6 614,7	2 540,4	1 972,3	1 279,1
21. 12.	11 301,5	6 681,2	2 649,3	1 971,0	1 263,9
31. 12.	11 526,3	6 959,5	2 542,7	2 024,1	1 491,7
1951					
7. 1.	11 392,7	6 865,4	2 491,6	2 035,7	1 372,1

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ab 7. 11. 1950 wird die Erhebung wöchentlich durchgeführt.

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*)^{1) 2)}; Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-gut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Di-viden-denscheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unver-zins-liche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder ⁸⁾	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1949															
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.
März	3 554	.	1 511,7	1 264,8	52,2	1 342,1	(1 342,1)	.	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	20,4	.
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.
Sept.	3 554	.	1 034,8	779,7	44,7	1 707,6	(1 631,8)	259,7	.	.	1 909,8	1 614,7	188,8	117,7	.
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.
1950															
Jan.	3 561	.	1 099,9	814,0	47,6	1 544,3	(1 367,2)	328,6	.	.	1 662,1	1 403,0	164,4	176,7	.
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5	.
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	923,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)							aufgenommene Gelder ¹⁶⁾				
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	davon		Öffentlich-rechtliche Körperschaften				Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ¹⁷⁾
						Wirtschafts-unternehmen und Private	insgesamt							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
März	3 554	.	11 317,7	10 046,6	8 008,5	5 750,0	376,9	2 258,5	2 038,1	1 271,1	146,0	674,1	.	.
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Sept.	3 554	.	13 529,4	11 988,4	9 328,2	6 794,0	343,0	2 534,2	2 660,2	1 541,0	24,6	1 153,1	(52,3)	.
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
Jan.	3 561	.	13 932,4	12 668,9	9 532,0	6 794,2	316,8	2 737,8	3 136,9	1 263,5	13,8	1 535,5	(90,8)	.
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	22)	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	.	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	9 108,7	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	.	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	.	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	.	2 057,4	263,2	12,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Über-Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel-Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — ⁹⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ¹⁰⁾ Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — ¹²⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien walteten Umstellungsgrundschulden bedingt. — ¹⁴⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹⁵⁾ Ein effektiver kannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen. — ¹⁶⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit ein-anstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ¹⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. posten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ²¹⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweck-mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

Banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt ¹¹⁾	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	.	4 501,0	(4 554,9)	(3 906,9)	(166,7)	(481,3)	Jan.
.	.	4 920,7	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8	.	.	.	März
.	.	4 999,8	.	(6 387,7)	(5 606,4)	(199,7)	(581,6)	(962,6)	820,1	142,5	284,6 ¹³⁾	.	.	.	Juni
.	.	5 138,6	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Sept.
.	Dez.
.	.	5 230,3 ¹⁴⁾	.	(8 234,0)	(7 130,4)	(339,2)	(764,4)	(1 442,1)	1 212,3	229,8	480,9	.	.	.	1950
.	.	5 253,3	.	(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8	.	.	.	Jan.
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	Febr.
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	März
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	April
44,8	25,8	5 273,5 ¹⁵⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 862,3	476,8	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	2 013,7	524,0	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 215,4	580,5	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 415,3	641,9	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Sept.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7	762,5	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Nov.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- geschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ²⁰⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²¹⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				insgesamt	darunter			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	Öffent- lich- rechtliche Körper- schaften	sonstige				
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁸⁾	darunt. Eigenkap. von neuge- gründeten Instituten ¹⁹⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	33,5	1 350,9	1949
641,3	35,8	1 368,4	Jan.
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2	403,4	54,9	1 138,7	März
1 191,9	807,0	371,1	302,3 ¹³⁾	676,4	145,0	140,7	854,1	71,1	1 518,3	Juni
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9	147,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Sept.
.	Dez.
1 802,2	1 067,3 ¹⁴⁾	625,5	511,9	851,2	281,5	151,4	1 285,3	118,2	2 372,5	1950
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	858,1	284,9	151,8	1 481,4	127,0	2 434,4	Jan.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	Febr.
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3	848,5	148,4	2 393,4	März
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3	816,3	149,5	2 348,2	April
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Mai
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juni
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Juli
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Aug.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Sept.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,6	421,6	163,8	2 176,3	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Okt.
.	Nov.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — ⁸⁾ Bis einschließlich auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ¹¹⁾ Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹³⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder ver- Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM; z. B. haben einige als verlagert aner- bezogen. — ¹⁷⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform — ¹⁸⁾ In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landesredit- die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ²⁰⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichs- gebundene Mittel. — ²²⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40

Monatliche Bankenstatistik*) 1) Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert und Konbeteil- insgesamt
			insgesamt ⁴⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	darunter			
												Handelswechsel	Bankakzpte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950															
Bundesgebiet															
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	923,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Baden															
Juli	170	641,4	42,4	34,7	1,5	38,7	37,6	1,8	0,0	1,9	30,2	25,0	1,0	7,3	6,7
Aug.	170	643,7	45,4	37,0	1,6	37,5	35,6	2,5	—	1,8	33,0	28,6	0,7	11,3	6,7
Sept.	170	648,6	38,7	31,6	1,5	42,2	40,2	3,1	0,0	1,7	33,7	29,0	0,6	11,2	7,0
Okt.	170	677,7	58,1	50,6	1,7	34,6	33,0	3,2	0,0	2,1	33,7	25,9	2,6	9,3	7,0
Nov.	170	684,6	57,3	49,0	1,7	35,1	34,2	1,9	0,0	2,4	37,2	30,4	1,8	8,2	6,9
Bayern															
Juli	578	4 130,2	179,1	121,7	7,0	192,8	139,6	6,1	0,4	22,7	214,6	160,6	17,6	—	49,1
Aug.	578	4 322,9	195,0	128,5	8,4	217,1	159,5	16,1	0,3	23,8	225,0	170,3	20,5	4,0	53,8
Sept.	578	4 502,6	201,5	145,0	6,8	207,5	148,2	17,7	0,4	21,4	191,9	149,6	8,5	1,1	52,1
Okt.	577	4 762,3	237,7	176,4	6,8	241,2	186,1	19,8	0,4	22,8	210,8	165,6	11,9	0,1	53,2
Nov.	578	4 856,9	225,6	162,0	7,2	240,5	185,3	16,1	0,4	25,3	219,1	178,9	9,3	0,1	54,4
Bremen															
Juli	28	822,6	55,5	48,1	1,4	55,2	49,4	12,0	0,0	3,5	57,2	54,6	2,5	3,7	7,1
Aug.	28	846,3	58,8	50,6	1,4	49,6	43,6	13,2	0,0	4,0	55,9	52,4	2,3	3,7	5,3
Sept.	28	909,8	38,4	32,4	1,3	59,8	53,8	50,2	0,2	2,6	38,7	35,8	1,8	3,6	5,7
Okt.	28	998,2	38,9	31,5	2,3	71,8	65,8	67,8	0,0	3,5	50,8	49,6	0,6	2,0	5,4
Nov.	28	998,5	32,4	25,6	1,6	69,6	63,6	52,5	0,0	3,9	63,3	61,8	1,4	—	5,5
Hamburg															
Juli	54	1 987,8	104,2	86,4	2,3	185,8	162,5	47,0	0,0	12,2	201,1	192,4	6,5	14,3	22,0
Aug.	54	2 223,6	82,6	65,0	1,8	237,0	216,2	88,3	0,0	9,6	222,8	210,5	7,6	17,8	24,1
Sept.	53	2 390,1	96,3	78,0	2,1	248,8	223,6	120,9	0,1	10,7	175,2	167,1	3,6	13,8	23,9
Okt.	53	2 513,3	98,0	79,4	1,8	261,6	240,7	120,2	0,0	14,8	171,9	158,9	5,2	12,8	23,0
Nov.	53	2 513,6	119,3	102,3	1,9	242,0	226,5	78,4	0,0	14,4	169,1	161,0	4,8	12,8	23,5
Hessen															
Juli	308	2 265,7	111,3	83,0	4,3	243,3	239,8	7,6	0,1	12,3	284,2	209,1	58,0	31,8	37,6
Aug.	308	2 408,6	126,2	97,9	5,1	297,9	294,2	17,8	0,1	15,1	311,8	230,5	61,6	39,2	39,9
Sept.	306	2 426,9	118,1	90,5	5,9	287,1	283,9	24,9	0,2	16,2	270,5	205,9	48,1	26,0	40,1
Okt.	306	2 559,6	160,2	131,9	4,9	294,9	290,2	28,3	0,1	18,4	248,2	201,6	35,5	20,7	45,9
Nov.	306	2 623,4	167,9	138,4	5,0	321,5	317,6	16,5	0,2	20,5	257,1	213,0	29,1	22,2	48,7
Niedersachsen															
Juli	611	2 435,2	114,8	77,8	5,2	117,7	102,3	2,0	0,0	17,0	193,7	178,8	3,5	19,0	23,4
Aug.	611	2 486,2	113,2	75,7	4,9	120,1	106,8	2,0	0,1	17,5	184,4	167,5	3,9	18,2	24,1
Sept.	611	2 547,0	125,2	89,8	5,0	101,3	87,3	1,7	0,0	16,5	154,9	140,2	2,7	8,9	24,4
Okt.	611	2 686,7	157,3	117,5	5,9	122,2	110,9	3,6	0,0	16,2	146,8	130,8	2,8	4,6	24,9
Nov.	611	2 810,2	152,9	113,6	5,3	134,8	124,9	5,2	0,1	17,0	177,6	161,3	2,6	8,1	25,2

*¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
— ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe
— Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ³⁾ Kasse und Landeszentral-
Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — ⁴⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾			langfristige Ausleihungen		durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebä- ude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende		
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffentl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- in- sti- tute	ins- gesamt						gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet														1950	
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	2 013,7	524,0	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 215,4	580,5	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 415,3	641,9	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Sept.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7	762,5	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Nov.
Baden															
1,9	0,3	172,6	177,2	237,6	207,7	11,3	18,6	23,4	17,0	3,4	2,9	1,3	9,3	63,5	Juli
1,8	1,2	169,5	189,2	234,8	207,6	11,7	15,5	27,2	18,4	4,0	3,5	1,2	9,4	57,1	Aug.
1,8	1,3	169,4	189,6	240,1	211,9	11,8	16,4	29,5	20,0	4,4	4,4	1,3	9,4	54,1	Sept.
1,7	1,4	174,3	195,1	255,4	224,8	12,3	18,3	32,6	22,2	4,6	4,5	1,5	9,5	48,8	Okt.
1,6	1,5	173,7	195,3	260,6	227,6	13,5	19,5	36,7	25,2	3,7	5,5	1,6	9,8	44,5	Nov.
Bayern															
1,3	11,9	969,2	1 064,1	1 555,7	1 292,9	108,3	154,5	560,3	388,5	68,8	125,2	12,5	90,1	133,5	Juli
1,3	11,3	970,2	1 068,0	1 609,5	1 319,9	132,9	156,7	625,1	423,2	74,7	130,5	12,6	91,9	128,3	Aug.
1,3	11,9	972,0	1 073,2	1 759,1	1 455,3	141,7	162,1	684,4	462,2	83,6	137,9	13,6	93,2	130,1	Sept.
0,7	12,4	990,5	1 091,7	1 833,9	1 523,7	127,7	182,5	752,1	505,1	118,8	146,7	13,8	95,4	124,7	Okt.
0,6	12,2	987,4	1 095,6	1 840,0	1 549,3	127,2	163,5	923,9	649,5	134,8	65,0	13,9	96,7	129,1	Nov.
Bremen															
0,1	1,3	129,8	133,4	308,1	290,9	0,5	16,7	145,3	81,5	45,8	3,7	2,4	11,3	25,1	Juli
0,1	1,0	129,6	133,4	330,5	301,5	0,3	28,7	154,5	86,1	49,2	4,1	2,4	11,6	20,7	Aug.
0,1	1,7	130,2	134,6	374,1	343,2	0,5	30,4	161,9	91,3	50,7	5,4	2,4	11,6	22,0	Sept.
0,1	1,8	131,5	138,8	410,0	374,1	0,3	35,6	168,5	96,2	52,1	6,3	2,5	11,9	23,2	Okt.
0,2	2,0	130,6	137,8	414,1	376,6	0,3	37,2	178,8	101,0	55,6	7,4	1,9	12,0	22,9	Nov.
Hamburg															
1,5	0,7	281,1	315,5	849,3	807,8	5,2	36,3	134,4	114,5	0,3	43,6	4,0	25,2	60,6	Juli
1,5	10,1	280,5	315,1	965,6	924,2	6,4	35,0	148,3	126,4	0,3	45,5	4,4	25,4	59,8	Aug.
1,6	10,1	279,6	315,1	1 112,5	1 064,1	2,0	46,4	154,3	131,7	0,3	47,6	4,4	25,3	64,5	Sept.
1,4	9,8	283,7	319,7	1 214,6	1 168,9	1,5	44,2	164,8	133,3	0,4	41,9	4,5	25,7	64,2	Okt.
1,4	9,8	285,3	321,4	1 245,3	1 196,6	1,8	46,9	176,6	142,6	0,4	39,0	4,8	26,2	65,2	Nov.
Hessen															
2,9	2,2	460,2	485,3	763,2	681,1	9,0	73,1	172,8	122,6	26,8	21,9	11,9	36,6	64,4	Juli
3,0	2,5	459,6	486,6	755,5	684,8	8,7	62,0	195,6	128,2	40,5	23,2	12,2	37,2	69,7	Aug.
3,0	2,6	459,1	486,1	813,1	729,7	10,5	72,9	208,4	138,3	42,7	26,0	12,4	38,0	78,3	Sept.
2,9	2,9	466,0	492,8	867,5	779,9	10,8	76,8	234,6	149,1	51,0	32,3	8,4	38,2	88,1	Okt.
3,1	3,7	466,9	493,9	874,3	787,5	10,8	76,0	252,0	158,3	58,2	35,1	9,9	38,8	83,1	Nov.
Niedersachsen															
6,8	3,1	688,9	727,0	708,7	611,9	21,0	75,8	422,2	284,6	104,8	29,2	3,5	39,3	47,5	Juli
6,8	2,7	688,5	727,2	719,9	619,3	18,1	82,5	461,6	307,7	112,4	33,1	3,5	40,3	52,1	Aug.
6,7	2,9	687,7	727,9	774,1	658,9	20,7	94,5	508,0	327,6	124,6	41,5	3,5	40,8	50,6	Sept.
6,8	3,6	694,7	736,0	794,5	671,4	29,3	93,8	556,8	353,4	139,5	54,2	3,9	41,7	55,8	Okt.
6,9	3,7	687,8	730,0	813,3	680,2	33,1	100,0	610,5	381,0	159,2	62,0	3,7	42,7	60,3	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ³⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Konbeteil- insgesamt
			insgesamt ⁴⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	Handelswechsel	Bankakzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950															
Nordrhein-Westfalen															
Juli	838	6 805,8	298,7	212,3	15,7	635,9	465,3	14,5	0,1	52,5	1 024,3	907,2	83,7	250,0	84,9
Aug.	838	7 007,2	331,0	248,4	15,6	649,5	453,4	19,3	0,0	56,4	1 080,4	979,2	70,0	183,1	90,8
Sept.	833	7 190,3	306,0	225,7	14,9	682,1	488,6	25,1	0,3	51,6	1 100,0	1 013,2	56,6	183,7	96,3
Okt.	833	7 654,2	466,1	375,9	15,0	846,1	649,5	34,2	0,1	54,4	995,1	929,0	24,0	113,4	100,7
Nov.	833	7 788,3	520,0	430,0	13,4	718,9	524,7	30,6	0,0	55,4	979,3	880,8	57,8	104,0	103,2
Rheinland-Pfalz															
Juli	278	1 137,7	49,4	36,2	2,3	49,4	43,3	2,0	0,0	6,0	63,5	59,0	0,6	10,8	10,0
Aug.	278	1 174,1	57,0	43,2	3,0	54,0	48,8	3,0	0,0	6,8	64,2	59,9	0,5	8,8	10,2
Sept.	278	1 196,1	53,5	41,5	2,3	52,2	46,6	3,2	0,0	5,8	63,1	58,5	0,5	7,7	10,9
Okt.	278	1 255,0	67,6	54,2	2,2	51,6	45,9	2,3	0,0	5,7	63,7	59,1	0,5	6,4	11,2
Nov.	278	1 276,6	68,1	54,6	2,3	47,3	41,2	1,6	0,0	6,2	70,1	65,5	0,5	6,1	11,1
Schleswig-Holstein															
Juli	185	872,0	36,1	22,5	1,8	23,9	19,6	1,8	0,0	4,9	39,1	35,6	0,6	—	2,9
Aug.	185	913,8	40,3	25,5	1,4	24,6	19,9	1,7	—	5,3	40,8	37,9	0,3	—	2,9
Sept.	185	960,9	39,7	25,9	1,8	24,7	20,5	2,2	0,0	5,0	36,6	33,4	0,4	—	2,9
Okt.	185	1 000,0	50,0	35,3	1,9	23,1	19,7	1,3	—	5,5	36,9	34,0	0,2	—	3,1
Nov.	185	1 005,9	46,0	30,9	1,6	24,1	21,3	1,2	—	4,4	41,5	38,2	0,2	—	3,1
Württemberg-Baden															
Juli	364	2 988,1	129,6	98,9	4,9	268,8	196,5	5,5	0,1	14,9	194,1	177,7	9,6	25,7	37,9
Aug.	364	3 094,9	118,4	86,7	4,7	284,0	233,0	5,5	0,1	13,6	213,6	194,9	10,5	24,8	39,1
Sept.	364	3 144,1	133,3	107,3	4,6	249,6	212,8	11,0	0,2	13,0	188,1	171,2	9,2	24,8	40,7
Okt.	364	3 306,1	147,8	116,2	4,1	246,4	218,7	11,4	0,1	14,1	175,1	158,5	8,0	22,7	40,5
Nov.	364	3 362,8	165,9	133,2	3,2	221,2	200,1	8,9	0,1	13,0	184,3	168,4	6,2	15,0	40,0
Württemberg-Hohenzollern															
Juli	146	609,8	34,8	25,3	0,9	69,3	48,8	0,9	0,0	1,4	22,3	18,0	1,7	3,5	4,1
Aug.	146	621,1	37,2	26,8	1,0	70,5	50,3	0,6	0,0	1,3	25,2	21,4	1,7	3,5	4,1
Sept.	146	624,4	37,4	29,2	0,9	60,8	46,7	0,8	0,0	1,8	24,5	20,8	1,5	3,5	4,2
Okt.	146	647,1	53,1	43,1	0,8	57,0	38,3	0,9	0,0	1,6	23,5	18,7	2,5	3,8	4,2
Nov.	146	647,6	46,8	36,2	0,8	58,7	40,5	0,5	0,0	1,6	26,1	21,8	2,0	2,9	4,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5
Sept.	13	1 519,4	27,8	26,9	0,9	54,5	48,5	3,9	0,0	1,1	55,6	42,4	7,0	2,1	20,3
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8
Nov.	13	1 531,0	16,1	15,2	0,4	64,3	59,7	1,7	—	1,2	55,9	47,2	2,8	1,7	19,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- — 3) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentral- Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 8) Einschließlich Kapitalbewertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papiere sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen															
26,9	3,4	1 229,5	1 272,5	2 013,7	1 882,3	25,3	106,1	654,6	342,9	116,5	239,7	22,3	85,8	180,2	Juli
27,3	3,4	1 236,7	1 280,3	2 062,3	1 919,0	28,2	115,1	710,2	369,9	127,1	265,0	22,4	87,2	193,9	Aug.
27,4	3,6	1 236,9	1 281,5	2 133,8	1 973,5	26,3	134,0	767,0	402,0	142,4	292,8	22,8	89,4	184,0	Sept.
27,9	3,6	1 274,0	1 318,9	2 292,9	2 114,9	27,5	150,5	835,3	435,7	181,1	317,8	22,9	94,7	187,9	Okt.
27,2	3,9	1 272,1	1 322,4	2 421,4	2 228,5	33,7	159,2	902,6	467,0	205,7	345,9	23,2	96,5	197,9	Nov.
Rheinland-Pfalz															
3,7	3,2	303,8	324,5	467,3	375,7	9,6	82,0	90,7	57,1	14,8	12,5	0,5	18,9	47,4	Juli
3,4	3,3	298,6	321,4	479,7	385,8	9,9	84,0	100,7	62,4	17,5	14,0	0,5	18,9	51,4	Aug.
3,8	4,7	296,8	324,1	500,6	403,7	10,1	86,8	108,5	67,6	20,3	15,1	0,5	19,2	52,0	Sept.
3,6	4,8	296,6	324,4	529,4	421,6	11,0	96,8	117,4	74,3	21,5	16,4	0,7	20,8	58,2	Okt.
3,3	5,8	297,4	325,1	538,5	431,5	11,6	95,4	126,6	80,4	22,3	15,3	0,8	21,0	58,4	Nov.
Schleswig-Holstein															
0,3	0,3	193,9	225,4	374,6	327,3	16,2	31,1	111,8	48,9	23,7	44,8	2,8	18,2	15,1	Juli
0,3	0,5	194,5	226,0	374,2	335,1	15,8	23,3	134,7	51,3	26,9	50,9	3,1	18,3	20,6	Aug.
0,3	0,5	194,2	225,7	390,6	344,8	17,0	28,8	159,0	56,2	28,6	59,4	3,3	18,7	22,3	Sept.
0,2	0,5	194,7	226,2	406,4	350,7	19,2	36,5	171,4	60,2	30,0	62,3	3,3	18,9	20,7	Okt.
0,3	0,5	194,0	226,2	390,3	338,5	14,4	37,4	188,4	64,7	32,0	64,5	3,5	19,0	23,8	Nov.
Württemberg-Baden															
0,1	4,0	574,7	611,3	1 030,4	919,9	36,8	73,7	484,7	350,6	61,1	54,1	10,9	43,9	103,9	Juli
0,1	4,0	573,0	612,5	1 037,7	926,5	36,6	74,6	535,3	384,6	64,5	57,8	11,0	44,5	127,8	Aug.
0,1	3,9	569,3	611,8	1 076,9	948,6	42,9	85,4	581,2	418,3	68,3	62,4	11,4	45,3	128,4	Sept.
0,1	2,8	576,5	627,2	1 173,9	1 019,7	47,7	106,5	628,8	457,9	77,0	78,2	11,4	45,9	126,4	Okt.
0,2	4,3	585,4	641,2	1 185,4	1 041,5	45,9	98,0	681,1	492,1	85,1	80,5	11,6	48,4	114,5	Nov.
Württemberg-Hohenzollern															
0,8	0,0	147,6	149,1	212,3	178,5	4,8	29,0	33,7	21,9	5,9	2,5	0,8	7,6	68,1	Juli
0,8	0,0	148,0	149,7	210,1	175,7	5,1	29,3	37,9	24,3	7,2	2,6	0,8	7,6	70,7	Aug.
0,8	0,0	147,8	150,0	223,0	186,8	5,5	30,7	41,4	27,2	7,7	2,5	0,9	7,6	67,3	Sept.
0,8	0,0	148,9	152,3	232,8	193,5	6,3	33,0	49,3	29,6	12,5	2,9	0,7	8,2	59,4	Okt.
0,8	0,0	145,2	149,8	231,6	194,9	7,4	29,3	52,0	31,4	13,2	4,1	0,8	8,2	64,1	Nov.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	183,6	52,0	90,2	6,3	1,9	130,1	Juli
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	233,0	56,3	114,8	6,0	2,2	146,9	Aug.
18,5	0,6	172,9	176,6	469,2	307,2	132,5	29,5	421,9	272,9	68,1	130,1	6,0	2,3	150,2	Sept.
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	301,7	74,0	144,6	6,0	2,5	140,0	Okt.
17,4	1,6	173,8	178,7	382,8	239,7	114,5	28,6	499,9	330,0	78,5	160,8	6,3	2,6	142,8	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
dritinstute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingehommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschafts- unternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						insgesamt
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1950													
Bundesgebiet													
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	9 108,7	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	2 057,4	263,2	12,3
Baden													
Juli	170	641,4	532,4	491,4	332,9	217,2	.	115,7	158,5	41,0	23,9	0,9	—
Aug.	170	643,7	543,5	506,4	345,8	232,4	.	113,4	160,6	37,1	22,3	0,9	—
Sept.	170	648,6	554,3	511,8	352,1	237,9	10,7	114,2	159,7	42,5	21,6	1,0	—
Okt.	170	677,7	549,2	515,8	353,9	244,1	.	109,8	161,9	33,4	32,5	1,3	—
Nov.	170	684,6	551,2	514,6	351,0	238,9	.	112,1	163,6	36,6	42,9	1,4	0,1
Bayern													
Juli	578	4 130,2	2 475,4	2 295,2	1 676,7	1 266,7	.	410,0	618,5	180,2	277,6	49,8	0,5
Aug.	578	4 322,9	2 578,2	2 393,7	1 775,1	1 346,0	.	429,1	618,6	184,5	295,8	48,0	—
Sept.	578	4 502,6	2 643,2	2 452,5	1 811,9	1 322,6	47,0	489,3	640,6	190,7	288,3	44,6	—
Okt.	577	4 762,3	2 726,3	2 536,5	1 876,8	1 390,9	.	485,9	659,7	189,8	315,9	42,6	—
Nov.	578	4 856,9	2 741,1	2 542,2	1 876,0	1 393,2	.	482,8	666,2	198,9	321,2	35,8	—
Bremen													
Juli	28	822,6	410,5	356,7	306,8	200,6	.	106,2	49,9	53,8	43,8	1,1	1,8
Aug.	28	846,3	413,4	364,3	314,2	216,6	.	97,6	50,1	49,1	51,9	1,1	1,2
Sept.	28	909,8	432,7	382,3	331,7	240,6	4,1	91,1	50,6	50,4	50,8	1,1	4,2
Okt.	28	998,2	470,6	428,2	376,3	282,1	.	94,2	51,9	42,4	58,9	1,1	6,4
Nov.	28	998,5	469,6	424,4	371,8	280,0	.	91,8	52,6	45,2	60,7	1,1	5,6
Hamburg													
Juli	54	1 987,8	1 259,4	1 158,4	1 028,4	864,6	.	163,8	130,0	101,0	114,2	12,4	4,7
Aug.	54	2 223,6	1 421,6	1 302,3	1 171,2	1 022,7	.	148,5	131,1	119,3	139,2	11,7	5,4
Sept.	53	2 390,1	1 457,5	1 329,0	1 195,8	1 058,3	11,7	137,5	133,2	128,5	146,8	15,3	7,9
Okt.	53	2 513,3	1 480,4	1 365,0	1 228,5	1 116,9	.	111,6	136,5	115,4	152,0	18,0	2,3
Nov.	53	2 513,6	1 456,0	1 328,1	1 189,0	1 079,7	.	109,3	139,1	127,9	154,8	13,3	3,6
Hessen													
Juli	308	2 265,7	1 578,5	1 407,5	1 089,9	899,8	.	190,1	317,6	171,0	161,2	2,6	0,2
Aug.	308	2 408,6	1 712,6	1 513,8	1 196,6	978,5	.	218,1	317,2	198,8	154,2	3,7	0,2
Sept.	306	2 426,9	1 712,4	1 516,8	1 201,0	985,7	25,8	215,3	315,8	195,6	157,1	3,8	0,2
Okt.	306	2 559,6	1 772,0	1 564,8	1 242,9	1 007,9	.	235,0	321,9	207,2	167,3	3,5	0,0
Nov.	306	2 623,4	1 810,8	1 601,4	1 276,1	1 015,6	.	260,5	325,3	209,4	167,7	4,2	0,0
Niedersachsen													
Juli	611	2 435,2	1 590,4	1 480,7	997,0	819,7	.	177,3	483,7	109,7	126,3	5,3	0,0
Aug.	611	2 486,2	1 628,8	1 524,7	1 038,3	851,3	.	187,0	486,4	104,1	126,1	5,4	0,1
Sept.	611	2 547,0	1 585,0	1 485,1	998,0	815,1	43,0	182,9	487,1	99,9	164,5	5,1	0,4
Okt.	611	2 686,7	1 656,3	1 548,2	1 053,6	876,3	.	177,3	494,6	108,1	156,0	5,7	0,8
Nov.	611	2 810,2	1 710,6	1 574,3	1 075,3	874,4	.	200,9	499,0	136,3	163,3	7,8	0,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet															
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3 ⁷⁾	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Sept.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Okt.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,6	421,6	163,8	2 176,3	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Nov.
Baden															
35,8	0,0	2,4	2,9	16,1	2,3	—	27,9	1,4	4,2	0,7	0,6	9,8	2,6	41,7	Juli
26,0	0,0	3,1	3,5	16,1	2,4	—	29,2	1,8	4,6	0,9	0,7	11,0	2,5	33,7	Aug.
20,9	0,0	3,9	4,4	16,3	2,7	—	27,2	2,3	5,0	2,2	0,6	11,7	2,3	36,9	Sept.
31,7	0,0	4,9	4,5	17,3	3,0	—	37,6	2,4	5,8	2,9	0,7	11,8	3,4	48,9	Okt.
25,2	0,0	7,1	5,5	17,4	3,2	—	35,3	4,5	6,4	3,9	1,0	11,9	3,9	49,3	Nov.
Bayern															
279,2	324,8	221,1	125,2	131,6	41,6	1,0	295,3	139,3	100,4	143,7	19,5	136,8	43,2	324,4	Juli
270,6	326,5	277,5	130,5	131,9	42,3	1,0	311,9	169,6	107,7	166,4	20,4	161,7	41,4	320,6	Aug.
340,0	334,6	312,7	137,9	132,9	42,1	1,0	313,0	183,8	112,8	186,8	21,5	178,2	41,1	364,3	Sept.
393,7	347,0	363,1	146,7	135,2	36,2	1,0	334,4	206,8	123,5	210,9	22,0	200,2	39,9	376,1	Okt.
390,4	352,6	456,2	65,0	145,6	44,7	1,0	384,8	229,6	111,5	204,4	21,4	203,2	35,7	388,4	Nov.
Bremen															
57,0	108,8	128,5	3,7	20,0	1,9	1,3	50,3	68,2	38,9	25,9	2,6	37,9	1,3	63,2	Juli
59,2	109,2	137,8	4,1	19,7	1,9	1,3	51,0	70,4	44,6	27,3	2,9	50,4	1,2	65,1	Aug.
84,2	110,1	146,8	5,4	21,6	2,7	1,3	58,2	76,0	46,5	29,5	2,6	59,3	1,2	86,1	Sept.
116,9	110,4	148,1	6,3	22,4	2,8	1,3	64,6	77,2	47,1	29,1	2,8	59,9	1,1	89,7	Okt.
106,8	111,0	155,5	7,4	22,4	2,9	1,3	65,1	83,2	48,3	30,1	2,8	61,0	1,0	98,5	Nov.
Hamburg															
218,1	41,2	72,4	43,6	62,8	21,9	1,0	176,1	52,9	16,9	33,2	25,8	191,5	2,0	244,7	Juli
237,0	53,2	82,0	45,4	63,0	22,0	1,0	182,2	61,3	17,7	34,4	26,0	255,2	1,7	257,1	Aug.
352,5	53,9	83,1	47,6	62,8	22,0	1,0	185,9	62,4	20,6	36,0	27,3	301,8	1,6	322,2	Sept.
430,0	53,8	92,0	41,9	64,1	22,1	1,0	199,1	69,6	14,6	38,2	30,0	321,7	1,6	388,8	Okt.
426,8	54,5	102,8	39,0	64,2	20,8	1,0	215,5	79,4	12,5	39,8	25,1	320,4	1,4	444,0	Nov.
Hessen															
99,7	90,5	67,9	21,9	72,5	10,6	2,0	173,5	39,8	23,9	21,4	8,1	86,6	11,6	132,6	Juli
100,1	93,3	76,2	23,2	74,7	11,5	2,0	174,3	45,0	29,5	21,7	8,0	92,4	11,8	139,6	Aug.
100,9	95,8	82,1	26,0	74,6	11,3	2,0	178,0	51,6	33,5	22,1	8,9	94,8	13,5	187,9	Sept.
111,2	100,8	94,8	32,3	79,2	11,8	2,0	202,0	60,0	40,1	25,2	9,3	99,3	15,1	222,8	Okt.
113,8	106,2	103,7	35,1	79,5	12,0	2,0	206,6	65,4	44,4	26,2	10,5	99,5	16,1	240,0	Nov.
Niedersachsen															
57,4	143,7	253,1	29,2	84,4	9,9	—	150,7	41,3	76,0	157,5	16,0	45,5	22,2	164,7	Juli
50,8	145,8	271,6	33,1	84,5	10,1	—	145,5	49,0	88,8	160,7	15,4	47,2	21,5	158,5	Aug.
62,0	149,1	306,9	41,5	85,1	9,6	—	152,9	60,7	96,5	184,8	16,0	51,4	21,0	193,0	Sept.
71,7	152,4	345,6	54,2	86,4	10,2	—	164,1	76,0	118,5	202,6	14,3	57,5	24,1	221,5	Okt.
69,8	156,0	398,9	62,0	84,6	10,5	—	165,0	112,4	134,5	218,0	15,3	59,3	24,0	203,7	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringeinstufiger Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
noch: Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten 3)	ohne Einlagen von Kreditinstituten 3)	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1950													
Nordrhein-Westfalen													
Juli	838	6 805,8	4 911,5	4 381,8	3 311,5	2 495,6	.	815,9	1 070,3	529,7	422,1	107,6	2,2
Aug.	838	7 007,2	5 060,7	4 545,2	3 466,1	2 685,6	.	780,5	1 079,1	515,5	453,2	114,3	0,9
Sept.	833	7 190,3	5 158,4	4 685,7	3 599,2	2 720,4	69,6	878,8	1 086,5	472,7	433,3	111,4	2,8
Okt.	833	7 654,2	5 479,3	4 956,1	3 848,4	2 953,7	.	894,7	1 107,7	523,2	444,0	114,2	4,1
Nov.	833	7 788,3	5 405,6	4 958,9	3 839,8	2 917,6	.	922,2	1 119,1	446,7	488,0	115,9	2,0
Rheinland-Pfalz													
Juli	278	1 137,7	747,0	679,8	436,3	331,9	.	104,4	243,5	67,2	116,8	8,2	—
Aug.	278	1 174,1	764,3	695,3	451,5	346,9	.	104,6	243,8	69,0	126,8	6,0	—
Sept.	278	1 196,1	766,5	698,4	456,5	344,7	19,0	111,8	241,9	68,1	128,0	5,3	—
Okt.	278	1 255,0	780,7	706,5	463,4	350,1	.	113,3	243,1	74,2	150,7	6,2	—
Nov.	278	1 276,6	789,2	714,1	469,3	347,8	.	121,5	244,8	75,1	147,4	7,8	—
Schleswig-Holstein													
Juli	185	872,0	452,1	419,5	292,4	229,6	.	62,8	127,1	32,6	75,5	22,0	—
Aug.	185	913,8	460,9	428,5	301,1	242,6	.	58,5	127,4	32,4	85,7	22,2	—
Sept.	185	960,9	472,5	442,6	313,3	247,5	13,5	65,8	129,3	29,9	77,4	21,5	—
Okt.	185	1 000,0	465,7	438,6	306,4	245,5	.	60,9	132,2	27,1	96,3	20,5	—
Nov.	185	1 005,9	460,1	431,8	298,1	241,9	.	56,2	133,7	28,3	108,0	20,9	—
Württemberg-Baden													
Juli	364	2 988,1	1 787,1	1 585,7	1 193,0	804,1	.	388,9	392,7	201,4	144,3	5,2	0,0
Aug.	364	3 094,9	1 877,9	1 653,7	1 260,8	850,6	.	410,2	392,9	224,2	139,3	5,1	0,2
Sept.	364	3 144,1	1 822,1	1 639,3	1 250,4	852,4	32,1	398,0	388,9	182,8	171,1	4,8	—
Okt.	364	3 306,1	1 827,9	1 684,7	1 291,8	887,7	.	404,1	392,9	143,2	253,9	17,4	—
Nov.	364	3 362,8	1 876,2	1 719,7	1 322,8	889,9	.	432,9	396,9	156,5	234,6	21,6	—
Württemberg-Hohenzollern													
Juli	146	609,8	476,1	392,2	262,4	178,6	.	83,8	129,8	83,9	31,1	2,1	—
Aug.	146	621,1	491,1	413,8	284,6	195,4	.	89,2	129,2	77,3	25,1	2,3	—
Sept.	146	624,4	481,5	410,5	281,9	193,8	10,6	88,1	128,6	71,0	37,5	5,8	—
Okt.	146	647,1	491,6	418,6	287,9	197,3	.	90,6	130,7	73,0	30,8	5,5	—
Nov.	146	647,6	497,6	424,7	292,8	198,1	.	94,7	131,9	72,9	36,6	5,7	0,0
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	112,5	19,5	—
Sept.	13	1 519,4	240,5	192,5	192,4	89,8	0,6	102,6	0,1	48,0	122,7	19,9	—
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—
Nov.	13	1 531,0	208,4	154,9	154,8	95,1	.	59,7	0,1	53,5	132,2	27,7	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
— 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe
— Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest-
aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landes-
wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus-
zweckgebundene Mittel.

banken
Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne) Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
189,5	148,4	324,8	239,7	184,5	12,7	2,2	385,3	95,4	231,4	340,5	24,0	294,7	13,0	577,0	Juli
143,7	155,7	351,5	265,0	185,2	12,9	2,2	392,2	108,6	245,5	367,3	35,4	323,7	11,2	498,4	Aug.
175,3	159,9	386,5	292,8	184,6	11,0	1,2	399,5	119,8	271,6	408,1	29,7	348,6	7,2	482,4	Sept.
202,7	164,3	409,2	317,8	186,0	11,5	1,2	450,9	145,5	284,5	436,6	12,4	373,0	6,7	499,0	Okt.
275,2	167,4	451,2	345,9	187,3	11,8	1,3	467,7	159,8	302,1	463,3	12,9	412,7	6,1	578,7	Nov.
Rheinland-Pfalz															
60,7	30,8	26,0	12,5	32,2	3,7	—	111,7	14,9	18,3	12,1	1,9	34,0	7,9	110,3	Juli
56,0	31,0	32,7	14,0	32,2	4,7	—	117,1	17,3	23,0	12,8	2,0	35,1	8,2	107,2	Aug.
60,6	33,3	38,4	15,1	32,8	4,1	—	121,4	20,4	24,7	14,7	1,8	33,2	8,4	111,5	Sept.
65,3	34,0	44,5	16,5	33,7	4,4	—	129,6	22,5	30,8	16,1	1,5	32,9	9,7	127,7	Okt.
69,7	35,4	48,8	15,3	33,8	4,5	—	137,0	24,8	32,5	16,8	1,2	32,6	11,0	135,3	Nov.
Schleswig-Holstein															
89,6	19,2	105,4	44,8	30,0	6,5	4,2	55,4	58,2	49,5	52,4	12,3	22,9	11,7	120,3	Juli
88,0	19,5	118,5	50,9	32,3	9,0	4,2	58,0	71,0	51,9	57,5	12,2	23,5	11,6	106,9	Aug.
93,5	19,7	145,3	59,4	32,1	9,0	4,2	61,0	83,2	62,3	67,1	14,6	33,2	10,3	115,3	Sept.
104,0	20,5	150,3	62,3	31,5	8,7	3,8	69,4	86,1	63,0	70,7	14,6	65,1	9,9	135,7	Okt.
88,2	20,9	165,5	64,5	31,8	8,7	3,8	66,9	95,7	68,3	73,7	14,6	54,4	8,3	137,2	Nov.
Württemberg-Baden															
166,5	171,3	186,4	54,1	223,7	138,3 ⁷⁾	—	254,7	54,5	34,2	147,9	10,3	68,8	22,9	205,7	Juli
137,6	174,9	213,5	57,8	227,0	140,7	—	266,9	69,1	36,7	161,8	10,6	79,5	22,2	194,0	Aug.
175,3	177,7	233,0	62,4	230,3	144,3	—	272,2	75,6	39,4	177,5	10,3	79,8	23,3	217,7	Sept.
197,2	178,1	255,1	78,2	233,0	144,9	—	282,7	85,3	51,0	207,0	10,1	84,6	10,6	250,0	Okt.
180,5	180,3	284,9	80,5	233,8	145,7	—	292,0	106,8	55,5	218,9	10,0	92,5	23,3	257,2	Nov.
Württemberg-Hohenzollern															
32,5	—	9,6	2,5	12,3	3,4	—	45,7	2,9	10,8	0,3	—	10,6	3,6	33,6	Juli
28,2	—	10,3	2,6	12,6	3,4	—	51,2	3,6	10,7	0,7	—	11,1	2,5	30,1	Aug.
26,6	—	12,0	2,5	12,7	2,5	—	51,6	2,8	12,0	8,2	0,0	9,7	2,3	33,9	Sept.
27,5	—	20,6	2,9	13,2	2,6	—	60,5	3,3	17,2	9,0	0,0	10,1	2,2	37,5	Okt.
25,0	0,0	20,9	4,1	13,8	2,8	—	49,6	3,8	17,3	9,8	—	10,7	2,3	35,9	Nov.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.
198,9	190,6	320,6	130,1	211,5	153,4	153,4	104,5	305,4	15,3	116,8	40,1	16,2	0,2	277,7	Sept.
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.
128,9	196,2	401,2	160,8	212,3	154,0	153,4	91,0	402,2	22,7	140,4	28,9	38,1	0,1	377,7	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringeinstufiger Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
A k t i v a

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 5)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili-ins-gesamt
			ins-gesamt 4)	darunter Giro-guthaben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Handels-wechsel	Bank-akzente		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Alle Banken															
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	923,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Kreditbanken															
Juli	256	9 290,7	448,2	339,0	18,5	538,6	523,2	91,0	0,5	102,2	1 369,8	1 191,3	119,0	66,4	113,5
Aug.	256	9 869,0	477,4	368,2	21,1	698,5	679,1	151,5	0,4	106,9	1 501,0	1 326,0	116,3	59,5	125,2
Sept.	254	10 346,7	467,4	368,5	19,6	759,0	726,3	242,7	1,1	100,6	1 446,2	1 301,7	83,9	42,6	126,7
Okt.	255	11 218,7	612,0	504,2	21,5	946,3	926,1	272,3	0,6	109,8	1 454,9	1 328,7	53,8	18,1	132,5
Nov.	255	10 331,2	717,0	603,1	19,7	855,8	844,2	198,8	0,6	114,7	1 461,1	1 344,6	47,8	19,8	135,8
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Juli	38	1 727,4	3,3	2,7	0,5	179,0	111,6	—	0,0	0,0	0,5	0,0	—	3,4	6,8
Aug.	38	1 797,6	2,9	2,2	0,4	155,6	109,1	—	0,0	0,0	0,6	0,1	—	3,4	4,3
Sept.	38	1 889,3	5,1	4,4	0,5	157,8	126,4	—	0,0	0,0	0,6	0,1	—	3,4	4,8
Okt.	38	1 986,1	3,3	2,7	0,3	150,8	126,1	—	0,0	0,1	0,6	0,1	—	3,4	4,8
Nov.	38	2 093,4	2,9	2,1	0,5	165,3	141,6	—	0,0	0,1	0,6	0,1	—	6,7	4,3
Girozentralen															
Juli	18	3 462,8	88,1	78,6	4,8	347,8	244,1	2,5	0,1	13,2	517,8	459,1	51,8	224,9	59,9
Aug.	18	3 562,6	87,6	76,7	5,6	338,3	230,2	8,3	0,1	14,0	494,2	443,7	45,1	183,4	60,2
Sept.	18	3 662,2	81,7	71,4	5,5	365,1	254,7	8,5	0,1	11,1	436,9	395,9	35,9	168,0	60,5
Okt.	18	3 843,2	128,2	117,7	3,6	447,4	318,6	7,3	0,1	14,7	327,4	291,8	24,1	112,0	62,4
Nov.	18	3 958,1	93,4	84,6	2,4	415,8	284,3	4,1	0,0	12,9	362,1	300,9	52,4	87,9	62,4
Sparkassen															
Juli	885	6 988,4	440,8	300,6	13,3	638,6	461,0	0,1	0,0	18,1	257,3	240,7	5,6	70,6	82,0
Aug.	885	7 184,2	472,6	323,9	12,1	653,4	458,6	0,1	0,0	20,0	263,7	245,3	6,3	67,5	87,2
Sept.	885	7 292,1	484,4	345,8	12,3	549,3	370,5	0,0	0,2	19,8	250,8	232,0	7,0	69,5	92,1
Okt.	884	7 534,8	593,0	440,5	12,2	513,9	344,5	0,2	0,0	18,4	232,3	215,4	6,0	61,8	95,7
Nov.	884	7 669,7	578,3	423,5	12,1	484,1	325,4	0,0	0,1	20,3	251,4	235,0	6,3	63,8	98,7
Zentralkassen															
Juli	32	736,1	53,5	49,6	2,2	30,8	26,8	0,2	0,0	5,4	48,2	25,4	7,7	0,7	5,2
Aug.	32	762,6	43,2	39,1	2,7	30,4	26,4	0,1	0,0	3,8	55,7	26,6	10,6	0,5	5,8
Sept.	32	793,7	34,4	30,3	1,6	31,2	27,2	0,3	0,0	3,0	38,2	19,5	5,2	0,5	6,0
Okt.	32	844,8	47,8	43,1	2,1	32,1	28,1	0,1	0,0	3,7	40,4	22,1	8,2	0,4	6,3
Nov.	32	863,7	68,2	64,1	2,0	31,1	27,1	0,2	0,0	4,0	50,8	29,4	8,2	0,5	5,8
Kreditgenossenschaften															
Juli	2 295	2 161,2	115,8	71,4	7,6	111,9	105,2	0,1	0,0	10,2	83,8	57,2	0,4	0,0	13,3
Aug.	2 295	2 205,9	114,7	69,6	6,6	120,4	113,1	0,0	0,0	10,4	90,8	63,4	0,7	0,1	13,4
Sept.	2 295	2 248,3	108,3	71,0	7,0	111,1	104,7	0,5	0,0	11,6	89,3	61,4	0,3	0,2	13,2
Okt.	2 295	2 311,4	138,4	92,7	7,0	113,0	108,8	0,3	0,1	12,0	85,1	58,8	0,4	0,1	13,4
Nov.	2 296	2 327,4	134,5	91,4	7,0	110,7	106,9	0,2	0,0	12,1	85,5	58,5	0,5	0,2	14,3
Sonstige Kreditinstitute															
Juli	36	329,8	6,4	5,3	0,4	33,9	32,8	7,4	0,0	0,3	46,7	44,2	0,8	—	4,9
Aug.	36	360,5	6,6	5,5	0,5	45,1	44,8	10,0	—	0,2	51,0	47,9	0,5	—	4,7
Sept. 6)	30	308,5	6,7	5,5	0,5	42,7	42,3	8,5	—	0,3	15,4	14,2	1,1	—	4,6
Okt.	29	321,4	12,1	10,9	0,4	47,0	46,6	13,1	—	0,3	15,9	14,6	1,3	—	4,1
Nov.	29	325,0	7,9	6,7	0,5	50,9	50,6	9,9	—	0,3	13,2	12,6	0,6	0,5	4,3
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5
Sept.	13	1 519,4	27,8	26,9	0,9	54,5	48,5	3,9	0,0	1,1	55,6	42,4	7,0	2,1	20,3
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8
Nov.	13	1 531,0	16,1	15,2	0,4	64,3	59,7	1,7	—	1,2	55,9	47,2	2,8	1,7	19,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral-Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzgleichposten September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten.

banken
Bankengruppen

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen				durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Alle Banken																
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	2 013,7	524,0	670,4	79,1	387,9	939,5	1950	
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 215,4	580,5	745,0	80,2	394,5	999,3	Juli	
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 415,3	641,9	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Aug.	
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7	762,5	908,1	79,8	413,4	997,3	Sept.	
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Oktober	
Kreditbanken																
1,5	6,1	1 313,0	1 374,4	4 403,7	4 182,0	104,8	116,9	383,3	170,8	9,1	44,7	41,9	128,3	221,0	Juli	
1,6	5,3	1 324,6	1 385,6	4 526,4	4 276,6	132,4	117,4	431,1	179,1	9,2	48,2	42,5	129,9	219,5	Aug.	
1,5	6,0	1 323,1	1 379,8	4 899,8	4 629,1	138,9	131,8	456,6	189,1	10,5	49,9	44,0	131,5	229,9	Sept.	
0,6	6,7	1 390,5	1 448,2	5 290,7	5 022,2	126,0	142,5	498,2	201,5	12,2	49,6	40,2	137,7	237,1	Oktober	
0,7	6,8	1 395,0	1 459,2	5 378,0	5 145,4	122,0	110,6	539,2	215,2	12,9	79,1	42,5	140,4	226,9	Nov.	
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																
0,0	18,8	352,5	419,0	37,7	29,6	4,3	3,8	920,5	789,2	99,9	157,6	1,3	14,1	31,4	Juli	
0,0	18,5	350,1	418,4	51,8	43,6	4,1	4,1	997,4	849,4	107,5	165,9	1,3	14,2	31,2	Aug.	
0,5	21,0	344,3	418,4	54,3	46,2	4,5	3,6	1 071,8	907,6	113,9	178,2	1,3	14,3	31,9	Sept.	
0,2	20,6	338,6	421,1	58,9	49,1	5,9	3,9	1 149,3	977,7	121,6	197,8	1,6	14,2	41,8	Oktober	
0,0	23,8	331,1	420,3	77,0	57,9	3,4	15,7	1 332,0	1 143,2	136,5	91,5	1,5	14,5	41,6	Nov.	
Girozentralen																
36,0	5,5	260,9	286,8	883,3	500,6	86,7	296,0	609,4	209,3	275,0	313,7	1,9	21,7	107,3	Juli	
36,1	16,1	257,3	286,9	925,6	536,9	87,5	301,2	678,5	222,8	303,3	345,4	1,9	22,2	123,9	Aug.	
36,1	16,2	258,3	287,9	994,9	564,2	86,8	343,9	739,7	236,5	331,3	382,3	2,1	22,6	108,7	Sept.	
36,1	16,4	259,9	289,7	1 105,1	600,6	100,5	404,0	819,8	255,1	420,2	408,0	2,1	22,8	106,0	Oktober	
35,7	16,9	259,6	291,1	1 155,0	633,1	113,5	408,4	910,5	276,2	474,1	433,6	2,3	23,2	116,0	Nov.	
Sparkassen																
5,5	—	2 423,4	2 572,3	1 740,4	1 682,8	46,0	11,6	813,8	635,7	85,7	43,3	6,4	147,7	292,6	Juli	
5,8	—	2 416,5	2 569,8	1 771,9	1 717,6	43,5	10,8	905,3	703,6	101,4	48,0	6,5	150,0	309,4	Aug.	
5,8	—	2 418,9	2 584,5	1 861,3	1 796,4	52,3	12,6	1 003,1	778,6	114,4	59,3	6,6	152,6	311,9	Sept.	
6,2	—	2 444,7	2 615,3	1 922,5	1 859,2	54,0	9,3	1 101,1	853,5	130,3	73,4	6,5	157,3	301,8	Oktober	
6,0	—	2 443,8	2 626,0	1 961,1	1 895,7	53,3	12,1	1 190,8	925,6	142,6	88,8	5,8	160,4	310,2	Nov.	
Zentralkassen																
0,6	—	59,6	64,7	389,1	131,0	0,8	257,3	46,6	10,0	—	4,0	4,0	13,2	73,4	Juli	
0,7	—	59,3	64,6	411,0	148,0	0,7	262,3	51,8	11,4	—	4,5	4,2	13,5	76,1	Aug.	
0,6	—	59,4	64,6	462,2	175,1	0,8	286,3	55,3	12,6	—	4,9	4,2	13,5	79,0	Sept.	
0,6	—	58,9	64,1	489,4	184,2	0,8	304,4	61,0	10,2	—	10,6	4,3	13,6	74,1	Oktober	
0,7	—	58,5	63,4	485,6	179,7	0,8	305,1	65,3	12,8	—	3,8	4,3	13,8	69,8	Nov.	
Kreditgenossenschaften																
2,2	0,0	715,5	744,1	903,2	892,5	5,3	5,4	54,7	14,8	2,3	12,3	5,9	53,8	73,1	Juli	
2,1	—	714,7	756,7	923,3	913,1	5,4	4,8	59,1	15,8	2,8	13,8	6,4	55,1	77,1	Aug.	
2,1	—	714,0	757,0	965,6	955,0	5,7	4,9	64,8	17,8	3,8	16,1	6,6	56,6	83,4	Sept.	
2,1	—	716,9	760,4	982,3	971,4	5,9	5,0	69,6	18,5	4,1	19,7	7,4	58,1	88,0	Oktober	
2,1	—	716,2	760,8	991,2	980,0	6,1	5,1	74,3	19,6	4,3	23,3	7,6	59,8	90,5	Nov.	
Sonstige Kreditinstitute																
0,3	—	26,5	27,0	163,6	157,5	0,0	6,1	5,8	0,3	—	4,6	11,3	7,4	10,6	Juli	
0,3	—	26,3	27,4	169,7	163,8	0,0	5,9	8,0	0,3	—	4,3	11,4	7,6	15,1	Aug.	
0,3	—	25,0	27,4	159,7	154,4	0,0	5,3	12,4	0,3	—	4,4	11,7	7,5	9,1	Sept.	
0,3	—	21,9	24,3	162,4	156,6	0,4	5,4	12,6	0,4	—	4,3	11,6	7,3	8,4	Oktober	
0,3	—	21,6	24,0	167,0	161,0	0,4	5,6	16,9	0,5	—	4,2	11,6	7,3	8,9	Nov.	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	183,6	52,0	90,2	6,3	1,9	130,1	Juli	
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	233,0	56,3	114,8	6,0	2,2	146,9	Aug.	
18,5	0,6	172,9	176,6	469,2	307,2	132,5	29,5	421,9	272,9	68,1	130,1	6,0	2,3	150,2	Sept.	
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	301,7	74,0	144,6	6,0	2,5	140,0	Oktober	
17,4	1,6	173,8	178,7	382,8	239,7	114,5	28,6	499,9	330,0	78,5	160,8	6,3	2,6	142,8	Nov.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. —²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. —⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. —⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. —⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. —⁸⁾ Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abgang von 6 Instituten, die ab

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)								aufgenommene Gelder 5)		
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschafts- unternehmen und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)
						insgesamt	darunter Anlagekonto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1950													
Alle Banken													
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	9 108,7	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	2 057,4	263,2	12,3
Kreditbanken													
Juli	256	9 290,7	6 383,1	5 885,1	5 468,8	4 800,5	.	668,3	416,3	498,0	499,5	34,3	6,5
Aug.	256	9 869,0	6 934,8	6 410,2	5 988,9	5 309,3	.	679,6	421,3	524,6	518,0	37,5	6,4
Sept.	254	10 346,7	7 113,6	6 590,4	6 155,6	5 403,4	36,1	752,2	434,8	523,2	517,9	36,4	14,3
Okt.	255	11 218,7	7 636,9	7 090,6	6 644,3	5 833,1	.	811,2	446,3	546,3	530,3	48,2	11,9
Nov.	255	11 331,2	7 610,5	7 061,2	6 604,8	5 769,8	.	835,0	456,4	549,3	570,9	62,4	10,5
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Juli	38	1 727,4	14,3	12,8	12,5	4,2	.	8,3	0,3	1,5	32,9	7,8	—
Aug.	38	1 797,6	16,3	13,5	13,2	4,5	.	8,7	0,3	2,8	41,2	7,6	—
Sept.	38	1 889,3	20,8	17,6	17,3	4,6	0,1	12,7	0,3	3,2	41,3	7,6	—
Okt.	38	1 986,1	21,9	19,6	19,3	4,2	.	15,1	0,3	2,3	42,8	7,8	—
Nov.	38	2 093,4	28,4	12,0	11,7	3,4	.	8,3	0,3	16,4	42,7	7,9	—
Girozentralen													
Juli	18	3 462,8	1 944,7	1 176,6	1 126,4	326,3	.	800,1	50,2	768,1	258,5	102,7	1,3
Aug.	18	3 562,6	1 919,8	1 144,8	1 094,3	342,9	.	751,4	50,5	775,0	296,1	104,4	1,0
Sept.	18	3 662,2	1 885,9	1 192,2	1 141,9	325,3	6,9	816,6	50,3	693,7	301,6	107,5	0,5
Okt.	18	3 843,2	1 847,7	1 163,6	1 112,5	354,1	.	758,4	51,1	684,1	389,0	113,2	1,7
Nov.	18	3 958,1	1 859,3	1 203,9	1 152,1	382,7	.	769,4	51,8	655,4	356,0	101,2	1,8
Sparkassen													
Juli	885	6 988,4	5 856,7	5 784,8	3 170,2	2 086,2	.	1 084,0	2 614,6	71,9	283,2	41,6	0,0
Aug.	885	7 184,2	6 011,4	5 941,5	3 318,2	2 182,5	.	1 135,7	2 623,3	69,9	287,9	39,7	—
Sept.	885	7 292,1	6 008,6	5 933,5	3 299,9	2 166,8	186,1	1 133,1	2 633,6	75,1	342,2	40,1	—
Okt.	884	7 534,8	6 089,8	6 018,9	3 339,7	2 205,1	.	1 134,6	2 679,2	70,9	394,9	40,4	—
Nov.	884	7 669,7	6 169,1	6 100,7	3 398,7	2 188,4	.	1 210,3	2 702,0	68,4	409,6	36,4	—
Zentralkassen													
Juli	32	736,1	356,3	138,9	128,8	109,7	.	19,1	10,1	217,4	158,2	1,4	—
Aug.	32	762,6	347,7	124,4	114,4	94,7	.	19,7	10,0	223,3	168,6	1,4	—
Sept.	32	793,7	331,8	111,9	101,9	83,6	3,0	18,3	10,0	219,9	179,3	2,1	—
Okt.	32	844,8	344,6	125,8	115,4	97,1	.	18,3	10,4	218,8	215,8	2,0	0,0
Nov.	32	863,7	341,7	112,9	102,3	85,6	.	16,7	10,6	228,8	249,9	4,2	0,0
Kreditgenossenschaften													
Juli	2 295	2 161,2	1 568,0	1 558,5	935,8	898,7	.	37,1	622,7	9,5	234,5	18,1	—
Aug.	2 295	2 205,9	1 610,8	1 600,4	976,4	937,1	.	39,3	624,0	10,4	232,7	17,2	—
Sept.	2 295	2 248,3	1 606,7	1 594,6	968,2	930,0	52,9	38,2	626,4	12,1	264,4	16,1	—
Okt.	2 295	2 311,4	1 644,4	1 633,7	994,6	956,2	.	38,4	639,1	10,7	259,2	16,2	—
Nov.	2 296	2 327,4	1 645,7	1 634,7	990,1	947,1	.	43,0	644,6	11,0	267,6	15,2	—
Sonstige Kreditinstitute													
Juli	36	329,8	97,5	92,2	84,8	82,7	.	2,1	7,4	5,3	70,1	11,2	1,5
Aug.	36	360,5	112,2	107,0	99,9	97,6	.	2,3	7,1	5,2	75,0	13,0	0,7
Sept. ¹¹⁾	30	308,5	118,8	113,8	106,9	105,2	1,9	1,7	6,9	5,0	29,7	9,8	0,7
Okt.	29	321,4	114,9	111,1	104,3	102,7	.	1,6	6,8	3,8	26,4	8,3	—
Nov.	29	325,0	113,4	108,9	102,2	100,0	.	2,2	6,7	4,5	28,6	8,2	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	112,5	19,5	—
Sept.	13	1 519,4	240,5	192,5	192,4	89,8	0,6	102,6	0,1	48,0	122,7	19,9	—
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—
Nov.	13	1 531,0	208,4	154,9	154,8	95,1	.	59,7	0,1	53,5	132,2	27,7	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeswies z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzauszweckgebundene Mittel. — 11) Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abzug von 6 Instituten, die ab September 1950 unter den

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverschreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neu-gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken															
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3 ⁷⁾	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Sept.
1 941,7	1 955,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Okt.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,6	421,6	163,8	2 176,3	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Nov.
Kreditbanken															
1 006,2	188,2	249,2	44,7	197,8	14,9	4,0	722,0	162,4	96,8	39,5	37,5	734,9	29,7	1 190,9	Juli
924,2	189,0	309,2	48,2	198,5	14,7	4,0	747,1	215,0	106,2	43,5	47,3	876,3	29,5	1 082,2	Aug.
1 155,1	191,4	348,4	49,9	198,8	13,9	4,0	771,6	249,4	107,1	46,6	43,8	961,0	29,6	1 234,0	Sept.
1 354,6	195,7	373,2	49,6	203,5	14,2	4,0	874,9	290,3	98,7	55,5	30,3	1 063,9	26,0	1 336,0	Okt.
1 363,9	198,8	406,6	79,1	203,5	14,5	4,0	897,9	335,8	104,0	87,1	29,3	1 097,7	22,7	1 449,7	Nov.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten⁷⁾															
—	704,8	383,7	157,6	255,6	162,4 ⁷⁾	1,8	178,5	140,4	55,0	331,4	25,2	2,3	—	—	Juli
—	713,8	426,9	165,9	257,5	164,2	1,8	176,0	150,5	63,8	366,6	25,0	3,0	—	—	Aug.
—	726,1	476,4	178,2	261,0	167,8	1,8	185,5	165,7	65,4	412,9	25,1	3,3	—	—	Sept.
—	738,5	525,7	197,8	263,9	166,4	1,8	195,5	175,7	85,5	455,3	25,5	3,9	—	—	Okt.
—	750,4	649,2	91,5	273,8	176,9	1,8	257,4	207,6	97,8	433,0	25,7	4,6	—	—	Nov.
Girozentralen															
11,0	185,2	502,5	313,7	54,9	18,7	—	192,3	252,8	177,7	470,8	32,9	38,2	1,7	93,5	Juli
5,7	205,8	542,6	345,4	55,8	18,7	—	191,4	287,0	183,8	500,6	34,2	47,6	1,6	107,5	Aug.
31,9	216,0	590,1	382,3	57,1	19,1	—	197,3	309,5	213,7	555,8	37,8	67,1	1,4	183,5	Sept.
51,6	226,5	649,8	408,0	59,1	19,1	—	211,5	352,8	239,9	581,4	37,0	68,4	1,1	252,3	Okt.
72,7	234,7	725,5	433,6	59,0	17,5	—	217,3	402,9	238,7	610,7	34,3	76,4	1,0	290,5	Nov.
Sparkassen															
42,0	—	205,2	43,3	199,4	7,1	—	358,6	6,8	213,0	78,9	9,0	41,3	9,7	149,0	Juli
41,8	—	225,8	48,1	200,4	8,3	—	368,8	6,8	233,8	84,3	9,5	42,5	8,3	153,2	Aug.
43,1	—	251,8	59,3	201,2	7,0	—	385,9	6,4	256,0	103,5	9,1	42,6	8,7	157,3	Sept.
61,3	—	287,1	73,5	207,0	2,5	—	421,2	7,4	284,9	128,5	8,3	38,9	10,4	187,8	Okt.
59,9	—	309,3	88,8	206,0	0,8	—	427,0	9,1	295,6	147,6	10,4	43,6	9,9	196,7	Nov.
Zentralkassen															
85,3	0,5	32,4	4,0	19,6	4,0	—	79,8	3,5	32,9	0,6	1,5	61,8	29,6	336,4	Juli
90,8	0,5	38,6	4,5	21,9	6,1	—	90,0	4,1	39,1	0,3	1,5	60,7	29,0	319,9	Aug.
117,9	0,5	44,5	4,9	22,7	7,2	—	92,1	4,4	45,1	0,4	2,1	67,1	29,1	343,1	Sept.
118,2	0,5	49,5	10,6	22,9	7,7	—	82,7	4,7	48,2	7,5	2,1	79,6	16,7	366,1	Okt.
109,3	0,5	54,8	3,8	23,3	7,8	—	80,4	5,2	51,6	4,2	2,2	73,2	28,9	360,1	Nov.
Kreditgenossenschaften															
103,4	0,0	20,1	12,3	114,2	38,1	0,2	108,7	2,8	22,8	6,0	9,2	41,5	56,2	177,1	Juli
99,1	0,0	22,7	13,8	116,5	41,0	0,2	110,3	3,3	23,2	7,1	9,8	41,0	53,5	176,0	Aug.
98,6	0,0	25,9	16,0	118,4	40,8	0,2	118,3	3,4	24,5	8,4	9,7	41,8	54,2	183,1	Sept.
110,9	0,0	29,1	19,7	121,2	43,3	0,2	126,9	3,7	27,9	10,7	8,7	43,3	62,1	207,9	Okt.
107,3	0,0	31,8	23,3	124,3	45,2	0,3	127,4	4,7	30,1	13,1	6,9	43,3	62,6	215,4	Nov.
Sonstige Kreditinstitute															
38,0	—	4,5	4,6	28,8	7,7	5,7	86,3	—	6,1	8,5	5,7	19,1	15,3	71,5	Juli
35,6	—	9,0	4,3	28,8	7,7	5,7	95,6	—	11,0	8,7	6,6	19,9	13,8	72,7	Aug.
45,3	—	13,7	4,4	26,5	5,6	4,7	70,1	—	12,8	9,3	5,8	18,6	9,2	50,2	Sept.
55,3	—	14,0	4,3	24,2	5,2	4,3	82,3	—	11,4	9,4	5,8	18,1	7,9	47,6	Okt.
58,4	—	18,2	4,2	24,3	5,1	4,3	77,9	—	15,3	9,3	6,0	19,4	7,9	55,7	Nov.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.
198,9	190,6	320,6	130,1	211,5	153,4	153,4	104,5	305,4	15,3	116,8	40,1	16,2	0,2	277,7	Sept.
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.
128,9	196,2	401,2	160,8	212,3	154,0	153,4	91,0	402,2	22,7	140,4	28,9	38,1	0,1	377,7	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringem Anteil — die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁹⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten.

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach

(ohne

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)					
	insgesamt ³⁾	davon				
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁵⁾		
		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentlich- rechtliche Körper- schaften
insgesamt	darunter Anlagekonten					
	1	2	3	4	5	6
1949						
Januar	7 381,5	4 653,3	1 347,9	617,5	329,9	762,8
März	8 008,5	4 943,8	1 331,0	806,2	376,9	927,5
Juni	8 829,6 ⁶⁾	5 464,7 ⁶⁾	1 598,9	924,5 ⁶⁾	383,5	841,5
Juli	8 827,3 ⁶⁾	5 392,5 ⁶⁾	1 545,2	943,3 ⁶⁾	352,7	946,3
August	9 152,5	5 557,4	1 657,2	1 016,4	347,6	921,5
September	9 328,2	5 767,1	1 641,5	1 026,9	343,0	892,7
Oktober	9 693,9	6 090,0	1 650,2	1 045,8	335,6	907,9
November	9 733,6	6 068,8	1 623,6	992,3	327,9	1 048,9
Dezember	9 786,1	6 013,9	1 685,5	1 091,9	318,9	994,8
1950						
Januar	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6
Februar	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2
Juli ⁷⁾	11 076,7
August ⁷⁾	11 783,4
September	11 984,0	7 017,8	1 338,8	2 090,9	287,6	1 536,5
Oktober ⁷⁾	12 485,1
November ⁷⁾	12 516,8	7 293,8	1 296,8	2 278,4	.	1 647,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung meldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheck- deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend berei- ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁵⁾ In den be- haltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (Juni 267,7 Mill. DM, Juli 270,9 Mill. DM) sind schätzungs- hebungsschemas der monatlichen Bankenstatistik werden ab Juni 1950 die Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo Einlagen wieder monatlich an, die weitere Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis Sp. 14) jedoch weiterhin

banken

Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet

Spareinlagen)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	
7	8	9	10	11	12	13	14	
.	1949
.	Januar
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	425,2	53,9	März
.	Juni
233,4	455,2	179,0	211,9	99,2	222,5	400,8	56,7	Juli
273,3	434,7	197,7	175,4	102,4	249,6	407,4	61,8	August
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	413,0	64,1	September
.	Oktober
272,4	465,5	199,7	137,7	129,3	231,0	409,7	73,7	November
237,3	551,6	188,6	160,3	137,1	231,7	394,5	105,3	Dezember
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	409,0	115,2	.
.	1950
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7	Januar
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	428,9	131,3	Februar
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4	März
.	April
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6	Mai
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0	Juni
497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9	Juli ⁷⁾
.	August ⁷⁾
603,2	744,8	522,8	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9	September
.	Oktober ⁷⁾
.	November ⁷⁾

der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrektur-
ämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni
nigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der
fristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁵⁾ Die hierin ent-
weise zu 99 vH den Sichteinlagen und zu 1 vH den befristeten Einlagen zugeschlagen. — ⁷⁾ Infolge Änderung des Er-
nach der Fristigkeit aufgliedert; ab November 1950 fällt die Aufteilung der Einlagen in Sichteinlagen und befristete
nur vierteljährlich.

noch: 1. Geschäftsbanken

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Monatliche Bankenstatistik*¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

in Mill. DM

Stand	Spar- einlagen- bestand am Monats- anfang ⁴⁾	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ³⁾ Veränderungen (z. B. Umstel- lung, Umbu- chung, Zu- bzw. Abgang v. Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁴⁾	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1949								
Jan.	1 560,1	1 722,9	.
März	1 873,8	2 038,1	.
Juni	2 294,3	207,3	147,2	+ 60,1	0,8	+ 37,5	2 392,7	13,8
Juli	2 393,1	236,8	153,2	+ 83,6	1,3	+ 23,6	2 501,6	20,6
Aug.	2 501,6	221,2	142,2	+ 79,0	0,5	+ 15,4	2 596,5	25,1
Sept.	2 596,4	222,6	171,3	+ 51,3	0,4	+ 12,1	2 660,2	32,8
Okt.	2 659,9	225,2	165,5	+ 59,7	0,3	+ 9,1	2 729,0	48,2
Nov.	2 729,0	234,0	163,7	+ 70,3	0,4	+ 8,1	2 807,8	60,4
Dez.	2 807,3	309,5	189,7	+ 119,8	32,9	+ 6,2	2 966,2	89,9
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	- 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	- 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	- 0,4	3 872,4	237,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung. — ⁴⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6).

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾						
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit/ohne Einlagen von Kreditinstituten		Spalte 1 gliedert sich in:								Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordern (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen			
			Einlagen auf Postscheckkonto				Einlagen auf Postsparkassenkonto		Einlagen auf Festkonto bei den						davon			
	Sp. 3 + 7 + 8	Sp. 3 + 8	Einlagen von Nichtbanken			Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Postsparkassenkonto		Einlagen auf Festkonto bei den		Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordern (einschl. angekaufte)	davon			
	1	2	insgesamt (Spalte 4+6)	Wirtschaftsunternehmen und Private	dar. Anl.konto		Öffentl. Körperschaften	insgesamt	dar. Anlagekonto	Post-scheck-ämtern					Post-spar-kassen-ämtern	Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften	Kredit-institute
		3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																		
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	
Juli	793,5	684,1	594,1	497,9	6,8	96,2	109,4	90,0	7,2	2,0	1,6	—	—	—	—	—	—	
Aug.	782,5	676,7	581,2	475,2	6,3	106,0	105,8	95,5	7,4	1,7	1,4	—	—	—	—	—	—	
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	
Okt.	837,0	721,7	623,1	505,4	5,6	117,7	115,3	98,6	6,5	1,4	1,1	—	—	—	—	—	—	
Nov.	836,6	720,1	619,9	506,1	5,3	113,8	116,5	100,2	6,5	1,3	1,0	—	—	—	—	—	—	
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	
1950																		
Jan.	811,7	699,3	589,7	475,1	5,0	114,6	112,4	109,6	6,3	1,2	1,1	161,7	107,7	136,0	308,8	—	67,8	32,0
Febr.	818,0	704,8	588,8	474,0	5,0	114,8	113,2	116,0	6,5	1,1	0,9	154,4	112,7	136,0	308,9	—	74,0	34,0
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1
April	858,1	743,7	617,8	500,2	4,9	117,6	114,4	125,9	6,5	1,1	0,8	208,4	112,7	136,0	306,0	—	62,3	34,6
Mai	903,4	767,9	637,9	522,3	4,1	115,6	135,5	130,0	6,5	0,7	0,7	239,2	112,7	136,0	336,1	—	50,7	30,1
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	·	·	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1
Juli	905,9	791,1	650,5	544,4	4,1	106,1	114,8	140,6	6,5	·	·	163,2	217,7	136,0	215,6	—	143,8	29,6
Aug.	888,0	770,1	630,7	533,5	4,1	97,2	117,9	139,4	6,5	·	·	95,4	232,7	164,1	217,1	—	149,1	29,6
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6
Okt.	933,4	818,1	676,8	571,7	4,1	105,1	115,3	141,3	6,7	·	·	109,9	264,3	167,0	214,2	—	148,4	29,6
Nov.	947,9	823,9	681,1	567,6	4,1	113,5	124,0	142,8	6,8	·	·	108,9	282,6	165,3	214,2	—	147,3	29,6

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
Juli	76,5	11,5	8,1	+ 3,4	0,0	+ 2,9	82,8
August	82,8	12,9	9,5	+ 3,4	0,0	+ 1,9	88,1
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Oktober	91,1	9,8	9,8	0,0	0,0	+ 1,0	92,1
November	92,1	8,9	7,9	+ 1,0	0,0	+ 0,6	93,7
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	·/· 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	·/· 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsforderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Aus- gleichs- forde- rungen im Bestand	verkaufte Aus- gleichs- forde- rungen	Spar- einlagen	aufge- nommene Fremd- mittel
	1	2	3	4	5	6
Bausparkassen insgesamt						
1950 Januar	75,1	57,5	56,8	4,2	230,5	23,6
Februar	79,6	64,3	56,6	5,4	246,9	24,8
März	85,1	73,2	54,7	7,1	277,5	25,2
April	91,1	77,6	53,4	9,5	299,9	25,2
Mai	99,9	91,8	52,8	10,2	323,0	22,8
Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	26,8
Juli	122,4	121,2	52,3	10,5	378,6	27,2
August	137,1	147,6	52,5	10,4	403,7	27,7
September	149,6	168,6	49,4	13,4	431,9	26,0
Oktober	164,9	189,7	49,5	13,1	453,3	28,5
November	182,9	207,7	50,0	12,8	471,6	36,1
Dezember	217,2	190,6	50,3	12,7	502,6	35,8
Private Bausparkassen						
1950 Januar	43,2	10,9	44,3	3,4	145,3	0,4
Februar	47,4	12,5	43,0	4,6	152,5	0,4
März	52,4	11,7	41,0	5,8	168,7	0,3
April	57,7	12,1	38,6	8,2	176,7	0,1
Mai	64,9	14,7	37,9	8,9	185,4	0,4
Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	0,4
Juli	77,9	20,4	37,5	9,2	208,8	0,9
August	89,6	27,0	37,6	9,1	219,4	0,9
September	98,0	33,4	34,5	12,1	236,5	0,9
Oktober	109,2	36,9	34,7	11,8	244,7	1,3
November	123,2	40,8	35,2	11,5	252,1	1,1
Dezember	132,2	48,4	35,4	11,4	274,7	1,1
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Januar	31,9	46,6	12,5	0,8	85,2	23,2
Februar	32,2	51,8	13,6	0,8	94,4	24,4
März	32,7	61,5	13,7	1,3	108,8	24,9
April	33,4	65,5	14,8	1,3	123,2	25,1
Mai	35,0	77,1	14,9	1,3	137,6	22,4
Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	26,4
Juli	44,5	100,8	14,8	1,3	169,8	26,3
August	47,5	120,6	14,9	1,3	184,3	26,8
September	51,6	135,2	14,9	1,3	195,4	25,1
Oktober	55,7	152,8	14,8	1,3	208,6	27,2
November	59,7	166,9	14,8	1,3	219,5	35,0
Dezember	85,0	142,2	14,9	1,3	227,9	34,7

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva				Passiva								
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten
			3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
September	64	131,2	2,5	64,3	57,5	6,9	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	24,3	3,4	6,2	36,4
Oktober	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4
November	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Veränderungen entstehen durch Zugang neu berichtender Institute. — ²⁾ Einschließlich Postscheckguthaben. — ³⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbank-system (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008	12 402
Juni	11 466	.	175	11 641	1 592 ⁹⁾	13 233 ⁹⁾
Juli	11 640	.	177	11 817	1 418	13 235
August	11 849	.	179	12 028	1 564	13 592
September	12 457 ¹⁰⁾	.	185	12 642 ¹⁰⁾	1 483	14 125 ¹⁰⁾
Oktober	13 064 ¹⁰⁾	.	190	13 254 ¹⁰⁾	1 583	14 837 ¹⁰⁾
November	13 344	.	193	13 537	1 559	15 096

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. — ²⁾ Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (siehe Tabelle S. 72); Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. — ³⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — ⁴⁾ Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bauparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — ⁵⁾ Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. — ⁶⁾ Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁷⁾ Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁸⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁹⁾ Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“. — ¹⁰⁾ Berichtigte Zahlen.

Stand am Monats- ende	Kredite an														
	insgesamt						von den Spalten 1								
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) 3)	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 4)	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit bis zu 6 Monaten)		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1949															
Jan.	4 900,6	2 855,6	.	2 045,0	614,6	4 623,6	2 788,4	.	1 835,2			524,1			
März	5 551,2	3 368,3	.	2 182,9	705,3	5 234,9	3 299,8	.	1 935,1			607,1			
Juni	6 406,7	4 088,4	1 082,2	2 318,3	1 420,1	6 017,1	3 932,6	1 081,4	2 084,5			1 270,4			
Juli	6 823,1	4 421,3	1 184,8	2 401,8	1 435,5	6 452,0	4 274,4	1 184,2	2 177,6			1 250,5			
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	5 069,0	1 388,1	2 555,5	1 401,3 ⁸⁾	7 238,4 ⁸⁾	4 943,4	1 387,7	2 295,0			1 194,4 ¹⁰⁾			
Sept.	8 060,1	5 436,3	1 567,6	2 623,8	1 530,2	7 673,3	5 292,8	1 567,2	2 380,5			1 314,6			
Okt.	8 871,9	6 114,0	1 868,1	2 757,9	1 693,1	8 468,8	5 961,8	1 865,2	2 507,0			1 465,6			
Nov.	9 501,7	6 617,4	2 073,2	2 884,3	1 840,8	8 931,0	6 346,0	2 005,9	2 585,0			1 615,3			
Dez.	9 848,2	6 653,2	2 063,8	3 195,0	2 085,5	9 120,9	6 215,1	1 982,1	2 905,8			1 817,8			
1950															
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9 ¹¹⁾	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8 ¹¹⁾			
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3			2 226,4			
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5			
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3			
Mai	11 221,9 ¹²⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ¹²⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8			
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7	
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2	
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9	
Sept.	12 457,2 ¹⁴⁾	8 283,2	2 326,6	4 174,0	852,9	3 948,0	11 691,8 ¹⁵⁾	7 928,2	2 326,2	3 763,6	781,5	699,9	81,6	3 414,0	
Okt.	13 064,4	8 756,0	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 387,8	8 392,5	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0	
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu-
ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
— ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen
darlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 ohne
August wurden ausgebucht rd. 130 Mill. DM für Rechnung der Länder verwaltete Umstellungsgrundschulden. — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ¹¹⁾ Die
meldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ¹³⁾ Vgl. Anmerkung ¹²⁾. — ¹⁴⁾ Zu-
verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — ¹⁵⁾ Vgl. Anmerk. ¹⁴⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite	Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾				
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel ⁶⁾		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite											ins- gesamt	durch- laufende Kredite	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
277,0	67,2	209,8				90,5	1 049,4	388,3	.	661,1			55,7	1949				
316,3	68,5	247,8				98,2	1 122,7	411,8	.	710,9			69,5	Jan.				
389,6	155,8	233,8				149,7	1 375,1	478,8	9,0	896,3			123,0	März				
371,1	146,9	224,2				185,0	1 543,3	506,8	11,4	1 036,5			133,5	Juni				
386,1 ⁸⁾	125,6	260,5				206,9 ¹⁰⁾	1 593,3	528,5	12,3	1 064,8			138,2	Juli				
386,8	143,5	243,3				215,6	1 560,5	495,9	15,0	1 064,6			172,5	Aug.				
403,1	152,2	250,9				227,5	1 685,2	624,1	19,7	1 061,1			183,7	Sept.				
570,7	271,4	299,3				225,5	1 638,6	675,0	20,1	963,6			206,9	Okt.				
727,3	438,1	289,2				267,7	1 618,3	609,7	23,2	1 008,6			215,7	Nov.				
602,9	285,7	317,2				303,1 ¹¹⁾	1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3	Dez.				
699,5	361,7	337,8				352,0	1 758,9	678,9	22,2	1 080,0			240,3	1950				
907,9	476,7	431,2				416,4	1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8	Jan.				
877,8	419,0	458,8				452,9	1 703,2	664,9	21,2	1 038,3			273,3	Febr.				
906,3 ¹²⁾	415,7	490,6 ¹²⁾				490,1	1 762,2 ¹³⁾	684,5	17,0	1 077,7 ¹³⁾			331,6	März				
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	April				
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	Mai				
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	Juni				
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 838,0	779,7	23,0	1 058,3	45,3	37,7	7,6	Juli				
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	Aug.				
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	Sept.				
														Okt.				
														Nov.				

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunal-unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung 7). — ⁶⁾ Im Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹²⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrektur-nahme im September 1950 rd. 697 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private							
		Debitoren					kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite		Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren		durchlaufende Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Bundesgebiet														
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Sept.	12 457,2 ⁶⁾	8 283,2	2 326,6	4 174,0	852,9	3 948,0	11 691 8 ⁷⁾	7 928,2	2 326,2	3 763,6	781,5	699,9	81,6	3 414,0
Okt.	13 064,4	8 756,0	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 387,8	8 392,5	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2
Baden														
Juli	262,8	200,4	50,5	62,4	20,2	23,7	247,1	192,2	50,5	54,9	17,1	15,5	1,6	19,9
Aug.	265,4	199,5	49,3	65,9	21,5	27,5	245,3	190,9	49,3	54,4	18,4	16,7	1,7	23,3
Sept.	272,1	203,5	46,6	68,6	21,9	30,7	252,5	195,3	46,6	57,2	18,3	16,6	1,7	26,1
Okt.	288,6	217,0	50,5	71,6	21,8	33,8	270,5	208,4	50,5	62,1	18,1	16,4	1,7	28,6
Nov.	294,3	220,5	48,3	73,8	21,9	38,5	276,1	210,7	48,3	65,4	18,2	16,9	1,3	33,8
Bayern														
Juli	1 786,9	1 306,5	406,6	480,4	112,5	630,2	1 680,3	1 200,3	406,4	480,0	105,5	92,7	12,8	548,0
Aug.	1 846,1	1 353,7	408,0	492,4	115,9	695,1	1 711,1	1 223,1	407,9	488,0	109,0	96,9	12,1	604,9
Sept.	1 987,0	1 492,6	470,1	494,4	121,0	759,3	1 846,6	1 353,7	470,0	492,9	114,2	101,6	12,6	658,8
Okt.	2 054,0	1 544,4	509,7	509,6	124,6	860,0	1 928,8	1 419,5	509,6	509,3	117,5	104,4	13,1	721,1
Nov.	2 082,6	1 552,2	499,3	530,4	133,7	899,4	1 960,3	1 431,0	499,1	529,3	125,1	118,3	6,8	779,8
Bremen														
Juli	397,9	283,9	77,5	114,0	8,0	113,3	393,7	283,4	77,5	110,3	8,0	7,5	0,5	109,2
Aug.	408,6	293,8	81,0	114,8	8,5	119,5	404,6	293,5	81,0	111,1	8,5	8,0	0,5	115,4
Sept.	452,9	335,4	108,4	117,5	8,8	126,5	448,8	334,9	108,4	113,9	8,8	8,3	0,5	119,6
Okt.	497,6	365,6	135,1	132,0	9,2	133,6	495,3	365,3	135,1	130,0	9,2	8,8	0,4	126,7
Nov.	518,9	367,7	134,2	151,2	9,7	143,7	518,6	367,4	134,2	151,2	9,7	9,2	0,5	136,4
Hamburg														
Juli	1 175,6	765,0	300,8	410,6	60,1	155,4	1 156,3	760,0	300,8	396,3	59,9	47,8	12,1	154,8
Aug.	1 332,2	881,4	340,9	450,8	62,1	169,5	1 308,3	875,3	340,9	433,0	61,8	48,9	12,9	169,0
Sept.	1 476,1	1 010,9	434,8	465,2	68,9	176,7	1 460,5	1 009,1	434,8	451,4	68,7	55,0	13,7	176,2
Okt.	1 625,1	1 108,3	515,7	516,8	70,4	186,1	1 610,9	1 106,9	515,7	504,0	70,3	62,0	8,3	185,5
Nov.	1 702,3	1 132,9	535,2	569,4	69,9	197,2	1 687,8	1 131,2	535,2	556,6	69,8	65,4	4,4	196,5
Hessen														
Juli	966,5	634,7	127,5	331,8	60,2	182,6	930,5	630,8	127,2	299,7	55,1	50,3	4,8	157,7
Aug.	979,5	628,8	125,9	350,7	69,9	205,9	935,9	624,7	125,6	311,2	65,3	60,2	5,1	169,4
Sept.	1 006,9 ⁸⁾	672,1	134,9	334,8	73,3	220,2	975,0 ⁹⁾	666,4	134,6	308,6	68,5	63,3	5,2	181,5
Okt.	1 068,3	718,6	156,6	349,7	78,6	249,0	1 041,7	713,0	156,3	328,7	73,4	67,0	6,4	201,7
Nov.	1 099,8	726,2	148,2	373,6	79,9	264,5	1 071,3	720,6	148,1	350,7	74,7	67,1	7,6	215,1
Niedersachsen														
Juli	922,6	610,2	74,7	312,4	31,9	405,4	882,1	589,9	74,7	292,2	31,2	22,0	9,2	335,9
Aug.	926,2	613,1	77,8	313,1	34,0	443,4	889,4	595,7	77,8	293,7	33,3	23,6	9,7	367,8
Sept.	960,5	653,0	81,6	307,5	37,6	489,8	930,3	633,0	81,6	297,3	36,9	25,9	11,0	406,7
Okt.	989,0	672,3	85,6	316,7	40,2	544,3	953,5	643,8	85,6	309,7	39,4	27,6	11,8	447,9
Nov.	1 021,5	683,7	86,6	337,8	43,2	589,9	978,7	651,4	86,6	327,3	42,3	28,8	13,5	485,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahl-Rückgang in Höhe von rd. 15 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 2 Instituten, die ab September 1950

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon										
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurzfristige Kredite insgesamt			davon			mittelfristige Kredite			langfristige Kredite	
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	(Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	(Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debitoren	durchlaufende Kredite	(einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
	Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisung, sonstige Wechsel		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Bundesgebiet																	
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli		
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	Aug.		
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 838,0	779,7	23,0	1 058,3	45,3	37,7	7,6	608,6	Sept.		
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.		
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	724,6	Nov.		
Baden																	
15,7	8,2	7,5	3,1	3,1	—	3,8	39,2	18,5	—	20,7	0,1	0,1	—	1,0	Juli		
20,1	8,6	11,5	3,1	3,1	—	4,2	31,6	15,4	—	16,2	0,1	0,1	—	1,5	Aug.		
19,6	8,2	11,4	3,6	3,6	—	4,6	33,0	16,3	—	16,7	0,1	0,1	—	1,5	Sept.		
18,1	8,6	9,5	3,7	3,7	—	5,2	43,8	18,1	—	25,7	0,2	0,2	—	1,6	Okt.		
18,2	9,8	8,4	3,7	3,7	—	4,7	45,9	19,3	—	26,6	0,2	0,2	—	2,4	Nov.		
Bayern																	
106,6	106,2	0,4	7,0	2,1	4,9	82,2	251,5	145,2	3,1	106,3	9,2	9,2	0,0	37,6	Juli		
135,0	130,6	4,4	6,9	2,3	4,6	90,2	254,6	149,7	3,1	104,9	6,9	6,9	0,0	43,8	Aug.		
140,4	138,9	1,5	6,8	2,8	4,0	100,5	263,7	155,1	1,4	108,6	7,0	7,0	0,0	46,4	Sept.		
125,2	124,9	0,3	7,1	2,8	4,3	138,9	297,4	175,7	1,6	121,7	6,6	6,6	0,0	21,4	Okt.		
122,3	121,2	1,1	8,6	6,0	2,6	119,6	276,0	157,0	1,5	119,0	35,0	6,5	28,5	51,6	Nov.		
Bremen																	
4,2	0,5	3,7	—	—	—	4,1	27,8	16,7	—	11,1	—	—	—	35,2	Juli		
4,0	0,3	3,7	—	—	—	4,1	39,2	28,7	—	10,5	—	—	—	38,7	Aug.		
4,1	0,5	3,6	—	—	—	6,9	42,0	30,4	—	11,6	—	—	—	40,3	Sept.		
2,3	0,3	2,0	—	—	—	6,9	46,7	35,6	—	11,1	—	—	—	40,8	Okt.		
0,3	0,3	—	—	—	—	7,3	48,3	37,2	—	11,1	—	—	—	42,0	Nov.		
Hamburg																	
19,3	5,0	14,3	0,2	0,2	—	0,6	89,7	33,9	3,7	55,8	4,8	2,4	2,4	8,1	Juli		
23,9	6,1	17,8	0,3	0,3	—	0,5	86,4	33,2	3,6	53,2	4,3	1,8	2,5	8,9	Aug.		
15,6	1,8	13,8	0,2	0,2	—	0,5	96,7	44,6	5,8	52,1	4,3	1,8	2,5	9,0	Sept.		
14,2	1,4	12,8	0,1	0,1	—	0,6	103,7	42,5	6,7	61,2	4,1	1,7	2,4	9,9	Okt.		
14,5	1,7	12,8	0,1	0,1	—	0,7	106,7	45,5	6,4	61,2	3,7	1,4	2,3	11,7	Nov.		
Hessen																	
36,0	3,9	32,1	5,1	5,1	—	24,9	210,9	69,8	1,5	141,1	4,2	3,3	0,9	6,4	Juli		
43,6	4,1	39,5	4,6	4,6	—	36,5	226,5	58,4	1,9	168,1	4,4	3,5	0,9	6,9	Aug.		
31,9	5,7	26,2	4,8	4,8	—	38,7	248,8	69,8	2,8	179,0	4,1	3,1	1,0	8,0	Sept.		
26,6	5,6	21,0	5,2	5,2	—	47,3	244,6	73,1	4,3	171,5	4,6	3,6	1,0	10,5	Okt.		
28,5	5,6	22,9	5,2	5,2	—	49,4	248,1	71,3	6,4	176,8	5,5	4,5	1,0	14,0	Nov.		
Niedersachsen																	
40,5	20,3	20,2	0,7	0,7	0,0	69,5	167,2	73,1	0,0	94,1	2,7	2,7	—	36,8	Juli		
36,8	17,4	19,4	0,7	0,7	0,0	75,6	156,6	79,7	0,1	76,9	2,8	2,8	—	41,6	Aug.		
30,2	20,0	10,2	0,7	0,7	0,0	83,1	167,6	91,7	0,1	75,9	2,8	2,8	—	48,7	Sept.		
35,5	28,5	7,0	0,8	0,8	0,0	96,4	174,6	90,9	0,0	83,7	2,9	2,9	—	54,9	Okt.		
42,8	32,3	10,5	0,9	0,8	0,1	104,0	179,5	97,0	0,0	82,5	3,0	3,0	—	69,0	Nov.		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Zunahme im September 1950 rd. 697 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe langfristiger Kredite in den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichtet. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Zunahme im September 1950 rd. 43 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe langfristiger Kredite in den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichtet. — ⁹⁾ Vgl. Anmerkung ⁸⁾.

Stand am Monats- ende	Kredite an														
	insgesamt						von den Spalten 1								
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Debitoren	Wechsel- obligo der Kund- schaft		Debitoren	durch- laufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1950															
Nordrhein-Westfalen															
Juli	3 223,4	1 703,2	344,5	1 520,2	220,8	709,8	2 957,5	1 688,1	344,5	1 269,4	210,6	194,2	16,4	609,1	
Aug.	3 178,8	1 727,4	346,5	1 451,4	238,8	775,7	2 979,7	1 712,3	346,5	1 267,4	225,7	206,7	19,0	667,2	
Sept.	3 257,9 ⁶⁾	1 781,8	352,2	1 476,1	236,3	847,9	3 061,3 ⁷⁾	1 769,8	352,2	1 291,5	222,0	203,9	18,1	726,8	
Okt.	3 335,2	1 897,1	388,8	1 438,1	262,0	932,3	3 209,1	1 885,3	387,1	1 323,8	246,3	229,7	16,6	794,8	
Nov.	3 470,0	2 017,6	398,2	1 452,4	262,2	1 016,8	3 345,6	1 997,8	397,2	1 347,8	248,3	230,8	17,5	859,4	
Rheinland-Pfalz															
Juli	486,3	347,2	81,0	139,1	38,4	93,5	467,7	339,9	81,0	127,8	36,1	35,8	0,3	79,9	
Aug.	493,6	355,9	78,7	137,7	40,1	103,9	476,8	348,4	78,7	128,4	37,7	37,4	0,3	88,3	
Sept.	514,0	375,3	80,4	138,7	38,7	111,8	498,0	367,4	80,4	130,6	36,5	36,3	0,2	93,7	
Okt.	541,0	393,6	90,4	147,4	39,2	120,6	525,8	385,1	90,4	140,7	36,7	36,5	0,2	101,0	
Nov.	559,2	402,8	92,6	156,4	40,6	128,2	543,2	393,5	92,6	149,7	38,3	38,0	0,3	107,6	
Schleswig-Holstein															
Juli	420,4	300,5	94,1	119,9	49,4	145,0	405,6	286,2	94,1	119,4	47,4	41,1	6,3	121,1	
Aug.	419,2	308,0	95,3	111,2	47,4	173,9	404,9	294,1	95,3	110,8	45,4	41,0	4,4	146,8	
Sept.	434,7	317,7	99,9	117,0	48,4	202,8	419,5	302,9	99,9	116,6	46,1	41,9	4,2	173,9	
Okt.	461,4	327,3	109,5	134,1	48,0	218,3	443,3	310,2	109,5	133,1	45,8	40,5	5,3	188,1	
Nov.	452,5	309,7	92,9	142,8	47,6	234,5	439,5	297,4	92,9	142,1	45,3	41,1	4,2	202,3	
Württemberg-Baden															
Juli	1 189,1	852,6	261,6	336,5	114,2	497,1	1 152,5	841,9	261,6	310,6	87,5	78,0	9,5	396,6	
Aug.	1 208,3	860,9	259,1	347,4	112,5	552,7	1 173,0	850,6	259,1	322,4	85,5	75,9	9,6	447,5	
Sept.	1 232,4	879,2	274,7	353,2	123,4	602,2	1 195,5	867,2	274,7	328,3	91,9	81,4	10,5	491,8	
Okt.	1 323,6	951,9	298,4	371,7	127,8	653,4	1 287,7	938,8	298,4	348,9	92,6	80,9	11,7	530,9	
Nov.	1 348,6	969,7	301,2	378,9	132,1	708,2	1 321,5	957,6	301,2	363,9	97,7	83,9	13,8	576,4	
Württemberg-Hohenzollern															
Juli	224,8	176,5	35,5	48,3	8,4	33,4	216,4	171,8	35,5	44,6	8,3	6,7	1,6	27,6	
Aug.	220,2	170,9	32,9	49,3	11,4	35,9	211,5	165,9	32,9	45,6	11,3	9,8	1,5	28,7	
Sept.	237,1	185,4	30,3	51,7	8,2	39,5	228,2	180,1	30,3	48,1	8,0	6,7	1,3	31,8	
Okt.	246,9	192,7	30,3	54,2	8,3	43,2	236,9	186,6	30,3	50,3	8,1	6,9	1,2	34,4	
Nov.	250,5	195,2	29,7	55,3	8,4	46,9	240,4	188,0	29,7	52,4	8,2	6,9	1,3	37,4	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6	
Aug.	571,1	323,5	187,2	247,6	55,8	299,4	349,8	224,4	187,2	125,4	53,8	51,2	2,6	285,8	
Sept.	625,7	376,2	212,6	249,5	66,2	340,8	375,5	248,1	212,6	127,4	61,8	59,1	2,7	327,2	
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2	
Nov.	544,1	285,1	138,0	259,0	71,8	410,0	319,8	173,3	138,0	146,5	69,1	66,4	2,7	395,7	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
— 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige
von rd. 69 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 5 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzah-

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:															
Öffentlich-rechtliche Körperschaften															
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon - Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁶⁾	
	Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisung, sonstige Wechsel		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	durchlaufende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Nordrhein-Westfalen															1950
265,9	15,1	250,8	10,2	10,2	—	100,7	479,4	96,7	3,3	382,7	9,6	9,4	0,2	167,9	Juli
199,1	15,1	184,0	13,1	13,1	—	108,5	479,2	105,4	2,5	373,8	9,9	9,7	0,2	180,3	Aug.
196,6	12,0	184,6	14,3	14,3	—	121,1	463,8	125,8	2,2	338,0	8,2	8,0	0,2	193,6	Sept.
126,1	11,8	114,3	15,7	15,7	—	137,5	371,5	141,4	3,2	230,1	9,4	9,0	0,4	203,8	Okt.
124,4	19,8	104,6	13,9	13,9	—	157,4	412,5	149,9	2,3	262,6	9,6	9,2	0,4	213,8	Nov.
Rheinland-Pfalz															
18,6	7,3	11,3	2,3	2,3	—	13,6	136,7	80,3	—	56,4	1,7	1,7	—	9,4	Juli
16,8	7,5	9,3	2,4	2,4	—	15,6	135,8	82,3	—	53,5	1,7	1,7	—	10,5	Aug.
16,0	7,9	8,1	2,2	2,2	—	18,1	140,3	85,2	—	55,1	1,6	1,6	—	11,6	Sept.
15,2	8,5	6,7	2,5	2,5	—	19,6	158,2	95,1	—	63,1	1,7	1,7	—	13,0	Okt.
16,0	9,3	6,7	2,3	2,3	—	20,6	162,7	93,4	0,1	69,3	2,0	2,0	0,0	13,4	Nov.
Schleswig-Holstein															
14,8	14,3	0,5	2,0	1,9	0,1	23,9	81,9	30,3	0,0	51,6	4,3	0,8	3,5	1,7	Juli
14,3	13,9	0,4	2,0	1,9	0,1	27,1	70,8	22,5	0,1	48,3	4,1	0,8	3,3	3,9	Aug.
15,2	14,8	0,4	2,3	2,2	0,1	28,9	73,2	27,7	0,0	45,5	4,4	1,1	3,3	8,0	Sept.
18,1	17,1	1,0	2,2	2,1	0,1	30,2	84,0	35,4	0,1	48,6	2,9	1,1	1,8	8,2	Okt.
13,0	12,3	0,7	2,3	2,1	0,2	32,2	80,9	36,2	0,0	44,7	3,0	1,2	1,8	12,2	Nov.
Württemberg-Baden															
36,6	10,7	25,9	26,7	26,1	0,6	100,5	192,6	72,5	10,2	120,1	1,6	1,2	0,4	31,2	Juli
35,3	10,3	25,0	27,0	26,3	0,7	105,2	190,3	73,5	10,3	116,8	1,5	1,1	0,4	29,7	Aug.
36,9	12,0	24,9	31,5	30,9	0,6	110,4	193,3	84,2	9,8	109,1	1,6	1,2	0,4	29,9	Sept.
35,9	13,1	22,8	35,2	34,6	0,6	122,5	202,4	104,5	6,2	97,9	2,4	2,0	0,4	40,9	Okt.
27,1	12,1	15,0	34,4	33,8	0,6	131,8	193,1	96,0	6,2	97,1	2,3	2,0	0,3	38,7	Nov.
Württemberg-Hohenzollern															
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	5,8	39,2	23,7	0,9	15,5	5,3	5,3	—	1,2	Juli
8,7	5,0	3,7	0,1	0,1	—	7,2	36,9	24,0	0,9	12,9	5,3	5,3	—	3,1	Aug.
8,9	5,3	3,6	0,2	0,2	—	7,7	38,9	25,4	0,9	13,5	5,3	5,3	—	3,1	Sept.
10,0	6,1	3,9	0,2	0,2	—	8,8	41,3	27,7	1,2	13,6	5,3	5,3	—	7,8	Okt.
10,1	7,2	2,9	0,2	0,2	—	9,5	36,7	24,1	1,3	12,6	5,2	5,2	—	7,9	Nov.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	14,6	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	13,6	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.
250,2	128,1	122,1	4,4	4,4	—	13,6	76,6	23,7	—	52,9	5,9	5,8	0,1	208,4	Sept.
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.
224,3	111,8	112,5	2,7	2,7	—	14,3	88,3	21,9	—	66,4	7,0	6,7	0,3	247,7	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
 ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
 durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Zunahme im September 1950 rd. 148 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe
 lungsinstituten berichten. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾.

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Alle Banken														
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Sept.	12 457,2 ⁶⁾	8 283,2	2 326,6	4 174,0	852,9	3 948,0	11 691,8 ⁷⁾	7 928,2	2 326,2	3 763,6	781,5	699,9	81,6	3 414,0
Okt.	13 064,4	8 756,0	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 387,8	8 392,5	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2
Kreditbanken														
Juli	6 628,2	4 204,6	1 570,9	2 423,6	117,1	390,4	6 457,2	4 101,2	1 570,7	2 356,0	114,1	80,8	33,3	377,9
Aug.	6 763,3	4 319,2	1 600,3	2 444,1	127,5	438,9	6 572,2	4 188,7	1 600,1	2 383,5	123,9	87,9	36,0	425,2
Sept.	7 189,6	4 668,2	1 771,7	2 521,4	137,9	465,1	7 009,7	4 531,8	1 771,6	2 477,9	134,1	97,3	36,8	448,9
Okt.	7 661,8	5 023,5	1 973,4	2 638,3	160,3	507,5	7 519,0	4 900,8	1 971,6	2 618,2	155,4	121,4	34,0	485,9
Nov.	7 905,8	5 128,7	1 952,3	2 777,1	173,7	550,2	7 764,3	5 010,0	1 951,1	2 754,3	168,8	135,4	33,4	526,0
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Juli	29,1	25,2	—	3,9	19,2	1 012,3	21,6	21,1	—	0,5	17,2	8,5	8,7	908,0
Aug.	42,2	38,3	—	3,9	19,2	1 097,6	34,9	34,4	—	0,5	17,3	9,2	8,1	985,6
Sept.	45,4	41,5	—	3,9	19,2	1 184,3	37,6	37,1	—	0,5	17,5	9,1	8,4	1 060,6
Okt.	48,5	44,6	—	3,9	20,6	1 277,4	39,3	38,8	—	0,5	18,9	10,3	8,6	1 143,0
Nov.	49,1	41,8	—	7,3	21,7	1 361,8	40,7	40,1	—	0,6	20,0	17,8	2,2	1 222,1
Girozentralen														
Juli	877,1	439,6	21,8	437,5	170,1	662,8	597,4	386,1	21,8	211,3	134,9	114,5	20,4	444,8
Aug.	872,7	466,6	22,9	406,1	179,5	739,6	636,5	415,0	22,9	221,5	141,8	121,9	19,9	502,4
Sept.	909,5	490,2	35,3	419,3	181,7	817,6	692,8	442,7	35,3	250,1	140,6	121,5	19,1	562,7
Okt.	917,9	536,6	55,2	381,3	183,7	926,4	746,4	478,9	55,2	267,5	139,2	121,7	17,5	614,8
Nov.	958,5	578,9	77,9	379,6	186,9	979,8	797,6	507,6	77,9	290,0	143,1	125,5	17,6	666,7
Sparkassen														
Juli	1 954,2	1 494,2	41,3	460,0	242,7	835,1	1 848,6	1 460,9	41,1	387,7	229,9	221,9	8,0	742,4
Aug.	1 989,5	1 519,7	41,2	469,8	249,4	930,5	1 888,8	1 488,2	40,9	400,6	237,3	229,4	7,9	821,3
Sept.	2 072,9	1 596,6	45,0	476,3	261,5	1 038,0	1 964,4	1 559,4	44,8	405,0	246,3	237,0	9,3	914,3
Okt.	2 132,6	1 647,3	60,0	485,3	275,8	1 150,1	2 031,8	1 609,9	59,8	421,9	259,1	249,3	9,8	1 007,5
Nov.	2 187,8	1 682,6	61,9	505,2	277,6	1 254,0	2 085,1	1 645,2	61,8	439,9	261,3	250,5	10,8	1 097,7
Zentralkassen														
Juli	236,1	130,3	84,3	105,8	1,5	19,6	234,7	129,6	84,3	105,1	1,4	1,4	—	19,6
Aug.	256,5	147,2	93,6	109,3	1,5	21,5	255,4	146,6	93,6	108,8	1,4	1,4	—	21,5
Sept.	283,7	174,2	118,6	109,5	1,7	19,5	282,5	173,5	118,6	109,0	1,6	1,6	—	19,5
Okt.	301,9	183,2	120,0	118,7	1,8	21,4	300,8	182,5	120,0	118,3	1,7	1,7	0,0	21,4
Nov.	303,5	178,7	112,7	124,8	1,8	21,9	302,3	178,0	112,7	124,3	1,7	1,7	—	21,9
Kreditgenossenschaften														
Juli	1 068,7	754,1	94,3	314,6	148,6	62,3	1 067,5	753,2	94,2	314,3	144,2	139,5	4,7	59,9
Aug.	1 086,7	770,1	93,4	316,6	153,6	68,0	1 085,6	769,3	93,3	316,3	149,0	144,1	4,9	65,2
Sept.	1 130,4	808,3	94,0	322,1	158,2	75,5	1 129,2	807,5	93,9	321,7	153,3	147,9	5,4	73,4
Okt.	1 168,9	823,1	105,8	345,8	160,0	84,0	1 167,5	821,9	105,7	345,6	155,3	150,0	5,3	80,4
Nov.	1 187,0	832,4	101,5	354,6	159,6	92,1	1 185,5	831,2	101,5	354,3	154,7	149,2	5,5	88,3
Sonstige Geldinstitute														
Juli	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	6,8	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	24,9	0,0	6,8
Aug.	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	7,0	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	31,3	0,0	7,0
Sept. ⁸⁾	200,0	127,9	49,3	72,1	26,5	7,5	200,0	127,9	49,3	72,1	26,5	26,5	0,0	7,5
Okt.	199,2	130,5	56,2	68,7	28,0	7,6	198,8	130,1	56,2	68,7	28,0	26,5	1,5	7,6
Nov.	208,7	135,1	60,0	73,6	27,8	7,9	207,8	134,7	60,0	73,1	27,8	26,3	1,5	7,9
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6
Aug.	571,1	323,5	187,2	247,6	55,8	299,4	349,8	224,4	187,2	125,4	53,8	51,2	2,6	285,8
Sept.	625,7	376,2	212,6	249,5	66,2	340,8	375,5	248,1	212,6	127,4	61,8	59,1	2,7	327,2
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2
Nov.	544,1	285,1	138,0	259,0	71,8	410,0	319,8	173,3	138,0	146,5	69,1	66,4	2,7	395,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fähigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute — 3) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunalanleihen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungs- 6 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:							davon											
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Debitoren				Wechsel-obligo der Kundschaft	mittel-fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang-fristige Kredite (ein-schließlich langfristige durch-laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
kurz-fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel-fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein-schließlich langfristige durch-laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz-fristige Kredite ins-gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	ins-gesamt	dar-unter Ak-zept-kredite	Debitoren			durch-laufende Kredite					
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Alle Banken																		
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli			
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	Aug.			
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 838,0	779,7	23,0	1 058,3	45,3	37,7	7,6	608,6	Sept.			
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.			
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	724,6	Nov.			
Kreditbanken																		
171,0	103,4	67,6	3,0	1,4	1,6	12,5	393,1	116,2	15,9	276,9	3,4	0,7	2,7	—	Juli			
191,1	130,5	60,6	3,6	1,9	1,7	13,7	407,1	116,8	16,3	290,3	3,3	0,6	2,7	—	Aug.			
179,9	136,4	43,5	3,8	2,5	1,3	16,2	415,5	131,2	15,5	284,3	3,2	0,6	2,6	0,7	Sept.			
142,8	122,7	20,1	4,9	3,3	1,6	21,6	395,2	142,0	17,6	253,2	3,1	0,5	2,6	2,1	Okt.			
141,5	118,7	22,8	4,9	3,3	1,6	24,2	345,0	109,6	18,6	235,4	32,0	1,0	31,0	2,1	Nov.			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																		
7,5	4,1	3,4	2,0	0,2	1,8	104,3	0,2	0,2	—	0,0	3,6	3,6	0,0	55,3	Juli			
7,3	3,9	3,4	1,9	0,2	1,7	112,0	0,3	0,2	—	0,1	3,9	3,9	0,0	55,9	Aug.			
7,8	4,4	3,4	1,7	0,1	1,6	123,7	0,4	0,3	—	0,1	3,3	3,3	0,0	55,7	Sept.			
9,2	5,8	3,4	1,7	0,1	1,6	134,4	0,3	0,2	—	0,1	3,7	3,7	0,0	59,5	Okt.			
8,4	1,7	6,7	1,7	1,7	—	139,7	11,8	11,7	—	0,1	4,0	4,0	0,0	59,5	Nov.			
Girozentralen																		
279,7	53,5	226,2	35,2	33,2	2,0	218,0	699,4	273,6	3,1	425,8	23,5	22,4	1,1	236,8	Juli			
236,2	51,6	184,6	37,7	35,9	1,8	237,2	688,5	280,5	3,2	408,0	21,9	20,7	1,2	261,4	Aug.			
216,7	47,5	169,2	41,1	39,3	1,8	254,9	715,8	325,1	5,9	390,7	20,0	18,8	1,2	282,3	Sept.			
171,5	57,7	113,8	44,5	42,8	1,7	311,6	724,7	384,3	4,4	340,4	21,2	19,7	1,5	280,7	Okt.			
160,9	71,3	89,6	43,8	42,2	1,6	313,1	774,3	388,3	4,7	386,0	21,5	20,1	1,4	343,7	Nov.			
Sparkassen																		
105,6	33,3	72,3	12,8	12,7	0,1	92,7	43,5	8,0	—	35,5	3,7	3,6	0,1	13,8	Juli			
100,7	31,5	69,2	12,1	12,0	0,1	109,2	39,6	7,1	—	32,5	3,9	3,7	0,2	14,6	Aug.			
108,5	37,2	71,3	15,2	15,1	0,1	123,7	28,9	8,8	—	20,1	4,1	3,8	0,3	14,7	Sept.			
100,8	37,4	63,4	16,7	16,6	0,1	142,6	22,0	5,9	—	16,1	3,6	3,4	0,2	14,3	Okt.			
102,7	37,4	65,3	16,3	15,9	0,4	156,3	34,0	8,6	—	25,4	3,6	3,5	0,1	14,3	Nov.			
Zentralkassen																		
1,4	0,7	0,7	0,1	0,1	—	—	566,2	256,1	3,4	310,1	1,2	1,2	0,0	31,0	Juli			
1,1	0,6	0,5	0,1	0,1	—	—	558,1	261,1	2,7	297,0	1,2	1,2	0,0	34,8	Aug.			
1,2	0,7	0,5	0,1	0,1	—	—	587,3	284,8	1,6	302,5	1,5	1,5	0,0	40,7	Sept.			
1,1	0,7	0,4	0,1	0,1	—	—	608,1	302,2	1,3	305,9	2,2	2,2	0,0	50,2	Okt.			
1,2	0,7	0,5	0,1	0,1	—	—	606,1	302,6	0,4	303,5	2,5	2,5	0,0	47,2	Nov.			
Kreditgenossenschaften																		
1,2	0,9	0,3	4,4	4,4	—	2,4	5,6	1,9	0,4	3,7	3,3	3,3	—	—	Juli			
1,1	0,8	0,3	4,6	4,6	—	2,8	6,5	1,9	0,2	4,6	2,6	2,6	—	—	Aug.			
1,2	0,8	0,4	4,9	4,9	—	2,1	6,6	1,5	—	5,1	3,0	3,0	—	—	Sept.			
1,4	1,2	0,2	4,7	4,7	—	3,6	10,9	1,1	—	9,8	3,4	3,4	—	—	Okt.			
1,5	1,2	0,3	4,9	4,9	—	3,8	10,8	1,6	0,1	9,2	3,1	3,1	—	—	Nov.			
Sonstige Geldinstitute																		
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,4	5,0	—	3,4	4,7	1,1	3,6	—	Juli			
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	7,9	5,0	—	2,9	4,2	0,9	3,3	2,0	Aug.			
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	7,0	4,3	—	2,7	4,3	1,0	3,3	6,0	Sept.			
0,4	0,4	—	0,0	0,0	—	—	7,1	4,4	—	2,7	2,8	1,0	1,8	6,0	Okt.			
0,9	0,4	0,5	0,0	0,0	—	—	8,3	4,6	0,5	3,7	2,7	1,0	1,7	10,0	Nov.			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																		
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	14,6	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli			
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	13,6	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.			
250,2	128,1	122,1	4,4	4,4	—	13,6	76,6	23,7	—	52,9	5,9	5,8	0,1	208,4	Sept.			
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.			
224,3	111,8	112,5	2,7	2,7	—	14,3	88,3	21,9	—	66,4	7,0	6,7	0,3	247,7	Nov.			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Zunahme im September 1950 rd. 697 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe lungsforschungsinstituten berichten. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abgang von

3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierung-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1950			1950			1950		
	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
1. Wohnungsbau	64,3	67,7	82,8	952,7	1 249,5	1 817,8	85,5	133,4	160,4
2. Industrie und Handwerk	4 372,9	4 578,0	4 787,3	1 164,9	1 564,8	1 982,9	842,4	1 048,9	1 351,3
3. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Jagd, Fischerei	110,4	118,8	118,1	96,4	158,9	256,0	46,9	93,2	141,7
4. Handel	2 572,1	2 597,0	3 259,6	77,9	116,1	149,7	0,2	0,3	0,4
5. Fremdenverkehr	31,1	32,5	34,1	20,8	30,4	31,9	0,3	0,9	5,2
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	102,5	119,9	122,8	72,9	91,2	110,8	41,7	46,4	48,2
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	5,5	4,7	5,8	5,5	4,9	10,3	1,2	1,5	9,1
8. Sonst. öffentl. Kreditnehmer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	192,9	165,2	191,4	151,4	227,5	314,4	—	0,5	0,5
9. Sonstige private Kreditnehmer	252,5	287,3	298,7	125,5	209,2	253,0	—	0,0	—
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9)	7 704,2	7 971,1	8 900,6	2 668,0	3 652,5	4 926,8	1 018,2	1 325,1	1 716,8
darunter Kredite für Im- und Export	1 199,6	1 182,1	1 549,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 9. 1950 73,1 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ohne Schatzwechsel). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

in Mill. DM

Freigaben	Stand						
	1949	1950					
	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Oktober	30. November	31. Dezember
Summe der Freigaben	470,0	1 200,0	1 580,0	2 300,0	2 300,0	2 300,0	2 640,5
davon in Anspruch genommen:							
insgesamt	452,5	1 042,6	1 411,4	1 880,8	2 004,4	2 156,5	2 412,7
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:							
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	274,5	337,7	436,0	440,1	443,3	541,5
Kohlenbergbau	185,0	289,7	317,8	346,9	360,2	375,8	417,9
Sonstige Industrie	35,0	143,7	201,5	290,5	328,9	357,8	389,4
Landwirtschaft	5,0	46,9	93,2	141,7	159,4	170,2	182,7
Wohnungsbau	0,0	53,9	99,4	126,4	134,5	162,1	175,1
Seeschifffahrt	—	49,6	49,9	84,7	84,9	85,2	85,5
Gas und Wasser	—	16,8	32,3	38,0	46,9	61,2	65,5
Straßenbahnen	—	1,7	6,4	8,2	10,0	11,7	12,8
Fischdampfer	—	3,6	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	6,6	36,5	37,4	42,4	52,7	67,8
Fremdenverkehr	—	—	—	3,8	4,8	7,6	11,0
Kleininvestitionen,							
Flüchtlingsbetriebe	—	—	—	50,0	50,0	50,0	70,5
Binnenschifffahrt	—	—	—	0,3	0,3	2,5	4,7
Binnenhäfen	—	—	—	1,7	2,6	4,2	4,7
Privatbahnen	—	—	—	0,3	1,3	1,3	2,2
Seehäfen	—	—	—	—	0,7	1,1	2,9
Verkehrsgewerbe	—	—	—	—	—	0,3	0,3
Bundespost	—	—	—	—	—	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	—	—	—	0,1	0,2
Bewag (Berlin)	44,0	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	31,6	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für:							
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,2	1,5	1,9	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:							
Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Forschung	—	—	—	—	11,3	11,6	11,6
Industriebank AG Berlin für:							
Verschiedene Zwecke	—	24,4	86,3	144,0	155,1	166,8	175,4
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	157,4	168,6	419,2	295,6	143,5	227,8

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat.

VI. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen)
	insgesamt	Bargeld-umlauf ¹⁾	davon		insgesamt	Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäftsbanken ²⁾	Spar-einlagen	Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Gegenwertmittel				
			Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾	auf Giro-konto				jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt	Sonder-konten des Bundes	Sonder-konten KfW, Ber-liner In-dustrie-bank		
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1948																
Dez.	11 743	6 319	5 199	225	6 176	1 451	880	200	979	612	1 599	455	.	—	135	(18 054)
1949																
März	11 833	6 187	5 422	224	7 041	1 453	933	90	949	953	2 097	566	.	—	153	(19 027)
Juni	12 776	6 553	5 949	274	7 574	1 701	702	191	991	842	2 469	592	.	86	170	(20 520)
Sept.	13 225	7 029	6 010	186	8 073	1 744	605	411	1 068	892	2 751	486	.	116	182	(21 480)
Dez.	14 071 (13 646)	7 330	6 534 (6 109)	207	10 103 (8 389)	1 806	539	402	1 120	995	3 061	1 152 (462)	1 024 (. .)	4	504 ⁵⁾	24 678 (22 539)
1950																
Jan.	13 478 (13 159)	7 199	6 102 (5 783)	177	10 037 (9 328)	1 775	676	540	1 190	1 078	3 240	1 018 (466)	157 (. .)	363	504	24 019 (22 991)
Febr.	13 477 (13 281)	7 290	5 998 (5 802)	189	10 781 (9 587)	1 682	825	481	1 246	1 264	3 377	1 034 (469)	629 (. .)	243	508	24 766 (23 376)
März	13 684 (13 569)	7 420	6 080 (5 965)	184	10 932 (9 662)	1 659	703	625	1 333	1 251	3 498	1 025 (438)	683 (. .)	155	513	25 129 (23 744)
April	14 020 (13 921)	7 560	6 284 (6 185)	176	11 324 (9 966)	1 624	751	498	1 446	1 350	3 611	1 070 (448)	736 (. .)	238	522	25 866 (24 409)
Mai	14 274 (14 188)	7 509	6 560 (6 474)	205	11 854 (10 377)	1 657	724	580	1 518	1 493	3 702	1 091 (445)	831 (. .)	258	532	26 660 (25 097)
Juni	14 548	7 728	6 609	211	12 060	1 493	563	557	1 757	1 405	3 825	1 194	1 098	168	535	27 143
Juli ⁶⁾	.	7 818	.	208	.	.	586	437	.	.	3 855	965	951	330	544	27 429
Aug. ⁶⁾	.	7 743	.	204	.	.	569	435	.	.	3 869	1 012	1 002	-196	554	28 005
Sept.	15 707	7 923	7 566	218	12 222	1 453	585	437	2 102	1 537	3 894	1 036	759	419	559	28 488
Okt. ⁶⁾	.	7 839	.	188 ⁷⁾	.	.	569	369	.	.	3 968	1 040	955	296	569	28 962
Nov.	15 880	7 818	7 857	205 ⁷⁾	12 611	1 410	622	371	2 289	1 648	4 009	940	1 179	143	570	29 061

*) Bezüglich der in () gesetzten Zahlen vgl. Anmerkung 1) im Oktoberheft 1950, S. 67. —

1) Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumlauf. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 3) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalte 14 der obigen Übersicht. — 4) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — 5) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 6) Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 421 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 169 Mill. DM. — 7) Ohne Bardepots für Einfuhrbewilligungsanträge.

**2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken
bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes**
einschließlich Postscheckkämtern
in Mrd. DM

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich	viertel- jährlich
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	} 3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	} 3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	} 3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	} 3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	} 3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	} 3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	} 3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	} .
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	.
November	31,7	31,7	8,9	3,6	.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6	6	6	6	6					
Lombardsatz	7	7	7	7	7					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1 1/2%		+ 1/2%		+ 1%		+ 1/2%		+ 1/2%	
Kreditprovision	1/6% p. M.	10 1/2	1/4% p. M.	10 1/2	1/5% p. M.	10 2/5	1/4% p. M.	10 1/2	1/4% p. M.	10 1/2
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1 1/2%		+ 1/2%		+ 1%		+ 1/2%		+ 1/2%	
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	13	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12 1/2	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%	
Akzeptprovision	1/6% p. M.	9	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1% p. M.	8 7/10	1/8% p. M.	8	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/24% p. M.	8
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1% p. M.	8 7/10	1/6% p. M.	8 1/2	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/12% p. M.	8 1/2
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.	9	1/8% p. M.	9	1/8% p. M. ¹⁰⁾	8 1/2	1/6% p. M.	8 1/2 - 9	1/8% p. M.	9
d) Abschnitte unter DM 1 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/6% p. M.	9 1/2	1/8% p. M.	9	1/6% p. M. ¹⁰⁾	9	1/4% p. M.	9 1/2 - 10	1/8% p. M.	9 ⁹⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2%		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4% p. M.	10 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8% mindestens aus doppeltem Kredit-betrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldo-vortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% p. M. min. DM - 50		1/2% p. M. min. DM - 50		1/2% p. M.		1/2% p. M.		1/2% p. M. min. DM - 50	

¹⁾ Zusammenge stellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf-Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — ⁹⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken. gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz 1/8 ⁰ /00 p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24-1/12 ⁰ /0 p. M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ /00 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstzoll per Quartal		1 ⁰ /00 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschritten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
2) von 12 Monaten und darüber	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 ¹ / ₄ 3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ 4 ⁵ / ₈
d) 12 Monate und darüber	4 ³ / ₄ 5	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ 5
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 ¹ / ₄ 3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄
b) 90 bis 179 Tage	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈
c) 180 bis 359 Tage	4 4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂
d) 360 Tage und darüber	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1¹/₄%o. — 7) Der Bankierkundschaft 1³/₄%o. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines ande-Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündi-falls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ^{2,3,4)}	Hamburg ^{2,5)}	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Änder-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indizes, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamt-index	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0
August	106,2	7,78	103,6	7,69	108,3	7,25	117,7
September	106,8	7,84	104,3	7,70	108,4	7,30	118,5
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4
Dezember	103,5	7,70	102,4	7,59	106,8	6,55	106,3

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Summe	
	davon					monatlich insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	monatlich		seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentl. Hand					
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	90,5	30,0	10,0	—	—	130,5	290,0	13,5	13,5	303,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	352,0	12,0	25,5	377,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	372,0	12,9	38,4	410,4
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ²⁾	132,0	504,0	3,1	41,5	545,5
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ²⁾	451,4	955,4	3,8	45,3	1 000,7
August	14,5	4,0	36,7	—	—	55,2	1 010,6	1,7	47,0	1 057,6
September	73,5	16,0	21,0	150,0	—	260,5	1 271,1	3,0	50,0	1 321,1
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 272,6	1,0	51,0	1 323,6
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 277,6	1,6	52,6	1 330,2
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 315,6	1,6	54,2	1 369,8
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 357,1	0,7	54,9	1 412,0
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 387,1	1,1	56,0	1 443,1
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 443,1	5,3	61,3	1 504,4
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 458,1	1,0	62,3	1 520,4
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 504,1	5,8	68,1	1 572,2
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 567,1	8,1	76,2	1 643,3
Juli	14,5	10,0	13,0	—	—	38,0	1 604,6	4,8	81,0	1 685,6
August	45,0	—	09,0	—	—	114,0	1 718,6	1,5	82,5	1 801,1
September	10,0	0,1	20,0	—	160,0 ³⁾	190,1	1 908,7	5,8	88,3	1 997,0
Oktober	23,0	15,0	—	—	—	38,0	1 946,7	11,6	99,9	2 046,6
November	20,0	95,0	—	—	—	115,0	2 061,7	11,3	111,2	2 172,9
Dezember	—	—	10,0	—	—	10,0	2 071,7	9,7	120,9	2 192,6
zusammen:	661,5	287,6	464,2 ³⁾	158,0	500,4 ²⁾	2 071,7	2 071,7 ¹⁾	120,9	120,9	2 192,6
davon waren am 31. Dezember 1950 untergebracht:	432,7	121,8	158,8 ⁴⁾	116,1 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 329,8	—	116,7	1 446,5

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2%, 912,5 Mill. DM mit 5%, 150,0 Mill. DM mit 5 1/2%, 543,9 Mill. DM mit 6%, 457,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich. — ²⁾ Reichsbahnleihe. — ³⁾ Hiervon sind 240,1 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Erhöhung der Reichsbahnleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM.

4. Wechselproteste

auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken und der Kreditinstitute

VII. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Zeit	Wechselproteste		Wechselfälligkeiten	Anteil der Wechselproteste an den fällig gewordenen Wechseln in vH
	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
1949				
Januar	7,2	.	.	.
Februar	7,9	.	.	.
März	13,4	.	.	.
April	12,4	.	.	.
Mai	12,6	.	.	.
Juni	11,7	10 060	1 375,9	0,85
Juli	9,8	9 497	1 290,3	0,76
August	9,5	9 210	1 413,0	0,67
September	9,5	9 450	1 465,3	0,65
Oktober	9,4	9 908	1 629,2	0,58
November	10,6	10 772	1 954,9	0,54
Dezember	10,8	11 688	2 000,9	0,54
1950				
Januar	10,8	11 598	2 039,0	0,53
Februar	12,5	13 224	2 103,3	0,59
März	15,8	17 327	2 200,6	0,72
April	14,8	17 450	2 055,2	0,72
Mai	15,9	19 895	2 254,6	0,71
Juni	15,1	20 591	2 308,4	0,65
Juli	13,7	19 548	2 124,6	0,64
August	13,9	19 535	2 240,8	0,62
September	12,6	18 511	2 269,6	0,56
Oktober	13,5	19 559	2 343,1	0,58
November	14,3	20 534	2 424,7	0,59

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50 Insges. ²⁾	Rechnungsjahr 1950/51								
		April ³⁾	Mai ³⁾	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	
I. Besitz- und Verkehrssteuern										
Insgesamt	11 203,6	979,4	757,9	920,8	686,1	654,9	1 196,3	853,0	780,9	
darunter										
Lohnsteuer	2 113,2	172,2	155,8	76,4	63,2	87,7	119,6	146,8	152,7	
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1	307,8	89,3	56,9	
Körperschaftsteuer	1 448,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6	262,1	33,8	32,4	
Vermögenssteuer	115,2	2,8	20,0	3,2	2,3	19,0	4,7	3,3		
Umsatzsteuer	3 991,1	358,9	329,5	340,9	383,2	381,7	395,5	474,3	435,9	
Kraftfahrzeugsteuer										
einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	29,6	21,0	22,9	36,0	21,9	22,1	28,1	21,3	
Wechselsteuer	33,9	3,8	3,2	3,1	3,9	3,6	3,7	4,1	4,5	
Beförderungssteuer	261,7	20,5	15,3	8,9	27,3	23,1	23,5	23,7	4,6	
Notopfer Berlin	325,7	33,3	24,3	35,8	27,1	23,8	38,2	27,0	24,3	
II. Verbrauchssteuern und Zölle										
Insgesamt	4 205,9	234,9	341,5	352,8	379,6	397,0	375,8	452,3	400,2	
darunter										
Tabaksteuer	2 190,6	95,4	174,6	179,9	184,5	186,6	188,8	193,5	166,7	
Kaffeesteuer	280,7	22,9	21,8	23,3	33,5	29,5	28,0	34,2	29,6	
Zuckersteuer	378,1	6,7	24,8	20,4	23,8	32,9	27,7	32,9	48,5	
Salzsteuer	36,3	2,1	2,7	2,9	2,7	2,9	4,6	3,7	3,6	
Biersteuer	302,4	23,7	28,7	35,5	42,3	46,0	13,8	38,0	20,2	
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	23,7	36,1	30,4	31,5	29,0	33,6	50,9	42,4	
Zündwarensteuer	53,1	5,0	4,0	4,8	5,3	6,3	6,8	5,4	4,5	
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	4,4	5,3	5,3	6,7	6,9	6,5	7,2	6,7	
Zölle	346,5	45,0	38,8	44,8	42,7	49,5	57,8	78,4	71,0	
Insgesamt	15 409,5	1 214,3	1 099,4	1 273,7⁴⁾	1 065,7	1 051,9	1 572,1	1 305,3	1 181,1	
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	605,3	682,5	703,5	774,5	776,2	841,6	927,7	845,6	

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Verschuldung von Bund und Ländern

Bund
in Mill. DM

Länder¹⁾
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechselumlauf	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt	Direktkredite des Banksystems			Post	Arbeitsstock ²⁾	Schatzwechsel und Schatzanweisungen	Insgesamt
						insgesamt	davon					
							Zentralbank-system	Ge-schäfts-banken				
1949 Dez.	—	213,4	—	—	213,4	215,5	86,5	129,0	44,5	166,2	169,5	595,7
1950 März	—	236,0	—	—	236,0	184,5	101,9	82,6	42,5	182,3	173,3	582,6
April	204,2	285,5	100,0	—	589,7	129,2	69,9	59,3	42,5	170,1	161,0	502,8
Mai	644,0	323,6	100,0	—	1 067,6	107,2	48,7	58,5	41,5	164,9	156,8	470,4
Juni	632,2	336,4	200,0	147,0	1 315,6	181,8	87,4	94,4	41,5	158,4	157,9	539,6
Juli	748,2	506,5	200,0	—	1 454,7	174,4	81,4	93,0	41,0	155,4	206,5	577,3
August	799,8	431,3	200,0	—	1 431,1	237,4	115,5	121,9	40,0	152,4	218,2	648,0
Sept.	597,3	600,2	200,0	—	1 397,5	218,2	85,8	132,4	40,0	146,8	217,6	622,6
Okt.	515,5	615,2	200,0	—	1 330,7	273,4	144,7	128,7	39,0	146,8	220,5	679,7
Nov.	550,5	598,5	200,0	—	1 349,0	298,0	161,8	136,2	38,5	146,6	224,9	708,0
Dez.	578,4	498,7	300,0	—	1 377,1		141,9		36,5		250,0	

¹⁾ Verschuldung bei Banken, bei der Post, beim Arbeitsstock und aus der Begebung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen. — ²⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für die Arbeitslosenfürsorge verausgabte, von den Ländern noch nicht erstattete Beträge.

3. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes im 1. und 2. Viertel des Rechnungsjahres 1950 in Mill. DM¹⁾

Einnahme-/Ausgabeart	1950		
	April bis Juni	Juli bis Sept.	April bis Sept.
I. Haushaltseinnahmen insgesamt	2 398,6	2 307,1	4 705,7
davon:			
1) Landessteuern	1 588,6	1 327,8	2 916,4
2) Gemeindesteuern (nur Hamburg und Bremen)	41,7	41,7	83,4
3) Umlagen und Beiträge der Gemeinden (Gemeindeverbände)	47,2	53,4	100,6
4) Zuschüsse und Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds für Investitionszwecke ²⁾	66,2	200,1	266,3
5) Netto-Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden ²⁾³⁾ (Gesetz v. 2. 9. 1948)	48,1	116,8	164,9
6) Vermögensveräußerungen und Rücklagen	0,7	1,8	2,5
7) Aufnahme von Anleihen und Darlehen ²⁾	44,7	16,1	28,6
8) Sonstige Einnahmen	561,4	581,6	1 143,0
II. Haushaltsausgaben insgesamt	2 174,4	2 481,3	4 655,7
davon:			
1) Zahlungen an Gemeinden (Gemeindeverbände)	369,0	383,8	752,8
davon:			
a) Finanzausgleichszahlungen, allgem. Finanzzuweisungen, Zweckzuweisungen, zweckgebundene Zuschüsse	187,4	219,7	407,1
b) Zuweisungen zur Deckung der Schullasten, Zahlungen an die Landesschulkasse und Landesmittelschulkasse	78,0	67,7	145,7
c) Zuweisungen zur Deckung der Polizeikosten	38,2	44,9	83,1
d) Zuschüsse zur Deckung von Investitionsaufwendungen	65,4	51,5	116,9
2) Interessenquoten an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes	64,9	281,4	346,3
3) Zusätzliche Kriegsfolge- und Soziallasten der Länder	26,7	28,0	54,7
4) Persönliche Ausgaben	631,7	598,1	1 229,8
5) Versorgungsbezüge (ohne Kriegsofperversorgung und ohne Versorgung gem. Art. 131 GG.)	176,8	157,4	334,2
6) Sächliche Verwaltungsausgaben	105,9	66,8	172,7
7) Verzinsung der Landesschulden	151,1	35,8	186,9
8) Tilgung der Landesschulden	1,2	4,1	5,3
9) Zuführung an Rücklagen	—	—	—
10) Einmalige und außergewöhnliche Beschaffungs- und Bauausgaben darunter: für Zwecke des Wohnungsbaues	103,7 8,3	147,6 7,4	251,3 15,7
11) Gewährung von Darlehen und verlorene Zuschüsse für Investitionszwecke darunter: für Zwecke des Wohnungsbaues	179,7 156,6	343,8 263,3	523,5 419,9
12) Sonstige Ausgaben	363,7	434,5	798,2
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	+ 224,2	— 174,2	+ 50,0

¹⁾ Bei Hamburg und Bremen einschließlich Gemeindeverwaltung. Ohne Doppelzählungen durch Erstattungen und durchlaufende Gelder sowie an andere Länder geleistete bzw. von anderen Ländern empfangene Finanzhilfeeinnahmen; ohne Einnahmen und Ausgaben der Landesstocks für den Arbeitseinsatz; ohne Einnahmen und Ausgaben zur Abwicklung der Vorjahre. — ²⁾ Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds sowie in Darlehen vom Soforthilfefonds umgewandelte Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden, die anfänglich unter Ziff. 7 gemeldet worden waren, sind im September 1950 für die zurückliegenden Monate des laufenden Rechnungsjahres nach Ziffer 4 und 5 umgesetzt worden. — ³⁾ Anfänglich nicht erfaßte Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden und Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds in Höhe von 48,8 Mill. DM sowie die hieraus geleisteten Ausgaben von 40,4 Mill. DM sind im September 1950 für die zurückliegenden Monate des laufenden Rechnungsjahres nachgetragen worden. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950

in 1000 DM

Einnahme- / Ausgabeart	1950							
	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	April bis Okt.
I. Einnahmen insgesamt	603 554	714 152	790 366	1 050 745	930 208	1 012 384	1 056 631	6 158 041 ¹⁾
darunter:								
1) Steuern	594 520	680 935	705 692	776 323	776 861	814 646	927 583	5 276 560
2) Ablieferungen der Deutschen Bundespost	—	18 000	20 500	5 500	11 000	16 500	5 500	77 000
3) Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Nettoüberschuß aus der Münzprägung	—	—	—	125 000	9 651	5 665	4 638	144 954
5) Interessenquoten der Länder	—	—	43 655	116 397	76 976	81 811	81 978	400 817
6) Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	—	—	—	—	—	74 500	11 252	85 752
II. Ausgaben insgesamt	805 500	812 980	1 147 137	947 002	923 718	940 480	1 129 415	6 706 233 ¹⁾
darunter:								
1) Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	282 792	339 173	462 091	339 039	323 465	324 573	341 519	2 412 653 ¹⁾
2) Soziale Kriegsfolgelasten	331 993	99 083	334 935	243 199	273 839	262 937	278 966	1 824 951 ¹⁾
darunter:								
a) Kriegsfolgenhilfe	42 122	38 523	41 770	33 062	35 777	50 837	44 660	286 751
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	22 457	17 078	16 306	18 112	26 454	26 247	25 426	152 080
c) Kriegsoferversorgung	256 092	35 481	263 248	184 671	199 426	175 622	194 376	1 303 916
3) Sonstige Soziallasten	132 303	221 932	104 977	139 993	134 309	176 272	155 890	1 065 678 ¹⁾
davon:								
a) Arbeitslosenhilfe	70 330	91 373	89 106	73 017	83 019	79 320	76 093	562 259 ¹⁾
b) Zuschüsse zur Sozialversicherung	61 973	130 559	15 871	66 976	51 290	96 952	79 797	503 419 ¹⁾
4) Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	—	23 400	24 700	9 993	116	6 701	114 885	179 796 ¹⁾
5) Wohnungsbau	—	70 110	34 974	33 529	39 526	23 936	50 057	252 132
6) Schuldendienst	460	1 625	2 780	52 593	3 529	3 101	2 097	66 184 ¹⁾
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	201 946	— 98 828	— 356 771	+ 103 744 ¹⁾	+ 6 490	+ 71 904	— 72 784	— 548 192 ¹⁾

1) Differenz durch Abrunden. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Über- schuß (+) oder Fehlbe- trag (—)	Gesamte Über- schüsse ¹⁾ (ohne Er- stattungs- rückstände der Länder)	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losenver- sicherung
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- fürsorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- fürsorge			
	Mill. DM								Anzahl
1949/50 Rechnungsjahr	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	
Januar	155,8	86,4	68,8	161,3	71,0	70,3	— 5,5	.	664 134
Februar	147,8	73,0	74,1	176,1	83,2	74,2	— 28,3	.	765 791
März	166,9	87,9	78,4	216,0	94,0	92,9	— 49,2	.	650 385
1950/51 ²⁾ Rechnungsjahr									
April	76,9 ²⁾	72,9	3,8 ²⁾	71,2 ²⁾	55,4	— ²⁾	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6	—	+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6	—	+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,7	66,8	42,4	—	+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4	—	+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6	—	+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,2	53,0	28,8	—	+ 44,3	650,8	276 245
November	96,3	94,6	0,2	50,7	28,9	—	+ 45,6	696,3 ³⁾	306 974

1) Stand am Monatsende. — 2) Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen gehen noch rückständige Erstattungen der Länder ein. — 3) Differenz durch Abrunden. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) bzw. Defizit (-)	
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge (ohne Krankenversicherung der Rentner)	Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner		Krankenbehandlung ¹⁾	Krankenunterstützung ²⁾		Verwaltungskosten
1950 1. Kalendervierteljahr	538,6	482,0	48,4	536,1	226,0	172,2	36,5	+ 2,5
2. Kalendervierteljahr	575,3	515,8	50,3	542,9	339,0	151,1	35,1	+ 32,4
3. Kalendervierteljahr	611,0	548,2	53,7	570,7	370,3	151,8	35,4	+ 40,3

Erfolgswirksame Reinausgaben: ¹⁾ für ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhauspflege. — ²⁾ für Krankengeld, Haus- und Taschengeld, Wochenhilfe sowie Sterbegeld. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Versicherungszweig	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) bzw. Defizit (-)	
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge	Erstattungen		Verwaltungskosten und Postvergütungen	versicherungsleistungen insgesamt darunter Renten		
1. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	484,8	.	455,1	13,8	439,9	380,6 ²⁾	.
Angestelltenversicherung	.	229,5	.	214,7	5,0	209,2	193,5 ²⁾	.
Knappschaftliche Rentenversicherung	144,0	109,3	34,7 ³⁾	141,2	3,8	136,9	127,1	+ 2,8
Rentenversicherungen insgesamt	.	823,6	.	811,0	22,6	786,0	701,2	.
2. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	486,5	.	462,0	13,3	447,0	383,1 ²⁾	.
Angestelltenversicherung	.	225,9	.	218,2	4,8	213,1	193,6 ²⁾	.
Knappschaftliche Rentenversicherung	158,1	114,7	43,3 ³⁾	145,9	3,5	141,6	131,3	+ 12,2
Rentenversicherungen insgesamt	.	827,1	.	826,1	21,6	801,7	708,0	.
3. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	548,6	.	484,3	14,9	467,9	399,2 ²⁾	.
Angestelltenversicherung	.	235,5	.	232,7	4,6	223,3	201,0 ²⁾	.
Knappschaftliche Rentenversicherung	154,6	116,8	37,8 ³⁾	151,5	3,5	147,0	136,1	+ 3,5
Rentenversicherungen insgesamt	.	900,9	.	868,5	23,0	838,2	736,3	.

¹⁾ Leistungen für Renten, Heilverfahren, Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner. — ²⁾ Vorläufige Rentenlast (Gemeinlast). — ³⁾ Einschl. Bundeszuschüsse. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

IX. Außen-
1. Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
Spezial-

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)							
	Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse
Mill. DM								
1949 Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8
1949 4. Vj. gesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3
1950 Januar	966,4	503,3	463,1	240,6	125,0	97,5	49,8	47,7
Februar	708,2	324,2	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6
März	822,6	423,6	399,0	220,4	82,2	96,4	49,0	47,4
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,3	54,4
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4
Juni	790,6	302,8	487,8	286,0	105,6	96,2	43,1	53,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,9	102,1	51,1	51,0
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1
September	1 006,3	472,2	534,1	275,5	129,1	129,5	68,8	60,7
Oktober	1 312,7	561,9	750,8	368,4	202,8	179,6	94,0	85,6
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	81,0	93,1
1950 insgesamt	11 374,6	5 013,5	6 361,1	3 367,8	1 564,7	1 428,6	714,7	713,9
Mill. \$								
1949 Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3
November	169,0	94,2	74,8	37,8	21,1	15,9	8,0	7,9
Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6
1949 4. Vj. gesamt	635,4	358,7	276,7	140,8	78,4	57,5	27,7	29,8
1950 Januar	230,2	120,0	110,2	57,3	29,8	23,1	11,8	11,3
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9
März	195,5	100,7	94,8	52,4	19,5	22,9	11,7	11,2
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9
Juni	187,9	72,0	115,9	67,9	25,2	22,8	10,2	12,6
Juli	225,4	101,6	123,8	74,0	25,7	24,1	12,1	12,0
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3
Oktober	312,0	133,6	178,4	87,6	48,2	42,6	22,4	20,2
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8
Dezember	314,7	121,7	193,0	103,4	48,2	41,4	19,3	22,1
1950 insgesamt	2 703,8	1 192,3	1 511,5	800,9	372,1	338,5	169,8	168,7

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — *) Werte teilweise berichtigt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

handel

nach Warengruppen *)

handel

Ausfuhr									Zeit
Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft							
		zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren				
					zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse		
Mill. DM									
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	1949 Oktober	
370,2	15,9	354,3	79,0	90,2	185,1	60,0	125,1	November	
485,5	17,3	468,2	96,8	115,9	255,5	88,2	167,3	Dezember	
1 197,9	42,2	1 155,7	249,2	283,0	623,5	211,8	411,7	1949 4. Vj. gesamt	
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	1950 Januar	
473,7	11,6	462,1	80,6	103,1	278,4	97,6	180,8	Februar	
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	März	
542,0	13,4	528,6	78,9	104,8	344,9	122,1	222,8	April	
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	Mai	
651,9	8,4	643,5	105,9	125,1	412,5	139,4	273,1	Juni	
727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2	Juli	
751,2	12,1	739,1	102,2	155,0	481,9	154,8	327,1	August	
696,8	9,9	686,9	112,7	130,7	443,5	158,1	285,4	September	
901,3	27,1	874,2	108,4	142,3	623,5	228,0	395,5	Oktober	
979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7	November	
1 009,4	37,0	972,4	96,8	164,2	711,4	228,5	482,9	Dezember	
8 362,1	195,6	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5	1950 insgesamt	
Mill. \$									
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	1949 Oktober	
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November	
115,1	4,2	110,9	23,0	28,0	59,9	20,7	39,2	Dezember	
283,9	10,1	273,8	59,5	68,6	145,7	48,8	96,9	1949 4. Vj. gesamt	
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	1950 Januar	
112,3	2,8	109,5	19,1	24,8	65,6	23,2	42,4	Februar	
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	März	
127,7	3,1	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	April	
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	Mai	
153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9	Juni	
171,6	2,4	169,2	25,3	35,9	108,0	37,7	70,3	Juli	
177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4	August	
165,3	2,4	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4	September	
214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6	Oktober	
233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2	November	
241,2	8,8	232,4	23,1	39,2	170,1	54,8	115,3	Dezember	
1 980,6	46,6	1 934,0	277,9	376,0	1 280,1	442,5	837,6	1950 insgesamt	

Länder	1949						1950					
	Januar bis September			Oktober bis Dezember			Januar bis März			April bis Juni		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo ³⁾	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Monats-											
Mill. DM												
1. EZU-Länder, gesamt	260,0	282,6	.	422,9	314,6	-108,3	559,4	399,4	-160,0	488,1	457,2	- 30,9
davon:												
a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾	32,1	41,3	.	41,2	44,3	+ 3,1	54,6	37,0	- 17,7	57,5	34,6	- 22,9
b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾	35,0	10,9	.	43,0	11,3	- 31,7	70,1	14,5	- 55,6	67,4	20,3	- 47,1
c) Indonesien	—	—	.	—	—	—	15,2	2,6	- 12,6	13,8	2,9	- 10,9
d) Kontinentale ERP-Länder	192,9	230,4	.	338,7	259,0	- 79,7	419,5	345,3	- 74,1	349,4	399,4	+ 50,0
davon:												
Belgien-Luxemburg ²⁾	44,2	35,5	.	37,1	38,0	+ 0,9	39,8	45,1	+ 5,3	25,1	51,9	+ 26,8
Dänemark	11,3	4,9	.	23,2	5,9	- 17,3	38,2	13,6	- 24,7	25,3	20,9	- 4,4
Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾	23,0	66,0	.	46,9	62,5	+ 15,6	73,4	60,2	- 13,2	80,1	62,8	- 17,3
Freistaat Triest	—	—	.	—	—	—	0,0	0,6	+ 0,6	0,0	0,5	+ 0,5
Griechenland	2,3	4,0	.	4,2	4,1	- 0,1	3,5	10,1	+ 6,7	3,0	8,9	+ 5,9
Italien	25,2	16,4	.	33,9	25,4	- 8,5	35,4	30,5	- 4,9	26,9	44,5	+ 17,6
Niederlande ²⁾	27,2	35,4	.	94,6	34,5	- 60,1	103,1	77,8	- 25,3	90,2	93,6	+ 3,4
Norwegen	8,9	5,8	.	6,0	7,3	+ 1,3	14,4	8,4	- 6,0	15,4	8,7	- 6,7
Österreich	3,6	17,8	.	4,8	24,6	+ 19,8	8,8	25,2	+ 16,4	11,9	22,4	+ 10,5
Portugal ²⁾	4,7	0,8	.	5,4	2,1	- 3,3	4,8	2,9	- 1,9	2,4	3,5	+ 1,1
Schweden	23,6	20,3	.	28,5	20,5	- 8,0	48,7	32,1	- 16,5	37,6	30,5	- 7,1
Schweiz	14,4	19,7	.	36,3	28,8	- 7,5	32,0	28,5	- 3,5	23,4	33,5	+ 10,1
Türkei	4,5	3,8	.	17,8	5,3	- 12,5	17,4	10,3	- 7,1	8,1	17,7	+ 9,6
2. Osteuropa	24,8	12,9	.	53,4	37,0	- 16,4	32,4	37,3	+ 4,9	29,7	53,0	+ 23,3
3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	34,6	8,0	.	40,4	11,9	- 28,5	32,9	18,6	- 14,3	22,6	27,7	+ 5,1
4. Westliche Hemisphäre	260,4	22,9	.	359,1	35,8	-323,3	207,8	47,0	-160,8	198,3	58,4	-139,9
davon:												
Vereinigte Staaten	216,8	12,9	.	289,8	18,1	-271,7	167,1	17,2	-149,8	128,0	19,6	-108,4
Kanada	6,2	1,8	.	6,5	1,9	- 4,6	3,9	1,6	- 2,4	1,9	3,2	+ 1,3
Lateinamerika	37,4	8,2	.	62,8	15,8	- 47,0	36,8	28,2	- 8,6	68,4	35,6	- 32,8
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,3	-330,2	738,7	596,3	-142,4
EZU-Länder, gesamt	260,0	282,6	.	422,9	314,6	-108,3	559,4	399,4	-160,0	488,1	457,2	- 30,9
Übrige Länder, gesamt	319,8	43,8	.	452,9	84,7	-368,2	273,1	102,9	-170,2	250,6	139,1	-111,5
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,3	-330,2	738,7	596,3	-142,4
ERP-Länder, gesamt	225,0	271,7	.	379,9	303,3	- 76,6	474,1	382,3	- 91,8	406,9	434,0	+ 27,1
Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt	354,8	54,7	.	495,9	96,0	-399,9	358,4	120,0	-238,4	331,8	162,3	-169,5
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,3	-330,2	738,7	596,3	-142,4
Mill. \$												
1. EZU-Länder, gesamt	78,9	80,7	+ 1,8	101,5	74,4	- 27,1	133,0	94,5	- 38,5	116,0	107,7	- 8,2
davon:												
a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾	9,8	10,9	+ 1,1	9,8	10,2	+ 0,4	13,0	8,8	- 4,1	13,6	8,1	- 5,5
b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾	10,5	3,1	- 7,4	10,5	2,7	- 7,8	16,7	3,4	- 13,2	16,1	4,8	- 11,2
c) Indonesien	—	—	—	—	—	—	3,6	0,6	- 3,1	3,3	0,7	- 2,6
d) Kontinentale ERP-Länder	58,6	66,7	+ 8,1	81,2	61,5	- 19,7	99,7	81,7	- 18,1	83,0	94,1	+ 11,1
davon:												
Belgien-Luxemburg ²⁾	13,5	10,3	- 3,2	8,9	8,9	± 0,0	9,5	10,6	+ 1,1	6,0	12,2	+ 6,2
Dänemark	3,4	1,4	- 2,0	5,6	1,4	- 4,2	9,1	3,2	- 5,9	6,0	4,9	- 1,1
Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾	7,0	19,4	+ 12,4	11,3	15,0	+ 3,7	17,4	14,3	- 3,2	19,0	14,9	- 4,1
Freistaat Triest	—	—	—	—	—	—	0,0	0,1	+ 0,1	0,0	0,1	+ 0,1
Griechenland	0,7	1,2	+ 0,5	1,0	1,0	± 0,0	0,8	2,4	+ 1,5	0,7	2,1	+ 1,3
Italien	7,4	4,9	- 2,5	8,1	6,0	- 2,1	8,4	7,3	- 1,1	6,4	10,6	+ 4,1
Niederlande ²⁾	8,2	9,7	+ 1,5	22,6	8,1	- 14,5	24,5	18,4	- 6,1	21,4	22,1	+ 0,7
Norwegen	2,9	1,6	- 1,3	1,5	1,7	+ 0,2	3,4	2,0	- 1,4	3,7	2,0	- 1,6
Österreich	1,2	5,3	+ 4,1	1,1	5,9	+ 4,8	2,1	6,0	+ 4,0	2,9	5,3	+ 2,5
Portugal ²⁾	1,5	0,2	- 1,3	1,4	0,5	- 0,9	1,2	0,7	- 0,5	0,6	0,8	+ 0,2
Schweden	7,2	5,9	- 1,3	6,8	4,9	- 1,9	11,6	7,6	- 4,0	8,9	7,1	- 1,8
Schweiz	4,2	5,7	+ 1,5	8,6	6,8	- 1,8	7,6	6,7	- 0,9	5,5	7,8	+ 2,3
Türkei	1,4	1,1	- 0,3	4,3	1,3	- 3,0	4,1	2,4	- 1,7	1,9	4,2	+ 2,3
2. Osteuropa	7,6	3,8	- 3,8	13,0	8,9	- 4,1	7,7	8,9	+ 1,2	7,0	12,6	+ 5,6
3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	10,2	2,2	- 8,0	10,0	2,8	- 7,2	7,8	4,4	- 3,4	5,4	6,6	+ 1,2
4. Westliche Hemisphäre	81,2	6,5	- 74,7	87,3	8,5	- 78,8	49,5	11,0	- 38,5	47,2	13,7	- 33,5
davon:												
Vereinigte Staaten	68,1	3,7	- 64,4	69,8	4,4	- 65,4	39,9	4,1	- 35,7	30,4	4,7	- 25,8
Kanada	1,8	0,5	- 1,3	1,5	0,4	- 1,1	0,9	0,4	- 0,6	0,5	0,7	+ 0,3
Lateinamerika	11,3	2,3	- 9,0	16,0	3,7	- 12,3	8,7	6,5	- 2,2	16,3	8,3	- 8,0
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 34,9
EZU-Länder, gesamt	78,9	80,7	+ 1,8	101,5	74,4	- 27,1	133,0	94,5	- 38,5	116,0	107,7	- 8,2
Übrige Länder, gesamt	99,0	12,5	- 86,5	110,3	20,2	- 90,1	65,0	24,3	- 40,7	59,6	32,9	- 26,7
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 34,9
ERP-Länder, gesamt	68,4	77,6	+ 9,2	91,0	71,7	- 19,3	112,7	90,5	- 22,2	96,6	102,2	+ 5,7
Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt	109,5	15,6	- 93,9	120,8	22,9	- 97,9	85,3	28,3	- 57,0	79,0	38,4	- 40,6
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 34,9

¹⁾ Nichtteilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — ²⁾ Einschl. der Gebiete in Übersee. — ³⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind handel nach Warengruppen) erfolgten teilweisen Berichtigungen konnten in dieser Tabelle bei Drucklegung nicht berücksichtigt werden. Infolgedessen

Herstellungsländern

1950															Länder
durchschnitt									November			Dezember			
Juli bis September			Oktober bis Dezember			Januar bis Dezember			Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	
Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo							
Mill. DM															
653,6	551,2	-102,4	910,1	697,6	-212,5	652,8	526,4	-126,4	873,8	701,9	-171,9	910,6	745,4	-165,2	1. EZU-Länder, gesamt davon:
84,3	45,3	-39,0	147,8	61,3	-86,5	86,1	44,5	-41,6	135,4	73,5	-61,9	152,7	62,6	-90,1	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾
48,7	27,3	-21,4	84,7	48,0	-36,7	67,7	27,6	-40,1	90,4	53,2	-37,2	95,0	55,6	-39,4	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾
27,6	4,9	-22,8	21,3	7,0	-14,3	19,5	4,3	-15,2	19,7	6,9	-12,8	16,9	8,4	-8,5	c) Indonesien
493,0	473,7	-19,2	656,3	581,3	-75,0	479,5	450,0	-29,5	628,3	568,3	-60,0	646,0	618,8	-27,2	d) Kontinentale ERP-Länder davon:
42,2	58,9	+16,7	60,7	73,0	+12,3	42,0	57,2	+15,2	57,6	71,4	+13,8	61,3	76,3	+15,0	Belgien-Luxemburg ²⁾
44,6	42,1	-2,5	55,4	41,5	-13,9	40,9	29,5	-11,4	60,1	39,4	-20,7	46,7	44,4	-2,3	Dänemark
122,0	64,1	-57,9	144,8	81,4	-63,4	105,1	67,2	-37,9	135,1	81,4	-53,7	140,4	85,1	-55,3	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾
0,0	0,9	+0,9	—	0,6	+0,6	0,0	0,6	+0,6	—	0,2	+0,2	—	0,9	+0,9	Freistaat Triest
3,5	11,5	+8,1	9,6	14,6	+5,0	4,8	11,3	+6,5	10,4	14,2	+3,8	11,6	15,1	+3,5	Griechenland
37,8	39,7	+1,9	69,0	48,1	-20,9	42,3	40,7	-1,6	64,8	44,0	-20,8	72,1	56,3	-15,8	Italien
105,0	99,1	-6,0	120,8	119,7	-1,1	104,8	97,5	-7,3	105,2	123,3	+18,1	116,4	118,1	+1,7	Niederlande ²⁾
22,0	9,6	-12,3	20,7	13,1	-7,6	18,1	10,0	-8,1	18,8	14,0	-4,8	21,8	13,4	-8,4	Norwegen
15,4	25,4	+10,0	23,3	30,8	+7,5	14,8	26,0	+11,2	25,0	30,2	+5,2	18,1	34,9	+16,8	Österreich
5,3	4,8	-0,5	12,3	8,0	-4,3	6,2	4,8	-1,4	15,7	7,7	-8,0	12,6	8,5	-4,1	Portugal ²⁾
62,6	43,9	-18,7	63,5	70,9	+7,4	53,1	44,4	-8,7	58,2	64,8	+6,6	64,8	82,0	+17,2	Schweden
25,0	46,8	+21,8	36,3	55,5	+19,2	29,2	41,1	+11,9	35,1	55,3	+20,2	36,7	57,9	+21,2	Schweiz
7,6	26,9	+19,3	39,9	24,1	-15,8	18,2	19,7	+1,5	42,3	22,4	-19,9	43,5	25,9	-17,6	Türkei
43,0	43,9	+0,9	54,4	46,2	-8,2	39,9	45,1	+5,2	45,1	42,8	-2,3	56,0	51,2	-4,8	2. Osteuropa
35,5	35,8	+0,3	53,2	44,8	-8,4	36,1	31,7	-4,4	44,0	40,3	-3,7	72,1	47,5	-24,6	3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika
207,6	96,4	-111,2	263,2	173,7	-89,5	219,2	93,9	-125,3	243,3	190,7	-52,6	284,3	165,3	-119,0	4. Westliche Hemisphäre davon:
142,8	38,9	-103,8	165,7	68,5	-97,2	150,9	36,1	-114,8	138,3	71,7	-66,6	179,2	65,9	-113,3	Vereinigte Staaten
2,5	4,3	+1,7	5,8	4,8	-1,0	3,5	3,5	+0,0	6,7	5,8	-0,9	6,0	3,6	-2,4	Kanada
62,3	53,2	-9,1	91,7	100,4	+8,7	64,8	54,3	-10,5	98,3	113,2	+14,9	99,1	95,8	-3,3	Lateinamerika
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1206,2	975,7	-230,5	1323,0	1009,4	-313,6	Alle Länder
653,6	551,2	-102,4	910,1	697,6	-212,5	652,8	526,4	-126,4	873,8	701,9	-171,9	910,9	745,4	-165,2	EZU-Länder, gesamt
286,1	176,1	-110,0	370,8	264,7	-106,1	295,2	170,7	-124,5	332,4	273,8	-58,6	412,4	264,0	-148,4	Übrige Länder, gesamt
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1206,2	975,7	-230,5	1323,0	1009,4	-313,6	Alle Länder
577,2	519,0	-58,2	804,1	642,5	-161,6	565,6	494,5	-71,1	763,7	641,8	-121,9	798,7	681,4	-117,3	ERP-Länder, gesamt
362,5	208,3	-154,2	476,8	319,8	-157,0	382,4	202,6	-179,8	442,5	333,9	-108,6	524,3	328,0	-196,3	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1206,2	975,7	-230,5	1323,0	1009,4	-313,6	Alle Länder
Mill. \$															
155,2	130,3	-25,0	216,4	166,1	-50,3	155,1	124,7	-30,4	207,6	166,8	-40,8	216,7	178,1	-38,6	1. EZU-Länder, gesamt davon:
20,0	10,7	-9,4	35,1	14,5	-20,6	20,4	10,6	-9,8	32,2	17,4	-14,8	36,3	14,9	-21,4	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾
11,6	6,4	-5,1	20,1	11,4	-8,7	16,1	6,5	-9,6	21,5	12,7	-8,8	22,6	13,3	-9,3	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾
6,5	1,2	-5,4	5,1	1,7	-3,4	4,6	1,0	-3,6	4,7	1,7	-3,0	4,0	2,0	-2,0	c) Indonesien
117,1	112,0	-5,1	156,1	138,5	-17,6	114,0	106,6	-7,4	149,2	135,0	-14,2	153,8	147,9	-5,9	d) Kontinentale ERP-Länder davon:
10,0	13,9	+3,9	14,5	17,4	+2,9	10,0	13,5	+3,5	13,7	17,0	+3,3	14,6	18,2	+3,6	Belgien-Luxemburg ²⁾
10,6	9,9	-0,7	13,2	9,9	-3,3	9,7	7,0	-2,7	14,3	9,4	-4,9	11,1	10,6	-0,5	Dänemark
29,0	15,2	-13,8	34,4	19,4	-15,0	25,0	15,9	-9,1	32,1	19,4	-12,7	33,4	20,3	-13,1	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾
0,0	0,2	+0,2	—	0,1	+0,1	0,0	0,1	+0,1	—	0,0	+0,0	—	0,2	+0,2	Freistaat Triest
0,8	2,7	+1,9	2,3	3,5	+1,2	1,2	2,7	+1,5	2,5	3,4	+0,9	2,8	3,6	+0,8	Griechenland
9,0	9,5	+0,5	16,4	11,5	-4,9	10,1	9,7	-0,4	15,4	10,5	-4,9	17,2	13,5	-3,7	Italien
24,9	23,5	-1,5	28,7	28,4	-0,3	24,9	23,1	-1,8	25,0	29,2	+4,2	27,7	28,2	+0,5	Niederlande ²⁾
5,2	2,2	-3,0	4,9	3,1	-1,8	4,3	2,4	-1,9	4,4	3,3	-1,1	5,2	3,2	-2,0	Norwegen
3,7	6,0	+2,3	5,5	7,4	+1,9	3,5	6,2	+2,7	5,9	7,2	+1,3	4,3	8,4	+4,1	Österreich
1,3	1,1	-0,1	2,9	1,9	-1,0	1,5	1,1	-0,4	3,7	1,8	-1,9	3,0	2,0	-1,0	Portugal ²⁾
14,9	10,4	-4,5	15,2	16,9	+1,7	12,6	10,5	-2,1	13,0	15,4	+2,4	15,4	19,5	+4,1	Schweden
5,9	11,0	+5,1	8,6	13,2	+4,6	6,9	9,7	+2,8	8,3	13,1	+4,8	8,8	13,9	+5,1	Schweiz
1,8	6,4	+4,6	9,5	5,8	-3,7	4,3	4,7	+0,4	10,1	5,3	-4,8	10,3	6,3	-4,0	Türkei
10,2	10,4	+0,2	12,9	11,1	-1,8	9,4	10,7	+1,3	10,7	10,3	-0,4	13,3	12,3	-1,0	2. Osteuropa
8,4	8,5	+0,1	12,6	10,6	-2,0	8,6	7,5	-1,1	10,4	9,6	-0,8	17,1	11,3	-5,8	3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika
49,4	22,7	-26,7	62,6	41,3	-21,3	52,2	22,2	-30,0	57,9	45,3	-12,6	67,6	39,5	-28,1	4. Westliche Hemisphäre davon:
34,0	9,2	-24,7	39,4	16,3	-23,1	35,9	8,6	-27,3	32,9	17,1	-15,8	42,6	15,7	-26,9	Vereinigte Staaten
0,6	1,0	+0,4	1,4	1,2	-0,2	0,9	0,8	-0,1	1,6	1,4	-0,2	1,4	0,9	-0,5	Kanada
14,8	12,5	-2,4	21,8	23,8	+2,0	15,4	12,8	-2,6	23,4	26,8	+3,4	23,6	22,9	-0,7	Lateinamerika
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	286,6	232,0	-54,6	314,7	241,2	-73,5	Alle Länder
155,2	130,3	-25,0	216,4	166,1	-50,3	155,1	124,7	-30,4	207,6	166,8	-40,8	216,7	178,1	-38,6	EZU-Länder, gesamt
68,0	41,6	-26,4	88,1	63,0	-25,1	70,2	40,4	-29,8	79,0	65,2	-13,8	98,0	63,1	-34,9	Übrige Länder, gesamt
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	286,6	232,0	-54,6	314,7	241,2	-73,5	Alle Länder
137,1	122,7	-14,5	191,2	152,9	-38,3	134,4	117,1	-17,3	181,4	152,4	-29,0	190,1	162,8	-27,3	ERP-Länder, gesamt
86,1	49,2	-36,9	113,3	76,2	-37,1	90,9	48,0	-42,9	105,2	79,6	-25,6	124,6	78,4	-46,2	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	286,6	232,0	-54,6	314,7	241,2	-73,5	Alle Länder

nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. — *) Die in Tabelle 1 (Außenweihen die Monatsergebnisse geringfügig ab. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamtindex einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien														
				insgesamt	Rohstoffe							Fertigwaren						
		gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen						gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen								
			Eisen- erz- berg- bau		Eisen- und Stahl	Eisen-, Stahl-, Temper- guß	NE- Metalle	Steine und Erden		Säge- und Holz- indus- trie	Stahl- bau ohne Wag- gon- bau	Schiff- bau	Ma- schin- nen- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Eisen- Stahl- Blech- Metall- waren		
1949																		
April	24	84	86	80	71	108	60	66	73	73	106	85	59	31	93	81	170	56
Mai	25	86	88	81	75	113	63	67	76	84	104	85	62	14	93	85	169	56
Juni	24,5	87	88	83	76	114	64	63	75	88	101	87	63	19	94	92	170	55
Juli	26	86	86	81	76	114	63	64	72	91	99	83	56	18	92	88	155	54
August	27	87	87	81	78	115	65	64	72	94	95	83	59	22	87	93	154	58
September	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	62
Oktober	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	72
November	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	79
Dezember	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	75
1950																		
Januar	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	72
Februar	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	74
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	74
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	83
Mai	24	105	107	104	89	128	74	82	81	103	108	113	69	41	117	156	196	90
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	92
Juli	26	107	107	106	93	135	80	82	89	113	109	114	70	42	116	151	205	91
August	27	114	115	113	98	139	85	85	98	117	109	123	72	42	117	169	232	105
September	26	123	125	124	103	143	89	95	105	119	112	138	76	46	131	180	277	115
Oktober	26	126	130	130	105	146	90	103	107	118	111	145	77	48	134	192	297	124
November	25	130	135	136	106	156	93	111	109	109	110	155	77	47	142	191	324	138
Dezember†	24	122	128	128	95	152	79	104	109	89	106	149	73	.	146	172	313	126
Zeit	allgem. Produktionsgüterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien											
	insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen				insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen											
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- faser- erzeug.		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- faser- erzeug.	Keramik	Bereifg. u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe						
1949																		
April	103	90	145	82	90	75	77	51	76	94	98	62						
Mai	105	93	144	83	90	80	82	61	82	95	98	74						
Juni	105	91	141	83	93	79	80	64	78	88	98	77						
Juli	104	92	141	85	90	74	77	58	75	80	94	55						
August	106	91	147	86	92	78	75	62	81	81	96	58						
September	108	92	153	87	93	87	76	67	92	84	105	81						
Oktober	111	94	158	88	96	90	78	74	95	86	111	84						
November	115	99	167	88	97	96	83	77	100	94	119	87						
Dezember	113	96	173	88	95	92	85	70	98	92	104	73						
1950																		
Januar	115	97	170	89	98	90	86	67	98	91	94	60						
Februar	117	98	165	90	102	94	90	68	102	97	98	65						
März	120	98	163	91	109	96	90	64	103	93	95	76						
April	120	98	162	89	112	96	90	66	101	98	92	72						
Mai	121	97	158	88	116	97	95	66	101	95	100	79						
Juni	121	94	156	88	117	94	99	63	95	95	110	71						
Juli	123	96	157	92	120	91	97	65	91	92	113	55						
August	131	96	166	97	130	101	101	74	103	99	125	74						
September	137	98	178	101	138	112	106	86	116	107	142	93						
Oktober	138	101	189	97	132	120	108	84	124	117	146	100						
November	142	109	202	99	126	125	110	90	129	130	154	106						
Dezember †	139	109	204	102	120	116	101	82	121	124	141	93						

† Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von	
	monatlich	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
			monatlich	
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	702	542
1949 „	8 603	338,1	944	646
1949 April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1 023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	1 304	602
1950 Januar	9 327	358,7	971	624
Februar	8 682	361,7	907	650
März	9 802	363,0	979	591
April	8 364	363,6	927	486
Mai	8 667	361,1	771	452
Juni	8 978	345,3	1 078	462
Juli	9 169	352,6	1 114	723
August	9 445	349,8	1 166	860
September	9 216	354,5	1 091	797
Oktober	9 499	365,4	1 021	735
November	10 022	400,9	1 169	748
Dezember ¹⁾	9 577	399,0	823	780

¹⁾ Vorläufig. — Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-
leitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß ¹⁾	Walzstahl- fertig- erzeugnisse
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Fachstatistik
Eisen und Stahl.

X. Produktion
Beschäftigung

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge- unterstützungs- empfänger
1948 Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
Juli	.	665,0	285,1	79
August	.	784,2	271,1	194
September	13 463,1	784,1	297,2	263
Oktober	.	739,4	305,5	287
November	.	715,1	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	216,9	521
Februar	.	1 068,9	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
April	.	1 232,4	183,6	771
Mai	.	1 256,9	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
Juli	.	1 302,9	135,7	931
August	.	1 308,1	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	119,7	969
November	.	1 383,8	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
April	.	1 783,8	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	128,2	1 177
August	.	1 341,2	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	129,9	984
November	.	1 316,2	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,2	71,9	1 295

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Zeit	Eisenbahn						
	Durchschn. arbeitstäg. Güterwagenstellung	Umlaufzeit der Güterwagen	Güterverkehr insgesamt	beförderte Personen	betriebsfähige Güterwagen	betriebsfähige Dampf-lokomotiven	
	1 000	Tage ¹⁾	1 000 t	1 000	1 000		
1948 M.-D.	43,7	6,1	.	137 314	263,7	7,9	
1949 M.-D.	52,1	4,8	20 630	113 253	262,0	8,9	
1949 Januar	49,9	5,4	20 633	133 010	268,6	8,8	
Februar	51,4	5,1	21 375	113 382	270,6	8,9	
März	50,7	4,8	21 571	115 877	261,1	8,9	
April	51,8	5,0	19 538	114 120	256,6	8,9	
Mai	51,2	4,8	19 971	118 274	250,4	8,9	
Juni	50,0	4,8	18 720	106 922	261,6	9,0	
Juli	51,1	4,5	20 223	107 839	261,3	9,0	
August	50,3	4,4	20 263	107 936	260,4	9,0	
September	53,2	4,4	20 511	104 325	265,4	9,0	
Oktober	56,6	4,7	22 193	115 614	264,0	8,9	
November	57,3	4,6	22 442	110 556	259,7	8,9	
Dezember	51,5	4,8	20 119	111 182	258,3	9,1	
1950 Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9	
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9	
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9	
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9	
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1	
Juni	53,3	4,3	17 887	101 388	238,6	8,9	
Juli	55,3	4,3	18 988	111 488	236,8	8,9	
August	56,2	4,2	20 762	107 628	241,4	8,9	
September	59,9	4,3	21 593	108 076	263,6	8,8	
Oktober	63,9	4,3	23 284	121 621	264,6	8,7	
November	64,3	4,2	22 612	115 025	267,2	8,7	
Zeit	Schifffahrt		Deutsche Post ²⁾				
	Binnen- Güterumschlag	See-	Brief- ³⁾ sendungen einschl. Einschreibesendungen	Gewöhnl. Paket-sendungen	Tele-gramme	Orts-gespräche	Fern- ³⁾ gespräche einschließlich Schnell-gespräche
	1 000 t		Mill.	1 000		Mill.	
1938 M.-D.	.	4 166	323,5	15 494	1 078	115,3	17,5
1948 "	6 068	1 886	296,7	7 558	2 386	130,1	.
1949 "	6 872	2 093	308,4	10 544	1 950	127,1	25,1
1949 Januar	5 397	1 968	269,0	7 719	1 712	123,4	23,2
Februar	5 634	1 795	266,2	8 040	1 646	119,7	22,4
März	6 602	2 005	288,7	9 358	1 857	128,8	24,6
April	6 628	2 029	297,9	8 634	1 916	120,5	23,4
Mai	7 489	2 010	288,4	9 077	1 978	121,7	24,5
Juni	7 427	2 113	275,6	8 299	1 897	119,6	24,0
Juli	8 184	2 200	283,9	8 765	1 968	123,3	25,7
August	7 869	2 330	302,2	8 928	2 044	124,8	26,2
September	7 352	2 233	296,2	9 541	2 057	125,4	26,2
Oktober	6 833	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	6 519	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	6 532	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950 Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	5 350	1 824	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6
März	7 291	2 043	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6
April	7 191	1 613	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3
Mai	8 224	1 943	307,0	11 522	2 155	132,3	26,2
Juni	8 668	2 134	296,6	11 112	2 012	135,4	26,6
Juli	9 579	2 437	324,1	11 201	2 213	137,6	28,4
August	10 616	2 837	322,8	11 790	2 381	140,2	29,2
September	10 111	2 711	317,6	12 885	2 346	144,9	29,1
Oktober	9 725	2 658	346,3	15 200	2 358	147,8	29,0
November	9 574	2 505	363,7	16 928	2 147	147,0	28,1
Dezember	8 543		437,1	21 214	2 368	.	28,2

¹⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — ²⁾ M.-D. 1938, 1948 und 1949 für die betreffenden Rechnungsjahre. — ³⁾ Von Oktober 1950 ab auch Verkehr aus der Sowjetzone und Berlin, und zwar im Oktober 17,9 Mill. Briefe, 1,4 Mill. Pakete, 172 000 Telegramme und 0,1 Mill. Ferngespräche. — Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

6. Indexziffer der Grundstoffpreise

X. Preise

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs- mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juli	159	127	179
August	172	129	200
September	179	132	210
Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	190	155	214
Februar	188	156	210
März	187	156	208
April	185	153	206
Mai ¹⁾	188	168	202
Juni	190	174	201
Juli	191	178	199
August	192	182	199
September	192	185	197
Oktober	199	190	204
November	197	186	205
Dezember	195	181	204
1950 Januar	196	169	214
Februar	197	170	214
März	196	168	215
April	197	169	216
Mai	197	168	216
Juni	198	168	218
Juli	203	176	222
August	207	176	228
September	218	179	245
Oktober	220	177	249
November	224	177	256
Dezember	229	176	265

¹⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	Lebens- haltung insge- samt	Er- näh- rung	Genuß- mittel	Miete	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Haus- rat	Ver- kehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948 Oktober	165	156	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949 Januar	167	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	167	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	175	293	100	121	240	158	142	198	135
April	163	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	166	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	159	166	285	102	120	209	156	141	178	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133
Juli	149	153	284	103	118	183	147	141	161	133
August	148	150	285	103	118	182	147	140	159	133
September	148	149	275	103	118	184	147	140	160	133
Oktober	149	150	275	103	118	187	148	141	161	133
November	150	152	275	103	119	189	148	142	163	133
Dezember	151	155	275	103	119	192	149	142	165	133

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XI. Internationale Übersichten

Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM

Stand: Ende September 1950

Vor b e m e r k u n g: Diese erstmalig in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder veröffentlichte Übersicht wird künftig unter Einarbeitung der Veränderungen zu den hauptsächlichsten Bilanzstichtagen neu erscheinen und soll der Wirtschaft die Bilanzierung ihrer in Fremdwälu ten ausgedrückten Forderungen und Verbindlichkeiten erleichtern. Die Angaben stützen sich auf amtliches Material, doch kann für sie keine Gewähr übernommen werden.

a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$ ¹⁾

Bundesrepublik	US-\$	1,00	=	DM	4,200004
Deutschland	DM	1,00	=	US-\$	0,238095
Großbritannien	US-\$	1,00	=	£ Sterling	0,35714
	£ Sterling	1,-,-	=	US-\$	2,80
Belgien	US-\$	1,00	=	bfrs	50,—
Dänemark	US-\$	1,00	=	dkr	6,90714
Frankreich	US-\$	1,00	=	ffrs	350,—
Niederlande	US-\$	1,00	=	hfl	3,80
Norwegen	US-\$	1,00	=	nkr	7,14286
Österreich	US-\$	1,00	=	ö. S.	14,40
Schweden	US-\$	1,00	=	skr	5,1732
Schweiz	US-\$	1,00	=	sfrs	4,37282
Tschechoslowakei	US-\$	1,00	=	Kc	50,—

¹⁾ Zugleich die maßgeblichen Umrechnungskurse bei Dollarfakturierung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik (ausgenommen die Schweiz, da in der Schweiz bei der Umrechnung von US-\$ in Landeswährung der in der Schweiz notierte freie Dollarkurs zugrunde gelegt wird).

b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder ¹⁾

			Geld (Ankauf, Gutschrift, Export)	Brief (Verkauf, Lastschrift, Import)
US-\$	1,00	= DM	4,195	4,205
£ Sterling	1.-.-.	= DM	11,75	11,77
bfrs	100,—	= DM	8,39	8,41
dkr	100,—	= DM	60,75	60,87
ffrs	100,—	= DM	1,199	1,201
hfl	100,—	= DM	110,41	110,63
nkr	100,—	= DM	58,74	58,86
ö. S.	100,—	= DM	29,14	29,20
skr	100,—	= DM	81,10	81,26
sfrs	100,—	= DM	95,95	96,15
Kc	100,—	= DM	8,39	8,41

¹⁾ Für die Verrechnung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik; errechnet über die geltende Relation US-\$ 0,238095 = DM 1,00 und über die geltenden Relationen der einzelnen Währungen zum US-\$. Diese Kurse werden der Einfachheit halber angewendet, ohne daß hierdurch amtliche Devisenhandelskurse festgestellt worden sind.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwäluen

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Afghanistan	100 Afghani	New Yorker Notierung	5,96	25,032
Argentinien*)	1 Peso	a) heim. Ankaufskurs „Basic“	0,20000	0,840
		heim. Verkaufskurs „Vorzug“		
		b) heim. Ankaufskurs „Vorzug“	0,13333	0,560
		heim. Verkaufskurs „Basic“		
c) heim. Mittelkurs „Frei“	0,07326	0,308		
		New Yorker Notierung	0,0745	0,313
Australien	1 Pfund	Goldparität	2,24	9,408
		heimischer Mittelkurs	2,235	9,387
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,243125	9,421
Ägypten	1 Pfund	Goldparität	2,87156	12,061
		heimischer Mittelkurs	2,87115	12,059
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,88125	12,101
Äthiopien	1 Dollar	Goldparität	0,4025	1,691
		heimischer Mittelkurs	0,3992415	1,677
		New Yorker Notierung	0,41	1,722
Belgien	100 Franken	Goldparität	2,00	8,400
		heimischer Mittelkurs	1,994813	8,378
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	1,983125	8,329
Belgisch-Kongo	100 Franken	pari	2,00	8,400
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	1,9925	8,369
Bolivien*)	100 Bolivianos	a) Goldparität u. heim. Ank. Kurs	1,66667	7,000
		b) heimischer Verkaufskurs	1,65017	6,931
		c) heim. Mittelkurs „Frei“	0,99010	4,158
		New Yorker Notierung	1,666	6,997
Brasilien*)	100 Cruzeiros	Goldparität	5,40541	22,703
		a) heimischer Mittelkurs	5,39129	22,643
		New Yorker Notierung	5,50	23,100
Bulgarien	100 Lewa	heimischer Mittelkurs	0,34801	1,462
		New Yorker Notierung	0,35	1,470
Burma	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,2103	0,883
Ceylon	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,2103	0,883
China	100 Jen Men Pi	New Yorker Notierung	0,003	0,013
Chile*)	100 Pesos	Goldparität	3,22581	13,548
		a) heim. Mittelk. „Regierung“	5,14937	21,627
		b) heim. Mittelk. „Offiziell“	3,22062	13,527
		c) heim. Mittelk. „Handelskurs“	1,66528	6,994
		d) heim. Mittelk. „Frei“	1,13007	4,746
		e) heim. Mittelk. „Goldkurs“	0,71429	3,000
		New Yorker Notierung	1,66	6,972
Costa Rica*)	1 Colón	Goldparität	0,178094	0,748
		a) heim. Mittelk. „Offiziell“	0,17747	0,745
		b) heim. Mittelk. „Frei“	0,11765	0,494
		c) heim. Verk. Kurs „Frei“ m. Import Zuschlaggebüh (4 Gruppen)	0,11025 bis 0,07057	0,463 bis 0,296
		New Yorker Notierung	0,1785	0,750
Dänemark	100 Kronen	Goldparität u. heim. Mittelkurs	14,4778	60,807
		New Yorker Notierung	14,55	61,110
Dominikanische Republik	1 Peso	Goldparität	1,00	4,200
		New Yorker Notierung	1,00	4,200
Ecuador*)	100 Sucres	Goldparität	7,40741	31,111
		a) heim. Mitt. K. „Basic, offiziell“	7,43505	31,227
		b) heim. Ank. Kurs u. heim. Verk. K. „Effektiv m. Steuer u. Subsid.“	6,66667 bis 4,95786	28,000 bis 20,823
		c) heim. Mittelkurs „Frei“	5,14139	21,594
		d) heim. Mittelkurs „Frei“ mit Steuer u. Sondergebüh	3,82848	16,080
		New Yorker Notierung	7,75	32,550
El Salvador	1 Colón	Goldparität u. heim. Mittelkurs	0,40	1,680
		New Yorker Notierung	0,40	1,680
Eritrea	1 Schilling	New Yorker Notierung	0,1405	0,590
Finnland	100 Markkaa	heimischer Mittelkurs	0,43478	1,826
		New Yorker Notierung	0,45	1,890

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

Land	Währung	Kursart	Valutaparität		
			in US-\$	in DM	
Frankreich*)	100 Franken	a) heimischer Mittelkurs b) Richtkurs New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,28588 0,28571 0,28313	1,201 1,200 1,189	
Algerien	100 Franken	pari New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,28571 0,28438	1,200 1,194	
Franz. Antillen	100 Franken	pari	0,28571	1,200	
Franz. Guiana	100 Franken	pari New Yorker Notierung	0,28571 0,29	1,200 1,218	
Marokko	100 Franken	pari New Yorker Notierung	0,28571 0,29	1,200 1,218	
Tunis	100 Franken	pari New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,28571 0,28438	1,200 1,194	
Franz. Äquatorialafrika	100 CFA-Franken	relativ	0,57143	2,400	
Franz. Togo und Kamerun	100 CFA-Franken	relativ	0,57143	2,400	
Franz. Westafrika	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,57143 0,58	2,400 2,436	
Madagaskar m. zugeh. Gebieten	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung	0,57143 0,57	2,400 2,394	
Réunion, St.Pierre und Miquelon	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung	0,57143 0,58	2,400 2,436	
Neue Hebriden Neu-Kaledonien Franz. Niederl. in Ozeanien	100 CFP-Franken	relativ New Yorker Notierung	1,57143 1,595	6,600 6,699	
Franz. Besitzungen in Indien		1 Rupie	Goldparität	0,21	0,882
Franz. Indochina		1 Piaster	relativ	0,04857	0,204
Franz. Somaliland	100 Tschibuti Franken	Goldparität	0,466435	1,959	
Griechenland*)	1000 Drachmai	a) heim. Mittelk. „Basis offiz.“ b) heim. Mittelkurs „Basis mit Zertifikate“ New Yorker Notierung	0,20 0,06667 0,0666	0,840 0,280 0,280	
Großbritannien	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,80125	11,760 11,765	
Aden	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,212	0,890	
Bahama-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760	
Bermuda-Inseln	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung	2,80 2,80125	11,760 11,765	
Britisch Honduras	1 Dollar	Goldparität	0,70	2,940	
Britisch Nordborneo	1 Dollar	Goldparität	0,326667	1,372	
Britisch Ostafrika (Kenya, Tanganyika, Uganda, Zanzibar)	1 Schilling	Goldparität New Yorker Notierung	0,14 0,1405	0,588 0,590	
Britisch Westafrika (Gambia, Goldküste, Nigeria, Sierra Leone)	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,83125	11,760 11,891	
Britisch Westindien (Barbados, Brit. Guiana, Trinidad)	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,58333 0,59	2,450 2,478	
Falkland-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760	
Fidschi-Inseln	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,52252 2,53125	10,595 10,631	
Gibraltar	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,8025	11,760 11,771	
Hongkong	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung	0,175 0,1755	0,735 0,737	
Jamaica	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,81125	11,760 11,807	
Malta	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760	
Malaya (Singapur u. malaiische Föderation, Sarawak)	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung	0,326667 0,3292	1,372 1,383	
Mauritius	1 Rupie	Goldparität	0,210	0,882	
Nord-Rhodesien	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung	2,80 2,82	11,760 11,844	
Nyasaland	1 Pfund	Goldparität	2,00	11,760	
Süd-Rhodesien	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760	
Seychellen	1 Rupie	Goldparität	0,210	0,882	
Tonga-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,240	9,408	
Zypern	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760	
Guatemala	1 Quetzal	Goldparität New Yorker Notierung	1,00 1,00	4,200 4,200	

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwährungen

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Haiti	1 Gourde	New Yorker Notierung	0,20	0,840
Honduras	1 Lempira	Goldparität	0,500	2,100
		New Yorker Notierung	0,50	2,100
Indien	1 Rupie	Goldparität	0,210	0,882
		New Yorker Notierung	0,21	0,882
Indonesien*)	100 Gulden	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	26,31597	110,527
		b) heim. Ankaufskurs „Effektive Zertifikate“	13,22751	55,556
		c) heim. Verkaufskurs „Effektive Zertifikate“	8,74891	36,745
		New Yorker Notierung	13,25	55,650
Israel*)	1 Pfund	a) heimischer Mittelkurs	2,80	11,760
		New Yorker Notierung	2,81	11,802
Irak	1 Dinar	Goldparität	2,80	11,760
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80125	11,765
Iran*)	100 Rials	Goldparität	3,10078	13,023
		a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	3,10096	13,024
		b) heim. Mittelkurs „mit Zertif.“	2,51572	10,566
		c) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	1,97824	8,309
		New Yorker Notierung	3,125	13,125
Irland	1 Pfund	heimischer Mittelkurs	2,80	11,760
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80125	11,765
Island	100 Kronen	Goldparität	6,14036	25,790
		New Yorker Notierung	6,14	25,788
Italien*)	100 Lire	a) heim. Mittelk. „Offiziell, Frei“	0,160	0,672
		New Yorker Notierung	0,165	0,693
Japan	100 Yen	heimischer Mittelkurs	0,27778	1,167
		New Yorker Notierung	0,278	1,168
Jugoslawien	100 Dinára	Goldparität	2,000	8,400
		New Yorker Notierung	2,000	8,400
Kanada*)	1 Dollar	a) New Yorker Notierung (Frei)	0,950119	3,991
Kolumbien*)	1 Peso	Goldparität	0,512825	2,154
		a) heimischer Mittelkurs	0,51151	2,148
		b) heim. Verkaufskurs „mit Steuer“	0,49068	2,061
		c) heim. Mittelkurs „Zertifikate“ etwa	0,32031	1,346
		New Yorker Notierung	0,515	2,163
Korea	100 Won	New Yorker Notierung	0,06	0,252
		Goldparität	1,000	4,200
Kuba	1 Peso	New Yorker Notierung	1,00	4,200
		Goldparität	0,45631	1,917
Libanon*)	1 Pfund	a) heimischer Mittelkurs	0,45455	1,909
		b) heimischer Mittelkurs „Frei“	0,28986	1,217
		New Yorker Notierung	0,32	1,344
		Goldparität	1,00	4,200
Liberia	1 US-Dollar	New Yorker Notierung	1,00	4,200
Luxemburg	100 Franken	Goldparität	2,000	8,400
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	1,98313	8,329
Mexiko	1 Peso	Goldparität	0,115607	0,486
		New Yorker Notierung	0,116	0,487
Neufundland	1 Dollar	New Yorker Notierung (Frei)	0,950119	3,991
Neuseeland	1 Pfund	heimischer Mittelkurs	2,77955	11,674
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,794375	11,736
Niederlande	100 Gulden	Goldparität	26,3158	110,526
		New Yorker Notierung	26,57	111,594
Ndl. Westindien (Antillen)	100 Gulden	Goldparität	53,0264	222,711
		New Yorker Notierung	53,12	223,104
		New Yorker Notierung	53,05	222,810
Ndl. Guiana (Surinam)	100 Gulden	Goldparität	53,0264	222,711
		New Yorker Notierung	53,33	223,986
Ndl. Ostindien (Neu Guinea) (vgl. Indonesien)	100 Gulden	New Yorker Notierung	13,25	55,650
		Goldparität	0,2000	0,840
Nikaragua*)	1 Córdoba	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	0,19925	0,837
		b) heim. Mittelkurs „Frei“	0,14085	0,592
		c) heim. Mittelkurs „Zertifikate“	0,14706	0,618
		New Yorker Notierung	0,20	0,840
Norwegen	100 Kronen	Goldparität	14,000	58,800
		New Yorker Notierung	14,05	59,010

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

Land	Währung	Kursart	Valutaparität			
			in US-\$	in DM		
Österreich*)	100 Schillinge	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	6,94444	29,167		
		b) heim. Mittelkurs „Mischkurs“	4,68165	19,663		
		c) heim. Mittelkurs „Prämie“	3,84615	16,154		
		New Yorker Notierung (Offiziell)	6,94	29,148		
		New Yorker Notierung (Mischkurs)	4,68	19,656		
		New Yorker Notierung (Prämie)	3,87	16,254		
Pakistan	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,3030	1,273		
Panama*)	1 Balbóa	Goldparität	1,000	4,200		
		New Yorker Notierung	1,00	4,200		
Paraguay*)	1 Guarani	Goldparität	0,32363	1,359		
		a) heimischer Mittelkurs	0,32366	1,359		
		b) heimischer Mittelkurs	0,20001	0,840		
		c) heimischer Mittelkurs	0,16135	0,678		
		d) heimischer Mittelkurs	0,12467	0,524		
		New Yorker Notierung	0,3275	1,376		
Peru*)	100 Soles	a) heim. Mittelkurs „Zertifikate“	6,57895	27,632		
		New Yorker Notierung	6,60	27,720		
Philippinen*)	1 Peso	a) Goldparität	0,500	2,100		
		New Yorker Notierung	0,4992	2,097		
Polen*)	100 Zlotys	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	1,000	4,200		
		b) heim. Mittelkurs „m. Prämie“	0,250	1,050		
		New Yorker Notierung	0,25	1,050		
Portugal	100 Escudos	heimischer Mittelkurs	3,47826	14,609		
		New Yorker Notierung	3,50	14,700		
Azoren	100 Escudos	New Yorker Notierung	3,50	14,700		
Port. Ostafrika (Mocambique)	100 Escudos	New Yorker Notierung	3,50	14,700		
Port. Westafrika (Angola)	100 Escudos	New Yorker Notierung	3,50	14,700		
Rumänien	100 Lei	heimischer Mittelkurs	0,66007	2,772		
		New Yorker Notierung	0,66	2,772		
Saudi Arabien	1 Rijal	New Yorker Notierung	0,26	1,092		
Spanien*)	100 Pesetas	a) heim. Ankaufskurs	9,13242 bis 3,51247	38,356 bis 14,752		
		b) heimischer Verkaufskurs	8,91266 bis 2,53807	37,433 bis 10,660		
		New Yorker Notierung	2,50	10,500		
Sudan, anglo-ägyptischer	1 Pfund	New Yorker Notierung	2,89	12,138		
		Südafrikanische Union	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
		heimischer Mittelkurs	2,7925	11,729		
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80125	11,765		
		Syrien	1 Pfund	Goldparität	0,456313	1,917
		heimischer Mittelkurs „Frei“	0,28571	1,200		
		New Yorker Notierung	0,274	1,151		
		Schweiz*)	100 Franken	a) heim. Verkaufskurs „Frei“	22,93578	96,330
		b) Verrechnungskurs im Zahlungsverkehr mit der Bundesrepublik	22,86854	96,048		
		New Yorker Notierung	22,97	96,474		
		Schweden	100 Kronen	heimischer Mittelkurs	19,3304	81,188
		New Yorker Notierung	19,37	81,354		
		Thailand (Siam) *)	1 Baht	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	0,080	0,336
		b) heim. Mittelkurs „Frei“	0,04543	0,191		
		New Yorker Notierung (Frei)	0,04625	0,194		
		Tschechoslowakei	100 Kronen	Goldparität	2,000	8,400
		heimischer Mittelkurs	2,00002	8,400		
		New Yorker Notierung	2,02	8,484		
		Türkei	1 Pfund	Goldparität	0,357143	1,500
		heimischer Mittelkurs	0,35556	1,493		
		New Yorker Notierung	0,3571	1,500		
		Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	1 Rubel	offiziell	0,250	1,050
		New Yorker Notierung	0,25	1,050		
		Ungarn	100 Forints	heimischer Mittelkurs	8,51861	35,778
		New Yorker Notierung	8,60	36,120		
		Uruguay*)	1 Peso	a) heim. Mittelk. „Basic, offiz.“	0,59232	2,488
		b) heim. Mittelk. „Spezial I-II“	0,48498	2,037		
		c) heim. Mittelkurs „Frei“	0,41152	1,728		
		New Yorker Notierung	0,410	1,722		
		Venezuela*)	1 Bolivar	a) Goldparität und heim. Verkaufskurs „Offiziell“	0,29851	1,254
		b) heim. Ankaufskurs „Spezial“	0,32787 bis 0,20333	1,377 bis 0,875		
		New Yorker Notierung	0,3005	1,262		
		Vereinigte Staaten von Amerika	1 Dollar	Goldparität	1,000	4,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwährungen

*) Die in der Tabelle unter a, b, c usw. angeführte Goldparität, genannten festen und freien Kurse, heimischen Grund-, Vorzugs-, Spezial-, Zertifikatkurse usw. für den An- und Verkauf von US-Dollars werden hauptsächlich für die in der nachstehenden Übersicht unter a, b, c usw. genannten Handels- und Nichthandelsgeschäfte verwendet.

Argentinien:	a) Grundexporte (Getreide, Fleisch und Fleischprodukte, Häute, Felle usw.) und bevorzugte Importe (Kohle, Koks, Öle, Petroleum und Brennöle). — b) Bevorzugte Exporte und Grundimporte. — c) Besondere Exporte, die nicht sofort auf den Auslandsmärkten untergebracht werden können: nicht wesentliche Importe und spezifizierte Kapitaltransaktionen.
Bolivien:	a) Für die meisten Exporterlöse und für bestimmte Überweisungen im Kapitalverkehr (über bestimmte Kontingente hinausgehende Exporterlöse werden jedoch zum Kurs unter c) verkauft). — b) Für die meisten Importgeschäfte. — c) Zugelassene Importe nicht lebensnotwendiger Güter und für die meisten Nichthandelsgeschäfte (dieser Kurs wird gegenwärtig stabil gehalten). — Devisenverkäufe mit Ausnahme derjenigen für Regierungsimporte und Nichthandelsüberweisungen unterliegen einer Sonderwechsesteuer von Bol. 1,00 je US-\$ 1,00. —
Brasilien:	a) Für alle Devisengeschäfte (insbesondere für den Export, den Import lebensnotwendiger Güter, den Schulden- und privaten Kapitaldienst, für konsularische und diplomatische Überweisungen). Alle anderen Überweisungen unterliegen einer Besteuerung von 5 vH. Kompensations- oder Tauschgeschäfte in bestimmten Waren sind zugelassen.
Chile:	a) Exporterlöse der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften in Beträgen, die den örtlichen Produktionskosten entsprechen. Bestimmte Kapitalüberweisungen der Regierung. — b) Für 34,5 vH des zusätzlichen Peso-Bedarfs der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften, für 20 vH bzw. 35 vH (je nach Warenart) der Erlöse anderer bestimmter Exporte, für zwischen 33 vH und 100 vH sich bewegende Anteile des Devisenbedarfs für den Import lebensnotwendiger Güter und für den gesamten Devisenbedarf für bestimmte unsichtbare Importe. — c) Für die restlichen 65,5 vH des Peso-Bedarfs der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften, für 65 vH bzw. 80 vH derjenigen Exporterlöse, die teilweise zu dem unter b) angeführten Kurs abgegeben werden müssen, für die Gesamterlöse der meisten unbedeutenderen Exporte und für den verbleibenden Devisenbedarf derjenigen Importe, für die Devisen teilweise zu dem unter b) angeführten Kurs gegeben werden sowie für 100 vH des Devisenbedarfs für alle übrigen Importe. — d) Nichthandelsgeschäfte. — e) Erlöse aus dem Export im Inland geschürften Goldes und für den Import bestimmter nicht lebensnotwendiger Güter.
Costa Rica:	a) Für alle Exporterlöse sowie für alle Erlöse aus bestimmten Nichthandelsgeschäften. Der offizielle Verkaufskurs ist nominell, gilt jedoch für Vorzugsimporte und für bestimmte Nichthandelsgeschäfte in Verbindung mit einer Zuschlaggebühr von 10 vH. — b) + c) Für alle übrigen Geschäfte (vgl. a) zuzüglich einer Zuschlaggebühr von 10 vH für Importe und für bestimmte Nichthandelsgeschäfte der Gruppe I, von 55 vH für Importe der Gruppe II, von 75 vH und 100 vH für Importe der Gruppen III und IV. (Der Zuschlaggebühr liegt der offizielle Verkaufskurs zugrunde.)
Ecuador:	a) Beschränkt auf wenige Nichthandelsgeschäfte. — b) = Effektivkurse für alle übrigen Geschäfte (für 40 vH der Erlöse aus den Exporten von "ivory nut" und "balsa wood", für 100 vH aller übrigen Exporterlöse mit Ausnahme derjenigen für Bananen, Petroleum und Gold; für Importe lebensnotwendiger und weniger lebensnotwendiger Güter und für bestimmte unsichtbare Importe). — c) Für bestimmte Nichthandelsgeschäfte und für Exporterlöse, die nicht zu den unter b) aufgeführten Kursen abgegeben werden müssen. — d) Importe von Luxuswaren.
Frankreich:	a) + b) Für Geschäfte in US-\$, sfr, bfr, Tschibuti-Frank (Französisch Somaliland) und Escudo werden die Devisenkäufe und -verkäufe am freien Markt (marché libre) zu den dort notierten Kursen getätigt. Für die unter der Kontrolle des "Fonds de stabilisation des changes" stehenden und nicht auf dem "marché libre" notierten Devisen besteht ein "marché officiel", dessen Notierungen sich auf der Basis des für die Zahlungen in diesen Währungen über den sogenannten Richtkurs (cours de référence) des US-\$ zum sfr und über die \$-Parität der betreffenden Währung errechneten oder zwischenstaatlich vereinbarten Kurses halten. — Für Zahlungen zwischen der Frank-Zone und der Bundesrepublik stellt sich der Frank-Kurs z. Zt. auf sfr 100, — = DM 1,20 bzw. DM 100, — = sfrs 833,33 (jeweils Mittelkurs). Die Währungen der französischen Kolonialgebiete sind in einer festen aber unterschiedlichen Relation auf den Franken des Mutterlandes gestützt.
Griechenland:	a) = heimischer Grundkurs für den US-\$. — b) Alle Geschäfte werden über ein Zertifikat-System abgewickelt (Grundkurs + Zertifikatspreis = Effektivkurs). Danach werden alle Devisenerlöse gegen Drachmai + einem Devisenzertifikat, das nicht auf Drachmai, sondern auf den betreffenden verkauften Devisenbetrag ausgestellt ist, an dazu ermächtigte Banken verkauft. Diese Devisenzertifikate, die nur auf US-\$ oder £-Sterling ausgestellt werden, sind am offenen Markt handelbar. Der Preis eines Dollarzertifikats konnte bei Drachmai 10 000 je US-\$ 1,00 gehalten werden. Der in dieser Höhe aufrecht gehaltene Zertifikatspreis ergibt in Verbindung mit dem Grundkurs einen Effektivkurs von Drachmai 15 000 für US-\$ 1,00. — (Verkauf von Devisen durch Banken u. a. nur gegen Vorlage von Devisenzertifikaten, die den Beträgen nach der Höhe des angeforderten Devisenbetrages entsprechen müssen, und der Devisengenehmigung.) — Außer den unter dem Zertifikat-System genehmigten Importen sind auch sonst verbotene Importe gewisser Luxusgüter gestattet, wenn die Devisen zum Auktionskurs erworben werden. Bei diesem Auktionssystem erhält der Höchstbietende Devisen für den Import genau bestimmter Waren, sofern das Höchstgebot mindestens Drachmai 22 000 für US-\$ 1,00 beträgt.
Indonesien:	a) Offizieller Grundkurs. Alle Geschäfte werden jedoch über ein Zertifikat-System mit effektiven Kursen abgewickelt. Die auf Gulden ausgestellten Devisenzertifikate sind handelbar und werden je Gulden 1,00 mit Gulden 1,99 (Ankauf) und Gulden 2,00 (Verkauf) notiert und bewertet. — b) Exporteure erhalten für den verkauften Devisenbetrag 1. den vollen Guldengehalt zum Ankaufskurs, 2. zusätzlich ein auf Gulden lautendes handelbares Devisenzertifikat in Höhe von 50 vH des verkauften Devisenbetrages, so daß sich der Effektivkurs für solche Geschäfte auf Gulden 7,56 = US-\$ 1,00 stellt. — c) Importeure erhalten die benötigten Devisen zum offiziellen Verkaufskurs, müssen jedoch handelbare Zertifikate in Höhe von 100 vH des geforderten Devisenbetrages mit übernehmen, wodurch sich der Effektivkurs für solche Geschäfte auf Gulden 11,43 = US-\$ 1,00 stellt.
Israel:	a) Alle Devisenverkäufe unterliegen je nach der Eingruppierung einer Besteuerung von 2,4 oder 6 vH. Importe der Gruppe I sind steuerfrei.
Iran:	a) Für Geschäfte mit der anglo-iranischen Ölgesellschaft und für den Reisedienst (Erholungs- und Studienaufenthalte von Iranern im Ausland). — b) Effektivkurs für Importe bestimmter Waren, die etwa 60 vH der gesamten genehmigten Importe ausmachen, sowie für alle Exporterlöse, die vom Exporteur nicht innerhalb 4 Monaten nach Eingang verbraucht oder verkauft werden. — c) Effektivkurs für alle Importe zugelassener Waren, für die Devisen nicht zum Zertifikatskurs gewährt werden, sowie für alle innerhalb 4 Monaten nach Eingang verkauften Exporterlöse.
Italien:	a) Alle Importgeschäfte müssen zum freien Kurs und alle Exportgeschäfte zu je 50 vH zum freien Kurs und zum offiziellen Kurs getätigt werden. Der offizielle Kurs ist ein fluktuierender Kurs, der täglich auf Grund des Durchschnittes der freien Schlusskurse an den Märkten von Rom und Mailand bestimmt wird. Infolge der täglichen Festsetzung des offiziellen Kurses und der Stetigkeit des freien Kurses sind die Effektivkurse für Importe und Exporte praktisch identisch. Offizielle Kurse müssen nach den Devisenbestimmungen ohne Berücksichtigung der Höhe des freien Kurses zwischen Lire 350 und 650 für US-\$ 1,00 festgesetzt werden. Kurse für Währungen, die nicht auf den freien Märkten notiert werden, werden auf Grund des Lire US-\$-Kurses und der Valutaparität dieser Währungen zum US-\$ ebenfalls täglich festgesetzt.
Kanada:	a) Alle Devisengeschäfte werden vom 30. September 1950 an zu einem fluktuierenden, auf dem freien Markt bestimmten Kurs getätigt. Geschäfte in anderen Währungen als US-\$ werden zu Kursen getätigt, denen der US-\$/kan.\$-Kurs in Montreal und der offizielle Wechselkurs US-\$/sonstige Währungen zugrunde liegt. Das kanadische Devisenkontrollamt ist bereit, Pfund Sterling zu den gegenwärtigen offiziellen £-Sterling/US-\$-Kursen von US-\$ 2,79875 und US-\$ 2,80125 = £ Sterling anzukaufen oder zu verkaufen, um geordnete "cross rate" zwischen US-\$/kan.\$/£ Sterling aufrechtzuerhalten.
Kolumbien:	Das Wechselkurssystem besteht aus einem offiziellen Grundankaufs- und -verkaufskurs, einem fluktuierenden Zertifikatskurs und einem System Effektivkurse, die aus den offiziellen Grundkursen, den Zertifikatskursen sowie den Steuersätzen, denen die meisten Devisenverkäufe unterliegen, gebildet sind. — a) Für Erlöse der meisten Güter- und bestimmter unsichtbarer Exporte (vgl. auch c), für Regierungszwecke und einige Nichthandelsüberweisungen. — b) Amtlicher Verkaufskurs + 4 vH Steuer für alle zum offiziellen Kurs zugelassenen Importe. — c) Fluktuierender Kurs für den Import bestimmter nichtlebensnotwendiger Güter und für bestimmte Überweisungen (Importe zu diesem Kurs unterliegen ebenfalls der Steuer von 4 vH), für Erlöse bestimmter unbedeutender Güterexporte und bestimmter unsichtbarer Exporte. Goldproduzenten erhalten beim Verkauf neu geschürften Goldes an die Zentralbank die Gegenwerte zu Kursen, denen zum Teil der offizielle Kurs zuzüglich Prämie und zum Teil der Zertifikatskurs zugrunde liegt, wobei die Zertifikatskurse bei den verschiedenen Produzenten je nach der Produktion gestaffelt sind. Devisenzertifikate werden nur in US-\$ ausgestellt. Geschäfte in £ Sterling, für die Devisenzertifikate erforderlich sind, werden zum offiziellen Paritätskurs US-\$ 2,80 = £ Sterling in US-\$ umgerechnet.

zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

- Libanon: a) Nur für Regierungszwecke, für 10 vH der Nichtexporterlöse und zur Deckung von 80 vH der lokalen Ausgaben der ausländischen Konzessionen im Lande. — b) Für alle Export- und Importgeschäfte und für die meisten übrigen genehmigten Geschäfte. —
- Nikaragua: a) Offizieller Ankaufskurs: Córdoba 5,00 = US-\$ 1,00; offizieller Verkaufskurs: Córdoba 5,0375 = US-\$ 1,00. Die Zuweisung von Devisen zum offiziellen Kurs wurde mit Wirkung vom 12. 7. 1950 an vorübergehend aufgehoben. Es wurde verfügt, daß die Devisen für alle Importe zu dem fluktuierenden Zertifikatskurs (vgl. c) zu beschaffen seien. Exporteure erhalten den Gegenwert für ihre Devisenerlöse wie folgt: 80 vH zum offiziellen Kurs, 20 vH in den marktgängigen Devisenzertifikaten. — b) In erster Linie auf Geldsorten beschränkt. — c) Für alle Importgeschäfte und für 20 vH der Devisenerlöse der Exporteure (vgl. a). — (Alle Devisenverkäufe an die Öffentlichkeit unterliegen einer Steuer von 5 vH auf den offiziellen Ankaufskurs. Kompensations- oder Tauschgeschäfte in gewissen Waren sind erlaubt.)
- Österreich: a) Für lebensnotwendige Importe. — b) Für sämtliche Exporterlöse und für alle Importe mit Ausnahme der Importe lebensnotwendiger Güter und der von Luxusgütern. — c) Für Importe von Luxusgütern und für Nichthandelsgeschäfte.
- Panama: Der Balboa ist paritätisch mit dem US-\$; seine Ausgabe ist jedoch auf Scheidemünzen beschränkt. Den größten Teil des Geldumlaufes bilden US-Noten und -Münzen.
- Paraguay: a) Für bestimmte Regierungsgeschäfte, Importe der Gruppe I (Lebensnotwendiges) und für Regierungszwecke. — b) Für Erlöse aus Grundexporten (insbesondere Holz, "quebracho-extract", Häute, Baumwolle, Fleischerzeugnisse) und für Importe der Gruppe II einschl. 20 vH Steuer. — c) Für Erlöse aus den meisten Nicht-Grundexporten (darunter Schnittholz, "petitgrain oel" und einige andere Ölsorten) und für Importe der Gruppe III einschl. 5 vH Steuer. — d) Für Erlöse aus einigen Nicht-Grundexporten (darunter Tabak und bestimmte Öle), aus Nichthandelsgeschäften, für Importe der Gruppe IV und für bestimmte Nichthandelsgeschäfte einschl. 10 vH Steuer.
- Peru: Von November 1949 ab werden alle Geschäfte zu fluktuierenden Devisenkursen getätigt. Die ursprüngliche Parität von Soles 6,50 gegenüber dem US-\$, die im Dezember 1946 festgelegt wurde, ist für keinerlei Geschäfte mehr maßgebend. Eine neue Parität ist nicht in Aussicht genommen. — a) Fluktuierender Zertifikatskurs für alle Handelsgeschäfte. Exporteure erhalten für alle Erlöse frei verwertbare Zertifikate, während Importeure sich Zertifikate für den erforderlichen Devisenbetrag beschaffen müssen. Dadurch, daß man den Import von sonst verbotenen Waren gestattet, wenn sie in £ Sterling zu bezahlen sind, und durch geeignete Maßnahmen der Zentralbank auf dem freien Markt als Käufer und Verkäufer konnte die £ Sterling/US-\$ "cross rate" auf dem Stand der amtlichen "cross rate" gehalten werden.
- Philippinen: a) Seit 1903 ist der philippinische Peso durch Gesetz im Verhältnis Pesos 2,00 = US-\$ 1,00 an den US-Dollar gebunden. —
- Polen: a) Lediglich für gewisse Überweisungsarten. — b) Für fast jegliche Geldbewegung mit dem Ausland. Der Außenhandel wird hauptsächlich von staatlichen Organisationen durchgeführt, die ihre Käufe und Verkäufe im Ausland in US-\$ oder anderen konvertierbaren Währungen abschließen. Dabei wird ein Prämienzuschlag von Zlotys 300 für US-\$ 1,00 vergütet oder belastet, wodurch sich der tatsächliche Kurs für derartige Transaktionen auf Zlotys 400 = US-\$ 1,00 stellt.
- Schweiz: a) Alle Geschäfte in US-\$ werden zu den am freien Markt geltenden Kursen getätigt. Es gibt zur Zeit keine festgesetzte Parität für den Franken. Die Nationalbank wurde durch Gesetz jedoch ermächtigt, den Wert des Franken (bei Kursschwankungen durch geeignete Maßnahmen) innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen von sfrs. 144,7 und sfrs. 163,7 pro Troy Unze Feingold (oder sfrs. 4,13 bis sfrs. 4,68 per US-\$) zu halten. — b) Umrrechnungskurs für den schweizerischen/westdeutschen Zahlungsverkehr (gültig vom 13. Oktober 1949 an).
- Spanien: Das Wechselkurssystem besteht aus 23 festgesetzten Kursen, die zwischen Pta. 10,95 und 39,40 = US-\$ 1,00 liegen. Die offiziellen Grundankaufs- und Grundverkaufskurse von Pta. 10,95 bzw. 11,22 = US-\$ 1,00 gelten nur für solche Geschäfte und in solchen Währungen, für die keine besonderen Kurse festgesetzt wurden. Besondere Kurse gelten zur Zeit für den US-\$, das £ Sterling, den bfr., sfr., ffr., Esk., hfl., die skr. und dkr. Für die meisten Geschäfte in diesen Währungen werden außer den offiziellen Grundkursen die folgenden Sonderkurse angewendet: Zu a) Exporte: 11 Kurse zwischen Pta. 13,14 und 28,47 = 1,00; zu b) Importe: 10 Kurse zwischen Pta. 15,76 und 39,40 = US-\$ 1,00. — Finanzgeschäfte und einige Handelsgeschäfte werden zu den Kursen eines kontrollierten freien Marktes getätigt. Diese Kurse konnten bei etwa Pta. 39,50 = US-\$ 1,00 gehalten werden. — Devisen aus unsichtbaren Exporten und aus einem gewissen Prozentsatz bestimmter Exporte dürfen auf dem freien Markt verkauft werden. Auf dem freien Markt angekaufte Devisen können zur Bezahlung bestimmter Importe und für zugelassene Nichtwarengeschäfte verwendet werden.
- Thailand: a) Beschränkt auf die teilweise Abgabe der Erlöse aus Gummi- und Zinnexporten, auf die Einfuhr von Regierungsbedarf (Treiböl) und den Reisedienst (Erholungs- und Studienaufenthalte von Thailändern im Ausland). — b) Für alle übrigen Geschäfte.
- Uruguay: a) Grundexporte (Fleisch, Wolle, Leinsamen und Weizen), Importe von Zeitungsdruckpapier und Druckereibedarf, lebensnotwendige Importe. — b) Für Erlöse aus den Exporten von Öl, getrockneten und eingesalzenen Häuten und Fellen, Reis, Wolle, Garn, Wollgarn, gegerbtem Leder und Ledererzeugnissen. Importe von Luxuswaren und nicht lebensnotwendigen Gütern. — c) Nur für Nichthandelsgeschäfte.
- Venezuela: a) Offizieller Verkaufskurs. — b) Mehrere gestaffelte Ankaufskurse für die jeweiligen Erlöse aus den Exporten von Petroleum, Kakao, Kaffee (gewaschen und ungewaschen) und für alle Erlöse aus nichtangeführten Exporten und für Regierungsgeschäfte.

